

Texte

dietz berlin

Günter Krause
Christa Luft
Klaus Steinitz
(Hrsg.)



Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 74

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Günter Krause/Christa Luft/Klaus Steinitz (Hrsg.)

Wirtschaftstheorie in zwei
Gesellschaftssystemen Deutschlands
Erfahrungen – Defizite – Herausforderungen

Karl Dietz Verlag Berlin

Günter Krause/Christa Luft/Klaus Steinitz (Hrsg.):
Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands
Erfahrungen – Defizite – Herausforderungen
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 74)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2012

ISBN 978-3-320-002279-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2011
Einband: MediaService GmbH; Fotomontage, v. l. n. r.: John Maynard Keynes,
Wladimir Iljitsch Lenin, Alfred Marshall, Walter Eucken und Karl Marx
Druck- und Bindearbeit: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Printed in Germany

Inhalt

<i>Günter Krause/Christa Luft/Klaus Steinitz</i> Vorwort	7
<i>Günter Krause</i> Wirtschaftstheorie in der DDR – eine Frage und vier Thesen	12
<i>Klaus Steinitz</i> Das Spannungsfeld von ökonomischer Forschung und Politik in der DDR und ein Vergleich mit der Bundesrepublik	33
<i>Harry Nick</i> Drei Fragen zu Unterschieden zwischen ökonomischen Theorien in der DDR und in der Bundesrepublik	63
<i>Reinhold Kowalski</i> Die Kapitalismusforschung in der DDR – Ent- und Abwicklung	73
<i>Walter Kupferschmidt</i> 41 Jahre Hochschule für Ökonomie Berlin – eine Bilanz	84
<i>Klaus Peter Kisker</i> Das Elend bundesdeutscher ökonomischer Lehre und Forschung	109
<i>Klaus Müller</i> Wirtschaftsstudium in der Bundesrepublik und der DDR – Ähnlichkeiten und Unterschiede	120
<i>Peter Thal</i> Reflexionen zu Lehre und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1951 – 1991	133

Norbert Peche

Wirtschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung
zwischen Ost und West.

Ein persönliches Statement 20 Jahre »danach« 139

Heinz-J. Bontrup

Menschliche Arbeit in der Ökonomik. Nach der klassischen Lehre
und Forschung kam fast nur noch Mystifikation

145

Rudolf Hickel

Politische Ökonomie des Kapitalismus als gemeinsames Projekt
gegen die Arroganz der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft

147

Christa Luft

Ökonomischer Mainstream zwischen Erschütterung und »weiter so«

171

Personenverzeichnis

196

Zu den Autorinnen und Autoren

201

Vorwort

»Die Theorie des freien Marktes ist tot, aber sie wird noch durch nichts ersetzt.«¹ So lautet das aktuelle Urteil des renommierten britischen Sozial- und Wirtschaftshistorikers Eric Hobsbawm. In dieser knappen These des bekennenden Marxisten bündeln sich drei Momente.

Erstens ist der Glaube an sich selbst regulierende Märkte in der jüngsten, einer systemischen Krise des Kapitalismus massiv in Frage gestellt worden. Ungezügelter Finanzmärkte würgen die Realwirtschaft, höhlen die Demokratie aus und drohen, das europäische Sozialstaatsmodell der Nachkriegszeit zum Einsturz zu bringen. Die in Lehre, Forschung und Politikberatung dominierende neoklassische Theorie kollidiert auffällig mit der Realität und steht den Zukunftsherausforderungen kaum problemadäquat gegenüber. Sie beharrt auf ihren Dogmen, dabei wäre ihre »Abwicklung« fällig.

Zweitens sind einfache Rückgriffe auf das theoretische Modell, das dem gescheiterten Realsozialismus zugrunde lag, keine angemessene, sogar eine falsche Antwort auf die Frage »Wie weiter?« Wohl aber sollten produktive Ansätze bewahrt werden, so vor allem die soziale Funktion wirtschaftlicher Tätigkeit, statt einseitiger einzelwirtschaftlicher Renditeorientierung. Und ohne »Ismen« zu reanimieren, dürfen Karl Marx und auch John M. Keynes im Kreise von Ratgeberinnen und Ratgebern für ein alternatives Wirtschaftsmodell nicht fehlen.²

Drittens: Totgesagte sterben länger. Die totgesagte neoklassische Lehre hat immer noch einen Pulsschlag. Sie liegt im Koma, ist aber zählebig. Denn gesellschaftliche Kräfte, die vom Neoliberalismus profitieren, insbesondere globale Konzerne des Finanzsektors, haben nicht an Einfluss verloren. Sie nutzen gar den Staat als Retter in der Not. Zurückzudrängen ist die Theorie des freien Marktes aus dem akademischen Alltag, aus Elitenbildung und Politikberatung nur, wenn Vision und Funktionsmerkmale eines alternativen, den Interessen von Bevölkerungsmehrheiten entsprechenden demokratischen Wirtschaftsmodells präsentiert werden können. »Dabei gibt es ein großes Problem: Unser Wissen, was nicht geht,

1 Die Linke ist zu schwach. Eric Hobsbawm über die Wiederkehr von Marx und Keynes. In: Frankfurter Rundschau vom 16.11.2011.

2 Vgl. hierzu u. a. Günter Krause (Hrsg.): Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechte Wirtschaft. Berlin 2007.

ist umfassender und aus konkreten Erfahrungen besser begründet als unser Wissen darüber, wie die großen Probleme und Widersprüche der gegenwärtigen Welt zu lösen sind.«³ Für eine Alternative zum Realkapitalismus existiert keine Blaupause. Es gilt, Lern- und praktische Suchprozesse zu intensivieren. Offenheit und Pluralität in Lehre und Forschung sind dafür eine Grundbedingung.

Die sich in Hobsbawms These spiegelnde Dreifach-Sicht durchzieht die vorliegende Publikation. Sie stellt eine heute viele bundesdeutsche Ökonominnen und Ökonomen bewegende Frage: »Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft?«⁴ Und sie lädt zur Debatte darüber ein, welcher Wirtschaftstheorie es zukünftig bedarf. Zugrunde liegt ihr eine wissenschaftliche Tagung zum Thema: »Ökonomische Lehre und Forschung in der DDR und im vereinten Deutschland – Erfahrungen, Probleme und Zukunftsanforderungen«.⁵ Damit wurde am 1. Oktober 2011 an die Schließung der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) Berlin vor genau zwanzig Jahren erinnert. Wie der größten ökonomischen Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR erging es etwa zeitgleich anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen, oder sie wurden in bloßer Fortschreibung überkommener altbundesdeutscher Standards umgestaltet. Für die Beschäftigten bedeutete das insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten und Bedingungen für eine weitere wissenschaftliche Tätigkeit eine tiefe Zäsur in ihrer Lebensbiographie. Auch Studierende waren betroffen, Absolventinnen und Absolventen waren plötzlich ohne Alma Mater.

Erstmals seit der deutschen Einheit haben mit dieser Tagung Ökonominnen und Ökonomen aus zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen des Hochschulwesens und der Akademie der Wissenschaften der DDR⁶ in großer Runde öffentlich über das eigene Wirken Bilanz gezogen. Sie blieben jedoch nicht unter sich: An der Tagung beteiligten sich auch Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus den alten Bundesländern.

Welche Motive lagen dem Vorhaben zugrunde und warum veröffentlichen wir die Ergebnisse in einem Buch?

1. Das Scheitern des Realsozialismus heißt für die Angehörigen der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft nach der eigenen Verantwortung dafür zu fragen,

3 Klaus Steinitz: Aktuelle Fragen einer Dialektik des Antikapitalismus. In: Günter Krause (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät. Bd. 28. Berlin 2011, S. 195.

4 Volker Caspari/Bertram Schefold (Hrsg.): Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre. Frankfurt a. M. 2011.

5 Diese Tagung wurde dankenswerter Weise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ausgerichtet.

6 Lehrer der Parteihochschule der SED haben in einem Sammelband u. a. auch die ökonomische Lehre an ihrer Einrichtung einer kritischen und selbstkritischen Analyse unterzogen. Vgl. Uwe Möller/Bernd Preußner (Hrsg.): Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick. Schkeuditz 2006.

warum das Gewollte nicht den gewünschten Erfolg hatte. Das war nicht als selbstgerechtes oder gar nostalgisches Reflektieren der Vergangenheit gedacht. Nur eine vorbehaltlose kritisch-selbstkritische Rückschau schützt davor, mit wachsendem zeitlichem Abstand und angesichts zivilisationsgefährdender Vorgänge im Realkapitalismus damalige Fehler, Irrtümer und Versäumnisse zu verharmlosen. Zugleich erlaubt sie, im Hegelschen Sinne tragfähige Ansätze und Geleistetes vor dem Vergessen oder der Herabsetzung zu bewahren. Die Bilanz fiel auf der Tagung dementsprechend nicht beschönigend aus, vermied aber einseitige Urteile, wie sie vielfach Außenstehende abgeben. So hatte sich der Zeithistoriker Arnulf Baring mit einer auf Ostdeutschland bezogenen anmaßenden, von außerordentlicher Ignoranz zeugenden Bemerkung hervorgetan: »Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar.«⁷ Es liegt in der Natur der Sache, dass vor allem Vertreterinnen und Vertreter der in der Bundesrepublik dominierenden Neoklassik eine andere Bewertung vornehmen als DDR-sozialisierte Ökonominnen und Ökonomen. Doch diese haben ein Recht auf eine eigene, eine differenzierte Sicht und machen davon auch Gebrauch. Wir möchten mit dieser Publikation alle Interessierten an den gewonnenen Erkenntnissen teilhaben lassen und die durchaus auch unterschiedlichen Sichtweisen bei der Bewertung des Vergangenen deutlich machen.

2. Eine Diskussion über das Thema allein unter Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die in der DDR tätig waren, wäre unserer Meinung nach wenig zielführend gewesen. Handelt es sich doch um eine Problematik, die die gesamte wirtschaftswissenschaftliche Zunft Deutschlands angeht. Im Angesicht der systemischen Krise des Kapitalismus stehen auch im vereinten Deutschland Grundannahmen und Leistungen ökonomischer Lehre und Forschung auf dem Prüfstand. Massiv mehren sich in Öffentlichkeit und Wissenschaft kritische Stimmen wie konkrete Erwartungen. Keine Frage – der von der Neoklassik geprägte ökonomische Mainstream ist erschüttert. Doch ist er auch gebrochen? Zeigt er ernsthafte Nachdenklichkeit angesichts des Versagens bei der Voraussicht und Eindämmung von Krisen? Bedarf es nicht einer vorurteilslosen Bewertung von Defiziten, Irrtümern und bleibenden Erkenntnissen, anders als das mit der ökonomischen Lehre und Forschung in der DDR nach der deutschen Einheit geschah? Im Interesse einer möglichst ergiebigen Beratung ging es uns daher darum, spezifische Erfahrungen und Sichtweisen aus Deutschland (Ost) und Deutschland (West) zusammenzuführen und ge-

7 Arnulf Baring: Deutschland was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst. Berlin 1991, S. 59.

meinsam zu debattieren, was aus Vergangenheit und Gegenwart für die Zukunft verwertbar und weiterzuentwickeln und was sich als falsch erwiesen hat und folglich zu überwinden ist. Eine solche komplexe Betrachtung ist weitestgehend neu.

3. Wir wollten die Beziehungen zwischen ökonomischer Forschung und Lehre auf der einen sowie Politik und Ideologie auf der anderen Seite in den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen Nachkriegsdeutschlands vergleichen und zugleich erkunden, wie dieses Spannungsverhältnis sich heute gestaltet. Die Berichte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ost und West, vor allem derjenigen, die in beiden Systemen geforscht und gelehrt haben, kamen mitunter überraschenden Analogien auf die Spur. In vielerlei Hinsicht gab es trotz grundlegend entgegengesetzter sozial-ökonomischer und politischer Verhältnisse Ähnlichkeiten und sogar Gemeinsamkeiten zwischen den Problemen in der DDR und der vormaligen BRD bzw. dem heutigen Deutschland. Freiheit in der Wissenschaft, vorurteilslose Wahrheitsuche als wichtigstes Kriterium, Offenheit sowie Pluralität in Lehre und Forschung zu gewährleisten, war nicht nur in der DDR ein ungelöstes Problem. Auch der akademische Alltag im vereinten Deutschland – so die Erfahrung von gegenwärtig aktiv am universitären Betrieb Beteiligten – wird solchen Ansprüchen keineswegs uneingeschränkt gerecht. Im Buch werden Anregungen und Anhaltspunkte zur Überwindung dieser Defizite sowie zur Weiterentwicklung der ökonomischen Wissenschaft gegeben, damit diese einen wirksamen Beitrag zur Lösung der Gegenwartsprobleme und vor allem zu einer lebenswerten menschlichen Zukunft leisten kann.
4. Es sollte nicht nur zurückgeschaut, sondern jenseits vom ökonomischen Mainstream ein Beitrag zur Diskussion aktueller sowie heranreifender Fragen geleistet werden. Verständlich, dass dabei aus der eskalierenden Finanz- und Schuldenkrise zu ziehende Schlussfolgerungen einen Schwerpunkt bildeten. In der neoklassischen Schule, der an deutschen Universitäten und Hochschulen vorherrschenden ökonomischen Theorie, kommen Krisen bzw. Rezessionen gewöhnlich nur als eine mehr oder minder lange Phase des Konjunkturzyklus oder als »anonyme Systemfehler«⁸ vor. Als dem Kapitalismus systemimmanent und der Überakkumulation von Kapital entspringend, hatte hingegen Marx das Krisenphänomen beschrieben. Diese Erkenntnis wurde von den Marktdoktrinären lange als ideologisches Geschwätz denunziert. Inzwischen räumen prominente nichtmarxistische Ökonominen und Ökonomen, mehr aus den USA als aus dem bundesdeutschen Raum, freimütig ein, der »Alte aus

8 Hans-Werner Sinn: 1929 traf es die Juden – heute die Manager. In: Der Tagesspiegel vom 27.10.2008.

Trier« habe mit dieser Sicht doch Recht gehabt. Im Buch wird nicht für die Wiederbelebung eines Katechismus der »reinen Lehre« geworben, aber dafür, die an den meisten deutschen Universitäten und Hochschulen anzutreffende Ignoranz gegenüber der Kapitalismusanalyse von Marx zu beenden.

5. Zu denken gibt das Faktum, dass der Neoliberalismus als herrschende Ideologie des entfesselten Kapitalismus auf das Denken großer Teile der Gesellschaft Einfluss gewinnen konnte. Offenbar hat er sich den Mangel an Kenntnissen über wirtschaftliche Tatbestände und gesellschaftliche Grundzusammenhänge zunutze gemacht. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu beklagte den »ökonomischen Analphabetismus«. Der gipfelt unter anderem in solchen Slogans wie »Lass Dein Geld für Dich arbeiten«, »Geiz ist geil«, »Heute kaufen, morgen bezahlen« sowie in »Sachzwangargumenten« zur Rettung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Mit einigen solcher oberflächlichen und verdummenden Thesen setzen sich Autorinnen und Autoren in diesem Buch auseinander.

Die vorliegende Publikation umfasst die überarbeiteten Vorträge, die auf der Tagung gehalten wurden. Die Kollegen Heinz-J. Bontrup, Klaus Peter Kisker, Harry Nick sowie Reinhold Kowalski wurden von Herausgeberin und Herausgebern eingeladen, sich mit Texten zum Thema zu beteiligen. Dieses Buch ist kein Gemeinschaftswerk im üblichen Sinne, sondern ein Sammelband, in dem jede Autorin und jeder Autor den Inhalt ihres bzw. seines Beitrages allein verantwortet, was auch zu durchaus differenzierten Sichten führt.

Wir danken allen, die mit wertvollen Anregungen und kritischen Hinweisen zum Gelingen des Projektes beigetragen haben. Dank gebührt Ekkehard Sachse, langjähriger ordentlicher Professor für Arbeitsökonomie an der HfÖ, der den Anstoß zu einer Veranstaltung anlässlich der 20. Wiederkehr des Abwicklungsgeschehens an der HfÖ und anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen der DDR gab.

Günter Krause, Christa Luft, Klaus Steinitz
Berlin, im Januar 2012

Günter Krause

Wirtschaftstheorie in der DDR – eine Frage und vier Thesen

Ich habe bemerkt, sagte Herr K., dass wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, dass wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?

Bertolt Brecht

Wie nähert man sich der in der DDR einst präsenten Wirtschaftstheorie?

Ganz sicher gibt es auf diese Frage recht divergierende Antworten. Die zwischenzeitlich angewachsene, in unterschiedlicher Diktion präsenste und mit verschiedenen Perspektiven und Problemsichten versehene Literatur über die Wirtschaftstheorie in der DDR, über ihre Ökonomiedebatten, über das Agieren ihrer Ökonominen und Ökonomen macht das deutlich.¹

1 Vgl. u. a. Fritz Behrens: »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...« Texte von und über Fritz Behrens, herausgegeben von Günter Krause und Dieter Janke. Hamburg 2010; Peter C. Caldwell: Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic. Cambridge 2003; Hans-Georg Draheim/Rolf Emmrich und Dieter Janke: Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens. Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 18. Leipzig 2005; Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. Edited by Hans-Jürgen Wagener. London and New York 1998; Jürgen Geilfuss: Eigentum und Leistung in der sozialistischen Wirtschaftstheorie, insbesondere in der früheren DDR. Ein Beitrag zur Transformationsforschung. Hanau 2010; Heinz-Dieter Hausteine: Erlebnis Wissenschaft. Wirtschaftswissenschaft in vierzig Jahren DDR aus der Erfahrung eines Ökonomen. Bernau 2011 (unveröffentlichtes Manuskript); Helmut Koziol: Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen? In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« Werk und Wirken von Fritz Behrens. Herausgegeben von Eva Müller/Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Leipzig 1999, S. 68-72; Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998; Claus Krömke: Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wandlungen des Günter Mittag. Hefte zur ddr-Geschichte. Berlin 1996; Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR. Schkeuditz 2011; Hajo Riese: Grenzen und Schwächen der Erkenntnis – die Wirtschaftstheorie. In: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der Geschichte? Berlin 2006, S. 33-44; Jörg Roesler: Demokratische und technokratische Wirtschaftsreformer in der DDR. In: WeltTrends, Nr. 18, Frühjahr 1998, S. 115-130; Helmut Steiner: Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozialwissenschaftlichen Akademie. Bd. 36, Berlin 2000, S. 89-108; Camilla Warnke/Gerhard Huber (Hrsg.): Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West. Marburg 1996; Mathias Wiards: Krise im Realsozialismus: Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren. Hamburg 2001.

Die Art und Weise der Annäherung an die DDR-Wirtschaftstheorie, die Beschäftigung mit ihr kann von ganz unterschiedlichen Aspekten geprägt sein. Diese Aspekte können, um hier nur wenige zu nennen, etwa sein:

- Der starke Einfluss des herrschenden politischen Zeitgeistes.
Und da zeigt sich, dass aktuelle Diskurse um jüngere Zäsuren der deutschen Geschichte² und gerade auch um die Geschichte der DDR nicht nur Kampffelder politisch wie wissenschaftlich unterschiedlich aufgestellter Kräfte sind, die erbittert um die Interpretationshoheit in Sachen DDR-Geschichte streiten. Vielmehr werden diese Diskurse vor allem von der Hegemonie eines konservativen Neoliberalismus mit all seinen problematischen Folgen für analytische Fragestellungen und theoretische Interpretationen – als Stichwort etwa: die »Schablonen der Dikturanalyse«³ – geprägt.
- Die weltanschauliche und politische Position zu dem historischen Projekt, nach 1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sieg über den Faschismus auf deutschem Boden in Gestalt der DDR eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu errichten.⁴
- Die Haltung zu den Wissenschaften und ihren Akteuren selbst, die dieses historische Projekt nicht nur einfach angenommen, sondern vielfach aus tiefer innerer Überzeugung mit ihrer eigenen Arbeit auch höchst engagiert begleitet haben.

So verwundert es dann beispielsweise nicht, wenn die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Halle unter der Überschrift »Fortschritt mit Tradition« ihre Geschichte derart behandelt, dass nach der Erwähnung von Gustav Schmoller und Johannes Conrad, »die als Ratgeber der Politik die Reformen des 19ten Jahrhunderts wesentlich beeinflusst haben« nur noch Erich Gutenberg mit seiner 1921 in Halle erfolgten Promotion, seiner hier einsetzenden »wissenschaftlichen Karriere« genannt wird. Dann folgt schon die Feststellung: »Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät knüpft nach der Umstrukturierung und Neugründung im Jahre 1993 an diese Tradition an.«⁵ Mit anderen Worten: Eine Wirtschaftstheorie in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, hier tätige Ökonominen und Ökonomen kommen in dieser Historie schlicht nicht vor. Und weiter: Dadurch, dass sie genauso beschwie-

2 Vgl. u. a. Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. Herausgegeben von Klaus-Dietmar Henke. München 2009; Kurt Bohr/Arno Krause (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven. 2. Aufl. Baden-Baden 2011.

3 Sigrid Meuschel: Ein Drama zwischen Masse und Macht. In: Süddeutsche Zeitung vom 19. April 1999.

4 Vgl. hierzu u. a. Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt a.M. 1999, S. 36 ff.

5 <http://www.wiwi.uni-halle.de/bereichsinformation/fortschritt...> vom 18.10.2011.

gen werden wie die Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz, werden sie im Grunde auf die gleiche Stufe gestellt.

- Die jeweilige ökonomische Schule bzw. Theorietradition, die bei einer entsprechenden Analyse und Bewertung der Wirtschaftstheorie in der DDR als Referenzgrundlage fungiert.

Beispielsweise hatte der mit einem neoklassischen Forschungsprogramm arbeitende Bonner Volkswirt Wilhelm Krelle Anfang der 1990er Jahre als Chef der für den Neuaufbau der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität zuständigen Struktur- und Berufungskommission unmissverständlich bekannt, dass marxistisch orientierte Ökonomen und Ökonomen, noch dazu mit DDR-Sozialisation, vom Prinzip her für eine qualifizierte wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre nicht geeignet sind.⁶

- Eine bestimmte Intimkenntnis des Gegenstandes selbst.⁷

Bedeutsam war – zum einen – ein konkretes Wissen über die Binnenstruktur des Wissenschaftsbetriebes der DDR im Allgemeinen, über seine Funktionsweise, Normen und Hierarchien. Zum anderen bedurfte es eines konkreten Wissens über die jeweils spezifische Definitionsmacht, über inhaltliche, hierarchische und personelle Dimensionen sowie über die Funktionsmodi der ökonomischen Wissenschaften im Besonderen.

Schließlich hat eine differenzierend und historisierend operierende Wissenschaftsforschung nicht alleine die kognitive Homogenität der Wirtschaftstheorie in der DDR zu erfassen, sondern natürlich zugleich auch ihre wissenschaftsinterne Ausdifferenzierung aufzuarbeiten, etwa die Individualität der Ökonomen und Ökonomen, ihre unterschiedlichen Problemsichten, Denkstile, Kompetenzen, Leistungen und Forschungsergebnisse zu betrachten.

Es ist heute zweifellos möglich, zur Beantwortung der oben formulierten Frage eine ernsthaft ausgerichtete, eine seriös und systematisch angelegte wissenschaftshistorische Perspektive zu wählen. Ausgehend von gesellschaftlichen Kontexten für Wissenschaftsentwicklung gilt es in differenzierender Weise Erkenntnisgewinne und -schränken, Theoriefortschritt und Konflikte, objektive politische und

6 Vgl. hierzu u. a. auch Christian Müller: Der Vereinigungsprozeß an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin o. J.

7 Dass etwa dem die Wissenschaften in der DDR evaluierenden bundesdeutschen Wissenschaftsrat nach Aussagen seines Ex-Vorsitzenden, Dieter Simon, »eklatante Fehleinschätzungen« unterliefen, verdient hier schon Erwähnung (Zit. in Anna-Sabine Ernst: Der Eingriff von oben konnte Ausnahme bleiben. Neue Bewertung der Leistungen der DDR-Wissenschaft. In: Berliner Zeitung vom 27. Januar 1998.). So sei etwa auch »die Leistungsfähigkeit der universitären Forschung ... völlig unterschätzt worden. Weil sie in die eigene Vorurteilsstruktur paßten, habe man einseitige Informationen ungeprüft übernommen« (ebenda).

ideologische Blockaden sowie subjektive Grenzen und Schwächen der Akteure innerhalb einer Wissenschaftsdisziplin aufzuspüren. Einem derartigen Ansatz fühle ich mich verbunden. Dass dieser keineswegs so ganz falsch sein kann, hat meines Erachtens unlängst Jürgen Kocka deutlich gemacht. Der renommierte Sozialhistoriker, einst bei der Abwicklung der Wissenschaften in der DDR aktiv und darüber auch mehrfach publizierend,⁸ stellt in bemerkenswerter Weise fest: »Die inhaltlich-kognitiven Dimensionen der wissenschaftlichen Wiedervereinigung sind bisher nur wenig diskutiert worden. Welche wissenschaftlichen Inhalte, Methoden, Theorien gingen verloren ..., was bedeutete dies unter Gesichtspunkten wissenschaftlicher Qualität?«⁹ Anzumerken ist hier allerdings, dass die von Kocka heute geäußerte Nachdenklichkeit über Defizite und Unterlassungen der einst rigide praktizierten »Abwicklung« von Geistes- und Sozialwissenschaften der DDR vielleicht doch etwas spät einsetzt.¹⁰

Vier Thesen

These 1: Die paradigmatisch durch die Denktraditionen des Marxismus, präziser: des Marxismus-Leninismus geprägte und recht lange unter dem Einfluss der Sowjetwissenschaft stehende Wirtschaftstheorie in der DDR entsprach weitgehend – ungeachtet ihrer fraglos vorhandenen Defizite und Deformationen – akademischen Standards. An Universitäten, Hochschulen und Akademien tätige Ökonominen und Ökonomen leisteten in Forschung und Lehre mehrheitlich normale wissenschaftliche Arbeit. Zu dieser Normalität gehörten teils erhebliche Unterschiede zwischen ihnen in Qualität und Produktivität, in inspirierender Überzeugungs- und Ausstrahlungskraft, in Wirksamkeit und innovativem Gehalt jeweiliger Forschungs- und Lehrtätigkeit. Dass der in der DDR existente gesellschaftliche Kontext im übrigen Einfluss auf die kognitive Dimension hier ansässiger ökonomischer Wissenschaft haben sollte und musste, stellt wahrlich keinen Sonderfall der Wissenschaftsgeschichte dar, kann vielmehr »heute als Gemeinplatz gelten.«¹¹

8 Vgl. u. a. Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Herausgegeben von Jürgen Kocka und Renate Mayntz. Berlin 1998; Jürgen Kocka: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Ebenda, S. 435-459, Jürgen Kocka: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Gedanken nach 20 Jahren. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Bd. 109. Berlin 2011, S. 113-119.

9 Kocka: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Gedanken, S. 115.

10 Vgl. hierzu u. a. Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland. Berlin 2002.

11 Renate Mayntz: Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung, S. 461.

Obwohl es bis zu einer abschließenden Bilanz der Wirtschaftstheorie in der DDR ganz sicher noch weiterer Forschungen bedarf, die von Helmut Koziolk vor einigen Jahren aufgeworfene Frage, ob die politische Ökonomie des Sozialismus »bleibende Erkenntnisse hinterlassen« habe,¹² weiterhin kontrovers debattiert werden wird und in der ökonomischen Theorie zweifellos auch gewichtige Fehlaussagen und -interpretationen enthalten waren, vollzog sich schon – sowohl aus nationaler wie auch aus internationaler Perspektive betrachtet – auf den verschiedenen Theoriegebieten ein Wachstum des ökonomischen Wissens, ein realer Erkenntnisfortschritt.

Warum diese kategorische Feststellung? Sie ist notwendig, weil bis heute über die theoretische Ökonomie und ihre Akteure in der DDR verschiedenste Legenden im Umlauf sind – vor allem keine guten. Das negative Pauschalurteil von Arnulf Baring über Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der DDR, das expressis verbis Ökonominen und Ökonomen einschließt, steht nur als ein Beispiel hierfür.¹³ Nachdenklich stimmt in diesem Kontext eine Feststellung bzw. Erkenntnis von Peer Pasternack. Im Ergebnis von Studien über die DDR-Forschung und deren Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb der Bundesrepublik in den Jahren von 1990 bis 2000 kommt er zu dem bemerkenswerten Befund, dass der DDR an 60 Prozent der Universitäten und Hochschulen keine eigenen Lehrveranstaltungen gewidmet waren. Und dort, wo sie Gegenstand der Lehre war, musste eine recht beträchtliche thematische Unausgewogenheit festgestellt werden.¹⁴

In Ergänzung meiner These formuliere ich weiter: Mit einer Beantwortung der ordnungspolitischen Grundfrage zugunsten der Planökonomie in der DDR, mit einer Präferenz für das von Karl Marx entwickelte Forschungsprogramm der Kritik der politischen Ökonomie und der damit verbundenen Schaffung eines Gebäudes ökonomischer Theorien sowie mit einer individuellen sozialistischen Grundüberzeugung waren innerhalb der DDR-Wirtschaftstheorie weder die Gewinnung von Erkenntnissen noch ernst zu nehmende Beiträge zur Theorieentwicklung per se ausgeschlossen. Insofern hat Koziolk durchaus Recht mit seiner Feststellung: »Keiner kann doch sagen, weil die DDR-Ökonomen Kommunisten waren, waren sie keine Ökonomen ... Wir konnten rechnen und wir konnten analysieren.«¹⁵ Und so kommt etwa Friedrun Quaas in einer längeren Abhandlung über die facettenreiche Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in Leipzig anlässlich des

12 Koziolk: Hat die politische Ökonomie, S. 68.

13 Vgl. Arnulf Baring: Deutschland was nun?: Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst. Berlin 1991, S. 59.

14 Vgl. Peer Pasternack: Einheit von Forschung und Lehre? Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb. In: Deutschland Archiv, Heft 1/2002, S. 43-51.

15 Die DDR war eine Hauswirtschaft. Gespräch mit Prof. Dr. Helmut Koziolk, Berlin, 2. Mai 1994. In: Theo Pirker et al.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995, S. 262.

600-jährigen Bestehens der Universität zu der fraglos richtigen Einschätzung, dass die erhebliche politische und ideologische Beschränkung und Normierung, denen die DDR-Wirtschaftstheorie unterlag, »jedoch keineswegs« bedeutete, »dass in der DDR wirkende Ökonomen es nicht zu fachlicher Expertise in verschiedenen Disziplinen gebracht hätten. Zutreffend ist das auch für etliche an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät lehrende und forschende Hochschullehrer, die zu den international bekannten Gelehrten gezählt werden dürfen.«¹⁶

Allerdings gebietet die wissenschaftliche Lauterkeit von vornherein eine einschränkende Bemerkung im Hinblick auf die Situation der Wirtschaftstheorie in der DDR: Der kognitive Entfaltungsraum für ihre verschiedenen Bereiche war in der DDR normativ klar abgesteckt, genauer: Er war eindeutig begrenzt durch die Kernparadigmen der politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus.¹⁷ Damit wurde seitens der SED-Spitze im Grunde ein Erkenntnis- und Wahrheitsmonopol errichtet, das die Genesis der Wirtschaftstheorie und die ökonomischen Diskurse in der DDR entscheidend prägen sollte. Keine Frage – die Wirtschaftstheorie in der DDR war »bei Marx«. Und mit dem auf Marx' Kritik der politischen Ökonomie fußenden Forschungsprogramm wurden ohne Zweifel auch viele wichtige Einsichten und Erkenntnisse möglich und vermittelt. Und zu einem nicht geringen Teil haben sie auch heute noch weiterhin Bestand. Nicht zufällig ist etwa im Zusammenhang mit der Erklärung vieler Phänomene und Prozesse der multiplen Krise des globalen Kapitalismus der Gegenwart, insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskrise, auch von »Marx reloaded« die Rede.¹⁸ Und keine Frage – es macht insofern auch durchaus Sinn zu formulieren: »Wir bleiben bei Marx«, so etwa Heinz Wachowitz et al. nach selbstkritischer Reflexion ihres Wirkens.¹⁹

Wie oben bereits festgestellt: Die Wirtschaftstheorie in der DDR war »bei Marx«, doch – und darin lag ohne jede Frage schon ein wirkliches Problem – sie war bei einem aus ganz bestimmten politischen Interessen heraus interpretierten, bei einem *dogmatisierten* Marx. Die komplexe und uneingeschränkte Aneignung des *historischen* Marx blieb für Ökonominen und Ökonomen der DDR offiziell ebenso weitgehend lange tabu wie die in der internationalen wissenschaftlichen

16 Friedrun Quaas: Wirtschaftswissenschaften. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409 – 2009. Bd. 4, 1. Halbband, Leipzig 2009, S. 894.

17 Vgl. hierzu u. a. Hans Wagner: Zur Rezeption des *Kapitals* von Marx in der Politischen Ökonomie der DDR. Versuch einer kritischen Betrachtung nach der Implosion des Staatssozialismus. In: Warnke/Huber (Hrsg.): Zur Kritik, S. 83-109; Peter Ruben: Zum Verhältnis zwischen Ökonomie und Philosophie in der DDR und seiner Vorgeschichte. In: Warnke/Huber, S. 209-239; Heinz-Dieter Hausteine: Karl Marx und evolutorische Ökonomik. In: Camilla Warnke/Gerhard Huber (Hrsg.): Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Marburg 1998, S. 151 bis 178.

18 Vgl. etwa Ingo Stützel: Nicht nur in der theoretischen Auseinandersetzung wird Marx wieder entdeckt. www.das-kapital-lesen.de/?p=86, 30.09.2008.

19 Heinz Wachowitz et al.: Worin wir die Ursachen unseres Scheiterns sehen. In: Uwe Möller/Bernd Preußner (Hrsg.): Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick. Schkeuditz 2006, S. 235-265.

Gemeinschaft existierten verschiedenen Lesarten des Forschungsprogramms von Marx, kurz: die Entwicklungen und Erkenntnisse eines pluralen Marxismus blieben im Grunde außen vor.

2. These: Die Entwicklung des Gebäudes der Wirtschaftstheorie der DDR vollzog sich in differenzierter Weise über verschiedene Etappen. Ihr jeweiliger Ertrag bzw. Erkenntnisgewinn fällt – gemessen an wissenschaftsinternen Kriterien – für die einzelnen Etappen recht unterschiedlich aus. In diesen Etappen standen in enger Abhängigkeit von den jeweils existenten politischen, ökonomischen, ideologischen und wissenschaftlichen Konstellationen und Zäsuren inner- und außerhalb der DDR jeweils spezifische ökonomischen Problemlagen im Zentrum der Theoriebildung wie der damit verbundenen wissenschaftlichen Debatten.

Mit der Gründung der DDR, der Einführung der Planwirtschaft, der 1951 in Angriff genommenen Hochschulreform sowie dem im Juli 1952 auf der 2. Parteikonferenz der SED gefassten Beschluss über den »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« verbanden sich in der ersten Etappe die Verankerung des sogenannten marxistisch-leninistischen Grundstudiums (einschließlich der »Grundlagen der politischen Ökonomie«) für jedwede Studienrichtung sowie die Festlegung des gesamten wirtschaftstheoretischen Denkens auf den Marxismus-Leninismus und seine politische Ökonomie.²⁰

Daher ging es zunächst zum einen wesentlich um eine intensive Rezeption und Interpretation der damaligen Klassiker des Marxismus-Leninismus, ihres Beitrages zur Entwicklung der politökonomischen Theorie. Zum anderen ging es um eine rasche Rezeption der sowjetischen Wirtschaftslehre sowie anfangs der ökonomischen Auffassungen von J. W. Stalin. Zudem kam gerade dem ersten offiziellen sowjetischen Lehrbuch für politische Ökonomie (1954/1955) große Bedeutung zu. Insbesondere die kognitive Formierung der Wirtschaftstheorie in der DDR wurde stark durch die Rezeption sowjetischer Wirtschaftstheorien, ihrer Denkansätze und Methoden geprägt. In diesem Kontext begannen dann einerseits die Ausprägung der politischen Ökonomie des Sozialismus zur Kerndisziplin der Wirtschaftstheorie vom Sozialismus und andererseits die schrittweise Konstituierung von selbstständigen ökonomischen Zweigdisziplinen.

Mit der Akademie-Konferenz von 1955 zum Thema »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR« sollte eine verstärkte systematische Ausgestaltung und Ausdifferenzierung des Theoriesystems einsetzen.²¹

20 Vgl. hierzu den programmatischen Aufsatz von Eva Altmann et al. aus dem Jahre 1951. (Eva Altmann et al.: Für einen konsequent marxistisch-leninistischen Unterricht der politischen Ökonomie. In: Einheit, Heft 10/1951, S. 624-635.)

21 Vgl. hierzu auch Steiner: Das Akademie-Institut, S. 89-108.

Speziell auf dem Gebiet der Geld-, Preis- sowie Reproduktionstheorie kam es zu wichtigen Entwicklungen des Theoriegebäudes, des Begriffs- und Kategoriensystems. Neben Diskussionen zum Gegenstand der politischen Ökonomie, zu den Fragen der Akkumulation sowie den Entwicklungsproportionen der Abteilungen I und II, zum Verhältnis von politischer Ökonomie des Sozialismus und praktischer Wirtschaftspolitik erlangte vor allem die Problematik der Ware-Geld-Beziehungen und des Wertgesetzes im Sozialismus besondere Aufmerksamkeit. Bislang hatten die Ökonomen und Ökonomen der DDR bei der Bearbeitung dieser Fragen klar unter dem von Stalin und der sowjetischen Wirtschaftslehre verkündeten Verdikt gestanden. Danach war die sozialistische Produktion eine Warenproduktion besonderer Art und die monetären Kategorien Insignien des Kapitalismus bzw. nur zeitweilige Relikte kapitalistischer Ökonomie. Schrittweise begann jetzt eine kritische Reflexion über manch platte und unbefriedigende Erklärung der Monetär- und Marktkategorien. Etwa seit Mitte der 1950er Jahre haben dann Ökonomen und Ökonomen der DDR begonnen, die Ware-Geld-Beziehungen sowie das Wertgesetz im Kontext einer sozialistischen Ökonomie ernsthafter forschungsmäßig zu bearbeiten und erste wissenschaftliche Versuche unternommen, ihre Integration in das Theoriegebäude der politischen Ökonomie des Sozialismus auf den Weg zu bringen.²² Eine besondere Zäsur bildete in diesem Kontext die »Revisionismus-Debatte« von 1955–1958, in der es speziell um ökonomische Auffassungen von Fritz Behrens, Arne Benary, Gunther Kohlmey und Herbert Wolf, genauer: um ihre Ideen zu Warenproduktion, Wertgesetz und Geld sowie ihre Kritik ungenügender theoretischer Arbeit auf dem Gebiet der politischen Ökonomie des Sozialismus ging.²³ Im Mittelpunkt dieser ersten großen Auseinandersetzung der SED um ein versuchtes Projekt zur Reform der Planökonomie, um ein pluraleres Verständnis von marxistischer Wirtschaftstheorie stand – ausgehend von einer kritischen Bestandsaufnahme – der Ersatz der stark administrativ-bürokratischen durch eine ökonomische Wirtschaftsleitung. Die oben genannten Ökonomen plädierten massiv für eine Überwindung der befehlenden Omnipräsenz des Staates zugunsten der Entfaltung demokratischer Ressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft.²⁴

22 Vgl. hierzu u. a. Ulrich Busch/Günter Krause: Geldtheoretisches Denken in der DDR. In: Herausforderung der Geldwirtschaft. Theorie und Praxis währungspolitischer Ereignisse. Herausgegeben von Hans-Joachim Stadermann und Otto Steiger. Marburg 1999, S. 65-106.

23 Vgl. hierzu u. a. auch Behrens: »Man kann nicht...«.

24 Vgl. Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft 1957, S. 105-140; Gunther Kohlmey: Die Bestimmung und Gewährleistung eines ökonomisch richtigen Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik. Vortrag im Arbeitskreis »Geldtheorie« des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 30.10.1956 (unveröffentlichtes Manuskript); Arne Benary: Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft 1957, S. 62-94.

Zugleich galt es in dieser Etappe wissenschaftliche Klarheit über den Inhalt und Charakter grundlegender Kategorien wie dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, der zentralen Planung, der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie über Geld, Preis, Lohn, Arbeit, Kosten, Arbeitsproduktivität, Reproduktion, Wachstum und Nationaleinkommen zu gewinnen.

Eine zweite Etappe der Entwicklung der Wirtschaftstheorie in der DDR vollzog sich in den 1960er Jahren, genauer: im Zeitraum von 1963 bis 1971. Dies waren vor allem die spannenden und wechselvollen Jahre des Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, kurz: NÖS. Bekanntlich stellte das NÖS – ausgehend von der im Herbst 1962 entfachten sowjetischen »Liberman-Diskussion«²⁵ – den bedeutendsten Versuch in der DDR-Geschichte dar, »von oben«, also unter Führung der SED, eine breiter angelegte Reform bzw. Modernisierung von Theorie und Praxis der Planwirtschaft auf den Weg zu bringen. Konkret: Es ging um eine Reformierung des administrativ-zentralistischen Wirtschaftsmodells sowjetischer Prägung.²⁶

Im Kontext des NÖS erlebte die Wirtschaftstheorie in der DDR eine – wenn auch vergleichsweise kurze – Phase bislang nicht gekannter Herausforderung und Entwicklung. Dies betraf zum einen die Etablierung neuer ökonomischer Disziplinen sowie zum anderen die Einbeziehung einer größeren Zahl von Ökonominen und Ökonomen in den Entwurf sowie die Debatte von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepten, Strategien und Maßnahmen. Bedeutsam war dabei, dass im Zuge der Arbeit am NÖS, so formulierten Wolfgang Berger und Otto Reinhold als einflussreiche Exponenten dieses Projekts, »viele neue Probleme aufgeworfen und Lücken in der theoretischen Arbeit sichtbar« gemacht wurden.²⁷ Dazu zählte beispielsweise auch, dass Mitte der 1960er Jahre – etwa durch Hans Mottek, Gerhard Schmidt-Renner, Edgar Schramm und Günter Streibel – erstmals ernsthafte theoretische Beiträge zu einer Umweltökonomie (wenngleich der Begriff selbst noch nicht zu finden war) vorgelegt wurden, weil im Zuge des NÖS an die Stelle von vorrangig extensiver Produktion mit einem umfangreichen Einsatz von Natur- und Rohstoffen nun stärker auf Intensivierung und Effizienz der Produktion gesetzt wurde. Deshalb erhielten sowohl ein Ressourcen sparender

25 In seinem »Prawda«-Artikel vom 9. Septmeber 1962 (»Plan, Gewinn, Prämie«) hatte der Charkower Ökonom J. G. Liberman für eine Veränderung der Bewertungskriterien der Tätigkeit der sowjetischen Betriebe plädiert. So sollte nicht die Erfüllung der Plankennziffer »Bruttoproduktion« weiter entscheidendes Kriterium sein, sondern die Erfüllung der Kennziffer »Betrieblicher Gewinn«.

26 Vgl. hierzu u. a. André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin 1999; Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR. Berlin 1990.

27 Wolfgang Berger/Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung. Berlin 1966, S. 60f.

Umgang mit dem Boden, mit den Natur- und Rohstoffen als auch Fragen ihrer Bewertung einen beträchtlich veränderten Stellenwert. Daher kam etwa Gertraud Seidenstecher bereits im Jahre 1973 zu dem doch bemerkenswerten Urteil, dass »auf wissenschaftlichem Gebiet ... in der DDR schon seit längerem an der Erforschung von Umweltproblemen gearbeitet« wurde.²⁸ Diese Wertung steht im Übrigen im Kontrast zu Uwe Bastians Auffassung, wonach sich in Archiven und Bibliotheken der DDR »keine einzige Arbeit, kein Dokument, keine Dissertation oder Monographie finden (wird), die sich kritisch mit dem Verhältnis Ökonomie und Umwelt ..., bezogen auf die DDR« auseinandergesetzt habe.²⁹

Unübersehbar war zudem, dass sich in dieser Periode recht gewichtige Modifikationen im theoretischen Profil der DDR-Wirtschaftstheorie vollzogen, es zu Prozessen einer – leider nur zeitweiligen – Entdogmatisierung in der von der tradierten sowjetischen Wirtschaftstheorie bestimmten Axiomatik der politischen Ökonomie des Sozialismus kam. Im Zuge dieser Reform der DDR-Planökonomie ergaben sich für die Wirtschaftstheorie im Vergleich zu früherer Zeit größere Spielräume für die Rezeption unterschiedlichster Theorieangebote. Die ausschließliche Fixierung auf die tradierten Dogmen sowjetischer Ökonomie wurde zugunsten einer größeren Internationalität und Pluralität in einer bestimmten Weise zurückgenommen. Beleg hierfür ist etwa die Publikation von Schriften von Sraffa, Lange, Kornai, Sik, Feldman und Churchman/Ackoff/Arnoff.

Welche Aspekte sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung? Vor allem zwei sind hier hervorzuheben. Erstens wurde mit dem NÖS-Konzept der zentrale Gedanke der sowjetischen politischen Ökonomie von der in Raum und Zeit universellen Gültigkeit des sowjetischen Wirtschaftsmodells problematisiert und aufgebrochen. Und zweitens wurde mit dem neuen gesellschaftskonzeptionellen Ansatz, wonach der Sozialismus eben nicht eine mehr oder minder kurze Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine »relativ selbstständige sozialökonomische Formation« sei, nicht einfach nur die Schaffung des »Entwickelten Gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« mit dem »Ökonomischen System des Sozialismus« als Kernstück beschlossen. Vielmehr wurde damit eine klare Distanz zu Theorie und Praxis eines schnellen »Übergangs zum Kommunismus« bekundet.

28 Gertraud Seidenstecher: DDR. In: Hans-Hermann Höhmann/Gertraud Seidenstecher/Thomas Vajna (Hrsg.): Umweltschutz und ökonomisches System in Osteuropa. Drei Beispiele: Sowjetunion, DDR, Ungarn. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S. 99.

29 Uwe Bastian: Greenpeace in der DDR. Berlin 1996, S. 65. Zu Geschichte und Profil der DDR-Umweltökonomie vgl. u. a. auch Günter Krause: Umweltökonomie in der DDR zwischen sachorientierter Problemanalyse und ideologischen Dogmen. In: Hans-Dieter Feser/Michael von Hauff (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in der Umweltökonomie und -politik. Regensburg 1997, S. 395-426.

Ordnungspolitisch verkörperte das Konzept vom Sozialismus als sogenannter eigenständiger Gesellschaftsformation eine bemerkenswerte Modifikation der bis dato gängigen Lehre vom Sozialismus-Kommunismus. In dem 1969 publizierten, seinerzeit viel diskutierten und sehr anregenden, doch politisch bald wieder zurück gestuften Lehrbuch »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR« erhielt diese Modifikation dann eine substantielle wissenschaftliche Ausfüllung.

An welchen Fragen und Problemen manifestierten sich besonders die Forschungsarbeit und auch das Wachstum wissenschaftlicher Einsichten? Hier wäre vor allem zu verweisen auf Untersuchungen und Erkenntnisse etwa zu

- den spezifischen Wirkungsbedingungen und der Wirkungsweise ökonomischer Gesetze im Sozialismus,
- den Wechselwirkungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der wissenschaftlich-technischen Revolution,
- den ökonomischen und sozialen Triebkräften in der sozialistischen Gesellschaft,
- den Funktionen und der Ausnutzung der Warenbeziehungen sowie des Wertgesetzes als ein grundlegendes Gesetz der sozialistischen Planwirtschaft,
- einer wirksameren Ausgestaltung des Verhältnisses von Plan und Markt sowie zu Fragen des Systems ökonomischer Hebel,
- den Notwendigkeiten der Modernisierung der Preisbildung (Stichwort: Industriepreisreform und Preistyp-Kontroverse),³⁰
- den Erfordernissen erweiterter Reproduktion und ihrer Intensivierung sowie zu ökonomischer Rationalität und Wachstum,
- der Rolle des Perspektivplanes als sogenanntes Hauptsteuerungsinstrument,
- einer notwendigen Neuregelung des Verhältnisses von Planung und Wirtschaftsrecht,³¹

30 Vgl. hierzu etwa Helmut Mann: Notwendige Veränderungen im Preissystem der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 11/1962, S. 1601-1614; Helmut Mann: Die Weiterentwicklung des Preissystems in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 6/1966, S. 989-997; Helmut Mann: Volkswirtschaftliche Effektivität und Preis. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1/1969, S. 49-61; Kurt Ambree et al.: Technische Revolution und Preistyp. Berlin 1966; Karl Bichtler/Harry Maier: Die Messung des Arbeitsaufwandes als politökonomisches Problem. In: Probleme der politischen Ökonomie. Bd. 10. Berlin 1967, S. 77-146; Johann Köhler: Zur Problematik eines richtigen Preisbildungsprinzips. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 12/1965, S. 1985-2007; Harry Nick: Warum fondsbezogener Preistyp? Berlin 1968.

31 Vgl. u. a. Uwe-Jens Heuer et al.: Zur Entwicklung unserer Wirtschaftsgesetzgebung bei der weiteren Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung. Unveröffentlichtes Material 1966; Gerhard Pflücke/Erika Süß: Wirtschaftsrecht. In: Uwe-Jens Heuer (Hrsg.): Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit. Baden-Baden 1995, S. 427-474; Günter Strassmann/Erika Süß/Siegfried Wenzel: Zur rechtlichen Dimension des staatssozialistischen Planungsmodells. In: Günter Krause (Hrsg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel der DDR. Baden-Baden 2002, S. 115-152.

- inhaltlichen Aspekten der Neugestaltung des Bilanz- und Kennziffernsystems,
- inhaltlichen Eckpunkten der Neuausrichtung des Bank-, Finanz- und Kredit-systems sowie einer notwendigen Qualifizierung der Geldforschung (Stich-worte: Theorie des sozialistischen Kreditgeldes, aktive Rolle des Geldes im Reproduktionsprozess).

Die Entwicklung der DDR-Wirtschaftstheorie in den 1970er und 1980er Jahren, also in der Honecker-Ära, erhielt ihre wesentliche Prägung durch die Beschlüsse des VIII. SED-Parteitag. Welche Folgen waren damit verbunden? Erstens gab es innerhalb der Sozialismus- und Gesellschaftstheorie einen Wandel in der ordnungspolitischen Ausrichtung. An die Stelle des Konzepts vom »Entwickelten Gesellschaftlichen System des Sozialismus« trat das Konzept von der »Entwickelten Sozialistischen Gesellschaft«. Hinter dieser scheinbar nur begrifflichen Modifikation verbarg sich jedoch Substantielles – vor allem die Aufgabe des in der Periode des NÖS initiierten Prozesses der Etablierung eines effizienteren Wirtschaftsmechanismus sowie eines eigenständigeren, vor allem systemtheoretisch fundierten DDR-Typus von Sozialismus. In offizieller Diktion der SED-Führung wurde nun der »pseudowissenschaftlichen Theorie vom Sozialismus als einer relativ selbstständigen ökonomischen Gesellschaftsformation, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der DDR verbreitet worden war«, der Kampf angesagt.³² In den Vordergrund trat dann bis Mitte der 1980er Jahre wieder ein nachhaltig am sowjetischen Grundmodell des Sozialismus orientierter Kurs, der mit einem Comeback des Typus einer strengeren zentralistisch-administrativen Wirtschaft verbunden sein sollte. Herbert Wolf resümierte hierzu: Es war eine »erneute Verfestigung jener Grundzüge des Gesamtsystems, die bereits in der Stalin-Zeit bestimmend waren (wenn auch in manchem etwas milder, zivilisierter)«.³³

Zweitens vollzog sich ein bestimmter Wandel in der Wirtschaftspolitik. Die zum Ende der 1960er Jahre stark forcierte, von den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution geprägte Politik der Entwicklung von strukturbestimmenden Wachstumsindustrien erfolgte zulasten der volkswirtschaftlichen Proportionalität und des Bevölkerungskonsums.

Jetzt sollten Proportionalität der Volkswirtschaft sowie konsumtive Bedürfnisse der Bevölkerung, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen oberste Priorität (Stichworte: »Politik der Hauptaufgabe«, »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«) erhalten.

32 Geschichte der SED. Abriss. Berlin 1978, S. 557.

33 Herbert Wolf: Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. VI. Herausgegeben von Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek. Eggersdorf 1996, S. 78.

Drittens zeigten sich im Bereich der Wirtschaftstheorie recht zwieschlächtige Tendenzen. So gab es zum einen im Zuge der Edition verschiedener Lehrbücher der politischen Ökonomie sowie anderer Fachgebiete eine intensive, an den Grundlagen der Theorie orientierte Forschungsarbeit. Dabei wurde insbesondere die vorrangige Stellung der politischen Ökonomie innerhalb der Wirtschaftswissenschaften herausgestellt.³⁴ Ihre prononcierte Hervorhebung als »Kernstück« im System der Wirtschaftswissenschaften und Verantwortung für ihre »theoretisch-methodologische Einheit« war ein spezieller Reflex auf die Kritik der SED-Spitze, die »Tendenzen der Lösung ökonomischer Zweig- und Querschnittsdisziplinen von der politischen Ökonomie« erkannt haben wollte³⁵ und ihnen entgegen zu steuern suchte. Und es war auch eine Reaktion auf zwischenzeitlich in der Wirtschaftstheorie der DDR rezipierte Ansätze der Systemtheorie, bei denen die Volkswirtschaft als ökonomisches System zum Objekt von Theoriebildung avancierte. Ein nun wieder orthodoxeres Verständnis von politischer Ökonomie orientierte die Forschung nicht alleine erneut auf das Dogma von »Basis und Überbau«, die Vorbereitung eines »allmählichen Übergangs zum Kommunismus«, sondern reklamierte auch wieder stärker die »bewährte« Auffassung von Sozialismus und Kommunismus als »zwei Phasen« der »einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsformation«, deren »Gemeinsamkeiten« und »Besonderheiten« zu untersuchen wären.³⁶

Eine forcierte ideologische Aufladung der ökonomischen Theorie in jener Zeit bedeutete jedoch keineswegs, dass Ökonominen und Ökonomen der DDR unfähig waren zur Wahrnehmung von ökonomischen Notwendigkeiten und Instabilitäten der Volkswirtschaft bzw. von Defiziten in den theoretischen Grundlagen der Planökonomie. Dafür spricht beispielsweise die sogenannte Wertformen-Debatte von 1980/81.³⁷ Bei dieser Kontroverse innerhalb der politischen Ökonomie und Philosophie zu Fragen einer für den Sozialismus gültigen Wert- und Geldtheorie hatten im Rahmen eines locker an der Berliner Humboldt-Universität institutionalisierten interdisziplinären Forschungsprojekts Peter Ruben und Hans Wagner einen Aufsatz publiziert,³⁸ der – anknüpfend an Marx' Wertformenanalyse und unter

34 Vgl. z. B. Horst Friedrich/Waldfried Schließer/Gerhard Schulz: Gegenstand, Aufgaben und Methode der politischen Ökonomie des Sozialismus. Berlin 1976.

35 Vgl. Kurt Hager: Die entscheidende Kraft ist das Schöpfungstum der Arbeiterklasse. In: Neues Deutschland vom 20.9.1971, S. 3.

36 Vgl. z. B. Einführung in die politische Ökonomie des Sozialismus. Berlin 1974, S. 439 ff.

37 Vgl. hierzu u. a. Krause: Wirtschaftstheorie, S. 217 ff.; Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben. Herausgegeben von Hans-Christoph Rauh. Berlin 1991.

38 Vgl. Peter Ruben/Hans Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch. Überlegungen zur entwicklungstheoretischen Auffassung des Arbeitswerts in der sozialistischen Produktion. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1980, S. 1218-1230.

Bezugnahme auf die bekannte Theorie der Warenproduktion von Sraffa³⁹ – neue Fragen zu Wert, Preis, Wertgesetz und Warenproduktion unter planökonomischen Verhältnissen aufwarf. Die dabei präsentierten Überlegungen zu einer sozialistischen Wertform, die sowohl auf Zustimmung wie Ablehnung stießen, gingen erheblich über bisherige in der Wirtschaftstheorie der DDR vorhandene Vorstellungen hinaus. Wissenschaftlich bedeutsam war weiterhin die im Kontext der Charakteristik der Wirtschaft des »Entwickelten Sozialismus« relativ umfassend erfolgende Bearbeitung von Problemlagen der materiell-technischen Basis in der DDR. Diese galt nicht allein als Fundament stabilen Wirtschaftswachstums, hoher Produktivität und Effektivität. Vielmehr wurde sie in ihrer strategischen Bedeutung erfasst und daher zu Recht als eine »Lebensfrage« der DDR-Wirtschaft behandelt.⁴⁰ Damit erhielt natürlich die gewichtige Problematik der Produktivkräfte spezielle theoretische Aufmerksamkeit, die bekanntlich im Theoriegebäude einer an Marx orientierten politischen Ökonomie eine hohe Relevanz besitzt.

Festzuhalten ist: In den 1970er und 1980er Jahren verstärkten sich – vor dem Hintergrund der weiteren Ausprägung von industriegesellschaftlichen Dimensionen in der DDR – konkrete Untersuchungen im Makro- und Mikrobereich der Volkswirtschaft mit teils recht kritischen, reale ökonomische und soziale Konflikte offen benennenden Akzenten.⁴¹ Dies bot Ökonominen und Ökonomen Möglichkeiten etwa

- a. zu dosierten Defizitdiagnosen bei bestimmten Aspekten der Funktionsweise der Planökonomie – insbesondere der Frage des Mangelproblems,
- b. zu stärkeren Einsichten in divergierende Interessenlagen zwischen Betriebs-Kombinat-Volkswirtschaft,
- c. Diskontinuitäten in volkswirtschaftlichen und betrieblichen Reproduktionsprozessen aufzudecken,
- d. zur Behandlung von Blockaden im Einsatz der Wert- und Geldkategorien (Stichwort: »Wertformen-Debatte«),
- e. zur Thematisierung von problematischen Wirkungen der sogenannten Gleichmacherei,
- f. zu Einblicken in die Diskrepanz zwischen dem Angebot an Gütern sowie der zahlungsfähigen Nachfrage bzw. in Disproportionen zwischen Geldeinkommen der Bevölkerung und verfügbarem Warenfonds,

39 Vgl. Piero Sraffa: Warenproduktion mittels Waren. Berlin 1968.

40 Vgl. z. B. Harry Nick: Materieell-technische Basis – eine Lebensfrage! Berlin 1980.

41 Vgl. etwa Helmut Koziol/Otto Reinhold/Willi Kunz/Karl-Heinz Stiemerling: Einige Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und notwendige Maßnahmen zur weiteren Durchführung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unveröffentlichtes Gutachten. Berlin 1974.

- g. zur Analyse der unausgewogenen Relationen zwischen Akkumulation und Konsumtion,
- h. zu einer recht ausgedehnten Bearbeitung von Widersprüchen zwischen den Auflagen für Wirtschaftswachstum und den Erfordernissen der Ökologie.

Doch von nicht wenigen Ökonominen und Ökonomen wurden – meines Erachtens teils wider besseres Wissens – auch eine größere Zahl von Beiträgen zur inhaltlichen Ausfüllung sowie Verbreitung zentraler politischer Postulate der SED-Führung verfasst, die aus wissenschaftlicher Optik jedoch bereits frühzeitig als problematisch galten. Was meine ich?

- Zum Beispiel wurde die 1981 verkündete und 1986 nochmals bekräftigte »Ökonomische Strategie der achtziger Jahre« von Kolleginnen und Kollegen mehrfach groß gefeiert, gar zu einer der »bedeutendsten theoretischen Leistungen der SED in der Gegenwart« stilisiert.⁴²
- Zum Beispiel als die von der SED beschlossene »Fortsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« (Stichwort: Stabilität der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen sowie der Mieten) in den 1980er Jahren nicht nur zwangsläufig gewichtige ökonomische Konflikte hervorrief, sondern gerade auch im tiefen Widerspruch zu Marx' grundlegenden Erkenntnissen über das Wertgesetz stand, vermochte es die ökonomische Wissenschaft – ebenso wie andere relevante Bereiche der Gesellschaft der DDR – trotz partieller innerakademischer Kritik nicht, diese Konstellationen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln.
- Und ein weiteres Beispiel: Unübersehbar war, dass mit den in den 1970er bzw. 1980er Jahren ergriffenen Maßnahmen für ein wirksameres Funktionieren der Planwirtschaft – in der Offizialsprache der DDR gemeinhin als »weitere Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung« kommuniziert – die Wissenschaft entsprechende Aufgaben zu ihrer Ausarbeitung und Legitimierung übernahm bzw. teilweise im Grunde den Status einer »Lehre von der Vervollkommnung« erlangte – und damit etwa die von Jürgen Kuczynski in den 1970er angestoßene wichtige Debatte über Existenz und Charakter von Widersprüchen in Wirtschaft und Gesellschaft des Sozialismus nicht aufnahm bzw. nicht wirklich ernsthaft verfolgte.⁴³

42 Vgl. u. a. Wolfgang Heinrichs: Materiell-technische Basis und intensiv erweiterte Reproduktion – theoretische Probleme im Lichte der ökonomischen Strategie der achtziger Jahre. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 11/1981, S. 1281.

43 Vgl. Jürgen Kuczynski: Gesellschaftliche Widersprüche. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1972, S. 1269 ff.; Jürgen Kuczynski: Über die Widersprüche – ein Brief. In: Studien zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 10, Berlin 1978, S. 44 ff.; Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Berlin und Weimar 1983, S. 31.

Insofern verdient die selbstkritische Wertung von Heinz Wachowitz und Uwe Möller über ihre eigene Arbeit an der Parteihochschule der SED Respekt, wenn sie unlängst feststellten: »Unsere Darstellungen waren ... im Wesentlichen auf Apologetik von Parteibeschlüssen ausgerichtet und entsprachen nicht der Marx-schen Sichtweise, die Realität nüchtern einzuschätzen...«⁴⁴

3. These: Die Wirtschaftstheorie sowie das Wirken von Ökonominnen und Ökonomen in der DDR waren über einen historisch relativ langen Zeitraum von einem strukturell bedingten, im Rahmen des gegebenen Systems letztlich nicht auflösbaren Spannungsverhältnis gekennzeichnet. Dieses bewegte sich zwischen einem von innerwissenschaftlichen Normen geprägten kognitiven Eigenleben und einer theoretisch legitimierten Verkündung politisch-ideologischer Dogmen.

Auf der einen Seite war das Verhältnis durch eine unübersehbare problemorientierte Sachanalyse charakterisiert, durch eine ernsthafte wissenschaftliche Bearbeitung praktischer Herausforderungen der Planökonomie, durch den subjektiven Drang der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach möglichst umfassender rationaler Erkenntnis von Zusammenhängen, Proportionen sowie Entwicklungs- und Gestaltungserfordernissen des existenten Wirtschaftssystems.

Dies lässt sich gerade, wenngleich nicht nur für interne ökonomische Studien feststellen. Es ging zudem – vor allem im Rahmen wissenschaftlicher Publikationen – um substantielle wirtschaftstheoretische Beiträge zu einer nachhaltigen Qualifizierung der Grundlagen des wirtschaftlichen Ordnungsgefüges wie der Gestaltungsmuster und Instrumente der Wirtschaftspolitik.

Auf der anderen Seite war dieses Verhältnis geprägt durch eine anhaltende Verpflichtung zur inhaltlichen Übernahme sowie Ausgestaltung zentraler politisch-ideologischer Dogmen, die – von ihrem eigentlichen Kern her weitgehend wissenschaftsfremd – seitens der SED-Führung gesetzt waren und zugleich für die ökonomische Wissenschaft als tabuisiert galten. So etwa, um nur wenige Beispiele zu nennen:

- die scheinbar naturgesetzliche Genesis der Menschheits- und Gesellschafts-geschichte hin zum Sozialismus/Kommunismus,
- die prinzipielle historische Überlegenheit der zentralen Planwirtschaft,
- die grundsätzlichen Vorzüge einer auf dem Volkseigentum beruhenden Wirtschaft,
- die uneingeschränkt höhere Rationalität der zentralen Planung,
- die Stärken des Prinzips des demokratischen Zentralismus als grundlegendes Leitungsprinzip der Volkswirtschaft,

44 Heinz Wachowitz/Uwe Möller: Wie wir den Kapitalismus einschätzten – und wie wir ihn heute sehen. In: Möller/Preußner (Hrsg.): Die Parteihochschule, S. 115/116.

- die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus,
- das Primat der Politik,
- die Einheit von Politik und Wissenschaft,
- die notwendige Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen und Spielarten der bürgerlichen Ideologie.

Was verdient in diesem Zusammenhang nun festgehalten zu werden?

Erstens: Eine detaillierte Analyse des Verlaufs der verschiedenen Debatten in der Geschichte der Wirtschaftstheorie der DDR fördert nicht alleine einen im Laufe der Jahre stetig wachsenden Bedarf an ökonomischer Aufklärung, an notwendigem, operationalisierbarem ökonomischen Wissen zutage. Vielmehr zeigt sich dabei, dass Ökonominnen und Ökonomen der DDR in der Lage waren, diesem Bedarf mit ihren auf den einzelnen Gebieten bzw. zu spezifischen Problemstellungen betriebenen Forschungen in angemessener Weise zu entsprechen bzw. nachzukommen.

Zweitens: Anhand empirisch nachvollziehbarer Untersuchungsergebnisse ist unstrittig belegbar, dass Ökonominnen und Ökonomen der DDR

- sachbezogen und erkenntnisorientiert arbeiteten,
- sich im Rahmen des machtpolitisch generell anerkannten wissenschaftlichen Forschungsprogramms um Beiträge zur spürbaren Weiterentwicklung der Theorie bemühten,
- sich in angemessener Weise empirischer Untersuchungsmethoden bedienten,
- Forschungsergebnisse in Büchern und wissenschaftlichen Journalen im In- und Ausland, in Forschungsberichten und Studien publizierten,
- in internen ökonomischen Studien ernsthafte Anstrengungen unternahmen, auf Probleme und Konflikte der Planwirtschaft aufmerksam zu machen,
- innerhalb der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft in Forschung und Lehre adäquat tätig sowie in verschiedensten internationalen Gremien und Institutionen in der wissenschaftlichen Beratung aktiv waren.

Drittens: Innerhalb des oben charakterisierten Spannungsverhältnisses konnten in den verschiedenen Perioden – sicher auf einem unterschiedlichem Niveau und auch hierarchisch abgestuft zwischen den einzelnen Institutionen im System der Wissenschaften – kritische Reflexionen über ökonomische Defizite angestellt, sozialpolitisch bedenkliche Entscheidungen intern hinterfragt sowie problematische Vernachlässigungen wichtiger ökonomischer Proportionen angesprochen werden, neue Erfordernisse weiterer Entwicklung thematisiert werden, Vorschläge – soweit sie innerhalb der gesetzten Systemnormen verblieben – für bestimmte Veränderungen unterbreitet werden.

Viertens: Unter den vorhandenen gesellschaftlichen Konstellationen gab es innerhalb der Wirtschaftswissenschaften sehr wohl Versuche von wissenschaftlicher Selbstbefreiung aus Denk- und Politikschablonen: an der Akademie, an verschiedenen Universitäten und Hochschulen. Nicht zuletzt wurden an der Hochschule für Ökonomie und der Humboldt-Universität Reformvorschläge bzw. -projekte angedacht und etabliert.⁴⁵ Die sich hierin äußernde Dissidenz zielte dabei nicht auf einen Bruch mit dem Projekt des Sozialismus generell bzw. einer prinzipiellen Abkehr vom Forschungsprogramm marxistischer Wirtschaftstheorie. Vielmehr ging es im Rahmen eines sozialistischen Grundkonsenses um eine nachhaltige Verbesserung bzw. wissenschaftliche Qualifizierung von Theorie und Praxis des Sozialismus, seiner Wirtschaftsordnung.

Fünftens: Im Rahmen genereller Akzeptanz und Hegemonie marxistisch-leninistischer Theorie konnte sich innerhalb der Ökonomie-Szene der DDR eine bestimmte wissenschaftliche Pluralität ausbilden. Teils entfalteten sich auch wissenschaftliche »Schulen«, so zum Beispiel innerhalb der politischen Ökonomie des Sozialismus auf dem Gebiet der Theorie der sozialistischen Warenproduktion, der Geldtheorie (Kreditgeld-»Schule« versus Gold- bzw. Papiergeld-»Schule«).

Auch im Rahmen der Theorie der Umweltökonomie und der Wirtschaftsgeschichte lassen sich »Schulen« ausmachen. So wird bei letzterer Disziplin etwa auf jene von Hans Mottek oder die von Jürgen Kuczynski verwiesen.⁴⁶ Diese »Schulen« zeigten sich insbesondere in der Art und Weise von Problemformulierungen, in der Praktizierung unterschiedlicher Denkstile und Argumentationsmuster, im Umgang mit »konkurrierenden« Ansätzen, bei der Auswahl, Verwendung und Interpretation von Literatur, Dokumenten und Quellen, in der Art und Weise des Umgangs mit nichtmarxistischen Theorietraditionen (sprich: »vulgären«, »bürgerlichen« oder »revisionistischen« Wirtschaftstheorien), in den wissenschaftlichen Kontakten und in der Einbindung in die wissenschaftliche Gemeinschaft. Jedoch – und hierin bestand die Crux einer offiziellwissenschaftlich verfassten Wirtschaftstheorie – kollidierte der Drang von Ökonominen und Ökonomen der DDR nach wissenschaftlicher Erkenntnis häufig mit seitens der SED-Führung vorgegebenen Dogmen sowie ihrem machtpolitisch eingesetzten Wahrheits- und Ausschließlichkeitsanspruch. Über einen auf den verschiedenen Stufen des Wissenschaftsbetriebes funktionierenden Machtapparat sowie über die bei vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bereits internalisierte »Schere im Kopf« gebot sie letztlich, ob, welche und in welchem Umfang Erkenntnisse und Forschungen das Licht der

45 Vgl. z. B. Rainer Land (Hrsg.): Das Umbau-Papier. Berlin 1990.

46 Beispielsweise verwenden auch Fischer/Zschaler beim Blick auf die in der DDR ansässige Wirtschafts- und Sozialgeschichte den Begriff der »Schulen« (vgl. Wolfram Fischer/Frank Zschaler: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung, S. 362).

Öffentlichkeit erblicken durften bzw. konnten. Insofern ist die Feststellung von Harry Nick zweifellos zutreffend, dass »viele von den wirklichen Verhältnissen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der DDR aus der Literatur nicht zu erfahren ist«. ⁴⁷

In diesem Kontext sind mir im Übrigen folgende Gedanken wichtig. Zunächst: Der SED galten Ökonominnen und Ökonomen von vornherein als die Ihrigen. Gregor Schirmer, profunder und intimer Kenner wie auch verantwortlicher Akteur von Hochschulwesen und Wissenschaftsverwaltung der Partei, bemerkte im Rückblick zu dieser Konstellation, dass die Akteure in den Gesellschaftswissenschaften »als politische Funktionäre, als »Parteiarbeiter an der theoretischen Front« angesehen wurden, die »zu liefern hatten, was die Politik brauchte«. ⁴⁸ Und die zentralen Gremien der verschiedenen akademischen Disziplinen wie etwa der »Wissenschaftliche Rat für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung« sowie seine zahlreichen selbstständigen Unterräte stellten – wieder Gregor Schirmer – »dem Wesen nach Organe der Partei« dar, sie hatten »den Auftrag, in ihrem Wirkungsbereich die Linie der Partei zu verwirklichen«. ⁴⁹

Dann war von Bedeutung: Die Mehrzahl der Ökonominnen und Ökonomen der DDR, gerade auch jene der älteren Generation, nahm die ihnen zugeordnete Rolle auch subjektiv bewusst an, handelte dabei aus eigener Überzeugung. Sie hatte diese Rolle wirklich innerlich voll akzeptiert. Es wäre daher wahrlich zu einfach, ihr Denken und Handeln primär als reine Instrumentalisierung »von außen« zu erklären. Nein, sie wollten sich aus höchst ehrenwerten Gründen einbringen in das historische Projekt der gesellschaftlichen Transformation, der Entwicklung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, des Sozialismus auf deutschem Boden! Keine Frage – Probleme und Konflikte wurden wahrgenommen! Doch zugleich wurde – und darin bestand eben ein Problem – stark auf die »aufklärerische Wirkung« eigener wissenschaftlicher Arbeit im inner circle der Macht gesetzt. Es dominierte die Annahme, ihre Beiträge würden wirklich gebraucht, letztlich eine Annahme, die sich – so bitter das mitunter für Kolleginnen und Kollegen auch war – als eine arge Selbsttäuschung erweisen sollte.

Denn gerade zu der Frage, wie die SED-Spitze mit Forschungsergebnissen von Ökonominnen und Ökonomen (und den anderen Akteuren aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften) realiter umging, bezeugt Gregor Schirmer: »Insgesamt herrschte Desinteresse vor. Soweit Forschungsergebnisse überhaupt zur

47 Harry Nick: Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist. Hefte zur ddr-Geschichte 21. Berlin 1994, S. 5.

48 Gregor Schirmer: Zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR. In: Michael Brie/Erich Hahn/Reinhard Mocek/Gregor Schirmer: Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik. Reihe Controvers. Berlin 1993, S.7.

49 Ebenda, S. 10.

Kenntnis genommen wurden, waren sie kein Anstoß für grundsätzliche Veränderungen in der Politik.«⁵⁰ Diverse Studien »wurden von den Adressaten nicht, jedenfalls nicht genügend ernst genommen, verschwanden in Panzerschränken oder stießen auf Ablehnung ... Die Führung stand theoretischen Fragen verständnislos gegenüber. Es regierten Pragmatismus und Subjektivismus.«⁵¹

Schließlich: Die Wirtschaftstheorie in der DDR litt gerade angesichts des Dogmas von der »Einheit von Politik und Wissenschaft« an einer Entdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche »wissenschaftliche Theorie«, »Ideologie« und »Politik«. Und in dieser »Ehe« von Politik und Wissenschaft war zweifellos die Letztere die deutlich weniger emanzipierte Partnerin. In diesem Zusammenhang hat Hajo Riese, seit langem wissenschaftlich gut vertraut mit der ökonomischen Theorie und Praxis des Staatssozialismus, die tiefe Problematik der Wirtschaftswissenschaften in der DDR recht treffend mit den Worten charakterisiert: »Ihr unüberwindbares Handikap blieb naturgemäß der sie dominierende Marxismus, genauer gesagt, die Etablierung seiner leninistischen Version der Staatsdoktrin. Zwar bietet sich das materialistische Fundament des Marxismus in seiner Verbindung von ökonomischer und gesellschaftlicher Komponente, d. h. von ›Basis‹ und ›Überbau‹ in Marx' Terminologie, in besonderer Weise dazu an, die Rolle der DDR ..., deren Funktion und Entwicklungsmöglichkeiten zu analysieren. Aber ein als Staatsdoktrin etablierter Marxismus hatte nicht die analytische Kraft zu einer derartigen selbstkritischen Systemanalyse.«⁵²

4. These: Die Debatte über Grenzen und Leistungen der Wirtschaftstheorie in der DDR wird sicher noch weiterhin offen und kontrovers bleiben, doch ungeachtet dessen stellt sie einen integralen Bestandteil wie facettenreichen Gegenstand der Geschichte der Wirtschaftstheorie Deutschlands dar, von dem mehr zu sagen ist als nur ein hartes »nothing is left«. Diese Schlussfolgerung – so Hans-Jürgen Wagener mit generellem Blick auf das ökonomische Denken im Staatssozialismus – »looks unfair to the large group of able and sincere economists in Central and Eastern Europe who worked on the project of coming to grips with the model and the practice of central planning.«⁵³

Von der Wirtschaftstheorie in Ostdeutschland bzw. der DDR, von ihren diversen Debatten bleiben natürlich viele Zeugnisse und Dokumente ökonomischen Denkens, all die Veröffentlichungen und Publikationen, die im Zeitraum von 1946

50 Ebenda, 11.

51 Ebenda.

52 Riese: Grenzen und Schwächen, S. 34.

53 Hans-Jürgen Wagener: Between conformity and reform: economics under state socialism and its transformation. In: Economic Thought, S. 24.

bis 1989 verfasst und Eingang in öffentliche und private Bibliotheken gefunden haben, kurz: ergiebiges Material für die Dogmengeschichte.

Von der Wirtschaftstheorie in der DDR und ihren Akteuren bleiben vorerst Netzwerke von Ökonominnen und Ökonomen ostdeutscher Provenienz, die bestimmte Räume für fachliche Diskurse erschlossen haben und zu bestimmten ökonomischen, sozialen und ökologischen Themen und Problemlagen sowie Theoriebereichen bundesweit und international Kompetenz erworben haben.

Von der DDR-Wirtschaftstheorie bleiben ohne Frage durchaus gewichtige Erfahrungen mit bestimmten Sackgassen ökonomischen Denkens sowie einem sich darauf gründenden wirtschaftspolitischen Handeln. So etwa, wenn sich dieses nur auf eine einzige Referenz beruft, keine anderen Quellen theoretischer Inspiration akzeptiert und genutzt werden, womit dann wissenschaftliche und politische Blockaden vorgezeichnet sind.

Es bleiben wertvolle Einsichten in das widerspruchsvolle Verhältnis von ökonomischer Wissenschaft und Politik, in die möglichen Gefahren für die Wissenschaft durch eine allzu enge politische Bindung oder Vereinnahmung.

Es bleibt die Erkenntnis, dass eine Wirtschaftstheorie mit wirklicher Perspektive reale ökonomische und soziale Problemlagen nur in gesellschaftlichen Kontexten bearbeiten kann⁵⁴– und zwar jenseits allzu schlichter »Idealwelten der Ökonomen« (Benjamin Ward).

Und es bleibt, dass wirtschaftstheoretische Debatten in der DDR durchaus auch ein Stück weit geistiger Stoff bzw. wissenschaftliche Inspiration für Konzepte einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Zukunft darstellen.⁵⁵ Insofern sind diese Debatten auch nicht abgeschlossen. Sie bleiben vielmehr historisch offen – unabhängig davon, ob ihr ursprünglicher materieller Gegenstand noch präsent oder bereits verschwunden ist.

54 Vgl. hierzu u. a. Uwe Jean Heuser: *Humanomics. Die Entdeckung des Menschen in der Wirtschaft*. Frankfurt a. M. 2008; Wolfram Elsner: *Wie die Gesellschaft (wieder) in die Theorie der Wirtschaftspolitik integriert werden kann*. In: Heiner Heseler et al.: *Gegen die Markt-Orthodoxie. Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft*. Hamburg 2002, S. 90-103; Beat Bürgenmeier: *Sozioökonomie. Für eine ethische Erweiterung der wirtschaftspolitischen Diskussion*. Marburg 1994.

55 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Christa Luft und Klaus Steinitz in diesem Buch.

Klaus Steinitz

Das Spannungsfeld von ökonomischer Forschung und Politik in der DDR und ein Vergleich mit der Bundesrepublik

Ich finde es schade, wenn wir eine unserer stärksten Waffen,
die Wahrheit, nicht genügend einsetzen.

Christa Wolf

In meinem Beitrag soll das spannungsreiche Verhältnis zwischen Politik und ökonomischer Forschung vor allem anhand von Erfahrungen, Problemen und Konflikten des Realsozialismus der DDR charakterisiert werden. Bei der Analyse und Bewertung konzentriere ich mich auf ausgewählte, aber für die Beurteilung dieses Verhältnisses möglichst typische Fragen. Im Vordergrund steht die Zeit vom Anfang der 1960er Jahre bis zum Scheitern des sozialistischen Versuchs 1989/90. Darauf aufbauend werden einige Überlegungen zu Unterschieden und vorhandenen Ähnlichkeiten in diesem Spannungsfeld zwischen Politik und ökonomischer Forschung in der realsozialistischen DDR und in der kapitalistischen Bundesrepublik dargelegt. Abschließend werden Fragen zur Diskussion gestellt, die von einer sozialistischen politischen Ökonomie untersucht werden müssten, um dazu beizutragen, eine für die Menschen attraktive und zukunftsfähige Alternative zum Kapitalismus auszuarbeiten, einschließlich wichtiger Schritte, sie zu realisieren.

Die ökonomische Forschung im Realsozialismus – einige Grundprobleme

Ich werde hier nicht die ganze Breite der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR behandeln, sondern mich auf Forschungen zu Problemen des Sozialismus konzentrieren,¹ darunter auf jene Disziplinen, die wie die politische Ökonomie des Sozialismus und die Volkswirtschaftsplanung die grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge und Prozesse dieser neuen Produktionsweise zum

¹ In dem Beitrag von Reinhold Kowalski in diesem Buch werden Probleme der Kapitalismusforschung in der DDR behandelt.

Gegenstand hatten. Ich halte eine kritische Analyse darüber, inwieweit die ökonomische Forschung ihrer Verantwortung in der DDR gerecht geworden ist, welche Schwächen und Defizite sie aufwies und worin die Gründe hierfür lagen, für unerlässlich, um daraus Lehren und Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Wir dürfen jedoch nicht bei dieser Kritik stehen bleiben. Auch ihre bewahrenswerten Leistungen, interessante Überlegungen und Erkenntnisse aus dieser Zeit müssen für eine zukünftige Entwicklung analysiert, ausgewertet und weiterentwickelt werden. Beides betrifft vor allem Konsequenzen für die Funktions- und Regulierungsweise der Wirtschaft in einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft.

Um die ökonomische Forschung in der DDR zu beurteilen und zu bewerten, müssen bestimmte Kriterien zugrunde gelegt werden. Entscheidend scheint mir folgende Ausgangsfrage zu sein: Widerspiegeln ihre Schwerpunkte, ihre Inhalte und vor allem ihre Ergebnisse ihre Verantwortung, zur Gestaltung einer echten Alternative zum Kapitalismus, d. h. einer lebensfähigen, zukunftsorientierten freien und solidarischen sowie effizienten sozialistischen Gesellschaft, beizutragen?

Darauf gibt es wohl keine einfache, homogene Antwort. Zwar entsprachen Gegenstand und Schwerpunkte der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung den ökonomischen und politischen Strukturen des Realsozialismus, die vom staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, von der führenden Rolle und politischen Macht der SED und von einer zentralistischen Planwirtschaft bestimmt wurden, die alle Bereiche und alle wesentlichen Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens regulierten. Die Eigentumsverhältnisse und die Planwirtschaft sind jedoch nicht unveränderlich und sich selbst genügend. Deshalb muss die Forschung vor allem danach bewertet werden, inwieweit sie geholfen hat, die Eigentumsverhältnisse und die Planung so zu gestalten und zu entwickeln, dass sie optimal zur Erfüllung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft beitragen. Der Maßstab dafür ist vor allem, inwieweit die reale Verfügung der Produzentinnen und Produzenten über das staatliche Eigentum gesichert wurde, um eine darauf beruhende Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen sowie ihre selbstbestimmte Entwicklung wirksam zu unterstützen. Dies hängt wiederum eng damit zusammen, inwieweit die konkreten Eigentumsverhältnisse und die Regulierungsweise Grundlage sind für eine dynamische Entwicklung von Produktivität und Effizienz der Reproduktion sowie für eine proportionale und sozial-ökologisch zukunftsfähige Entwicklung.

Diese Aufgabe haben die Wirtschaftswissenschaften nur stark eingeschränkt erfüllt. Sie blieben weitgehend in starren dogmatischen Vorstellungen über das staatliche Eigentum und die zentralistische Planwirtschaft stecken. Insgesamt haben die Wirtschaftswissenschaften in der DDR ebenso wie andere gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen ihre Verantwortung, grundlegende Probleme und

Widersprüche bei der Realisierung einer neuen, dem Kapitalismus überlegene Gesellschaftsordnung aufzuwerfen, nur unzureichend wahrgenommen. Das hätte auch eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen und Defiziten des Realsozialismus erfordert. Dazu notwendige tiefgreifende Forschungen und vor allem öffentliche Diskussionen wurden unterbunden oder nur sehr beschränkt zugelassen.

Hier wird ein *doppeltes Dilemma* deutlich, das auch entscheidend zum Scheitern des Realsozialismus beitrug: Zum einen hielt die machtausübende Partei an den vereinfachten und im Kern falschen Auffassungen über das staatliche Eigentum als der höchsten Form des gesellschaftlichen Eigentums und über die Vorteile einer allumfassenden zentralistischen Planwirtschaft fest. Und zum anderen wurde verhindert, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über diese für einen Sozialismus, seine Stärke und Anziehungskraft, für seine Ausstrahlung in Gegenwart und Zukunft entscheidenden ökonomischen Verhältnisse und Strukturen kritisch forschten und offen diskutierten.

Bei dieser kritischen Bewertung muss beachtet werden, dass sich die Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der DDR nicht auf Erfahrungen einer gelungenen, erfolgreichen sozialistischen Alternative zum Kapitalismus im Sinne einer freien Assoziation von Menschen, in der die freie Entwicklung einer/eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, stützen konnten. Die Wirtschaftstheorie in der DDR, dabei besonders die politische Ökonomie des Sozialismus, war für eine längere Periode durch einen schwerwiegenden Geburtsfehler geprägt: Sie übernahm die politische Ökonomie und die Planungstheorie aus der Sowjetunion, so wie sie sich dort Ende der 1920er Jahre durchgesetzt hatten. Sie wies stark dogmatische Züge auf und hatte andere Ansätze, sozialistische Theorieansätze verdrängt.

Die Wirtschaftswissenschaften mit ihrem Kernstück der politischen Ökonomie waren von Beginn an in allen Phasen der Entwicklung in der DDR fest in das System des Realsozialismus eingebunden. Sie hatten die Funktion, die SED als die führende Kraft der sozialistischen Entwicklung zu unterstützen. Davon leitete sich in der DDR nicht nur ihr Auftrag, die an sie gestellten konkreten Aufgaben und die Bewertung ihrer Ergebnisse ab. Daraus ergab sich auch weitgehend die Organisation und Leitung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung sowie die Anerkennung oder Zurückweisung von Ergebnissen der Forschung.

Dabei darf jedoch nie vergessen werden, dass sich die große Mehrheit der Ökonomeninnen und Ökonomen, der Absolventinnen und Absolventen der wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR, der UdSSR und anderer sozialistischer Länder, eng mit den sozialistischen Zielen und mit der UdSSR verbunden fühlte, und sich mit innerer Überzeugung für den Aufbau des Sozialismus einsetzte. Daraus entstand ein zentraler Konflikt, dem sich alle stellen mussten: Der

Einsatz für den Sozialismus war nur innerhalb der Machtstrukturen des Systems möglich. Damit war der reale Raum für öffentliche Diskussionen eingeschränkt. Die Entscheidung, aus diesem Raum auszubrechen, wurde subjektiv wie objektiv als Absage an »den« Sozialismus verstanden.

Von den Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wurde erwartet, dass sie die Beschlüsse der SED zur ökonomischen und sozialen Entwicklung als richtige und auch richtungweisende Orientierungen würdigten, popularisierten und ihre Durchsetzung unterstützten. Dieser im Kern apologetische Auftrag hemmte und blockierte die Entfaltung und Nutzung ihrer kritischen und kreativproduktiven Potentiale.

Wir können jedoch nicht über unsere eigene Verantwortung dafür hinwegsehen, dass wir die Funktion der Wissenschaft auf unserem Gebiet nicht ausreichend erfüllt haben. Sie besteht vor allem darin, die realen wirtschaftlichen Prozesse und Zusammenhänge sowie ihre Wechselbeziehungen zu den sozialen und ökologischen Erfordernissen aufzudecken und durch neue Erkenntnisse tiefer in diese einzudringen und dabei bestehende Widersprüche und Hemmnisse aufzudecken, um notwendige Änderungen in der weiteren Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, einschließlich der Art und Weise der Regulierung und der Stimulierung, zu begründen.

Diese Schwäche hing m. E. auch damit zusammen, dass das Marx'sche Erbe, die politische Ökonomie *vor allem* als Kritik der politischen Ökonomie aufzufassen, einseitig nur als Kritik an den bürgerlichen ökonomischen Theorien und den kapitalistischen ökonomischen Verhältnissen interpretiert wurde. Eine kritische Reflexion der eigenen ökonomischen Lehre über den Sozialismus und vor allem die dazu unerlässliche Voraussetzung, eine offene, kritische Analyse der Funktionsweise und der Entwicklung der Ökonomie des Realsozialismus, ihrer strukturellen Mängel und deren Ursache vorzunehmen, konnte nur unzureichend erreicht werden. Dies kann jedoch nicht nur auf die schon erwähnten Restriktionen und objektiven Hemmnisse zurückgeführt werden, sondern hängt auch mit subjektiven, an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gekoppelten persönlichen Faktoren oder Umständen zusammen. Hierauf kann ich nicht ausführlich eingehen, sondern nur knapp einige Aspekte nennen, die m. E. eine Rolle gespielt haben. Viele, wahrscheinlich die meisten von uns Ökonomieabsolventinnen und -absolventen und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der DDR waren in den 1950er und teilweise auch noch in den 1960er Jahren von der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft und Wissenschaft überzeugt, hatten Vorstellungen und Annahmen, die sich zu einem großen Teil als Illusionen herausstellten. Eine wesentliche Rolle spielte eine völlig überzogene Parteidisziplin und eine oft unkritische Akzeptanz der SED-Beschlüsse.

Bei allen Einengungen hatten die Wirtschaftswissenschaften jedoch auch Freiräume, die in den einzelnen Entwicklungsphasen der DDR und auch in den verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen unterschiedlich waren. Den stärksten Restriktionen unterlagen nicht zufällig die »ideologienahen« Disziplinen wie politische Ökonomie, Volkswirtschaft, Finanzwirtschaft sowie Wirtschaftsrecht.

Besonders günstig für eine freiere Entfaltung der Wirtschaftswissenschaften in der DDR waren die Zeiten des Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung (NÖS) in den 1960er Jahren und die letzte Zeit der Existenz der DDR 1989/1990, als es aber schon zu spät für eine grundlegende Reformierung des Realsozialismus war.

Restriktionen für die ökonomische Forschung in der DDR

Bei der Beurteilung der Wirtschaftswissenschaften und speziell der politischen Ökonomie in der DDR und anderen realsozialistischen Ländern gilt es zwei Aspekte besonders zu beachten. Einmal kommt der politischen Ökonomie im System der Gesellschaftswissenschaften eine herausragende Rolle zu, da sie sich mit den Gesetzmäßigkeiten, Zusammenhängen, Widersprüchen, Triebkräften und Entwicklungstendenzen der Wirtschaft als Grundlage für die Existenz und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft befasst. Zum anderen ist ihre Bedeutung für die vorherrschende Ideologie sowie für die Politik, darunter natürlich besonders für die Wirtschaftspolitik, sehr groß. Daher stand die politische Ökonomie auch ständig im Zentrum der Kontrolle und Reglementierung der Gesellschaftswissenschaften durch die SED, war sie einem starken Anpassungsdruck an die Ideologie und Politik der führenden Partei und deren Änderungen ausgesetzt.

Die *Restriktionen*, denen die ökonomische Forschung in der DDR unterlag, könnten wie folgt charakterisiert werden:

Erstens: Es gab bestimmte Problem- und Fragestellungen, die von vornherein weitgehend tabuisiert oder bei denen Diskussionen von der SED mit starkem Argwohn beobachtet wurden. Dazu gehörten insbesondere Probleme oder Vorschläge, bei denen die Gefahr einer Schwächung der Macht der führenden Partei und des sozialistischen Staates gesehen wurde. Weiterhin zählten dazu auch Überlegungen und Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung des Marktes und seiner Regulatorfunktion. Dabei ging es um seine Rolle für die Herstellung eines Gleichgewichts bzw. der Proportionalität des Reproduktionsprozesses sowie für die Preisbildung, darunter insbesondere der Güter und Leistungen für die individuelle Konsumtion, und für die Anpassung der Preise an neue Entwicklungsbedingungen, darunter speziell der Produktivkräfte und der Umwelt.

Eine offene Diskussion über Fragen einer gewissen Konvergenz der beiden Wirtschaftsordnungen wurde nicht zugelassen. Hiermit hingen einige generelle Schwächen und Defizite der ökonomischen Theorie des Sozialismus zusammen.

- Die *Wirtschaftsdemokratie* als notwendiger, systemrelevanter Bestandteil einer sozialistischen Gesellschaft wurde vernachlässigt, ja weitgehend ignoriert. Die Probleme der Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, der realen Verfügung und Entscheidung der Produzenten über die Produktion und die Verteilung ihrer Ergebnisse wurden kaum untersucht.
- Beträchtliche Forschungsdefizite gab es hinsichtlich der *Rolle und der Funktionen des Marktes* in einer sozialistischen Gesellschaft sowie der damit zusammenhängenden Beziehungen zwischen Plan und Markt. Die Nutzung des Geldes und des Kreditsystems für eine effektivere Gestaltung der Reproduktionsprozesse blieb hinter den Möglichkeiten zurück. Doch es gab auf diesem Gebiet durchaus auch interessante Überlegungen und Vorschläge, so etwa des Bereichs Finanzen der Humboldt-Universität, des Finanzökonomischen Forschungsinstituts des Ministeriums der Finanzen (FÖFI) und des Forschungsinstituts des Amtes für Preise. Sie bestanden vor allem in Vorschlägen, wie die den Kategorien Geld, Kredit und Preis immanenten Möglichkeiten umfassender und wirksamer für die ökonomische Stimulierung und für eine rationelle, effiziente Organisation und Regulierung der betrieblichen und volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesse und der Beziehungen zwischen diesen genutzt werden sollten.
- Die Forschungen zur *Umweltökonomie und Verknappung von Naturressourcen* und in diesem Zusammenhang zu der notwendigen Veränderung des auf Wirtschaftswachstum fixierten Entwicklungsparadigmas blieben längere Zeit vernachlässigt und gerieten zunehmend in Widerspruch zu den neuen Herausforderungen. Es gab aber auch ernsthafte Bemühungen um Fortschritte auf diesem Gebiet, so u. a. am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, an der Hochschule für Ökonomie und an der Humboldt-Universität. Sie führten zu Vorschlägen u. a. zur Berücksichtigung knapper Naturressourcen bei der Preisbestimmung auf der Grundlage des Reproduktionsaufwands der Naturressourcen, zur Herausbildung geschlossener Stoffkreisläufe und zur engen Verflechtung regionalökonomischer und umweltpolitischer Erfordernisse.² Insgesamt gelang es aber nicht ausreichend, diese Probleme in die Forschungen zur zukunftsfähigen Gestaltung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu integrieren.

2 Vgl. hierzu u. a. Wolfgang Heinrichs (Hrsg.): *Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie*. Berlin 1987, Kapitel 12: *Intensiv erweiterte Reproduktion und Nutzung der natürlichen Umwelt*, S. 308-327.

Zweitens wurden mehrmals Diskussionen und Vorschläge, die mit Dogmen des Marxismus-Leninismus und des zentralistischen Planungsmodells brachen, von der SED offiziell als schädlich und revisionistisch zurückgewiesen. Dies zeigte sich besonders deutlich im Umgang mit Publikationen von Fritz Behrens, Arne Benary, Gunther Kohlmeier und Herbert Wolf in den Jahren 1955–1957 und auch in späteren Jahren. Sie äußerten darin Gedanken u. a. über eine gewisse Spontaneität in der Wirkung der ökonomischen Gesetze im Sozialismus, zu einer stärkeren Nutzung des Marktes für die Regulierung der Wirtschaft, zur Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung und zur unabhängigen Rolle der Staatsbank, die mit Hilfe von Kredit, Zins und Geldemission die Wirtschaft wirkungsvoller steuern könnte. Die scharfe Kritik der Parteiführung an diesen Auffassungen und die dazu bestellten Artikel in der »Wirtschaftswissenschaft« und anderen Zeitschriften haben den Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern deutlich die Grenzen des zugelassenen öffentlichen Meinungsstreits gezeigt. Sie waren schädlich für eine kreative, offene und vorurteilslose Forschung und Diskussion.

Drittens war die Einflussnahme der SED-Führung auf die Wirtschaftspläne und die gesamte Wirtschaftspolitik stark durch *Voluntarismus* gekennzeichnet. Im Grunde richtige Überlegungen und Prinzipien wurden überzogen, verabsolutiert und oft schematisch angewandt. Dies zeigte sich u. a. bei der

- vorgesehenen umfassenden Anwendung der Kybernetik und der sogenannten marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft für die Qualifizierung der Leitungstätigkeit auf allen Ebenen;
- Ausarbeitung von Prognosen zu langfristigen Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte und Wirtschaftsstrukturen, um Planaufgaben und Zielstellungen im Wettbewerb mit dem Kapitalismus, speziell mit der BRD, abzuleiten. Auf solchen Prognosen beruhende Aufgaben wurden oft beschlossen, ohne die realen Bedingungen für ihre Erfüllung ausreichend zu berücksichtigen;
- vorrangigen Planung sogenannter Durchbruchstellen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Strukturentwicklung, die durch Missachtung der notwendigen Proportionalität öfter zu schwerwiegenden Störungen im normalen Wirtschaftsablauf führten.

So gerieten im Kern richtige Ansätze, die mit dem NÖS verbunden waren, in Misskredit. Subjektivismus und Übertreibungen gaben dogmatischer Kritik des NÖS Auftrieb.

Viertens wurden tiefergehende Analysen der wirtschaftlichen Prozesse durch eine *rigide Geheimhaltung* der für die Forschung wichtigen statistischen Daten behindert. Zuweilen gelang es einigen Ökonominen und Ökonomen durch die Kom-

bination verfügbarer Daten zu sonst nicht zugänglichen Ergebnissen zu kommen, die die Rückstände der DDR-Wirtschaft sichtbar machten (so z. B. zur Größe und Entwicklung des im Inland verwendbaren Nationaleinkommens, das infolge außenwirtschaftlicher Einflüsse vom produzierten Nationaleinkommen stark nach unten abwich, oder zur Höhe der Kilogrammlöse im Export). Wenn solche Daten veröffentlicht wurden, gab es meist Ärger. In einem zur Vorbereitung eines SED-Parteitages vom Akademieinstitut für Wirtschaftswissenschaften ausgearbeiteten vertraulichen Material zu Grundproblemen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses haben wir natürlich auch vertrauliche Daten genutzt, die wir u. a. von der Zentralverwaltung für Statistik erhielten. Als das Ergebnis dieser Arbeiten bei Günter Mittag, der im SED-Politbüro lange für Wirtschaftsfragen zuständig war, landete, verbot er dem Leiter des statistischen Amtes, in Zukunft dem Institut solche Daten zur Verfügung zu stellen, damit sich die dort tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr in Dinge einmischten, die sie nichts angehen würden.

Fünftens unterlagen die Forderungen der SED an die Wirtschaftswissenschaften oft scharfen Wendungen. Dies wurde besonders deutlich zum einen bei der Einführung und zum anderen bei der faktischen Beendigung des NÖS. Mit dem NÖS traten neue Anforderungen an die Wirtschaftswissenschaften in den Vordergrund. Sie sollten daran mitwirken, u. a. die ausgeprägt administrativen und überzentralisierten Züge der Planung einzuschränken, die Selbstständigkeit der Betriebe zu erhöhen und die Wertkategorien verstärkt zu nutzen. Ähnliche Fragen waren einige Jahre zuvor von den »Revisionisten« aufgeworfen worden. Jetzt wurden sie ohne jegliche Bezugnahme darauf als neue Aufgaben gestellt. Die Diskussionen um die Einführung des NÖS hatten auch einen wichtigen historischen Bezug. Obgleich die Bedingungen und die zu lösenden Probleme völlig unterschiedlich waren, gab es doch gewisse Parallelen zum Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) in der Sowjetunion, die auf Initiative Lenins 1920 eingeführt wurde.³ Sie beruhte vor allem auf der Ablösung der Zwangsabgabe für alle landwirtschaftlichen Produkte durch eine Naturalsteuer und die Möglichkeit des freien Handels mit den Überschüssen. Sie ließ darüber hinaus in bestimmtem Umfang Marktbeziehungen, privates Gewerbe und Kleinunternehmertum sowie Konzessionen für ausländisches Kapital zu. Die NÖP-Periode wurde 1928 von Stalin mit dem Übergang zur Fünfjahresplanung und der forcierten Industrialisierung beendet.

Noch krasser wurde die Abhängigkeit des »zulässigen« ökonomischen Denkens und Forschens von der jeweiligen Parteilinie offenbar, als im Zusammenhang

3 W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen). In: W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 341-380.

mit dem Sturz Walter Ulbrichts und seiner Ablösung durch Erich Honecker auch das NÖS weitgehend beseitigt wurde. Das Buch »Die Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«, in dem grundlegende Zusammenhänge und Vorstellungen des NÖS sowie einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft dargestellt wurden, verschwand innerhalb kürzester Zeit aus den Buchhandlungen und Bibliotheken. Vorher hatte es die höchstmögliche Weihe durch die SED erhalten. Die ökonomische Forschung erlitt einen herben Rückschlag. Er betraf vor allem die zur Zeit des NÖS vorhandenen größeren Freiräume für selbstständige Forschungsarbeiten und die Möglichkeiten, kreative produktive Potenziale zu entfalten, die einen beträchtlichen Innovationsschub für die ökonomische Forschung hervorgerufen hatten.

Ergebnisse der ökonomischen Forschung in der DDR

In der Zeit der Vorbereitung und Anwendung des NÖS – von 1962/63 bis zum Ende der 1960er Jahre – haben die Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der DDR viele wichtige und interessante Forschungsergebnisse vorgelegt. Sie betrafen u. a. Vorschläge zur effektiveren Gestaltung der volkswirtschaftlichen und betrieblichen Reproduktionsprozesse, zur stärkeren Berücksichtigung der realen ökonomischen Interessen der Betriebe und zur Lösung der Widersprüche zwischen den Betrieben und der Volkswirtschaft. Eine Leitlinie hierfür war die Forderung des sowjetischen Ökonomen J. G. Liberman, was der Volkswirtschaft nutzt, muss auch für den Betrieb von Vorteil sein. Wichtig waren auch Überlegungen, wie im Planungsprozess stärker von den Bedürfnissen der Menschen ausgegangen werden kann. Es gab in dieser Zeit auch weiterführende Vorschläge zur Nutzung der Kategorien des Marktes, des Werts und des Geldes für eine planmäßige und zugleich effektive Wirtschaftsentwicklung.

Zu den wichtigen produktiven Ergebnissen der ökonomischen Forschung gehörte auch die Ausarbeitung eines umfassenden Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Bilanzierung, einschließlich der Input-Output-Bilanzen zur Bestimmung des vollen Aufwands der Produktionsketten bis zu den Finalerzeugnissen. Hieran waren insbesondere die Hochschule für Ökonomie und das Ökonomische Forschungsinstitut (ÖFI) bei der Staatlichen Plankommission (SPK) in enger Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPK beteiligt.

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR wies m. E. zwar keine herausragenden, international weit beachteten Ergebnisse auf, aber doch insgesamt viele gute, nützliche Beiträge zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus, vor allem der Planung. Unsere Ergebnisse waren jedoch nicht ausreichend für die notwendige tiefere Reformierung des Realsozialismus sowie insge-

samt für die Gestaltung einer lebens- und zukunftsfähigen sozialistischen Alternative zum Kapitalismus.

Nachteilig wirkte sich auch aus, dass die ökonomischen Wissenschaften von der internationalen scientific community relativ abgeschottet waren. Das galt natürlich besonders für die kapitalistische Welt, jedoch nicht nur gegenüber den verschiedenen Denkschulen der bürgerlichen Ökonomie, sondern auch gegenüber neueren, kritischen theoretischen Überlegungen westlicher marxistischer Denker. Es gab auch kaum offene und ernsthafte Diskussionen mit solchen Ökonominen und Ökonomen aus anderen RGW-Ländern, die wie etwa Oskar Lange (Polen), Janos Kornai (Ungarn) oder Ota Sik (CSSR), eine grundlegende Kritik am ökonomischen System des Realsozialismus übten.

Unter den Ökonominen und Ökonomen müsste die Frage noch weiter erörtert werden, inwieweit die politische Ökonomie des Sozialismus – als eigentliche Grundlagenwissenschaft – die erforderlichen adäquaten theoretischen Voraussetzungen oder Klärungen sowie die geeigneten Begriffe und Kategorien für die vielfältigen ökonomischen Fachdisziplinen einer sozialistischen Ökonomie geschaffen und bereitgestellt hat. M. E ist dies nur teilweise gelungen. Das betrifft einmal die Beziehungen zwischen Plan und Markt bzw. zwischen gesellschaftlicher und Marktregulierung im Sozialismus. Zum anderen hat dies mit den ökonomischen Interessen auf den verschiedenen Ebenen zu tun – den gesamtgesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Interessen, den Interessen der Betriebe/Unternehmen und der Regionen sowie den individuellen Interessen. Die hiermit verbundenen Fragen des spezifischen Inhalts dieser Interessen, ihrer Wirkungen und ihrer Verflechtungen untereinander wurden insgesamt nicht tiefgründig genug untersucht.

Solche politökonomischen Defizite haben sich vor allem auf die Volkswirtschaftsplanung, die Finanzökonomie und die Preistheorie ausgewirkt. Sie spiegelten sich auch in den unbefriedigenden Ergebnissen bei der Lösung von Widersprüchen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung im Realsozialismus wider. Es gab natürlich auch zwischen den Beiträgen der ökonomischen Forschung wesentliche Unterschiede in ihrer Qualität und Wirksamkeit. Einige blieben im Wesentlichen bei der Interpretation und Bekräftigung der Richtigkeit der Parteibeschlüsse stehen, andere versuchten, auf die realen Probleme und neuen Herausforderungen einzugehen und Ansätze zu deren Lösung aufzuzeigen. Das hing auch eng mit dem unterschiedlichen Herangehen der Ökonominen und Ökonomen der DDR an ihren Untersuchungsgegenstand zusammen.

Es gab Menschen mit einem dogmatischen Hang, die vor allem auf die »Reinheit« der Lehre achteten. Antworten, die im Widerspruch zu Marx oder Lenin standen, wurden von ihnen von vornherein abgelehnt und oft als »revisionistisch« diffamiert.

Es gab eine zweite, die größte, natürlich recht heterogene Gruppe, die viele Probleme und Widersprüche der realsozialistischen Praxis und auch der offiziellen Wirtschaftstheorie sah, und sich auch bemühte, mit ihren Arbeiten zu deren Lösung beizutragen. Viele waren auch bereit, neue Fragen und Probleme aufzugreifen. Ihr Denken und Wirken war überwiegend mit der sozialistischen Idee und mit dem Schicksal des Sozialismus verbunden. Dies war ein entscheidender Grund dafür, dass die meisten von uns davor zurückschreckten, in Widerspruch zur SED, deren Mitglieder wir ja größtenteils waren, und zu ihrer Politik zu geraten.

Zu einer sehr kleinen dritten Gruppe gehörten Menschen, die darauf weniger Rücksicht nahmen und in ihren Konsequenzen für eine alternative sozialistische Gesellschaft recht weit gingen. Fritz Behrens untersuchte in seinen zur DDR-Zeit nicht veröffentlichten Arbeiten notwendige Bedingungen einer zukunftsfähigen antikapitalistischen Alternative, die umfassend demokratisch und humanistisch sein müsse.

Es gab auch Unterschiede zwischen den Institutionen, die teils durch ihre Stellung im gesellschaftlichen System der DDR, aber auch durch das Führungspersonal bedingt, differenzierte Möglichkeiten und Spielräume für die ökonomische Forschung und Lehre schufen.

Charakteristisch und gemeinsam für fast alle in der ökonomischen Lehre und Forschung der DDR Tätigen war, dass sie bei aller Kritik an realsozialistischen Problemen und Missständen von der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus überzeugt waren und mit ihren Vorschlägen zur Reformierung der DDR zur Erhaltung und Verbesserung dieser alternativen Gesellschaft beitragen wollten. Dies galt im Wesentlichen auch für die Schlussphase der Existenz der DDR.

Ich kann hier keine umfassende Charakterisierung und Bewertung der Forschungsarbeiten vornehmen, die an den zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR vorgelegt wurden. Ich möchte dennoch neben den bisher genannten noch einige weitere Ergebnisse anführen.⁴

Es ist erwähnenswert, dass wichtige und interessante Forschungen nicht nur aus einigen wenigen Zentren hervorgingen, sondern dass die meisten wissenschaftlichen Einrichtungen, Universitäten und Hochschulen, die Akademie der Wissenschaften, ökonomische Forschungseinrichtungen der SPK, mehrerer Ministerien sowie auch Parteieinrichtungen (Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim

4 In dem Buch von Günter Krause (Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998) wird eine umfassende Analyse und kritische Bewertung der Ergebnisse der ökonomischen Forschung in den verschiedenen Entwicklungsetappen der DDR vorgenommen. Hier und auch im Folgenden stütze ich mich bei einigen Darlegungen ausgewählter Ergebnisse der ökonomischen Forschung darauf.

Zentralkomitee der SED, Parteihochschule der SED⁵, Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED) daran beteiligt waren. Zwischen diesen wissenschaftlichen Einrichtungen hatte sich eine bestimmte Arbeitsteilung herausgebildet, die den Inhalt und die Art der jeweiligen Forschungsergebnisse beeinflusste.⁶

Das in den 1960er Jahren geschaffene System der Wissenschaftlichen Räte zur einheitlichen Planung und Leitung, aber auch zur Beaufsichtigung der ökonomischen Forschung in der DDR, hatte vor allem zwei relevante Wirkungen:

- Die einheitliche Orientierung der ökonomischen Forschung auf Schwerpunkte zur Vervollkommnung der Planung und Leitung und zur Erhöhung der Effizienz der Reproduktion in der Volkswirtschaft insgesamt und in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Sie erfolgte mit spürbarer Einflussnahme und unter Kontrolle der Parteiinstanzen, die allerdings auch Raum für eigene Vorstellungen und Vorschläge ließen. Diese Spielräume waren in einigen Fachdisziplinen wie Arbeitsökonomie, Betriebswirtschaft, Statistik, wesentlich größer als in der politischen Ökonomie des Sozialismus, der Volkswirtschaftsplanung und der sozialistischen Wirtschaftsführung;
- Einen regelmäßigen und oft auch recht intensiven, häufig aber auch von den Parteiinstanzen kontrollierten und regulierten Meinungsaustausch zwischen den Ökonominen und Ökonomen der wissenschaftlichen Einrichtungen und auch der Praxis. Aber auch hier zeigte sich deutlich, dass eine offene und kritische Diskussion nur begrenzt möglich war. Die jeweiligen Leiterinnen und Leiter hatten jedoch einen Einfluss darauf, inwieweit vorhandene Freiräume in der Diskussion genutzt wurden.

In die Arbeiten zum NÖS, an seiner Vorbereitung, weiteren Ausprägung und Popularisierung, war ein breiter Kreis von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern einbezogen. Die Arbeiten waren dabei stark auf die Akademie für Gesellschaftswissenschaften und das ÖFI der SPK konzentriert.

In dieser Zeit spielten u. a. Untersuchungen, Vorstellungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft und insgesamt der sozialistischen Reproduktion eine wichtige Rolle: Sie betrafen u. a.:

- Eine wirksamere Gestaltung der Beziehungen zwischen der Planung der verschiedenen Ebenen der sozialistischen Reproduktion. Hier ging es u. a. um die Einschränkung der übermäßig zentralisierten Planung detaillierter Produkti-

5 Wissenschaftler, die an der Parteihochschule tätig waren, haben ein Buch über diese Zeit geschrieben, in dem ihre Tätigkeit auf den verschiedenen Theoriegebieten größtenteils differenziert und kritisch reflektiert wird (vgl. Uwe Möller/Bernd Preußner (Hrsg.): Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick. Schkeuditz 2006).

6 Vor kurzem hat Harry Nick eine Schrift vorgelegt, in der er in der DDR geführte Debatten, an denen er beteiligt war, reflektiert (vgl. Ökonomiedebatten. Schkeuditz 2011).

onsziele, einschließlich der Bilanzierung von Aufkommen und Verteilung, zugunsten einer höheren Verantwortung der nachfolgenden Leitungsorgane, insbesondere der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), bzw. nach deren Umwandlung in Kombinate, der Kombinate und Betriebe. Damit verbunden wurden Vorschläge ausgearbeitet, um die einseitige Orientierung auf mengenmäßiges Wachstum und die Zunahme der Bruttoproduktion durch eine stärkere Berücksichtigung der Effektivität und damit insgesamt der finanziellen Ergebnisse zu überwinden. Das verfügbare Nettoprodukt und der Gewinn als Quelle für die mögliche Erweiterung von Akkumulation und gesellschaftlicher Konsumtion sollten ein größeres Gewicht erhalten. Diese Arbeiten erfolgten vor allem im Bereich »Ökonomisches System« in der SPK unter Leitung von Herbert Wolf und im ÖFI.

- Die Qualifizierung der Perspektiv- und Jahrespläne durch ihre umfassende prognostische Begründung, d. h. die Erkundung langfristiger Entwicklungstendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Bedürfnisse der Menschen und der damit verflochtenen Strukturveränderungen. Zur Zeit des NÖS in den 1960er Jahren wurden zentrale Prognosegruppen für eine Vielzahl von Gebieten gebildet, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – vorwiegend Ökonominnen und Ökonomen sowie Natur- und Technikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und erfahrene Praktikerinnen und Praktiker – eng zusammengearbeitet haben.
- Die Einschränkung administrativ-bürokratischer Züge der Planung mit Hilfe eines ökonomischen Wirkungsmechanismus und eines insgesamt höheren Stellenwerts der Wertkategorien – Geld, Kosten, Gewinn, Preis u. a. – in der Planung und Leitung. Im Vordergrund stand die Herausbildung eines Systems ökonomischer Hebel, um die Wirtschaftseinheiten an einer bedarfsgerechten und effizienten Produktion zu interessieren. Langfristige Gewinnnormative sollten die Grundlage für eine verstärkte Eigenerwirtschaftung der Investitionen durch die Betriebe bilden.
- Das Erreichen einer dynamischen Proportionalität durch die Konzentration der Ressourcen auf strukturbestimmende Prozesse von Wissenschaft, Technik und Produktion. Für die Lösung dieser Probleme wurden interessante und nützliche Vorschläge vorgelegt. Sie kamen aber nur wenig zur Wirkung. Bei der Entwicklung des Reproduktionsprozesses zeigten sich einige schwerwiegende Disproportionen und Störungen. Das lag jedoch nicht an den hier nur knapp umrissenen Grundideen und Vorstellungen des NÖS, sondern vor allem an grundlegenden Defiziten bei ihrer praktischen Umsetzung. Einige wichtige Fragen blieben bis zur Einführung des NÖS ungeklärt. Veränderungen in der Planung und Leitung wurden teilweise überstürzt durchgeführt.

- Die Erprobungs- und Anwendungszeit war infolge des Abbruchs des NÖS zu kurz, um ausreichend Erfahrungen zu sammeln sowie notwendige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.
- Es fehlten wichtige Voraussetzungen für die Anwendung ökonomischer Hebel, vor allem ein auf den objektiven Werten und Marktbedingungen beruhendes Preissystem zur realen Bewertung der Produktionsergebnisse. Die ökonomischen Hebel beruhten im Wesentlichen nach wie vor auf administrativ festgelegten Preisen; Marktpreise blieben ein Tabuthema.
- Es wurde befürchtet, dass die stärkere ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe die zentrale Staatsmacht und die führende Rolle der Partei untergraben würde.
- Schließlich wurde das NÖS, wie bereits erwähnt, auch durch Übertreibungen bei der Anwendung richtiger Prinzipien und durch ein von der Realität abgehobenes Wunschenken über die mögliche wirtschaftliche Entwicklung diskreditiert. So wurde auf dem V. SED-Parteitag 1958 als ökonomische Hauptaufgabe beschlossen, die Volkswirtschaft der DDR innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass Westdeutschland Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung erreicht und übertroffen wird.

Weitere Beispiele für Forschungsergebnisse, insbesondere in den Jahren des NÖS und in der letzten Zeit der DDR, sind u. a. die stärkere Herausarbeitung der ökonomischen Interessen der Wirtschaftseinheiten und der Notwendigkeit, sie umfassend zu beachten, wozu Harry Nick wichtige Beiträge publiziert hat,⁷ Vorschläge zur Eigenerwirtschaftung der Investitionen und zur Intensivierung und Modernisierung des Reproduktionsprozesses. Weiterhin wurde u. a. an der Hochschule für Ökonomie und am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften an Vorschlägen gearbeitet, die Außenwirtschaftsbeziehungen und die sozialistische ökonomische Integration, einschließlich Preisfestlegung, effektiver zu gestalten. In diesem Zusammenhang gab es auch Untersuchungen zu den Bedingungen, die notwendig sind, um die Konvertibilität der Mark der DDR zu erreichen.

Ein Gebiet soll hier noch genannt werden, auf dem es gelang, auch unter Ausnutzung der Forschungen in kapitalistischen Ländern, interessante Ergebnisse zu erzielen: die Innovationsforschung. Sie befasste sich mit den Lebenszyklen von Produkten und Technologien, den verschiedenen Phasen des Innovationsprozesses und seiner optimalen Gestaltung, um im internationalen Wettbewerb um Märkte und günstige Preise Schritt zu halten. Die hierzu vorliegenden Ergebnisse konnten besonders infolge der zurückbleibenden internationalen Arbeitsteilung und Kooperation im RGW und der ungenügenden Flexibilität des Reproduktionsprozesses nur unzureichend genutzt werden.

⁷ Vgl. u. a. Harry Nick: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus. Berlin 1970; derselbe: Was heißt »marktwirtschaftlicher Sozialismus?« In: Einheit. Heft 11/1968, S. 1310.

In den letzten Jahren der Existenz der DDR, als die Zeichen der Stagnation und des Zurückbleibens im ökonomischen Wettbewerb mit der BRD (bzw. insgesamt der Länder des Realsozialismus mit den kapitalistischen Ländern) und die zugrunde liegenden Systemschwächen des Realsozialismus immer deutlicher wurden, gab es einige bemerkenswerte Tendenzen in der ökonomischen Forschung der DDR. Hier sollen zwei hervorgehoben werden.

Erstens wurden unabhängig vom Plan der ökonomischen Forschung verstärkt Fragen aufgegriffen, die für das weitere Schicksal des sozialistischen Versuchs in der DDR lebenswichtig waren und die grundlegende Probleme der Reformierung des Wirtschaftssystems betrafen.

Zweitens ging es zunehmend um Fragen, die einen veränderten Wirkungsmechanismus der sozialistischen Wirtschaft in einen engen Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung stellten. Sie gingen über die bei der Einführung des NÖS untersuchten Probleme hinaus. Daran war jedoch nur ein relativ kleiner Teil der Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und der mit ihnen kooperierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Philosophie und Soziologie beteiligt.

Solche Forschungszentren kristallisierten sich u. a. heraus

- an der Humboldt-Universität in der interdisziplinären Forschungsgruppe »Philosophische und methodologische Fragen der politischen Ökonomie« und um das Forschungsprojekt: »Philosophische Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus«⁸, die dabei vorgelegten Ergebnisse sollten nur wenig später, als es um die Ausarbeitung eines neuen Programms für die PDS ging, eine wichtige Rolle in den Diskussionen spielen;
- an der Hochschule für Ökonomie: Überlegungen und Vorschläge zu grundlegenden ökonomischen Reformen in der DDR, die später auch für die Vorbereitung der Wirtschaftsreform der Modrow-Regierung unter Verantwortung der Wirtschaftsministerin Christa Luft genutzt wurden, hierzu können auch die Vorschläge von Heinz-Dieter Haustein u. a. zur effektiveren Gestaltung von Innovationsprozessen gezählt werden;⁹
- an der Akademie der Wissenschaften im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, zu Anforderungen an eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses der DDR, zudem wurden auf umfangreichen Analysen beruhende Vorschläge unterbreitet, so u. a. zur Stärkung der Akkumulationskraft, zur Erhöhung der Innovationsfä-

8 Die Arbeit an diesem interdisziplinären Projekt eines modernen Sozialismus wird in dem Buch von Dieter Segert (Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien-Köln-Weimar 2008, S.61-74) beschrieben.

9 Vgl. hierzu u. a. Heinz-Dieter Haustein/Dimitar Ivanov/Hans Heinrich Kinze (Hrsg.): Innovationen in der sozialistischen Volkswirtschaft. Grundlagen, Wirkungsweise, Effektivität. Berlin 1988.

higkeit und zur stärkeren Einbeziehung der Umweltprobleme in die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Reproduktions- und Wachstumsprozesse.

Diese Arbeiten, die eine grundlegende Reformierung des Realsozialismus zum Inhalt hatten, drangen kaum an die Öffentlichkeit. Eine Ausnahme bildete das Forschungsprojekt zu einer modernen Sozialismustheorie an der Humboldt-Universität, von dem Mitte 1989 eine Studie unter dem Titel »Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW« veröffentlicht wurde. Ihre Ergebnisse, vor allem die darin enthaltenen Problemstellungen und Schlussfolgerungen wurden jedoch in der Zeit, als es noch Hoffnungen auf die Fortexistenz einer erneuerten DDR gab, nicht öffentlich diskutiert. Diese Arbeiten waren weitgehend institutionell organisiert. An der Studie der Humboldt-Universität waren zwar auch einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anderer Einrichtungen beteiligt, es gab aber keinen Versuch, gemeinsam mit den an einer grundlegenden Reformierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR Interessierten, die notwendigen Konsequenzen dafür zu untersuchen.¹⁰

Beziehungen zwischen ökonomischer Theorie, Politik und Ideologie – Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen der DDR und der BRD

Heute, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, ist es besser möglich, das Spannungsfeld von Politik und ökonomischer Forschung nicht nur in der realsozialistischen DDR, sondern auch in der kapitalistischen Gesellschaft der alten BRD bzw. des vereinigten Deutschlands zu beurteilen.¹¹

Es gab zwischen der DDR und der BRD nicht nur markante Unterschiede im Verhältnis der Politik zur Wirtschaftstheorie, sondern auch einige Ähnlichkeiten bzw. Gemeinsamkeiten. Im Folgenden werde ich versuchen, einige Aspekte dieser Beziehungen zu skizzieren. Ich bin mir bewusst, dass dies hier nicht umfassend und nur stark verallgemeinernd erfolgen kann. Die Vielfalt und Differenziertheit dieser Beziehungen sowie ihre Veränderungen in verschiedenen Zeiten können nur begrenzt berücksichtigt werden.

Bei einem solchen Vergleich muss auch beachtet werden, dass Planung, Organisation und institutionelle Struktur der Wissenschaft in der Bundesrepublik völlig anders waren und sind als damals in der DDR. In der Bundesrepublik gibt es private und öffentliche wissenschaftliche Einrichtungen sowie Zwischenformen

¹⁰ Vgl. Segert: Das 41. Jahr, S. 33.

¹¹ Vgl. hierzu auch die Beiträge von Klaus Müller und Norbert Peche in diesem Buch.

des Wissenschaftsbetriebes, die durchaus unterschiedlichen Erfolgskriterien und Steuerungsmodellen unterliegen. In den Auseinandersetzungen um den erweiterten Euro-Rettungsschirm (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF) werden z. B. die unterschiedlichen Interessen sowohl innerhalb der politisch herrschenden Klasse als auch der verschiedenen Kapitalfraktionen – Banken und Finanzwirtschaft, Exportwirtschaft, stärker vom Binnenmarkt abhängige Branchen, kleine und mittlere Unternehmen – sichtbar, die sich auch in den theoretischen Begründungen mehr oder weniger widerspiegeln.

Das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Forschung und Politik wird weitgehend von den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere den Eigentumsverhältnissen, sowie von der damit verflochtenen politischen Macht, der Ideologie und den jeweiligen Interessen bestimmt.

Erstens: In der DDR gab es insgesamt engere Spielräume für die ökonomische Forschung. Sie durfte nicht im Widerspruch zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und zu Beschlüssen der SED stehen. Die Interpretation der marxistisch-leninistischen Theorie wurde weitgehend von der KPdSU bzw. SED bestimmt. Öffentliche Kritik an den Parteibeschlüssen zur Wirtschaftspolitik wurde faktisch nicht zugelassen. Die politökonomischen Grundlagen der ökonomischen Theorien waren insgesamt stark von einer Tendenz zur Einheitswissenschaft geprägt. Es gab jedoch durchaus auch Spielräume für unterschiedliche Meinungen und für Diskussionen unter den Ökonominnen und Ökonomen zu wichtigen Problemen der ökonomischen Theorie und Praxis. Solche Diskussionen gab es z. B. über die ökonomischen Interessen der Betriebe und ihre Berücksichtigung im Wirtschaftsmechanismus, den Preistyp im Sozialismus, die Bestimmung der produktiven Arbeit im Zusammenhang mit der zunehmenden Rolle der Bildung und anderer Dienstleistungsbereiche.

In der Bundesrepublik war und ist die ökonomische Forschung, auch unter Berücksichtigung der Dominanz des Neoliberalismus, weit pluralistischer als in der DDR. Es gab und gibt eine Vielfalt von Denkschulen und -richtungen innerhalb der Neoklassik bzw. des neoliberalen Mainstream. Dasselbe gilt auch für den Keynesianismus sowie andere Theorietraditionen der heterodoxen Ökonomie.

Formal gibt es keinerlei Einengungen und Begrenzungen. Es gab eine Zeit lang, vor allem im Ergebnis der Protestbewegung der »68er«, Veränderungen in der Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen. Es entstanden auch einige Zentren linksalternativer und teilweise auch marxistischer Forschungen, so u. a. an den Universitäten in Bremen, Marburg, Göttingen und an der FU Berlin, allerdings mehr in der Soziologie und Politikwissenschaft als in der Wirtschaftswissenschaft. Diese werden aber seit einiger Zeit spürbar zurückgedrängt. Die öffentliche Finanzierung wird auch zunehmend von der Dominanz der

neoliberalen Ideologie und von den vorherrschenden politischen Interessen determiniert. Linkskeynesianische Forschungen sind in der öffentlichen Finanzierung stark unterrepräsentiert.¹² Dies gilt auch für die Medien.

In der letzten Zeit gewinnt offensichtlich, durch die gegenwärtig schweren krisenhaften Erschütterungen des Kapitalismus begünstigt, eine Tendenz in der ökonomischen Forschung und Diskussion an Bedeutung, die als Hinwendung zu einer ernsthafteren Analyse der realen wirtschaftlichen Prozesse, darunter der zunehmenden Ungleichheit in der Verteilung, angesehen werden kann. Für sie ist auch Kritik am Marktradikalismus, an der Marktgläubigkeit, an dem in der Wirtschaftstheorie vorherrschenden Menschenbild, d. h. am Homo oeconomicus und den damit verbundenen Verhaltensannahmen sowie an der übertriebenen Beschäftigung mit abstrakten ökonometrischen Modellen kennzeichnend. Sie spielt bisher in den USA eine größere Rolle als in Deutschland. Aber auch hier scheint einiges allmählich in Bewegung zu geraten. So wurde z. B. vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und dem »Handelsblatt« eine gemeinsame Konferenz zum Thema »Ökonomie neu denken. Die Wirtschaftswissenschaft zwischen Wirtschaft und Wissenschaft« veranstaltet. Auf dieser Konferenz wurde darüber diskutiert, welchen Beitrag die Wirtschaftswissenschaften zur Lösung aktueller Herausforderungen leisten können und welche Konsequenzen die neuen Anforderungen der Praxis für Forschung und Lehre haben. In der Ankündigung hieß es weiter, dass Forderungen laut werden, in der Forschung eine größere Offenheit für alternative und neue Denkmodelle zu zeigen.¹³

In den Medien sind Möglichkeiten der Verbreitung alternativer und linker Analysen und Vorstellungen stark eingeengt. Seit einigen Monaten erscheinen jedoch auch in den großen Zeitungen mehr kritische Beiträge, die eine realistische Analyse der gegenwärtigen Krisenprozesse und das unbefriedigende Agieren der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Eurokrise zum Inhalt haben. Eine wichtige Rolle spielen die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« und die von ihr ausgearbeiteten jährlichen Memoranden zu Grundproblemen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Sie finden insbesondere in den Gewerkschaften eine zunehmende Verbreitung und werden dort auch als Grundlage für die Schulung von Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften genutzt.

Zweitens: Infolge der grundlegend anderen, weitgehend entgegengesetzten Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft im Realsozialismus und im Kapitalismus ergeben sich auch Konsequenzen für die Nutzung ökonomischer Forschungsergebnisse.

12 Vgl. Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. 2. Aufl. Wiesbaden 2008, S. 172 f. sowie die Beiträge von Klaus Peter Kisker und Christa Luft in diesem Buch.

13 Vgl. http://www.stifterverband.info/veranstaltungen/2012_01_23_oekonomie_neu_denken/index.html.

Die Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie sind sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus weit differenzierter und widerspruchsvoller, als dass sie direkt mit der Formel Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik (Kapitalismus) versus Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft (Sozialismus) erklärt werden können.

Im Kapitalismus bestimmen grundsätzlich die Profitinteressen des Großkapitals die Wirtschaftspolitik. Aber nicht immer können politische Entscheidungen unmittelbar aus kurzfristigen Profitinteressen abgeleitet und erklärt werden. Im Realsozialismus hat eine vereinfachte Vorstellung vom Primat der Politik unrealistische Wunschvorstellungen begünstigt, die sich negativ auf die gesellschaftliche Entwicklung auswirkten.

Die Erfahrungen der DDR bestätigen, dass für richtige und erfolgversprechende Entscheidungen fundierte ökonomische Analysen und die Berücksichtigung objektiver ökonomischer Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen unverzichtbar sind. Von dieser Notwendigkeit wurde auch zum großen Teil ausgegangen. Die Preisbildung beruhte z. B. überwiegend auf der Erfassung der realen ökonomischen Aufwände bzw. Kosten. Zuweilen wurde jedoch hiervon abgewichen. Dies war besonders offensichtlich bei den Preisen der für die Grundversorgung der Bevölkerung wichtigen Konsumgüter und bei den meisten Preisen für Leistungen der Daseinsvorsorge, die im Wesentlichen trotz erheblich steigender Kosten unverändert blieben. Die Ergebnisse dieser subventionierten Preispolitik waren widersprüchlich: Einerseits konnten grundlegende Gleichheitsvorstellungen bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen verwirklicht werden. Andererseits wurden Verhaltensweisen gefördert, die zur Vergeudung von Ressourcen führten. So wurde das billige Brot häufig zur Tierfütterung eingesetzt, die Anreize zur Einsparung von Wasser und Energie waren gering, für die Modernisierung und den Erhalt von Wohnraum standen infolge geringer Mieteinnahmen nur unzureichende Mittel zur Verfügung. Weiterhin erhöhten sich die Belastungen des Staatshaushalts durch Subventionen sprunghaft, mit der Konsequenz, dass Mittel für andere wichtige Aufgaben fehlten.¹⁴

Die Voraussetzungen für die Umsetzung ökonomischer Forschungsergebnisse bzw. von Vorschlägen der Politikberatung in die Praxis waren in der DDR durch das öffentliche Eigentum und die gesellschaftliche Planung, die sich auch in einer stärkeren ökonomischen Rolle des Staates für die Wirtschaft widerspiegeln, insgesamt

14 Die staatlichen Preisstützungen zur Sicherung konstanter Preise für Waren des Grundbedarfs, für Tarife und Dienstleistungen allgemeiner Art für die Bevölkerung stiegen in acht Jahren auf das Dreifache, von 16,9 Mrd. Mark (1980) auf 49,8 Mrd. Mark (1988). Dadurch erhöhte sich ihr Anteil am gesamten bezahlten Verbrauch der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen auf mehr als das Doppelte, von 15 % auf 34 %. Der Anteil der Preisstützungen an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts nahm in dieser Zeit von 15 % auf rund 25 % zu. (Berechnet auf der Grundlage von Daten des Statistisches Jahrbuchs der DDR '90. Berlin 1990, S. 301, 315).

günstiger als in der BRD. Dabei gab es aber keinen Automatismus. Diese Vorteile wurden teilweise durch andere Hemmnisse blockiert und sogar aufgehoben.

Drittens: Die ökonomische Forschung in der DDR hatte im Vergleich zur ökonomischen Forschung in der BRD einen ausgeprägten gesellschaftlichen und sozialen, auf die Bedürfnisse und sozialen Interessen der Menschen ausgerichteten Bezug. Sie war auch stärker praxisorientiert. Dies trifft jedoch für die verschiedenen ökonomischen Disziplinen in unterschiedlichem Grade zu. In der Bundesrepublik weisen z. B. die betriebswirtschaftlichen Forschungen und die Innovationsforschung einen starken Praxisbezug auf. Die ökonomische Forschung war in der DDR im Vergleich zur BRD auch durch eine höhere Komplexität und Verflechtung zwischen den verschiedenen Disziplinen und Richtungen gekennzeichnet.

Der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung liegen keine realistischen und zukunftsfähigen Vorstellungen zugrunde, wie die Schulden- und Finanzkrise im Euroraum überwunden und wie zur Lösung der globalen Krisenprobleme beigetragen werden müsste. Ungeachtet der vielen Ausschüsse und Enquetekommissionen sind die bisherigen Vorschläge der herrschenden Politik zur zukunftsfähigen Sicherung des Sozialstaats und zum notwendigen sozial-ökologischen Umbau unzureichend sowie zum großen Teil auch ungeeignet, um die anstehenden Probleme zu lösen. In der gegenwärtigen Finanz- und Schuldenkrise zeigt sich das Versagen der dominierenden neoliberalen ökonomischen Theorien ebenso wie der neoliberalen Politik. Den Vorschlägen der Regierung liegt nicht einmal eine fundierte Analyse der eigentlichen Wurzeln der Multikrise, der zurückbleibenden realen Kaufkraft infolge der Stagnation und Verringerung der Reallöhne und des Abbaus von Sozialleistungen, zugrunde.

Viertens: Die Vielfalt und Breite unterschiedlicher, in ihren Aussagen oft entgegengesetzter Ergebnisse ökonomischer Analysen und Studien sowie der darauf beruhenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen ist in der Bundesrepublik relativ groß. Die Möglichkeiten, verschiedene ökonomische Konzepte zu diskutieren und zu publizieren, waren und sind in der BRD ungleich günstiger als in der DDR. Für die Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der DDR ergab sich ein besonderes Problem daraus, dass kritische, aussagefähige Analysen zu Reproduktions- und Akkumulationsproblemen und zu anderen für die ökonomische Bewertung der wirtschaftlichen Aktivitäten wichtigen Kategorien von vornherein geheim waren, der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung standen.

Ungeachtet dieser größeren Pluralität der ökonomischen Ideen und Konzepte ist für die Bundesrepublik typisch, dass eine Grundrichtung, der Neoliberalismus, mit seinen dogmatischen Vorstellungen von der Überlegenheit der Marktregulierung, der weiteren Privatisierung des öffentlichen Eigentums, einschließlich der Daseinsvorsorge, sowie der Notwendigkeit des weiteren Sozialabbaus, seit eini-

gen Jahrzehnten dominierend ist. Der Neoliberalismus bildet den Mainstream in der öffentlichen Diskussion in den Medien und in den Ausbildungseinrichtungen. Allerdings gibt es auch den Keynesianer Peter Bofinger als Mitglied des Sachverständigenrats der »Fünf Weisen«, oder Max Otte, Lucas Zeise und andere kritische Publizisten, die in den Medien eine wichtige Rolle spielen.

In letzter Zeit zeigen sich infolge der systemischen Krise des gegenwärtigen Kapitalismus und des Versagens der Politik bei der Lösung von Grundproblemen einige tiefe Risse im ökonomischen Mainstream. Sie betreffen vor allem die Auseinandersetzungen um die Wege zur Beherrschung der EU-Schuldenkrise, die in vielem eine substantielle theoretische und wirtschaftspolitische Konfusion offensichtlich werden lassen. Nach wie vor oder sogar jetzt wieder verstärkt wird die Alternativlosigkeit der vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung hervorgehoben. Das »Sparen« und dabei vor allem das zunehmende Schleifen der Sozialleistungen sei ein sogenannter Sachzwang zum Abbau der Staatsschulden, verkündet die etablierte Wirtschaftswissenschaft. Alternativen scheint es für sie ebenso wie für die Regierungspolitik nicht zu geben.

Auch für die Linken sind heute die Möglichkeiten, unterschiedliche wirtschaftstheoretische Vorstellungen und Konzepte sowie darauf beruhende wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen auszuarbeiten, öffentlich zu diskutieren und zu publizieren (wenn von den nicht unwesentlichen Finanzierungsbedingungen abgesehen wird) weit größer, als sie in der DDR waren.

Fünftens: Wirtschaftspolitische Empfehlungen wurden bzw. werden, auch wenn sie auf soliden Forschungsergebnissen, darunter umfangreichen Analysen, beruhen, in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis genommen oder auch einfach als nicht realisierbar abgelehnt, wenn sie in Widerspruch zur herrschenden Politik und zu den bestimmenden Interessen standen bzw. stehen. Dabei ist auffällig, dass ideologische Dogmen, insbesondere der Überlegenheit der Marktregulierung und heute der Regulierung durch die Finanzmärkte, unter zugespitzten Krisensituationen ohne weitere kritische Reflexion zeitweilig aufgegeben oder hintenan gestellt werden. Diese Dogmen werden aber häufig, wie gegenwärtig sichtbar, nicht durch ein grundlegend anderes Herangehen überwunden, sondern nach einiger Zeit, ohne dass die eigentlichen Probleme gelöst sind, im Rahmen von »business as usual« wieder eingeführt.

Wie fundierte ökonomische Analysen einfach beiseite geschoben werden, wenn sie den jeweiligen politischen Interessen widersprechen, kann an vielen Beispielen in der DDR ebenso wie in der BRD nachgewiesen werden. Dies wurde in der BRD z. B. sehr deutlich, als sich die Kohl-Regierung über die starken Bedenken zur überstürzten Einführung der DM in der DDR rigoros hinwegsetzte. Die Warnungen wurden nicht nur von linken, alternativen Ökonominen und Ökono-

men vorgebracht, sondern auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, und von anderen namhaften Ökonominen und Ökonomen.

Ein typisches Beispiel für die DDR war das Schicksal der auf umfangreichen kritischen Analysen beruhenden Vorschläge zum Abbau der völlig überzogenen Subventionierung der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen. Sie wurden vom Generalsekretär der SED, Erich Honecker, strikt abgelehnt, ohne dass er sich mit den realen Fakten und Problemen auseinandersetzte. Als Begründung musste reichen, dass sie der Politik der sogenannten Hauptaufgabe¹⁵ und dem sozialistischen Prinzip stabiler Konsumgüterpreise widersprechen würden.

Charakteristisch für die DDR und die BRD war bzw. ist auch heute, dass die jeweils vorherrschende marxistische bzw. neoklassische oder neoliberale Wirtschaftstheorie und Ideologie die grundlegende theoretische Substanz der Ausbildung der Ökonominen und Ökonomen weitgehend bestimmte bzw. bestimmt, und auch für die Berufung von Professorinnen und Professoren entscheidend war bzw. ist. Diese Ähnlichkeit unter jeweils entgegengesetzten Vorzeichen wird auch daran deutlich, dass kritische Wirtschaftswissenschaft in Ost und West wenig Unterstützung erfuhr bzw. erfährt. So erhält z. B. die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« keinerlei öffentliche Mittel. Mit der Abwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR gibt es gegenwärtig – außer einigen Stellen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung – keine hauptamtlichen Kapazitäten für Forschungen, die auf eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus und den damit verflochtenen Transformationsprozess gerichtet sind. Der Zugang kritischer Ökonominen und Ökonomen zu einflussreichen Stellen im öffentlichen Leben wurde und wird weitgehend verhindert.

Aktuelle Herausforderungen an eine linke, alternative Wirtschaftstheorie¹⁶

Zu dieser sehr komplexen Problematik müssen hier einige Bemerkungen genügen. Ich beziehe mich dabei auf zwei zeitliche Ebenen mit jeweils spezifischen Fragestellungen, die jedoch nicht scharf voneinander getrennt sind, sondern vielmehr

15 Die Hauptaufgabe wurde auf dem VIII. Parteitag der SED (Juni 1971) beschlossen. Sie bestand »... in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität (vgl. Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Bd. 2. Berlin 1971, S. 296). Mit der Hauptaufgabe wurde die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als bestimmender Grundzug der Politik der SED nach 1970 begründet.

16 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Christa Luft und Rudolf Hickel in diesem Band.

durch enge Zusammenhänge und Abhängigkeiten miteinander verbunden sind und zum Teil ineinander übergehen. Vor den Linken steht die Herausforderung, diese beiden Zeitebenen, unter Beachtung ihrer jeweiligen Spezifik enger und besser als es bisher gelungen ist, miteinander zu verbinden.

Die erste zeitliche Ebene umfasst Aufgaben, die sich vor allem aus den aktuellen ungelösten und sich weiter verschärfenden Problemen im Kapitalismus ergeben – aus dem Finanzmarktkapitalismus und seinen Krisen und Gefahren, aus dem zunehmenden Aushöhlen des Sozialstaats, aus der völlig unbefriedigenden Demokratisierung der Wirtschaft, aus der Ausbreitung prekärer Arbeit sowie aus den großen Defiziten und Rückständen bei der notwendigen Durchsetzung eines neuen Entwicklungsparadigmas, das mit den Erfordernissen des sozial-ökologischen Umbaus übereinstimmt. Diese zeitliche Ebene bezieht sich vor allem auf Reformen im Kapitalismus, deren Potenziale aber über ihn hinausreichen und zu Einstiegsprojekten für einen Transformationsprozess zur Überwindung des Kapitalismus werden können.

Die zweite zeitliche Ebene, die im Folgenden im Vordergrund steht, bezieht sich auf einen längeren Transformationsprozess hin zu einer solidarischen, gerechten, ökologisch nachhaltigen, demokratischen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer/eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller wird. Eine solche Gesellschaft, die auch als demokratischer Sozialismus charakterisiert werden kann, wird nur möglich sein, wenn sie auf einer hohen Innovationsfähigkeit und Effizienz der volkswirtschaftlichen Reproduktion und der Reproduktionsprozesse in den Betrieben und Unternehmen beruht. Sozialismus in mehreren Ländern und im globalen Maßstab setzt eine neue Qualität gleichberechtigter und solidarischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen und insgesamt eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung voraus.

Erfolge auf dieser zweiten zeitlichen Ebene, der Transformation in Richtung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft, hängen weitgehend davon ab, ob und inwieweit es gelingt, Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft auf den oben genannten Gebieten in einer solchen Radikalität und Qualität durchzuführen, dass sie über die Grenzen des Kapitalismus hinausweisen und weitergehende Maßnahmen in Richtung dieser neuen sozialistischen Gesellschaft ermöglichen. Dies wiederum wird entscheidend dadurch bestimmt, dass es gelingt, breite Bündnisse mit sozialen Bewegungen herauszubilden und darin weitere größere und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Dabei geht es vor allem um die Richtung und um wichtige Schritte, in bzw. mit denen sich ein solcher Transformationsprozess vollziehen könnte. Daraus ergeben sich nicht nur große Herausforderungen an linke Politik zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und für umfassende und zum großen Teil auch

neuartige Bündnisse der potenziellen Akteure, sondern auch an die theoretischen Arbeiten linker, alternativer Ökonominen und Ökonomen. Hier wird ein grundlegendes Problem sichtbar: Vorstellungen für einen sozialistischen Transformationsprozess können sich nicht auf schon existierende Vorbilder stützen. Sie tragen deshalb auch Züge einer Utopie. Sie müssen in einer zukünftigen sozialistischen Transformation stets mit den realen Problemen und Widersprüchen konfrontiert, in Übereinstimmung mit den dabei gewonnenen Erfahrungen korrigiert und vervollkommen werden sowie stets offen für neue Erkenntnisse sein.

Gegenwärtig zeigt sich ein tiefes Problem im Denken und in den Meinungen der Menschen, das Fortschritte in Richtung eines sozialistischen Transformationsprozesses blockiert. Auf der einen Seite lehnen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid in Deutschland die meisten die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung ab und wünschen sich eine »neue Wirtschaftsordnung«. Zugleich ist aber nur eine Minderheit der Meinung, dass der Sozialismus diese neue Wirtschaftsordnung sein könnte. Daraus erwächst für linke bzw. alternative Ökonominen und Ökonomen die Aufgabe, in Kooperation mit anderen Sozialwissenschaften die Vorstellungen über einen demokratischen Sozialismus so zu qualifizieren, dass mehr Menschen ihn als eine attraktive und zukunftsfähige Gesellschaft ansehen, für die sich der Einsatz lohnt. Dabei muss der Fehler vermieden werden, hierfür unrealistische Wunschbilder zu entwerfen.

Ausgehend von der Unfähigkeit des Kapitalismus, die grundlegenden Probleme der Menschheit dauerhaft zu lösen, dem Scheitern des Realsozialismus und den widersprüchlichen Erfahrungen der realsozialistischen Länder sowie den neuen Bedingungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, stehen linke sozialistische Wirtschaftswissenschaftler und -wissenschaftler vor bedeutenden Zukunftsaufgaben. Sie müssen dazu beitragen, die Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung auszuarbeiten, der die sozialistischen Ziele und Werte – Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Freiheit, Demokratie und Zukunftsfähigkeit ebenso wie hohe ökonomische, ökologische und soziale Effizienz – zugrunde liegen. Gleichzeitig gilt es zu zeigen, welche ökonomischen und politischen Voraussetzungen, einschließlich der Funktions- und Regulierungsweise der Wirtschaft, herausgebildet werden müssen, um diese Ziele und Werte erreichen zu können. Dies müsste so verständlich und überzeugend erfolgen, dass das Bild eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert als realistisch angesehen wird und zugleich auch eine hohe Anziehungskraft ausübt.

Es kann heute jedoch nicht darum gehen, ein fertiges Modell einer sozialistischen Gesellschaft auszuarbeiten. Die realen Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen werden sich nicht nach einem vorgegebenen Modell richten. Die Weiterentwicklung einer sozialistischen Wirtschaftstheorie und die Herausbildung

notwendiger Bedingungen für die Nutzung ihrer Erkenntnisse müsste vor allem zwei Anforderungen gerecht werden. Sie müssten einerseits mit den Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus und der Überzeugung, dass es dazu kein Zurück geben darf, übereinstimmen. Sie sollten andererseits den veränderten Bedingungen und Herausforderungen, denen sich die Menschheit und darin eingeschlossen eine sozialistische Linke heute gegenüber sieht, entsprechen. Für linke Ökonominnen und Ökonomen ist die Arbeit an folgenden Zukunftsaufgaben besonders wichtig, um Fortschritte in den Erkenntnis- und Diskussionsprozessen zu Problemen der sozialistischen Transformation und über den Sozialismus selbst zu befördern:

1. Die Qualifizierung der Vorstellungen zur *Entwicklung der Eigentumsstrukturen und Eigentumsverhältnisse* in Übereinstimmung mit den Zielen einer solidarischen, emanzipativen und demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Dabei sollte davon ausgegangen werden, dass es im Sozialismus eine Pluralität von Eigentumsformen geben wird, die jeweils durch spezifische Vorteile und Probleme gekennzeichnet sind und die für die verschiedenen Bereiche oder Funktionen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens unterschiedlich geeignet sind.

Eine Schlüsselstellung kommt dem öffentlichen, gemeinschaftlichen Eigentum zu. Seine Erweiterung muss von Beginn an mit seiner realen Vergesellschaftung verbunden werden. Vor allem gilt es, die Bedingungen für die Verfügung der Gesellschaft, besonders der Produzentinnen und Produzenten, über dieses Eigentum zu erweitern und zu qualifizieren.

Entscheidende Kriterien zur Beurteilung und Bewertung der Eigentumsverhältnisse müssten sein: (1) die Qualität und umfassende Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie, (2) die Sicherung der erforderlichen Bedingungen für eine gesellschaftliche Regulierung (Planung) der Grundrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung und (3) die Herausbildung wirksamer Motivationen und Triebkräfte für eine innovative, effiziente und ökologisch zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung.

2. Die tiefere Analyse der *Beziehungen zwischen Plan und Markt* in einer sozialistischen Gesellschaft. Die hiermit verbundene Problematik ist heftig umstritten. Auf der einen Seite steht die Auffassung, die auch von den Erfahrungen der bisherigen Sozialismusversuche gestützt wird, dass die Existenz eines Marktes und seine Nutzung im Interesse der Bedürfnisbefriedigung der Menschen sowie einer effizienten und zukunftsfähigen Entwicklung notwendig sind. Danach ist der Markt vor allem die Konsequenz einer modernen, hoch entwickelten Wirtschaft, die auf einer umfassenden und tiefgreifenden Arbeitsteilung im nationalen und internationalen Maßstab und auf der Existenz relativ selbstständiger Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Unternehmen u. ä.) mit

eigenen ökonomischen Interessen beruht. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, dass der Sozialismus nicht mit Marktwirtschaft zu verbinden ist, dass sich beide gegenseitig ausschließen.¹⁷

Ich bin der Ansicht, dass es grundsätzlich möglich ist, den Markt und seine Regulierungsfunktion für die Erfüllung sozialistischer Zielstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung zu nutzen.¹⁸ Es geht dabei nicht einfach um die Veränderung der Beziehung zwischen Staat und Markt. Entscheidend für die Möglichkeit einer gesamtwirtschaftlichen Regulierung durch den Staat (Planung) und für die Einschränkung vor allem einer sozial und ökologisch unwillkommenen, spontanen Marktregulierung ist die ökonomische Basis, auf die sich der Staat stützen kann, das öffentliche, vergesellschaftete Eigentum, die Rolle, die dieses Eigentum aufgrund seiner Qualität und seiner Dominanz in der Daseinsvorsorge, in der Infrastruktur und in Schlüsselbereichen der Wirtschaft spielt.

Marktregulierung und Regulierung mittels Planung haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Beide Regulierungsweisen sind in ihrer Wirkung ambivalent. Daraus sind Schlussfolgerungen abzuleiten für den grundlegenden Inhalt und die Art und Weise der Planung und für die Wirkung der Waren-, Wert-, Geldbeziehungen und des Markts sowie für eine möglichst optimale Synthese zwischen beiden, in der die Dominanz der Marktregulierung zugunsten bewusster gesellschaftlicher Regulierung überwunden wird. Die nach meiner Überzeugung notwendige Verbindung beider Regulierungsweisen in einer zukünftigen sozialistischen Alternative schließt Veränderungen in ihrer spezifischen Rolle ein. In einer sozialistischen Gesellschaft muss nicht nur die gegenwärtige Tendenz zur Ausweitung der marktmäßigen Beziehungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche gestoppt, sondern auch ihre Begrenzung auf die Bereiche erreicht werden, in denen sie überwiegend positive Effekte hervorrufen kann. Zugleich gilt es auf Grundlage gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und der Planung gesamtwirtschaftlich relevanter Investitionen und Strukturveränderungen, die spontanen Marktbewegungen einzudämmen sowie durch die Sicherung ausreichender, disponibler Planreserven die Möglichkeiten zu verbessern, rasch auf solche spontanen Wirkungen zu reagieren. Die Erfahrungen des Realsozialismus und die gegenwärtigen Diskussionen

17 Vgl. hierzu u. a. Heinz Dieterich: *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*. Berlin 2006; Heinrich Harbach: *Wirtschaft ohne Markt. Transformationsbedingungen für ein neues System gesellschaftlicher Arbeit*. Berlin 2011.

18 Vgl. u. a. Klaus Steinitz: *Erfahrungen, Probleme und Schlussfolgerungen aus dem Sozialismusversuch in der DDR – Defizite, Aufhebungswertes, Konsequenzen*. In: Heinz Dieterich/Hans Modrow/Klaus Steinitz (Hrsg.): *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheitem und Gegenwärtigem. Vorstellungen für die Zukunft*. Berlin 2007, S. 42 ff.

über eine verstärkte gesellschaftliche Regulierung machen deutlich, dass es auch notwendig ist, zu einem besseren und tieferen Verständnis der Planung zu kommen und dazu die Frage zu beantworten, was die Planung leisten soll und was sie tatsächlich leisten kann.

Es sollte des Weiteren davon ausgegangen werden, dass die Rolle und der Wirkungsraum bewusster gesellschaftlicher Regulierung relativ zunehmen und zugleich Prozesse der Dekommodifizierung, d. h. des Abstreifens des Warencharakters, an Bedeutung gewinnen. Solche Tendenzen beziehen sich vor allem auf folgende Prozesse:

- die Bestimmung der Grundrichtungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung mit den sozialen Zielen und den umweltpolitischen Erfordernissen;
 - die Einschränkung und schließliche Überwindung des Warencharakters der Arbeitskraft auf Grundlage ihrer zunehmenden Selbstbestimmung und -verwirklichung;
 - die Erweiterung des Kreises von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Informations- und Kommunikationstechnik (Internet, Software u. a.), die unentgeltlich für alle bereitgestellt werden, d. h. nicht mehr über den Markt realisiert werden;
 - die Ausweitung des Wirkungsraums der Bereiche der solidarischen Ökonomie, darunter solcher, die ohne Ware-Geld-Austausch auskommen.
3. Eine tiefere Analyse der *Beziehungen zwischen gesamtwirtschaftlichen und betrieblichen Interessen sowie Interessen der Regionen* mit Konsequenzen für die im Vergleich zum Realsozialismus veränderte Stellung der Unternehmen und Betriebe – größere Selbstständigkeit – und für die Erweiterung eigener Entscheidungsmöglichkeiten. Eine herausragende Rolle kommt dabei der Verfügung über das hergestellte Mehrprodukt zu, insbesondere im Zusammenhang mit der Eigenerwirtschaftung der Investitionen.
 4. Probleme des *sozial-ökologischen Umbaus und des Paradigmenwechsels* zu einem qualitativ neuen Reproduktions- und Entwicklungstyp in Übereinstimmung mit den tiefgreifenden Veränderungen der natürlichen Bedingungen und der gesamte Lebensweise der Menschen.
 5. Voraussetzungen für eine *hohe Innovationsfähigkeit* der Wirtschaft sowie neue bzw. veränderte Richtungen der Innovation auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und in Übereinstimmung mit den Erfordernissen eines sozial-ökologischen Umbaus, selbstbestimmter guter Arbeit sowie einer hohen Lebensqualität.
 6. Anforderungen aus der Globalisierung an die Herausbildung gleichberechtigter und zugleich rationeller internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die für alle

Beteiligten von Nutzen sind und ihnen helfen, ihre Probleme zu lösen. Dies betrifft sowohl die Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration von Ländern einer Region als auch die Herausbildung einer neuen Qualität wirtschaftlicher Kooperation und Arbeitsteilung im globalen Maßstab. Bei Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Export-Import-Beziehungen und der damit verbundenen Transporte sowie auch eventueller ökonomischer Ungleichgewichte gilt es, die Konsequenzen aus der Umwelt- und Klimakrise sowie der negativen Wirkungen größerer Exportüberschüsse bzw. Außenhandelsdefizite einzelner Länder zu berücksichtigen.

7. Ein tieferes Eindringen in die Probleme der *Digitalisierung und des Internet*, vor allem ihrer möglichen Nutzung für progressive Veränderungen in der Erwerbsarbeit und in der Lebensweise der Menschen.

Mit kreativen und möglichst konstruktiven Beiträgen zu diesen Problemen, die ihre weitere Diskussion fördern, könnten auch linke Ökonominen und Ökonomen daran mitwirken, dass mehr Menschen als bisher die Meinung oder auch Überzeugung gewinnen, dass der demokratische Sozialismus eine realistische und erstrebenswerte Alternative zum Kapitalismus ist, in der die Menschen auch größere Chancen erhalten, ihre Zukunftsprobleme zu lösen und ein glückliches, erfülltes Leben zu führen.

Als Resümee lässt sich feststellen: Bei aller notwendigen selbstkritischen Reflexion gibt es auch für die Wirtschaftswissenschaftler der DDR keinen Grund, ihre geleistete Arbeit vorwiegend negativ zu betrachten und gering zu schätzen.¹⁹ Die krisenhafte Situation des Finanzmarktkapitalismus und das konzeptionslose, ziemlich konfuse Wirken der meisten Mainstream-Ökonomen in Deutschland können uns darin bestärken, dass wir auch Grund zu einigem Selbstbewusstsein haben. Wir haben aktiv an dem Versuch mitgewirkt, eine neue gerechte und solidarische Gesellschaft zu schaffen.

Zum Schluss stellt sich die Frage: *Was bleibt* von der Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der DDR für das Heute und für die Zukunft?²⁰

Erstens bleiben wertvolle, nicht zu ersetzende Erfahrungen und Kenntnisse. Sie betreffen einmal Fehlentwicklungen und Entstellungen des sozialistischen Wirtschaftssystems, die unbedingt in einem sozialistischen Transformationsprozess und natürlich erst recht in einer sozialistischen Gesellschaft vermieden wer-

¹⁹ Ich komme hier zu einer anderen Gesamtwertung der Wirtschaftswissenschaften der DDR als Günter Krause in seinem schon erwähnten Buch, wenn er schreibt »Für die Wirtschaftstheorie der DDR gibt es daher insgesamt keine positive Schlussbilanz – da hilft kein »wenn« und »aber«« (Wirtschaftstheorie, S. 270).

²⁰ Vgl. hierzu den Beitrag von Günter Krause in diesem Buch.

den müssen, nicht wiederholt werden dürfen. Zum anderen betreffen sie aber auch Ansätze auf verschiedenen Gebieten, die auf Grund der strukturellen Defizite des Realsozialismus nur unzureichend zur Wirksamkeit kommen konnten, die aber noch bedeutende Entwicklungspotenziale enthalten. Dazu gehören die von administrativen Zwängen und Beschränkungen befreiten Plandiskussionen und Produktionsberatungen in den Betrieben; Erfahrungen des Leistungsvergleichs und der Übertragung positiver Erfahrungen zwischen Arbeitskollektiven und Betrieben; der Ausgleich bzw. die Verbindung von Branchen- und Regionalinteressen in Entwicklungsprogrammen für Problemregionen; die Förderung enger Beziehungen zwischen Arbeit, Lernen und Leben in den Arbeitskollektiven; die umfassende Nutzung progressiver Erfahrungen der Produktionsgenossenschaften besonders in der Landwirtschaft; die Verbindung gesamtgesellschaftlicher und betrieblicher Interessen bei der Erwirtschaftung, Verteilung und Verwendung des Mehrprodukts entsprechend dem Prinzip, was der Volkswirtschaft nutzt, muss auch für den Betrieb von Vorteil sein.

Zweitens bleiben interessante Forschungsergebnisse auf mehreren Gebieten, die in einem neuen Sozialismusversuch aufgegriffen und weitergeführt werden müssten. Hierzu gehören u. a. teilweise schon angeführte Ergebnisse wie: Nutzung von Modellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Verflechtungsbilanzen für die Planung komplexer Maßnahmen des sozial-ökologischen Umbaus und anderer tiefgreifender Strukturveränderungen; die Gestaltung von effizienten ökonomischen Beziehungen zwischen Betrieben, Regionen und der Volkswirtschaft, Anforderungen zur Herausbildung gleichberechtigter und solidarischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Drittens bleiben noch für einige Zeit mit guten Kenntnissen ausgebildete und auch in der Wirtschaftspraxis erfahrene Ökonominnen und Ökonomen mit linken, alternativen Überzeugungen, die gegenüber neuen Entwicklungen und Erkenntnissen sowie sozialen und umweltpolitischen Problemen offen sind und sich für eine lebenswerte, zukunftsfähige Gesellschaft einsetzen.

Sie könnten mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen an der Arbeit und Diskussion eines sozialistischen Transformationsprojekts teilnehmen und auch einiges Nützliche an die nachfolgenden Generationen weitergeben.

Viertens bleibt die Erkenntnis, dass die Menschen zur Lösung ihrer Existenz- und Zukunftsprobleme eine ökonomische Theorie brauchen, die nicht durch Marktradikalität und vorwiegende Orientierung an den »Interessen der Wirtschaft« gekennzeichnet ist. Sie brauchen im Gegenteil Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die sozial engagiert sind. Verlangt ist auch eine ökonomische Theorie, die davon ausgeht, dass die Wirtschaft Teil der Gesellschaft ist, in diese eingebettet ist, und sich nur dann im Sinne des menschlichen

Fortschritts höher entwickeln kann, wenn sie diesen sozialen Gesellschaftsbezug erhält und weiter vervollkommnet.²¹ Ohne die Erfordernisse von Innovativität und hoher Effizienz zu vernachlässigen, ja gerade durch ihre zielgerichtete Nutzung, sollte die wirtschaftliche Tätigkeit vor allem darauf gerichtet sein, die Interessen und Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, eine hohe Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen, und die natürlichen Bedingungen für die Fortexistenz der menschlichen Gesellschaft zu sichern.

Fünftens bleibt schließlich die für die Zukunft äußerst wichtige Erkenntnis, dass nur mit einer unvoreingenommenen Analyse und mit Pluralität in der ökonomischen Forschung sowie mit der Befolgung des Grundsatzes »An allem ist zu zweifeln« die ökonomische Theorie den Anforderungen der Zukunft entsprechen kann. Die Suche nach der Wahrheit bleibt eine ständige, nie abgeschlossene Aufgabe auch der ökonomischen Wissenschaft. Eine Transformationsstrategie muss diese Bedingungen für eine offene Wissenschaft verbessern.²² In diesem Sinn kann die Wissenschaft zunehmend zu einem unverzichtbaren Bestandteil emanzipatorischer Lernprozesse werden. Wir sollten uns dabei von der Erkenntnis von Fritz Behrens leiten lassen: »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist antizipatorische Vorwegnahme des Zukünftigen, nicht des Notwendigen, sondern des Möglichen!«²³

21 Vgl. hierzu und auch zum folgenden fünften Punkt die letzten Abschnitte zum notwendigen Paradigmenwechsel und zur Pluralität in der Wirtschaftswissenschaft im Beitrag von Christa Luft in diesem Band.

22 Vgl. dazu u. a. Rolf Reißig: Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden 2009; Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS: Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Thesen. Berlin 2011; Institut Solidarische Moderne: Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Wege in eine solidarische Moderne. Berlin 2011; Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.): Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert. Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien. Hamburg 2011.

23 Fritz Behrens: Kann ein Marxist heute noch Marxist sein? In: Behrens: »Man kann nicht...«, S. 234.

Harry Nick

Drei Fragen zu Unterschieden zwischen ökonomischen Theorien in der DDR und in der Bundesrepublik

Das Entscheidende am Wissen ist,
dass man es beherzigt und anwendet.

Konfuzius

Marktwirtschaft versus Planwirtschaft?

Erste Frage: Bestanden die Unterschiede und Gegensätze zwischen den ökonomischen Theorien in Ost und West vor allem darin, dass Letztere die Marktwirtschaft und Erstere die Planwirtschaft für die bessere Wirtschaftsordnung hielten? Sind Marktwirtschaft und Planwirtschaft überhaupt Wirtschaftsordnungen? Der Diszens zwischen den dominierenden ökonomischen Theorien in den untergegangenen sozialistischen Gesellschaften und denen in den kapitalistischen Gesellschaften erklärt sich vor allem aus dem Gegensatz zwischen den Marxschen und den bürgerlich-liberalen Weltansichten.

Es soll hier darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Theorien sich im Kern dadurch voneinander unterscheiden, dass sie unterschiedliche materielle und soziale *Interessenlagen* zum Ausdruck bringen. Sozialistische, vor allem marxistische Ökonominnen und Ökonomen zielen auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitenden, der Produzentinnen und Produzenten des materiellen Reichtums, des Werts respektive Mehrwerts, und der sozial Benachteiligten. Sie stehen für ihr ökonomisches und soziales Emanzipationsinteresse. Bürgerliche ökonomische Theorien verfolgen vornehmlich die Interessen der Kapitaleseite, der Begüterten. Freiheit ist für sozialistische Ökonominnen und Ökonomen vor allem die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, für bürgerliche Ökonominnen und Ökonomen ist es vor allem die Freiheit der Unternehmerin bzw. des Unternehmers, die weder durch staatliche Regulierungen noch durch Mitbestimmung der Arbeitenden eingeschränkt werden sollte. Sie unterscheiden sich aber auch *methodologisch* voneinander, indem sie von jeweils verschiedenen Standorten und folglich auch von verschiedenen Blickwinkeln aus das wirtschaftliche Ganze sehen und folglich auch deuten. Es ist legitim und auch nützlich, die Wirtschaft von allen

Stadien ihres Kreislaufs her zu betrachten, von der Produktion, der Distribution, der Zirkulation wie der Konsumtion.

Karl Marx erinnerte daran, dass die erste bürgerliche ökonomische Theorie, der Merkantilismus, die Wirtschaftsordnung vom Markte, von der Zirkulation her bestimmte. »Die erste theoretische Behandlung der modernen Produktionsweise – das Merkantilssystem – ging notwendig aus von den oberflächlichen Phänomenen des Zirkulationsprozesses, wie sie in der Bewegung des Handelskapitals verselbstständig sind, und griff daher nur den Schein auf ... Die wirkliche Wissenschaft der modernen Ökonomie beginnt erst, wo die theoretische Betrachtung vom Zirkulationsprozess zum Produktionsprozess übergeht.«¹ Dieser Übergang wurde von der klassischen bürgerlichen Ökonomie – vor allem William Petty, Adam Smith und David Ricardo – vollzogen. Für sie waren Produktion und Produktivität die zentralen ökonomischen Felder, wie zum Beispiel in dem Hauptwerk von Adam Smith nachzulesen ist.² Diese klassische bürgerliche Ökonomie schuf wesentliche Grundlagen der Arbeitswerttheorie und kam – vor allem in Gestalt der Profit- und Rententheorie – der von Marx entwickelten Mehrwerttheorie nahe.

In der Folgezeit verlor die bürgerliche ökonomische Theorie diese ganzheitliche Sicht auf die Wirtschaft, machte stattdessen einzelne Seiten bzw. Komponenten zu ihrem bevorzugten Gegenstand wie z. B. Geld- und Preisprobleme oder Probleme des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Schließlich versuchte sie eine Rückkehr zur ganzheitlichen Sichtweise in der sogenannten Neoklassik, vor allem in deren spezifischer Ausdrucksform, der Marktwirtschaftslehre. Es ist also eine Rückkehr zu der Sichtweise, wie sie in der Anfangsphase der bürgerlichen ökonomischen Theorie, im Merkantilismus, bestimmend war.

Eine sozialistische ökonomische Theorie sollte »Marktwirtschaft« nicht nur als Gegenstück zu Planwirtschaft verstehen, wie dies allgemein üblich ist. Es geht hier nicht nur um eine alternative Regulationsweise zur Wirtschaftsplanung. Es geht vielmehr um eine zur Produktion alternative Sicht auf das Wirtschaftsgeschehen. Es geht um ein anderes Verständnis von Wirtschaftsordnung.

Die Lehre von der Marktwirtschaft wurde von der neoliberalen Freiburger Schule (Walter Eucken, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack) in den 1940/1950er Jahren begründet. Sie nannten sich deshalb »ORDO-Liberale«, weil sie eine Lehre von den Wirtschaftsordnungen schaffen wollten und nicht etwa nur eine Lehre von Wirtschaftsregulierungen über den Markt im Gegensatz zur Regulierung über eine wirtschaftliche Zentralverwaltung. Für die Genesis der Marktwirtschaftslehre waren zwei Momente ausschlaggebend. Erstens befriedigte die Theorie von

1 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 25, S. 349.

2 Adam Smith: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Bd. I. Übersetzt und eingeleitet von Peter Thal. Berlin 1976.

der Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit ein akutes politisches Interesse der herrschenden Klasse. Sie begegnete der damals vorherrschenden Meinung, dass der Faschismus eine Frucht des Kapitalismus gewesen war. Sie unternahm mit dem bipolaren Modell »freie Verkehrswirtschaft« bzw. »Marktwirtschaft« versus »Zentralverwaltungswirtschaft« bzw. »Planwirtschaft« den Versuch, die faschistische Zwangswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges mit dem sowjetischen Wirtschaftssystem gleichzusetzen und die freie bzw. später soziale Marktwirtschaft als Alternative hierzu anzubieten. Sie suggerierte, dass sich nicht im Osten, sondern im Westen Deutschlands ein Wechsel des Wirtschaftssystems anbahnte: Im Osten werde nur eine Variante der Zentralverwaltungswirtschaft durch eine andere abgelöst, im Westen dagegen wäre die Zentralverwaltungswirtschaft durch die Marktwirtschaft abgelöst. Das in Volksentscheiden 1946 in Sachsen wie in Hessen eingeforderte Verlangen nach Überführung des Eigentums der Nazi- und Kriegsverbrecher in öffentliches Eigentum wurde in Ostdeutschland befriedigt, in Westdeutschland vor allem mit dem Versprechen abgewiegelt, eine freie und soziale Marktwirtschaft werde eine Ballung wirtschaftlicher Macht künftig verhindern. Die sogenannte Entflechtung der Konzerne, die Antikartellgesetzgebung, die Einrichtung eines Bundeskartellamtes waren nicht viel mehr als der Rauchvorhang, hinter welchem sich die Restauration der alten Eigentums- und Machtstrukturen verbarg. Das Versprechen einer »freien Konkurrenz« konnte im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts nicht eingelöst werden. Man mag über die Imperialismustheorie von W. I. Lenin manche kritische Bemerkung machen, doch im Kern hatte er Recht: Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, mit der Herausbildung der Kapitalgesellschaften, entstanden monopolistische Strukturen, welche Ballungen wirtschaftlicher Macht erzeugten und die kapitalistische Konkurrenz dominierten. Die Marktwirtschaftler gingen dem realen Monopolproblem insofern aus dem Wege, indem sie »Monopol« als »Alleinanbieter« bzw. »Alleinnehmer« definierten, die es aber tatsächlich kaum gab bzw. gibt. Sie fanden nur ein einziges Monopol, die Gewerkschaften. Solche Definition mag zwar sprachlich einleuchtend sein, vom Wesen der Sache her ist sie es nicht. Monopolistische Preisdiktatur und monopolistische Politik sind auch dann möglich, wenn zwei oder vier Konzerne, also sogenannte Oligopole, wirtschaftlich dominieren, wie heute nicht nur die Energie- und Erdölkonzerne vorführen.

Wichtiger als die Enttarnung der Halbwahrheiten und Täuschungen der Marktwirtschaftlerinnen und Marktwirtschaftler sollte für die Haltung der Linken zur Marktwirtschaft die Erwiderung auf das Vorhaben sein, mit der Marktwirtschaft eine alternative Wirtschaftsordnung zum Sozialismus anzubieten.

Dies ist das zweite und nicht weniger bedeutsame Moment, das die Genesis der Marktwirtschaftslehre erklärt. Es ist der Versuch, die marxistische Theorie

nicht von einzelnen Theoremen her, etwa der Arbeitswert- und Mehrwerttheorie, zu bekämpfen oder sie einfach tot zu schweigen. Es ist der Versuch, sie von ihren Voraussetzungen, ihren Ausgangspunkten her komplett auszuhebeln. Es ist wohl der raffinierteste, frontalste Angriff auf den Marxismus, den Sozialismus. Marxistinnen und Marxisten sollten Marx darin folgen, dass die Begründung der Wirtschaftsordnung von der Zirkulation, vom Markt her, von der Wahrheit weggeführt und die entscheidenden Merkmale kapitalistischer Wirklichkeit ausblendet. Man kann das nicht besser sagen als Marx: »Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum ... Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen ... Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine ... Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warenaustausches ... verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unserer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen ...« hat.³

Sozialistinnen und Sozialisten sollten sich heute nicht gegen Geldwirtschaft, gegen marktwirtschaftliche Regulatoren wenden. Sie sollten sich an Debatten über die Handhabung marktwirtschaftlicher Mechanismen durchaus beteiligen. Ablehnen sollten sie aber das Angebot, den Kapitalismus in »Marktwirtschaft« umzubenennen, sie als alternative Wirtschaftsordnung zum Sozialismus anzubieten.

Ökonominnen und Ökonomen der DDR, auch ich, haben sich auf die Entgegensetzung von Markt- und Planwirtschaft, auf die Debatten über »Plan und Markt« eingelassen, sind hier sozusagen über das von den Marktwirtschaftlerinnen und Marktwirtschaftlern vorgehaltene Stöckchen gesprungen.

Die Idee der Planung ist eine sozialistische Idee. Der polnische Ökonom Oskar Lange hatte m. E. Recht mit seiner Meinung, dass die wichtigste Erfindung des Kapitalismus die doppelte Buchführung war, die wichtigste Erfindung des Sozialismus hingegen sei die Planung. Mit dieser Idee der Planung sind bei Marx und Lange die bewusste Gestaltung der Wirtschaft aus gesamtgesellschaftlicher Sicht und die ideelle Vorwegnahme künftiger Entwicklung aus dieser Sicht gemeint. Planung ist hier gemeint als Alternative zu kapitalistischer Konkurrenz und An-

3 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 189 f.

archie, nicht als Gegensatz zur Steuerung des Angebots durch Bedürfnisse, durch die Nachfrage der Konsumentinnen und Konsumenten.

Planwirtschaft wird häufig schlechthin mit der Wirtschaftsplanung in den untergegangenen sozialistischen Wirtschaften identifiziert. Und diese war auch nicht identisch mit Mangelwirtschaft. Lücken im Angebot wurden nicht geplant oder durch Planungsfehler verursacht, sondern hatten ihre Ursache vor allem im unzureichenden ökonomischen Interesse der Betriebe am effektiven Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen und in unrealistisch hohen staatlichen Planaufgaben für quantitatives Wachstum (vor allem der industriellen Warenproduktion). Eine sozialistische Wirtschaftsordnung wird ohne Planung nicht auskommen. Sie ist unentbehrlich für die Verwirklichung gesamtwirtschaftlicher Rationalität.

Die Debatten um das Verhältnis von »Plan und Markt« verdecken das eigentliche Problem, das von der sozialistischen ökonomischen Theorie immer noch nicht überzeugend gelöst worden ist und das erst recht nicht durch die realsozialistischen Gesellschaften praktisch bewältigt wurde: Es geht um das Verhältnis zentraler Steuerungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu autonomer Selbstregulierung wirtschaftlicher Einheiten, der Betriebe und lokalen Ökonomien. Das aber betrifft nicht nur die Volkswirtschaftsplanung, sondern Strukturkonzepte bis hin zu Ad-hoc-Eingriffen staatlicher Organe im Bedarfsfall. Und zwar so, dass beide Momente sich eher befördern als behindern. Ebenso ist »der Markt« als Wirtschaftsregulator zwar in vielem angebracht, gemessen an den Erfordernissen einer humanistischen und rationellen Wirtschaftsgestaltung aber auch überfordert bis unbrauchbar. Die »Plan-Markt«-Debatten klammern die »faux fraise« (die »falschen Kosten«) der Marktwirtschaft, die verheerenden Folgen der Monetarisierung vor allem kultureller und sozialer Angebote, ja Marktversagen überhaupt aus. Auch Planung ist hier nicht das ausreichende Korrektiv.

Marx im Herzen und Keynes im Kopf?

Meine *zweite Frage* betrifft einen nach meiner Wahrnehmung vorhandenen gewissen Dissens zwischen linken Ökonominnen und Ökonomen mit Ost- und Westsozialisation, der natürlich nicht so bedeutsam ist wie der zwischen Marktwirtschaftlerinnen bzw. Marktwirtschaftlern und Marxistinnen und Marxisten.

»Marx im Herzen und Keynes im Kopf« – diese Metapher verwendet zum Beispiel Rudolf Hickel.⁴ Er hat natürlich auch Marx im Kopfe, will damit aber

4 Rudolf Hickel: Linke Wirtschaftspolitik. In: Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.): Was ist linke Wirtschaftspolitik heute? Hamburg 2003, 64 f.

wohl sagen, dass aus der alten Bundesrepublik stammende linke Ökonominen und Ökonomen sich mehr von John Maynard Keynes als von Marx leiten lassen.

Keynes ist ohne Zweifel der bedeutendste Ökonom des vorigen Jahrhunderts und für die theoretische Fundierung linker Politik hilfreich. Vor allem, weil die Einforderung höherer Löhne als Voraussetzung für größere Massenkauftkraft sich direkt aus der Keynes'schen Theorie ableiten lässt. Auch deshalb, weil sie als bürgerliche Ökonomie viel leichter als die Marxsche politische Ökonomie in die etablierte Lehre und Forschung Eingang findet.

Keynes ist der erste und einzige bedeutende bürgerliche Ökonom, der in seiner wichtigsten Aussage mit Marx übereinstimmt. Wie Marx sieht er die Ursachen kapitalistischer Wirtschaftskrisen in der Wirtschaft selber, und zwar im Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot. Die sonstigen bürgerlichen ökonomischen Lehren, die Neoklassik wie der Neoliberalismus, sehen diese Ursachen im Wesentlichen in außerökonomischen Verhältnissen und Vorgängen, in falschem unternehmerischem Verhalten, in falscher Politik, in Naturkatastrophen, Missernten, in demografischen Veränderungen. Eigentlich brauchte es, so ihre Überzeugung, Wirtschaftskrisen überhaupt nicht zu geben. Zu ihren Fundamentalsätzen gehört das Saysche Theorem. Jean Baptiste Say (1767–1832) versuchte nachzuweisen, dass sich gesamtwirtschaftlich Güterangebot und Güternachfrage in einem zwangsläufigen Gleichgewicht befänden, denn jedes Angebot erzeuge eine ebenso große Nachfrage. Die in einer angebotenen Ware enthaltenen Wertteile seien zugleich Komponenten von Nachfrage: Der Lohn sei zugleich Nachfrage nach Konsumgütern, ebenso ein Teil des Unternehmergewinns; vernutzte Maschinerie und der für Investitionen verausgabte Gewinn seien Nachfrage nach Investitionsgütern usw. Marx wies auf den entscheidenden Denkfehler Says hin: Wer verkauft, muss den Erlös nicht unbedingt auch gleich wieder ausgeben, so enthalte die Geldwirtschaft von vornherein die Möglichkeit des Auseinanderfallens von Güterangebot und Güternachfrage und damit die abstrakte Möglichkeit von Wirtschaftskrisen. Für Keynes ist dies aber nicht nur die Möglichkeit von Krisen, sondern deren Hauptursache.

Die unmittelbare Ursache der Wirtschaftskrisen ist also für Marx wie für Keynes dieselbe: Das Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot. Der Unterschied zwischen Marx und Keynes liegt in den Begründungen dieses Phänomens, woraus dann auch Unterschiede in ihren Vorstellungen über die Krisenbekämpfung resultieren.

Marx leitete das Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot aus dem Wesen des Kapitals ab, aus seiner Tendenz zur schrankenlosen Steigerung der Produktion einerseits und seiner gleichzeitigen Tendenz zur Lohnzurückhaltung, Kostenersparnis andererseits. Der hierdurch verursachte Wider-

spruch zwischen Produktion und Markt, der wichtigsten Krisenursache, ist für ihn ein Reflex des Gegensatzes von Kapital und Arbeit in der Produktion.

Vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von der sozial-ökonomischen, in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden Ursache des Nachhinkens der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot ist bei Keynes nicht die Rede. Er erklärt dieses Phänomen der zurückbleibenden Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot mit gesellschaftsindifferenten Faktoren, allgemein menschlichen, vornehmlich psychologischen Eigenheiten wie mit der »Sparneigung« ebenso wie mit dem »Hang zum Verbrauch« oder dem »Hang zur Liquidität«. Natürlich stehen dahinter auch ökonomische Interessen. Geldbesitz ist vorteilhafter als der Besitz von Waren, die verderben können, gelagert werden müssen, und eben kein allgemeines Äquivalent sind, das man gegen alle anderen Waren tauschen kann. Aber von spezifisch kapitalistischen Motiven ist nirgends die Rede. Völlig unbrauchbar erweist sich Keynes' Theorie menschlicher »Sparneigung« für die Erklärung der gegenwärtigen Finanz-, Banken- und Immobilienkrise.

Die Keynesische Theorie war eine Art Lebensrettung für die bürgerliche theoretische Ökonomie, für die die Ende der 1920er Jahre einsetzende große Weltwirtschaftskrise ein ebensolcher Bankrott war wie die Bankenpleiten. Und sie war der Wegbereiter, die Begründung einer neuen Politik, der Politik des »New Deal«. Die aber habe – nach den Worten des US-amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith – »den Kapitalismus gerettet«.

Aus der Keynesischen Theorie sind Folgerungen für linke Sozial- und Wirtschaftspolitik gezogen worden. Natürlich würden Lohnsteigerungen das Nachhinken der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot verringern. Das ist zwar eine legitime Folgerung aus der Keynesischen Theorie. Die originäre Keynesische Idee ist, dass der Staat in Zeiten der Wirtschaftsflaute durch von ihm finanzierte Investitionen, auch durch Staatsverschuldung, die Wirtschaft wieder ankurbelt, in Zeiten der Konjunktur dann die Schulden wieder abträgt.

Keynes empfiehlt durchaus keine Lohnsteigerungen. Er gibt vielmehr den pfiffigen Rat, Löhne nicht durch Herabsetzung von Nominallöhnen zu senken, sondern durch Preissteigerung. Er meint, Arbeitslosigkeit könne auch vermieden werden, wenn das Schatzamt alte Flaschen unter städtischem Kehrlicht vergraben lässt und es dem freien Unternehmergeist überlässt, sie wieder auszubuddeln. Arbeitslosigkeit ließe sich auch bekämpfen, wenn die Reichen Paläste zur Beherbergung ihrer Leiber während ihres Lebens und Pyramiden zu deren Beherbergung nach dem Tode bauen ließen.⁵ Solche Rezepte konnten Marx natürlich nicht

5 Vgl. John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1994, S. 110, 184.

einfallen. Bemerkungen solcher Art sind für das Verständnis des Keynesischen Konzepts aufschlussreich. Für Keynes ist die Frage, wodurch die Nachfragerlücke vermindert werden kann, unerheblich. Es können Lohnsteigerungen ebenso sein wie höhere staatliche Ausgaben für die Rüstung. Daraus erklärt sich auch, dass die Keynesische Theorie von sehr unterschiedlichen politischen Kräften vereinnahmt werden kann.

Manche linke Ökonominen und Ökonomen mit altbundesdeutscher Sozialisierung neigen dazu, das Gesamtkonzept linker Wirtschafts- und Sozialpolitik als Keynesianismus zu firmieren. Die keynesianische Sicht verengt aber den Blickwinkel auf den Keynesischen Hauptgedanken einer antizyklischen staatlichen Konjunkturpolitik, auf ein »Zukunftsinvestitionsprogramm«. Die Gefahr nicht realistischer, weil real nicht finanzierbarer Forderungen ist dann nahe liegend. Mit Marx im Kopfe wird linke Programmatik die wirklichen sozial-ökonomischen und politischen Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Misere im Blick haben und direkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitenden, sozial Benachteiligten zielen. Staatliche Investitionsprogramme können in solchem Rahmen natürlich hilfreich sein. Entscheidend aber sind angemessene Löhne, steigende Massenkaukraft.

Können Wirtschaftstheorien der DDR und der Bundesrepublik eine Quelle bilden für die Suche nach einer alternativen ökonomischen Politik?

Eine *dritte Frage*: Wie brauchbar sind die in den alten Bundesländern präsent gewesenen und teilweise heute im vereinten Land fortwirkenden Wirtschaftstheorien und die damaligen Ökonomiedebatten in der DDR für die wissenschaftliche Fundierung einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Die Sache scheint einfach: Die europäischen sozialistischen Planwirtschaften sind untergegangen, waren den kapitalistischen Marktwirtschaften ökonomisch und technologisch nicht gewachsen. Also sollten auch Sozialistinnen und Sozialisten ein Zukunftsmodell verfolgen, das sich an den Lehren, den wirtschaftspolitischen Konzepten orientiert, die im Westteil des gespaltenen Nachkriegsdeutschlands das Wirtschaftswunder der 1950er/1960er Jahre begleitet, wenn nicht begründet haben.

Gemach! Wie man die dominierenden Wirtschaftstheorien und -politiken, vor allem Neoklassik und Neoliberalismus, auch beurteilen mag – die Mitte des Jahres 2007 ausgebrochene Krise ist auch ein Bankrott der etablierten ökonomischen Wissenschaften. Sie haben diese Krise, die in den USA als Immobilien- und Ban-

kenkrise begann, zu einer weltweiten Finanzkrise und schließlich zu einer globalen Wirtschaftskrise mutierte und wohl in eine umfassende Systemkrise münden wird, weder vorausgesehen, noch überzeugend erklärt.⁶ Diese Krise ist offenbar tiefer und anhaltender als die große Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Eine Reaktivierung des Keynesianismus wird weder theoretisch noch wirtschaftspolitisch ausreichen. Es müsste schon eine Rückbesinnung auf ein Konzept von der Art des »New Deal« des Präsidenten Franklin D. Roosevelt sein, von globalem Zuschnitt und in weltwirtschaftlich demokratischere Strukturen eingebunden. Eine Verjüngung des alternden Kapitalismus steht wohl nicht auf der Agenda des 21. Jahrhunderts, eher seine Ablösung durch eine sozialistische Gesellschaft.

Mit den ökonomischen Theorien in den untergegangenen sozialistischen Gesellschaften steht es deshalb anders als mit den ökonomischen Theorien des kapitalistischen Westens. Denn der sozialistische Versuch muss wiederholt werden, wenn auch auf grundlegend anderen Pfaden – als demokratischer Such- und Lernprozess in jedem Falle. Sehr wahrscheinlich auf den evolutionären Pfaden eines schwierigen und langwierigen Transformationsprozesses. Aber auch die Möglichkeit »jäger Wendungen« ist nicht auszuschließen.

Selbstverständlich muss diese Suche auch Auskunft geben über die Ursachen des wirtschaftlichen Versagens der europäischen realsozialistischen Gesellschaften und darüber, wie die Wirtschaftswissenschaften der DDR in dieses Versagen verstrickt waren.⁷

Es sollte aber auch bedacht werden: Der Untergang einer Gesellschaftsform ist durchaus nicht gleichbedeutend mit dem Untergang der Gedanken, die in ihr geboren wurden. Und der Untergang dieser Gesellschaften ist nicht unbedingt ein Beweis dafür, dass alle diese Gedanken Irrtümer waren. Der Untergang dieser Gesellschaften ist natürlich ein zwingender Grund, nicht nur über Fehler der Politik, über objektive Gegebenheiten zu reden, sondern auch über Irrtümer der Theorie nachzudenken. Einige Thesen hierzu:

1. Es hat schwerwiegende Irrtümer gegeben. Der größte war wohl die Annahme, dass die Führungspersonen in einer »Diktatur des Proletariats« wieder zur demokratischen Disposition stünden, wenn – womit diese Diktatur begründet wurde – der Widerstand der Bourgeoisie, der Minderheit, gebrochen sei. Auch Sozialistinnen und Sozialisten gelingt es offenbar nicht, in ihren Führungskreisen solche edlen Gestalten zu versammeln, wie es der römische Feldherr Sulla war, der die ihm vom Senat übertragene Macht wieder zurückgab, als sein Auftrag erfüllt war. Es darf keine Unterbrechung in der demokratischen Legitimation der Volksvertreterinnen und -vertreter geben.

6 Vgl. dazu Christa Luft im vorliegenden Buch.

7 Vgl. dazu Klaus Steinitz im vorliegenden Buch

2. Die DDR ist nicht am Versagen der Wirtschaftstheorie wirtschaftlich gescheitert. Diese bot durchaus mehr Vorlauf für die Reformierung der Wirtschaft, als tatsächlich umgesetzt wurde. Doch wurden dementsprechende Schritte vor allem aus politischen Gründen nicht gegangen. Das gilt vor allem für das Prinzip der »Eigenerwirtschaftung der Mittel« durch die Betriebe, ihre Verantwortung für den effektiven Vollzug des Reproduktionsprozesses. Dies war von Anfang an der unbestrittene Kerngedanke des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) und des letzten großen Experiments in 16 Industriekombinaten seit 1988, das mit der Implosion der DDR beendet war. Es hat kein einziges Jahr gegeben, in welchem dieses Prinzip praktisch verwirklicht worden ist. Natürlich wären bei Fortschritten auf dem Wege grundlegender Wirtschaftsreformen immer neue Fragen und theoretische Probleme aufgetreten, aber in Wechselwirkung mit praktischen Erfahrungen. Für die nächstliegenden Schritte jedenfalls hat es m. E. keine nennenswerten theoretischen Barrieren gegeben.
3. Manche Ökonomiedebatten in der DDR sind nützlich für die heutigen Diskussionen um die Beschaffenheit einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. Das gilt zum Beispiel für die Frage, welche Rolle Wertkategorien, speziell das Geld, in einer sozialistischen Gesellschaft spielen sollten. Die Auffassungen über eine direkte Messung des Wertes, über Zeitrechnungen zum Beispiel, wurden von Ökonominnen bzw. Ökonomen der DDR widerlegt.
4. Nicht zuletzt ist von wirtschaftlichen Fehlern in der DDR auch theoretisch zu lernen. Die wichtigste Lehre ist wohl, dass über einen intensiven demokratischen Diskurs eine Verständigung über die Frage erreicht werden muss: Wie wollen und wie könnten wir leben? Die für die untergegangenen sozialistischen Gesellschaften typischen Ungleichgewichte zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage müssen unbedingt vermieden werden. Das beständige Nachhinken des Angebots war die Hauptursache der Mangelwirtschaft. Und die war die Hauptursache für die unzureichende wirtschaftliche Rationalität.

Reinhold Kowalski

Die Kapitalismusforschung in der DDR – Ent- und Abwicklung

Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung,
dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven
irgendwie für das Wohl sorgen werden.

John Maynard Keynes

Schon bald nach dem Krieg erfolgte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auch der Aufbau neuer Lehr- und Forschungseinrichtungen an den traditionellen Universitäts- und Hochschulstandorten. Im Zuge dieser Neugestaltung bildeten sich auch Lehrstühle für verschiedene Disziplinen der Kapitalismusforschung. Insbesondere an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten von Universitäten und Hochschulen entstanden »Institute für Politische Ökonomie«, die sich auf die Rezeption des Hauptwerkes von Karl Marx, »Das Kapital«, und Wladimir Iljitsch Lenins Imperialismus-Analyse konzentrierten. Diese Initiativen wurden durch marxistische Wissenschaftler unterstützt und gefördert, die aus der Emigration zurückkehrten, wie z. B. Josef Winternitz, Jürgen Kuczynski und Johann-Lorenz Schmidt, die an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin lehrten.

Im Jahre 1949 wurde das Deutsche Wirtschaftsinstitut (DWI) in Berlin-Ost gegründet, das sich ausschließlich mit der wissenschaftlichen, empirischen Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung vorwiegend in der BRD und, nach und nach sich verstärkend, auch in anderen großen kapitalistischen Industrie-¹ sowie in den Entwicklungsländern beschäftigte.

Die organisatorische Struktur der Kapitalismusforschung

Da Vorlesungen zur politischen Ökonomie des Kapitalismus zum obligatorischen »Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium« gehörten, formierten sich Lehrstühle dafür an fast allen Hochschulen und Universitäten. Dort, wo sich solche Lehrstühle zur Ausbildung von Ökonomen spezialisierten, bewarben sie sich auch

¹ Es waren dies: Frankreich, Italien, Großbritannien, die USA und Japan.

um Forschungsprojekte aus Wirtschaft und Politik. Das gilt insbesondere für die Humboldt-Universität zu Berlin, deren Institut für Politische Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unter Leitung von Dieter Klein seit den 1960er Jahren eine wesentliche Rolle in der Forschung zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus spielen sollte. Auch an den Universitäten in Leipzig, Dresden, Halle und Jena sowie an der Berliner Hochschule für Ökonomie (HfÖ) gab es Sektionen bzw. Lehrstühle, die sich nach Maßgabe ihrer Kräfte an Forschungsprojekten beteiligten.

Darüber hinaus existierten zentrale Institute, die sich mit der Kapitalismusforschung befassten. Dies waren:

- Das Institut bzw. die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.
- Das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in dem es eine Abteilung für Kapitalismusforschung gab.
- Das Deutsche Wirtschaftsinstitut (DWI), das 1971 zum Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) umgebildet und zum Zentralinstitut für die Kapitalismusforschung in der DDR wurde.

Bereits 1969 wurde die Abteilung Politische Ökonomie des Kapitalismus aus dem Akademieinstitut herausgelöst und in das DWI integriert.

Aufgaben und Profil des IPW

Das DWI als Vorläufer des IPW wurde 1949 aus vorwiegend politischen Gründen geschaffen. Die Teilung Deutschlands war zu diesem Zeitpunkt noch nicht verfestigt; in Ost und West gab es politische Bestrebungen, sie zu überwinden. Die politische Führung der DDR hatte deshalb ein sehr großes Interesse daran, die Situation in der Bundesrepublik wissenschaftlich analysieren zu lassen, um ihre eigene Politik zu orientieren und zu stützen. Zu diesem Zweck wurde das Institut großzügig materiell und personell ausgestattet. Im weiteren Verlauf der Entwicklung dehnte sich dann sein Forschungsprofil sukzessive auf die großen kapitalistischen Industrieländer und die kapitalistische Weltwirtschaft insgesamt (einschließlich Entwicklungsländer) aus.

Sowohl das DWI als auch später das IPW verfügten über

- eine Bibliothek, in der sich alle einschlägigen Werke zur Kapitalismusforschung aus Ost und West, fortlaufend durch Neuerscheinungen erweitert, befanden;
- ein Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv, in dem wesentliche Artikel in einer »Auschnittssammlung« nach einem Thesaurus gesondert archiviert waren, was in diesem Umfang und über eine so lange Zeitspanne betrieben sicher einmalig in Deutschland gewesen war;

- einen lückenlosen und umfangreichen Fundus von Statistiken, wobei das IPW Präsenzbibliothek aller Publikationen des Statistischen Bundesamtes, von Eurostat und der UN war. Hinzu kamen die Veröffentlichungen der offiziellen Statistiken großer kapitalistischer Industrieländer.

Das Forschungsprofil des Instituts gliederte sich in drei Hauptbereiche:

- Wirtschaftsentwicklung einschließlich Sozialprobleme (Beschäftigung, Löhne, Arbeitsbedingungen und -kämpfe),
- Außen- und Innenpolitik kapitalistischer Länder, darunter auch die Friedens- und Parteienforschung,
- Analyse ideologischer Leitbilder und Kampagnen.

Das Institut kooperierte eng mit den Partnerinstituten in der Sowjetunion² und den anderen RGW-Ländern. Zur Lösung von sehr komplexen Forschungsvorhaben wurden bereits 1969 »Multilaterale Problemkommissionen« gebildet, die an längerfristigen Projekten arbeiteten und deren Ergebnisse gemeinsam publiziert wurden.

Mit den großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der BRD entwickelten sich Kommunikationsbeziehungen,³ vorwiegend bilaterale Beratungen zur konjunkturellen Situation, zu Problemen und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, auch zu aktuellen Problemen der Preisentwicklung (Inflation), der Weltwirtschaft und des Welthandels. Solche Begegnungen fanden sowohl an den Standorten der westlichen Institute als auch im IPW (Berlin-Ost) statt. Experten des IPW waren in vielen Arbeitsgruppen der UN, der EU sowie anderen internationalen Arbeitsgruppen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) tätig. Zudem waren sie begehrte Lektoren für Gastvorlesungen an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Referenten in wissenschaftlichen Konferenzen und Diskussionspartner in Arbeitsgruppen und Fachseminaren.

Die beiden Publikationsreihen des Instituts wurden bereits vom DWI herausgebracht und vom IPW fortgeführt: die monatlichen »DWI«- bzw. »IPW-Berichte« und die vierteljährlich erscheinenden »IPW-Forschungshefte«.

Für den internen Dienstgebrauch wurden wöchentlich Kurzinformationen unter dem Titel »Zur Kenntnis« angefertigt und an interessierte Institutionen der Staats- und SED-Führung gesandt.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass viele prominente westliche Wissenschaftler und Politiker das IPW besuchten, darunter die Ökonomen Maurice Dobb,

² Vor allem mit dem IMEMO in Moskau, dem Zentralinstitut der Sowjetunion für die Kapitalismusforschung.

³ Das waren: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-West (DIW), Institut für Wirtschaftsforschung in München (ifo), Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW), Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI), Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln (IW).

Mancur Olsen, Ernst Helmstatter sowie die Politiker Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder. Kurzum: Das IPW war sowohl im internationalen Wissenschaftsbetrieb als auch auf politischer Ebene eine gute Adresse.

Zur Entwicklung des Kapitalismusbildes

Von Anfang an waren die politischen Fuhungen in den sozialistischen Staaten daran interessiert, verlässliche Informationen und Einschätzungen zu den realen Verhältnissen und Trends in den kapitalistischen Staaten im Bereich der Wirtschaft (Krisen, Aufschwünge, Effektivität), des Sozialen (Arbeitslosigkeit, Reallohnentwicklung, Arbeitskämpfe, soziale Konflikte) und der Politik (Aufrüstung, Friedensbewegung, Parteienlandschaft, Wahlergebnisse und ihre Folgen) zu erhalten. Diese Bedürfnisse differenzierten sich im historischen Verlaufe der Blockkonfrontation und beeinflussten das wissenschaftlich zu schaffende Kapitalismusbild. So lassen sich drei Stufen dieser Entwicklung unterscheiden:

Die Restaurationsphase des Kapitalismus in Westdeutschland

Mit der Gründung der DDR im Jahre 1949 als Antwort auf die Schaffung der »Bundesrepublik Deutschland« hatten sich, unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Besatzungsmächte, zwei gegensätzliche Staaten in Deutschland etabliert. Diese grundsätzliche Situation orientierte die Aufgabenstellung und Forschungsziele der sich nun in der DDR formierenden und entwickelnden Kapitalismusforschung. Für die junge DDR und ihre politische Führung, aber auch für jene in der Sowjetunion und in den Staaten ihrer sozialistischen Verbündeten war es von großem Interesse, herauszufinden, wie sich diese Bundesrepublik gestalten würde. Vor allem ging es um folgende empirische Untersuchungen:

Wie wird die Restauration der traditionellen deutschen Konzerne erfolgen? Erlasse der westlichen Siegermächte hatten sie mit beträchtlichen Einschränkungen belegt (Entflechtungen, Produktionsverbote, insbesondere für Rüstungsgüter, Kontrolle der internationalen Aktivitäten).

Wie wird sich das Verhältnis der sich formierenden westdeutschen Konzerne zu ihren westlichen Konkurrenten gestalten? Wird es zu der aus Vorkriegszeiten bekannten imperialistischen Rivalität kommen, welche Formen wird sie annehmen?

Wie werden sich die sozialen Verhältnisse entwickeln? Hier ging es insbesondere um Beschäftigungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Einkommensverteilung, Macht und Wirksamkeit der Gewerkschaften, Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals (Monopolisierung) und Herausbildung von Systemen für soziale Sicherung.

Das DWI unter Leitung von Siegbert Kahn analysierte diese Entwicklungen mit einer Vielzahl empirischer Untersuchungen und kam um 1950 zu dem Schluss, dass die von Lenin für eine Definition des Imperialismus benannten fünf Merkmale⁴ für die Bundesrepublik Deutschland eindeutig nachweisbar wären – der deutsche Imperialismus sei mithin wieder erstanden.

Zugleich bestand die, nach dem Vorbild von Eugen Varga, von Jürgen Kuczynski⁵ am DWI installierte empirische Konjunkturforschung ihre erste Bewährungsprobe. Sie dokumentierte das Ende des Nachkriegsaufschwungs in der BRD und belegte den Übergang zur typisch kapitalistischen, zyklischen Wirtschaftsentwicklung. Lag die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate für die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie) in den Jahren von 1950 bis 1957 bei 11,3 v. H., so erreichte die Jahresrate für 1958 gegenüber dem Vorjahr nur 3,1 v. H.⁶ Die weitere Entwicklung ließ folglich auch wieder zyklische Überproduktionskrisen sowohl in der BRD als auch in der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt erwarten.

Die Phase des ökonomischen Wettstreits der beiden Weltsysteme

Mit dem Übergang zu den 1960er Jahren veränderte sich das ökonomische und politische Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Ländern; viele Kolonien errangen ihre Unabhängigkeit, die DDR festigte sich infolge der Abgrenzung zu Westberlin, die Sowjetunion und ihre Verbündeten in der Vereinigung des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) machten deutliche Fortschritte in der Entwicklung ihrer Wirtschaft. Zwischen den beiden Blöcken stellte sich eine Situation des militärischen Patts ein, was die Kriegsgefahr stark verminderte, vor allem einen weltweit geführten Atomkrieg nahezu ausschloss. Diese neuen Bedingungen veränderten auch die Anforderungen an die Kapitalismusforschung.

Die empirischen Untersuchungen richteten sich nun auf die Wachstums- und Strukturproblematik der kapitalistischen Wirtschaft, ihre Effekte und Widersprüche, vor allem auf die sozialen Spielräume und Kämpfe. Es wurde unterstellt, dass die anwachsende wirtschaftliche und militärische Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft eine lange Phase friedlicher Auseinandersetzung mit dem Im-

4 Hierzu zählen die Entstehung der Monopole als typisches Produktionsverhältnis, die Herausbildung des Finanzkapitals und die imperialistischen Auseinandersetzungen um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Vgl. W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: W. I. Lenin: Werke, Band 22, S. 270 f.

5 Jürgen Kuczynski und Siegbert Kahn waren Gründungsdirektoren des DWI.

6 Berechnet nach: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1963. Stuttgart-Mainz 1964, S. 542.

perialismus ermögliche. Mehr noch, die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft beeinflusse nicht nur die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten, vielmehr auch die inneren Verhältnisse der kapitalistischen Länder selbst. Diese, sowohl aus den empirischen Analysen als auch den Erfahrungen der realen Entwicklung gewonnenen Einsichten kollidierten mit wesentlichen Aussagen der Leninschen Imperialismustheorie. Das galt vor allem für die Ansicht, dass Kriege eine gesetzmäßige Erscheinung des Kapitalismus in seinem imperialistischem Stadium seien, berührte aber auch die Aussage, der Imperialismus sei faulender, sterbender Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Revolution. Alle empirischen Untersuchungen aber ließen eine heraufziehende revolutionäre Situation in einem der kapitalistischen Industrieländer, auch in Westdeutschland, nicht erkennen. Die soziale Situation entspannte sich sogar, denn den Gewerkschaften gelang es, beachtliche Reallohnsteigerungen (z. B. ein dreizehntes Monatsgehalt, Urlaubsgeld, befristete Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) sowie Arbeitszeitverkürzungen (5-Tage-Woche, mehr Urlaubstage) zu erkämpfen. Die Ergebnisse der empirischen Forschung führten mithin zu Modifikationen an dem orthodoxen Kapitalismusbild das, stark von Stalin geprägt (z. B. »Relative Stabilisierung des Kapitalismus« und »Allgemeine Krise des Kapitalismus«), bis dahin in der DDR vorherrschte.

Allerdings blieben die Korrekturen am Kapitalismusbild der Vor- und unmittelbaren Nachkriegsjahre widersprüchlich, wie das 1976 erschienene Buch eines Autorenkollektivs des IPW zeigt. Es ist ein sehr umfangreiches Werk, das realistische, empirische Analysen zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen in den kapitalistischen Industrie- und den Entwicklungsländern liefert und dazu einen instruktiven, breit angelegten Tabellen- und Quellenanhang bietet. Das Anliegen des Buches formulierten die Autoren so: »Gegenstand der Analyse waren Entwicklungsprozesse, Widersprüche, Krisenerscheinungen und Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt der sechziger und siebziger Jahre, die wir als Ausdruck längerfristiger Tendenzen im historischen Niedergangsprozess des Kapitalismus zu erfassen suchten.«⁷

Dieser »Niedergangsprozess« war, nach der damals in der DDR vorherrschenden Ideologie, in eine »dritte Etappe der allgemeinen Krise« eingetreten. Ein wesentliches Merkmal dieser Krise wäre: »Es ist eine tiefgreifende Störung des gesamten Funktionsmechanismus der kapitalistischen Ökonomik und der Klassenbeziehungen eingetreten, die ein zunehmendes Versagen der staatsmonopolistischen Regulierung und Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der

7 Autorenkollektiv des IPW: Allgemeine Krise des Kapitalismus – Triebkräfte und Erscheinungsformen in der Gegenwart. Berlin 1976, S. 537.

wissenschaftlich-technischen Revolution und der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus offenbart.«⁸

Diese Einschätzung stand in einem auffallenden Gegensatz zu den im Buch dargelegten realen Entwicklungstendenzen (Wachstum, Produktivität, Einkommen, Außenhandelsvolumen u. a.), was den Autoren selbst bewusst wurde, denn sie schrieben auch diesen Satz in ihr Werk: »Heute verfügt der Imperialismus noch über ein bedeutendes militärisches, politisches, ökonomisches und ideologisches Potential, und die herrschenden Kreise des Imperialismus lassen keinen Zweifel daran, dass sie sich gegenüber den dargestellten Tendenzen keineswegs passiv verhalten werden, dass sie ihre Kräfte mobilisieren und wir uns deshalb auf eine außerordentlich konfliktreiche Entwicklung mit möglichen Wendungen und Rückschlägen einstellen müssen.«⁹

Das Niveau der empirischen Untersuchungen im Hinblick auf die genutzten Quellen und Statistiken sowie die angewendeten Methoden kontrastierte offensichtlich mit ideologischen Leitbildern, die nicht hinterfragt wurden. Deutlich wird in diesem Buch auch die Isolierung der DDR-Kapitalismusforschung gegenüber empirischen Analysen von Entwicklungsprozessen in der Sowjetunion und den RGW-Ländern insgesamt. Die folgende Aussage der Autoren ist eine Wunschvorstellung gewesen: »Der RGW ist die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt, und seine ökonomische Entwicklung zeichnet sich nicht nur durch hohes Tempo, sondern vor allem durch Stabilität und wachsende Übereinstimmung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt aus.«¹⁰

Kapitalismusforschung in der Niedergangphase der DDR

In den 1980er Jahren veränderte sich das internationale Kräfteverhältnis in zunehmendem Maße zu Ungunsten der sozialistischen Staatengemeinschaft. In den kapitalistischen Industrieländern wälzten neue Technologien die gesamte Produktionsbasis um. Eine breite Innovationswelle schwemmte massenhaft neue Erzeugnisse sowohl auf die Märkte für Produktionsmittel als auch die für Konsumgüter. Immer offensichtlicher und größer wurde der wirtschaftliche Rückstand der sozialistischen Länder, ohne Ausnahme. Während sich die Mikroelektronik und auf deren Basis moderne Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik (CAD-, CAM-Systeme), aber auch Unterhaltungselektronik (Videorekorder z. B.) in den kapitalistischen Ländern außerordentlich rasch verbreiteten, erwies sich das Planungs- und Lei-

8 Ebenda, S. 539.

9 Ebenda, S. 545.

10 Ebenda, S. 543. Empirische Untersuchungen zur Entwicklung in den RGW-Ländern waren nicht Gegenstand des Buches.

tungssystem in den sozialistischen Staaten als unfähig, mit diesem Tempo mitzuhalten. Infolge dieses wirtschaftlichen Unvermögens wuchsen vor allem in Polen und der DDR massive soziale Konflikte heran.

Die Experten der empirischen Kapitalismusforschung in der DDR, und natürlich auch die in den anderen RGW-Ländern, registrierten mit Beunruhigung diese Entwicklung. Sie sahen sich gezwungen, sowohl rigoros Abschied von orthodoxen Leitbildern («Allgemeine Krise des Kapitalismus») zu nehmen, als auch intensiv nach neuen Ansätzen für ein theoretisch fundiertes Kapitalismusbild zu suchen, mit denen sich die realen Prozesse im Kapitalismus erklären und vorausschauend werten ließen.

Unter diesem Druck konzentrierte sich die Kapitalismusforschung auf die Regulierungsproblematik. Sie war bereits im Rahmen der »Stamokap-Diskussion«, beginnend in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, ins Blickfeld gerückt.¹¹ Im August 1962 »verblüffte Professor Arsumanjan, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die Teilnehmer einer international beschiedenen Kommunisten-Konferenz in der Sowjethauptstadt mit dem Eingeständnis eines ideologischen Irrtums. Der »staatsmonopolistische Kapitalismus«, so gab er zu verstehen, habe entgegen allen kommunistischen Vorhersagen ein Regulierungssystem entwickelt, mit dessen Hilfe gefährliche Wirtschaftskrisen – die Ansatzpunkte der kommunistischen Revolution – vermieden werden könnten.«¹²

Es waren zwei Probleme, mit denen sich die marxistische Kapitalismusforschung schon lange herumschlug, die nun, unter den Gesichtspunkten der realen Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft, neu, d. h. gegenüber den bis dahin geltenden ehernen Lehrsätzen, korrigierend untersucht wurden: die Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozess und die Funktion und Wirkungsweise von Krisen.

In einem 1981 erschienen Buch schrieb Katja Nehls den damals noch immer ketzerischen Satz: »Bei der staatsmonopolistischen Regulierung verschmilzt die monopolistische Regulierung über den Monopolpreis- und -profitmechanismus mit den Formen und Methoden der staatlichen Regulierung zu einem einheitlichen Mechanismus.«¹³ Ketzerisch deshalb, weil bis dahin die Auffassung vorherrschte, die Regulierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erfolge

11 So zog sich damals Kurt Zieschang den Zorn der SED-Führung zu, die eine regelrechte Rufmord-Kampagne gegen ihn inszenierte, weil er herausfand, dass sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse den Erfordernissen neuer Technologien und Verfahren anpassten und dadurch neue Expansionsmöglichkeiten erschlossen (Vgl. Kurt Zieschang: Einige Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 5/1956, S. 690-705.).

12 Der Spiegel, Heft 36/1966, Artikel: »Die Revolution auf Raten«. Die Formulierung des »Spiegel«-Artikels offenbart zugleich die Atmosphäre des Kalten Krieges, der damals tobte, und des Antikommunismus als ideologisches Leitbild.

13 Autorenkollektiv des IPW: Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin 1981, S. 387

ausschließlich über den spontanen und anarchischen Preis- und Konkurrenzmechanismus, also »hinter dem Rücken« der handelnden Kapitalisten, wie Karl Marx im 19. Jahrhundert schrieb. Eine planmäßige, also gesellschaftliche Wirtschaftsgestaltung sei, so die damalige Ideologie, nur im Sozialismus möglich.

Angesichts der Verflechtung von Wissenschaft und Produktion, der Integration westeuropäischer Volkswirtschaften in die Europäische Union und der vielfältigen Internationalisierungsprozesse des Kapitals verblassten jedoch diese überlebten Dogmen. Die empirischen Analysen beschäftigten sich nun intensiv mit der Rolle staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsprozess, mit der Forschungs-, Innovations-, Investitions-, Unternehmens-, Außenwirtschafts- und Integrationsförderung und wiesen nach, dass diese Symbiose von Staat und Unternehmen eine wesentliche Erklärung für die rasche Verbreitung neuer Technologien liefert. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einer Neubewertung der Funktion und Wirkung von Krisen in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung. Bislang richteten sich die Untersuchungen fast ausschließlich auf die destruktiven Wirkungen von akuten Krisen, die zudem nur als Erscheinungsformen im Rahmen eines allgemeinen Niedergangsprozesses interpretiert wurden. Krisen aber sind vor allem, nach Marx' Definition, das wirksamste Regulierungssystem, das im Wege der Kapitalvernichtung Spielraum für eine neue Akkumulations- und Expansionswelle schafft. Krisen sind mithin nicht Ausdruck zunehmender Labilität des Kapitalismus, vielmehr ein Anpassungsprozess an sich verändernde Verwertungsbedingungen; jedenfalls immer dann, wenn sie überwunden werden und in einen neuen Aufschwung münden.

Diese Rückbesinnung auf Marx' Reproduktionstheorie führte zur Definition eines neuen Krisentyps, der »Regulierungskrise«. Es sind dies Krisen mit einem besonders tiefen Absturz von Produktion und Verbrauch sowie mit einer längeren Depressionsphase. Im Verlaufe solcher Krisen, von denen es mehrere in der Geschichte des Kapitalismus gab,¹⁴ kommt es zu Veränderungen im Regulierungssystem als Voraussetzung für einen erneuten Aufschwung der Wirtschaft.¹⁵ Die Weltwirtschaftskrise von 1929/1932 war eine solche Krise, in deren Folge sich die antizyklische Wirtschaftspolitik und soziale Sicherungen gegenüber Arbeitslosigkeit herausbildeten. Mit dieser theoretischen Konzeption analysierten die Kapitalismusforscher der DDR in Kooperation mit denen in der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern die Weltwirtschaftskrise von 1974/75. Sie wurde nun, im Nachhinein, nicht als Ausdruck eines Niedergangsprozesses angesehen, vielmehr als Anpassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse neuer Technologien und der Internationalisierung des Kapitals. Das

14 Auch die gegenwärtige Finanz- und Verschuldungskrise ist eine Regulierungskrise.

15 Vgl. hierzu Autorenkollektiv: Krisenprozesse, S. 382.

Kapital vollzog den Übergang zu einer neuen Stufe der Vergesellschaftung, zu einem intensiveren Zusammenwirken von Staat und Unternehmen (Konzernen) sowie einer vertieften Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen im nationalen und internationalen Rahmen (z. B. Industrialisierung des Innovationsprozesses, FuE-Kooperation, Lean Production, Just-in-Time Production).

Diese Erkenntnisse lenkten den Blick der DDR-Kapitalismusforscherinnen und -forscher, besorgt über die wachsende ökonomische Rückständigkeit ihres Staates gegenüber den kapitalistischen Industrieländern, auf die Probleme des sozialistischen Planungs- und Leitungssystems. Ab Mitte der 1980er Jahre entwickelte sich, zaghaft, ein gegenseitiges Kommunikationsbedürfnis der Expertinnen und Experten in Forschungseinrichtungen für sozialistische Wirtschaftsführung mit denen im IPW.¹⁶ Diese Hinwendung zur Überwindung der aus einem Sicherheitssyndrom veranlassten Abkapselung der Forschung zu Problemen der sozialistischen von denen der kapitalistischen Wirtschaft zu einer einheitlichen politischen Ökonomie aber blieb in den Ansätzen stecken.

Generelle Schwächen der Kapitalismusforschung

Während die dogmatisierende Rezeption des »Kapital« von Marx und der Imperialismustheorie von Lenin zwar nie völlig überwunden wurde, wich sie jedoch, vor allem in der empirischen Forschung, mehr und mehr der Entwicklung eines wissenschaftlichen Instrumentariums, das neue Einsichten und Erkenntnisse, auch vorausschauender Art, ermöglichte. Dennoch blieben in der gesamten Periode der DDR-Kapitalismusforschung grundlegende Defizite, die ihre Erkenntnisfähigkeit einschränkten. Zu den wesentlichsten Schwächen gehörten:

- Die von der SED-Führung rigoros ausgeübte Zensur über die Forschungspläne und Resultate der Forschungseinrichtungen. Damit bestätigte sich die von Marx so satirisch bereits im 19. Jahrhundert formulierte Erkenntnis, dass der Einfluss von politisch Herrschenden auf die gesellschaftswissenschaftliche Forschung, deren Ergebnisse zur reinen »Klopffechterei«, also Apologetik degradiert. Das gilt auch gegenwärtig. So preist z. B. die Bundesregierung in ihrem Bericht zum Stand der Deutschen Einheit die erzielten großen Erfolge und verniedlicht die Deindustrialisierung und nach wie vor großen Produktivitäts- und Einkommensrückstände der neuen gegenüber den alten Bundesländern.¹⁷

¹⁶ So kam es z. B. zu engeren Kontakten zwischen dem IPW und dem Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission (ÖFI), wobei zeitweilig Expertinnen und Experten des IPW in Projekte des ÖFI integriert wurden.

¹⁷ BMI-Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2011. Berlin 09.11.2011, S. 5.

- Das subjektive Gefangensein vieler Mitarbeiter der Forschungseinrichtungen in ideologischen Leitbildern, die ihre Untersuchungen negativ beeinflussten. Dazu zählten das lange Festhalten an der Auffassung, der Kapitalismus befände sich in einer unlösbaren »Allgemeinen Krise« sowie die zeitweilig sehr einseitige Interpretation von akuten Krisen.
- Die Abkapselung der Kapitalismusforschung von den Instituten, die sich mit der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern befassten.
- Die ungenügende Entwicklung und Förderung eines tabulosen, öffentlichen wissenschaftlichen Meinungsstreits in den Publikationen und Diskussionsforen.

Die Liquidierung der Kapitalismusforschung mit dem Untergang der DDR

Mit dem Anschluss Ostdeutschlands an die Bundesrepublik wurde die gesamte Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern rigoros umgestaltet und den westdeutschen Verhältnissen angepasst. Die Lehr- und Forschungskapazitäten für gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen wurden abgewickelt, ihr wissenschaftliches Personal entlassen. So wurde auch mit dem IPW verfahren.

Allerdings entwickelte sich aus dem personellen Potential der zerstörten DDR-Forschungseinrichtungen eine breite und recht produktive »intellektuelle Subkultur«, die viele positive Ergebnisse und Ansätze der Kapitalismusforschung in der DDR aufnahm und weiterführt.¹⁸

18 Siehe z.B. die Publikationen von Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Walter Kupferschmidt

41 Jahre Hochschule für Ökonomie Berlin – eine Bilanz

Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist
und soziale wie politische Gedanken ausklammert,
irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat.

John Kenneth Galbraith

Mit ihren wissenschaftlichen Disziplinen, den Forschungsrichtungen, den Studiengängen (Fachrichtungen) und den Spezialisierungsmöglichkeiten verfügte die Hochschule für Ökonomie (HfÖ) über ein komplexes wissenschaftliches Profil. Es wurde ergänzt durch ein Institut für Fremdsprachen, ein Organisations- und Rechenzentrum (ORZ) sowie eine Bibliothek mit einem Bestand von mehr als 250.000 Bänden – vorwiegend wirtschafts- und versicherungswissenschaftlicher Literatur. Damit nahm die HfÖ auch in der gesamtdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullandschaft einen durchaus bedeutsamen Platz ein.

Mehr als 1.000 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte haben hier gelehrt, geforscht und gearbeitet. Einige Zehntausend haben hier studiert oder die umfangreichen Weiterbildungsangebote in Anspruch genommen. Mehr als 2.100 wurden promoviert oder haben sich habilitiert. Tausenden von Fachleuten der Wirtschaftspraxis wurde die Möglichkeit geboten, über ein Fernstudium den notwendigen Hochschulabschluss zu erlangen, darunter einige hundert Komplementäre (unbeschränkt haftende Gesellschafterinnen oder Gesellschafter) halbstaatlicher Betriebe.

Zum 1. Oktober 1991 wurde die HfÖ aufgelöst und verschwand spurlos von einem Tag auf den anderen. Der Berliner Senat knipste ihr gegen den Widerstand des Lehrkörpers und der Studierenden das Licht aus. So oder so ähnlich berichteten die Medien über dieses Ereignis. Das mit dem Lichtausknipsen mag stimmen, spurlos verschwunden ist diese Hochschule aber nicht. Wir wollen an sie erinnern, nicht nostalgisch und selbstgerecht – es geht um eine ehrliche Bilanz. Wir wollen uns fragen, was hat diese Hochschule geleistet und wo lagen ihre Defizite? Welches waren Gründe und Begleitumstände ihrer Auflösung, welche Spuren hat sie hinterlassen und hat uns ihre Geschichte auch heute noch etwas zu sagen?

Beim Versuch, diese Fragen zu beantworten, denken wir auch an die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die vielen tausend Absolventinnen und Absolventen. Ihnen meinen wir es schuldig zu sein, ihre Alma Mater nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen.¹

Gründung und Anfangsjahre

Die HfÖ wurde auf Beschluss der Regierung der DDR am 4. Oktober 1950 als Hochschule für Planökonomie gegründet. Ihre Aufgabe war es, junge begabte Menschen, vorwiegend Kinder von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Bäuerinnen und Bauern, aber auch aus anderen sozialen Schichten, zu Wirtschaftsfachleuten auszubilden. Sie sollten in der Lage sein, am planmäßigen Aufbau in einem Staat mitzuwirken, der unter großen Kriegszerstörungen litt und als wesentlich kleineres Gebiet des geteilten Deutschlands erhebliche Reparationen für das ganze Land zu tragen hatte. Zudem bedeuteten Kalter Krieg, Wirtschaftskrieg, Embargo und fast völliger Ausschluss vom Technologiehandel die Herauslösung unseres Landes aus historisch gewachsenen Strukturen und Märkten. Deshalb sollte auch ein Forschungszentrum geschaffen werden, das sich konzentriert mit theoretischen Problemen der Planung und des wirtschaftlichen Aufbaus beschäftigt. Prof. Dr. h.c. Eva Altmann, die Gründungsrektorin, erinnert sich: »Mitte Mai 1950 informierte mich der Staatssekretär im Ministerium für Planung Bruno Leuschner, es sei beschlossen, mich mit dem Aufbau einer Hochschule für Planökonomie zu beauftragen. Was brachte ich für diese Aufgabe mit? Erfahrungen in der Lehrarbeit sowie beim staatlichen Neuaufbau im Bereich der Volksbildung. Auch gute Kontakte zu einer Anzahl Berliner Betriebe. Aber eine Hochschule aufzubauen und zu leiten? Doch es gab sehr viele in der damaligen Zeit, die hineingeworfen wurden in neue, unbekannte Aufgaben. Neu nicht nur für sie selbst, sondern ohne Beispiel, verbunden mit der Errichtung einer neuen Gesellschaft. Drei Objekte wurden uns benannt, wir wählten das in Karlshorst. Zwei ehemalige Schulen, bisher genutzt durch die Sowjetische Militäradministration. Rundherum Brachland und Kleingärten und die Möglichkeit, Bauland für die Internate und andere Baulichkeiten zu gewinnen.«²

Mit 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 185 Studierenden wurde die neue wirtschaftswissenschaftliche Bildungsstätte eröffnet. Die personelle Be-

1 Quellen für diesen Beitrag waren die Wissenschaftliche Zeitschrift der HfÖ 3/1985 sowie die Schrift »1950 – 1991 Hochschule für Ökonomie« Bruno Leuschner« Berlin«, ausgearbeitet von ehemaligen Hochschullehrerinnen und -Lehrern der HfÖ unter Leitung des Autors (unveröffentlichtes Manuskript).

2 Eva Altmann: Persönliche Erfahrungen und Erinnerungen. Berlin, S. 5 ff. (unveröffentlichtes Manuskript).

setzung war zunächst gering, die wissenschaftliche Arbeit erfolgte deshalb weniger in den Instituten und Seminaren, sondern als gemeinschaftliche Arbeit aller wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die meisten Assistentinnen und Assistenten waren mit den Studierenden gleichaltrig oder jünger und hatten kaum Lehrerfahrung. Es fehlten Lehr- und Studienmaterialien. Die Unterstützung durch erfahrene Führungskräfte der Wirtschaft und durch wirtschaftswissenschaftliche Bereiche anderer Universitäten des Landes war in dieser Zeit von besonderer Bedeutung. Gleichmaßen die Nutzung von Ergebnissen der Sowjetwissenschaften, wenn auch im Laufe der Zeit die Bezugnahme auf deren Ergebnisse dogmatisch erfolgte.



Die Gründungsrektorin Prof. Dr. Eva Altmann

Die Entwicklung der Hochschule verlief in diesen Jahren auch nicht ohne Konflikte. Sie galt zwar als »Kaderschmiede«, doch zugleich war sie Gegenstand der Kritik, so z. B. durch das Sekretariat des ZK der SED im April 1953 wegen »Versöhnertums in ideologischen Fragen« und »Missachtung der Parteibeschlüsse zum Studium der Sowjetwissenschaften.«³ Aber auch innerhalb der SED-Parteiorganisation und der FDJ-Gruppen wurden – vor allem in den Anfangsjahren – Auseinandersetzungen über ideologische Fragen oder über Studiendisziplin oft mit übertriebener Härte geführt. So mancher Beschluss kam auch damals schon zustande, bei dem die Parteidisziplin wichtiger war als die persönliche Überzeugung. Nicht alles lässt sich mit der damaligen Zeit erklären. Absolventinnen und Absolventen sowie Hochschullehrerinnen und -lehrer, die sich heute daran erinnern, sehen das mittlerweile kritisch und auch selbstkritisch. Einer der Absolventen äußerte sich dazu mit etwas drastischen Worten: »Wenn Studentinnen oder Studenten in Widerspruch zur vorgegebenen Meinung gerieten, wurden sie nicht selten nach öffentlichen Auseinandersetzungen in die Produktion delegiert, als ob ‚die Produktion‘ ein Lager für besserungsbedürftige Studenten gewesen wäre.«

3 Gegen das Versöhnertum in ideologischen Fragen. In: Neues Deutschland vom 28.04.1953.

Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten traten inhaltliche Aufgaben, insbesondere die wissenschaftliche Qualifikation der Lehrkräfte und die Forschungsarbeit zur Entwicklung der Lehrinhalte, in den Vordergrund. Einen bedeutenden Zuwachs an wissenschaftlichem Profil und Potential erhielt die Hochschule 1956 und 1958 aus der Vereinigung mit der 1953 gegründeten Hochschule für Finanzen, Potsdam-Babelsberg (unter dem Rektorat von Prof. Dr. Alfred Lemnitz), und der 1954 entstandenen Hochschule für Außenhandel, Berlin-Staaken (unter dem Rektorat von Prof. Dr. Erich Freund). Die Konzentration der ökonomischen Ausbildung und Forschung durch den Zusammenschluss der drei Hochschulen zur HfÖ steigerte die Effizienz in Lehre und Forschung. Durch die Verbreiterung und Vertiefung ihres wissenschaftlichen Profils, durch ihr umfangreiches Angebot an Fachrichtungen und Spezialisierungsmöglichkeiten, durch ihre Forschungsergebnisse und nicht zuletzt durch ihre ständig zunehmende internationale Präsenz, entwickelte sich die HfÖ zur größten wirtschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR, praktisch in Richtung einer Wirtschaftsuniversität. Ende der 1980er Jahre hatte die HfÖ folgende wissenschaftliche Struktur:

Sektion	Wissenschaftsgebiete
Sozialistische Volkswirtschaft	Volkswirtschaftsplanung, Arbeitsökonomie, Territorialökonomie, Materialwirtschaft, Preisökonomie, Konsumtion und Lebensstandard, Grundfondswirtschaft, Wissenschaftsökonomie
Sozialistische Betriebswirtschaft	Betriebsplanung und wirtschaftliche Rechnungsführung, Kostenrechnung und Bilanzierung, Technologie
Wirtschaftsinformatik	Operationsforschung, Statistik, Datenverarbeitung, Leitung der sozialistischen Wirtschaft
Außenwirtschaft	Außenhandelsorganisation und Marktarbeit, Außenwirtschaftsbeziehungen, Internationale ökonomische Beziehungen
Marxismus-Leninismus	Politische Ökonomie des Kapitalismus/Geschichte der Politischen Ökonomie, Politische Ökonomie des Sozialismus, Wirtschaftsgeschichte, Philosophie, Wissenschaftlicher Sozialismus
Militärökonomie	

Hinzu kamen die Institute für Wirtschaftsrecht/Internationales Wirtschaftsrecht, Ökonomik der Entwicklungsländer, Sozialistische Wirtschaftsführung Außenwirtschaft und Sozialistische Wirtschaftsführung Leichtindustrie (Weiterbildung für Führungskräfte), Fremdsprachen, mit den Lektoraten Russisch, Englisch, Romanische Sprachen, Deutsch für Ausländer sowie das Weiterbildungszentrum Außenwirtschaft und das Außenhandelsinstitut, wo Berufstätige mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung zum ökonomischen Hochschulabschluss geführt wurden.

Ganzheitliches, nicht eng ökonomistisch orientiertes Studium

Fachrichtungen (Studiengänge)

Der zunehmende Bedarf der Volkswirtschaft an spezialisierten Fachkräften, aber auch die Konzentration und Spezialisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung im Hochschulwesen der DDR bestimmten das Angebot an Fachrichtungen seitens der HfÖ. Seit den 1980er Jahren erfolgte die Ausbildung in folgenden Fachrichtungen:

Sektion	Fachrichtung
Sozialistische Volkswirtschaft	Sozialistische Volkswirtschaft, Arbeitsökonomie, Ökonomie sozial-kultureller Bereiche*
Sozialistische Betriebswirtschaft	Finanzen der Kombinate und Betriebe*
Wirtschaftsinformatik	Wirtschaftsinformatik, Rechnungsführung und Statistik*
Außenwirtschaft	Außenwirtschaft
Marxismus-Leninismus	Politische Ökonomie*, Wirtschaftsgeschichte*
Militärökonomie	Militärökonomie

* nur im Direktstudium

Die Fachrichtung Finanzen und die Finanzökonomische Fakultät wurden nach einer Entscheidung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen Ende der 1960er Jahre an die Humboldt-Universität zu Berlin abgegeben. Damit verlor die

HfÖ einen substantiellen Teil ihres ansonsten breiten wissenschaftlichen Profils. Innerhalb der Fachrichtungen waren in Anlehnung an die verschiedenen Wissenschaftsgebiete und unter Berücksichtigung differenzierter Anforderungen der Wirtschaftspraxis vielfältige Spezialisierungsrichtungen möglich.

Studienorganisatorische und personelle Voraussetzungen

Ab Anfang der 1970er Jahre wurde das Studium der Wirtschaftswissenschaften durch einen Grundstudienplan geregelt. Er beinhaltete u. a. die Fächerstruktur der Fachrichtungen sowie eine inhaltliche Kurzbeschreibung der Fächer. Herausgegeben wurde er durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, basierend auf Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Wirtschaftswissenschaften, dessen Vorsitzender ein Professor der HfÖ war. Mitglieder waren Vertreter aller wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR.

Die HfÖ verfügte über einen qualifizierten Lehrkörper. Führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren mehrjährig in leitender Stellung in der Wirtschaftspraxis tätig oder haben an wissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland Erfahrungen auf internationaler Ebene sammeln können. Leitungserfahrene Wirtschaftspraktikerinnen und -praktiker aus Betrieben, wirtschaftsleitenden Institutionen, Außenhandelsorganen, aus dem Finanz- und Bankwesen sowie aus Territorialorganen wurden für die wissenschaftliche Arbeit an der Hochschule gewonnen und als Hochschullehrerin bzw. -lehrer berufen. Ungenügend entwickelt war – obwohl angestrebt – die interinstitutionelle Mobilität der Hochschullehrerinnen und -lehrer, was nicht zuletzt mit Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung zusammenhing.

Inhaltliche Grundzüge

Die Ausbildung an der Hochschule war darauf gerichtet, den Studierenden aller Fachrichtungen in Verbindung mit einem gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudium solide Kenntnisse der Politischen Ökonomie, der Volks-, Betriebs- und Außenwirtschaftslehre sowie des Wirtschaftsrechts zu vermitteln und sie zur Nutzung der Mathematik, Statistik, Informatik und Rechentechnik zu befähigen. Eine enge Verbindung zur Wirtschaftspraxis und die internationale Wissenschaftskooperation wurden als unerlässliche Voraussetzung für eine qualifizierte Lehre gesehen.

Das Studium war ganzheitlich orientiert und nicht auf eine eng ökonomistische Ausbildung ausgerichtet. Wichtiges Merkmal war sein gesellschaftlicher und ins-

besondere sein sozialer Bezug. Die Absolventinnen und Absolventen sollten sich auch durch soziale Kompetenz auszeichnen. Das Studium sollte als wissenschaftlicher Prozess nicht nur Wissen und Details vermitteln, sondern vor allem die Studierenden zum selbstständigen Arbeiten und Denken befähigen und sie in die Lage versetzen, die inhaltlichen Zusammenhänge, Erfordernisse und Gesetzmäßigkeiten des betrieblichen und volkswirtschaftlichen Wirtschaftskreislaufes zu verstehen und auf dieser Grundlage sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Auch die Praktika während des Studiums dienten diesem Ziel. Der relativ enge und verbindliche Rahmen des Studienplanes, vor allem hinsichtlich der Anzahl der Wochenstunden, setzte



Die ersten Studenten

allerdings Grenzen, um den – wenn auch unterschiedlich ausgeprägten – vielseitigen geistigen Interessen der Studierenden genügend Rechnung zu tragen. Hinzu kamen Disproportionen in der Fächerstruktur des Studienplanes.

Eine bedeutende Rolle spielte die Politische Ökonomie. Sie wurde sowohl als eigenständiges Theoriegebäude als auch als Grundlage für die ökonomischen Fachdisziplinen gelehrt. Karl Marx' »Kapital« war dabei eine wichtige Studienquelle. Zur ganzheitlichen Orientierung gehörte es auch, die Studentinnen und Studenten in das für das wirtschaftswissenschaftliche Studium relevante philosophische Denken einzuführen, ihnen den Blick zu öffnen für ihr Fachgebiet überschreitende Sachverhalte in Natur und Gesellschaft, um Wirtschaft als Teil eines Ganzen zu begreifen. Wert gelegt wurde schließlich auch auf die Ausprägung des historischen Denkens, insbesondere durch Verbindung der wirtschaftswissenschaftlichen mit der wirtschaftsgeschichtlichen Ausbildung und mit der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen. Durch Letztere lernten die Studierenden – wenn auch nur kurz – unterschiedliche wissenschaftliche Schulen kennen. Insgesamt aber kamen Offenheit und Pluralität in der Lehre zu kurz. Das verengte den Horizont der Studentinnen und Studenten und behinderte die Entwicklung einer wissenschaftlichen Streitkultur und einer fundierten Auseinandersetzung mit

unterschiedlichen Meinungen. Damit im Zusammenhang steht auch der insgesamt gesehen beschränkte Zugang zu nichtmarxistischer Literatur im Original. Schließlich und nicht zuletzt bedeutet ganzheitliche Orientierung immer die komplexe Betrachtung ökonomischer Prozesse aus betrieblicher, volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Sicht. Das wissenschaftliche Profil der HfÖ bot dazu gute Voraussetzungen.

Zu den grundlegenden Merkmalen einer ganzheitlichen und praxisorientierten Ausbildung gehörte die Einbeziehung der Studierenden in die Forschung. Studentische Forschungszirkel wurden von Hochschullehrerinnen und -lehrern betreut und waren Bestandteil sowohl der Lehre als auch der Forschung. Die Praktika wurden dementsprechend eingeordnet. Auf der Grundlage bestehender Verträge oder Vereinbarungen mit Kombinat, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen vor allem Berlins haben Studierende Analysen und Forschungsberichte u. a. zu effektivitätsbestimmenden Faktoren beim Industrierobotereinsatz, zur Methodik der komplexen Betriebsanalyse, zur Erfassung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen oder zur Materialintensität vorgelegt. Zur Erhöhung des wissenschaftlich-produktiven Charakters des Studiums hätten allerdings die fakultativen bzw. wahlobligatorischen Elemente der Ausbildung stärker ausgeprägt sein sollen, um den relativ engen und verbindlichen Rahmen des Studienplanes zu erweitern. In den 1980er Jahren trugen in zunehmendem Maße rechnergestützte Planspiele zur Qualifizierung der Lehre bei, so z. B. ein rechnergestütztes Spezialseminar zu betriebs- und finanzwirtschaftlichen Variantenrechnungen oder die Simulation ökonomischer Prozesse unter Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Erfordernisse.

Praxisorientiertes Studium meinte vor allem in den 1950er und 1960er Jahren auch die Verbindung zum gesellschaftlichen Neuaufbau. Studentinnen und Studenten der HfÖ halfen den jungen und oftmals noch schwachen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nicht nur bei der Einbringung der Ernte, sondern zum Beispiel auch bei der Erstellung der Jahresabschlussbilanzen, was zugleich eine wichtige Ergänzung der Ausbildung in Buchführung war.

Gesellschaftliche Widersprüche und ihre Reflektion in der Lehre

Wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre stehen immer in enger Beziehung zur politischen und wirtschaftlichen Realität, was am deutlichsten in den auf die Volkswirtschaft als Ganzes gerichteten Fächern sichtbar wird. Seit den 1970er, vor allem aber in den 1980er Jahren war die Entwicklung der DDR von zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüchen und volkswirtschaftlichen Disproportionen gekennzeichnet. Sie berührten Lehre und Forschung an der

Hochschule unmittelbar. So wurden volkswirtschaftliche Proportionalitäts- und Effektivitätserfordernisse seitens der zuständigen Leitungsorgane zwar erkannt, im Widerspruch dazu standen jedoch die oftmals voluntaristischen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Zum Beispiel fand die Forderung der Wissenschaft und das Verlangen von Bankpraktikerinnen und -praktikern nach einer stärkeren Begrenzung der Kreditanteile bei der Akkumulationsfinanzierung und der damit verbundenen Vermeidung einer steigenden inneren Kreditverschuldung und zunehmender Geldüberhänge bei zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen kaum eine ausreichende Berücksichtigung.

Betont wurde auch die Notwendigkeit einer größeren Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Unternehmen und Kommunen, es fehlte aber die Bereitschaft, etwas von den volkswirtschaftlichen »Kommandopositionen« aufzugeben. Die dem Unternehmensgewinn zugeschriebene dominierende Rolle als Effektivitätskriterium stand im Widerspruch zum stark zentralisierten System staatlicher Preisregulierung und der administrativen Verteilung der Ressourcen.

Unter diesen Bedingungen – aber nicht nur deshalb – musste der in den 1960er Jahren praktizierte Versuch scheitern, durch eine stärkere Nutzung der Wertkategorien im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) die materielle Interessiertheit der Wirtschaftssubjekte auf eine hohe Effektivität sowie die Steuerung und Sicherung der volkswirtschaftlichen Wachstumsziele zu lenken. Die unzureichende Nutzung des Geldes zur Leistungsbewertung, Leistungsstimulierung und zur Wachstumssteuerung hat wesentlich zur eingeschränkten Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsmechanismus im realen Sozialismus beigetragen.

Im Zusammenhang mit der Sozialistischen Ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verschärfen sich Widersprüche und Reibungspunkte, immer angespannter wurde dabei das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den kleineren Ländern. Auch die Handhabung des staatlichen Außenhandelsmonopols geriet zunehmend in Widerspruch zu den wachsenden Ansprüchen des Weltmarktes an die Exportunternehmen.

Diese und andere deutlicher werdende Widersprüche wurden in der Arbeit der HfÖ unterschiedlich reflektiert, und es gehört zu einer ehrlichen Bilanz, dies genauer zu benennen. In der Ausbildung (anders als in der Weiterbildung) wurden sie nur mit großer Zurückhaltung behandelt. Das gilt z. B. für die Rolle der Wertkategorien bei der Planung und Stimulierung der Volkswirtschaft, nachdem es Ende der 1960er Jahre wieder zu einer Umorientierung in der Wirtschaftspolitik gekommen war. Auch wurde der existierende Wirtschaftsmechanismus nicht in Frage gestellt (vgl. dazu den Beitrag von Klaus Steinitz). Um brisante Probleme der DDR-Wirtschaft zu behandeln, nutzten wir rechnergestützte Modelle. Damit wurden z. B. Wachstumsvarianten mit Außenwirtschaftsverlusten, einem unaus-

geglichenen Haushalt, Geldüberhängen und zunehmender innerer Kreditverschuldung simuliert und diskutiert.

Es soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, wir hätten nur unter dem Druck der Verhältnisse gearbeitet. Viele, ich würde sagen die meisten von uns, waren aktive und bewusste Mitgestalterinnen und Mitgestalter der Gesellschaft. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HfÖ haben z. B. als ordentliche Mitglieder des Forschungsrates der DDR oder als Leiterin/Leiter bzw. Mitglieder von Regierungskommissionen an der Ausarbeitung von wirtschaftsstrategischen Alternativen verantwortlich mitgewirkt. Zugleich gab es eine verbreitete und verinnerlichte Anpassung an politische Vorgaben sowie bei der Suche nach Alternativen, und nach der offenen Auseinandersetzung die nicht unberechtigte Furcht vor persönlichen und beruflichen Konsequenzen. Es gab auch Unterschiede je nach Risikobereitschaft und Erkenntnisstand der jeweiligen Hochschullehrerinnen und -lehrer.

Aus welchen Gründen auch immer: Wir, zumindest viele von uns, haben das längst als richtig und notwendig Erkannte nicht rechtzeitig und nachdrücklich genug artikuliert, sondern nur in kleinen Zirkeln und in hochschulinternen Publikationen debattiert, wozu es an der Hochschule allerdings eine entsprechende Atmosphäre und auch Freiräume gab.

Hoher Stellenwert der Weiterbildung

Die Weiterbildung hatte an der HfÖ immer einen hohen Stellenwert. Es wurden neben der Weiterbildung für Führungskräfte folgende Formen angeboten:

- postgraduales Studium für Diplomwirtschafterinnen und -wirtschafter und damit Ergänzung und Vertiefung einer bereits abgeschlossenen Hochschulausbildung,
- ökonomisches Zusatzstudium für naturwissenschaftlich-technisch ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftspraxis,
- ökonomische Weiterbildung für Angehörige anderer Hochschuleinrichtungen,
- Lehrgänge, Problemseminare, Trainingskurse, Anwenderkonferenzen u. a.,
- Weiterbildung zum Erwerb akademischer Grade und zum Erwerb des externen Hochschulabschlusses.

Für Führungskräfte und Führungskräftenachwuchs auf dem Gebiet der Außenwirtschaft (einschl. Geschäftsführerinnen und -führer für Joint Ventures und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter technisch-kommerzieller Büros im Ausland) sowie der Textil-, Möbel-, Schuh-, Papier- und Glasindustrie wurden Weiterbildungs-

lehrgänge (in der Regel 4 bis 5 Wochen) mit mehr als 13.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt, wofür es eigene Institute gab. Leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Expertinnen und Experten aus staatlichen Organen und der Wirtschaftspraxis wurden als Lehrkräfte einbezogen. Das postgraduale Studium (2 bis 4 Semester) mit mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde u. a. auf folgenden Gebieten durchgeführt:

- Rechnungsführung und Statistik
- Arbeitsökonomie
- Territorialökonomie und Territorialplanung
- Sozialpolitik und Wohnungswirtschaft
- Außenwirtschaft
- Internationales Wirtschaftsrecht
- Rechtsfragen des Anlagenexports
- Militärökonomie.

Außerdem gab es ein umfangreiches Angebot an Lehrgängen verschiedener Fachgebiete. Mehr als 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Wirtschaftspraxis (i. d. R. Hochschulabsolventinnen und -absolventen) wurden dabei neue wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt.

Weiterbildungsveranstaltungen waren nicht nur Lehrveranstaltungen schlechthin, sie waren auch Formen des Dialogs mit der Praxis (das gilt auch für das Fernstudium) und somit Bestandteil der engen Praxisbeziehungen der Hochschule. Das gilt im besonderen Maß für die Veranstaltungen mit den Führungskräften, die ihrerseits die offenen Diskussionen schätzten, »wo es keine Tabus mehr gab«, wie einer der Teilnehmer sagte.

Beachtliche Forschungsergebnisse – aber auch Hemmnisse

Die HfÖ verfügte über ein beträchtliches Forschungspotential und gute Voraussetzungen für eine individuelle Betreuung der Studierenden und deren Einbeziehung in die Forschung. Das wissenschaftliche Potential von Doktorandinnen und Doktoranden, Aspirantinnen und Aspiranten sowie Forschungsstudentinnen und -studenten mit mehr als 1.800 Promotionen und über 300 Habilitationen sowie von Diplomanden wurde in die Forschung einbezogen. Die Profillinien der Forschung waren durch den Anspruch einer theoretisch fundierten, praxisorientierten Lehre, durch Anforderungen der Wirtschaftspraxis sowie auch durch zentrale Forschungsplanprojekte bestimmt. Eine große Anzahl von Büchern und Lehrbüchern, Monographien und anderen wissenschaftlichen Arbeiten, die fast das gan-

ze Spektrum der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte sowie Teile der Rechtswissenschaften und der Wirtschaftsinformatik umfassten, wurden publiziert und anerkannt. Dazu gehören

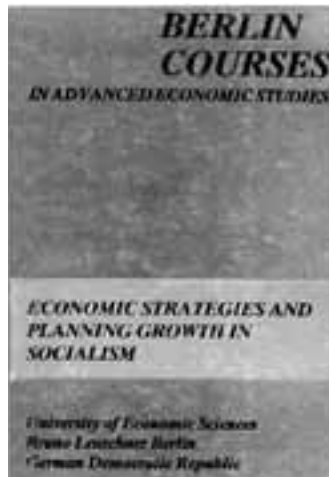
- Standardwerke für die Ausbildung in mehreren Auflagen auch mit internationaler Verbreitung – Lehrbücher, Lehrheftreihen, Monographien und Nachschlagewerke, u. a. über »Politische Ökonomie«, »Wirtschaftsgeschichte«, »Volkswirtschaftsplanung«, »Arbeitsökonomie«, »Betriebswirtschaft«, »Kostenrechnung«, »Außenwirtschaft«, »Betriebswirtschaft des Außenhandels«, »Wirtschafts- und Außenwirtschaftsrecht«, »Internationale ökonomische Beziehungen«, »Materialwirtschaft«, »Wirtschaftsmathematik« »Allgemeine Statistik« und »Statistik«, »Industrie und Industrieplanung in Entwicklungsländern«, ein »Ökonomisches Lexikon« (3 Bände), die Reihe »Außenhandel effektiv«. Die Schriftenreihe »Weltanschauung heute« enthielt Arbeiten wie »Ökonomie – Politik – Wirtschaftspolitik« oder »Lebensprozess und Moral«. Darüber hinaus waren Hochschullehrerinnen und -lehrer der HfÖ maßgeblich an der Erarbeitung und Herausgabe von Lehrbriefen beteiligt, die im wirtschaftswissenschaftlichen Fernstudium der Universitäten und Hochschulen der DDR eingesetzt wurden.
- Forschungsberichte und Studien für die Staatliche Plankommission, Ministerien, Unternehmen und Kommunen, z. B. zu den Herausforderungen von Wissenschaft und Technik, zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen und regionaler Wirtschaftsintegration, zu Methoden der Informationsverarbeitung, zum Einfluss begrenzter Ressourcen auf das Wachstum der Volkswirtschaft und Schlussfolgerungen für die Volkswirtschaftsplanung, zur rechnergestützten Volkswirtschaftsrechnung, zur Arbeitsorganisation, zum Zusammenhang von demographischer Entwicklung und Sozialpolitik, darunter solche, die notwendige und überfällige ökonomische und sozialpolitische Reformen in der DDR anstoßen sollten. Zunehmende Bedeutung erreichten auch als eine international zentrale Problematik Arbeiten zu Wachstum, Effektivität und Stabilität. Die Forschung zur optimalen Gestaltung von Innovationsprozessen war, unter Nutzung der Komplexität des wissenschaftlichen Profils der HfÖ, ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Fachgebiete.
- Forschungsergebnisse, die auch in zahlreichen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Konferenzen ihren Ausdruck fanden. Sie wurden in der Regel unter Einbeziehung der Wirtschaftspraxis oft auch gemeinsam mit anderen wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt und betrafen Themen wie die Entwicklung der Perspektivplanung, die Kostentheorie und Kostenrechnung, die Planung und Messung der volkswirtschaftlichen Effektivität, die Einheit von Technik und Ökonomie in der naturwissenschaftlich-

technischen Ausbildung von Ökonomen, die Außenwirtschaftstheorie unter den Bedingungen der 1980er Jahre, Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie (MKÖ), Rechtsfragen der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW, oder ein solch übergreifendes Thema wie Gesellschaft und Umwelt, um nur einige Beispiele zu nennen.

- Publikationen, Studien und Beratung zur Ökonomik der Entwicklungsländer. Auf diesem Gebiet war die HfÖ innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR federführend. Das Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer wäre auch in der gesamtdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullandschaft eine Bereicherung gewesen.

Betrachtet man die Forschungsergebnisse der HfÖ aus inhaltlicher Sicht, so gibt es zwar eine Reihe wichtiger Beiträge zur Entwicklung der Theorie, zur Qualifizierung von Aus- und Weiterbildung, und zur unmittelbaren Anwendung in der Wirtschaftspraxis. Es fehlen aber Ergebnisse, die die Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus in seiner Gesamtheit betreffen, obwohl das komplexe wissenschaftliche Profil der HfÖ dafür gute Voraussetzungen bot.

Eine Ausnahme war die Mitarbeit ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Entwicklung des NÖS. Dessen Schicksal ist bekannt. Die Abkehr vom NÖS bedeutete auch an der HfÖ die Blockierung und Verhinderung weiterer Forschungsarbeiten zur effektiveren und flexibleren Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus unter Einbeziehung marktwirtschaftlicher Elemente. Die Bedingungen dafür waren erst gegen Ende der 1980er Jahre gegeben. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HfÖ haben damals Studien zur Reform des Wirtschaftsmechanismus vorgelegt (ein gewisser Vorlauf war offensichtlich vorhanden), aber da war es schon zu spät. Der Frage, ob wir zu wenig Mut hatten, um diese Arbeit früher zu beginnen, d. h. der Frage nach der eigenen Verantwortung, müssen wir uns allerdings stellen.



Ein weiteres Hemmnis für die Forschungsarbeit war der Monopolanspruch der SED-Organen auf die Deutungshoheit in Fragen der sozial-ökonomischen Theorie und ihr restriktiver Einfluss auf die ökonomische Forschung in der DDR. Hier zeigte sich ein doppeltes Dilemma, wie es Klaus Steinitz in seinem Beitrag bezeichnet. Einmal das starre Festhalten an dogmatischen Vorstellungen, z. B. über die Vorteile einer allumfassenden zentralistischen Planwirtschaft und die Aufforderung an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die SED-Beschlüsse als richtungsweisende Orientierung zu würdigen. Zum anderen wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran gehindert, die ökonomischen Verhältnisse und Strukturen kritisch zu durchleuchten und offen zu diskutieren.

Ebenso ein Hemmnis für die Forschung war der hohe Geheimhaltungsgrad vieler grundlegender Daten der Volkswirtschaft. Das betraf insbesondere die Bereiche Zahlungsbilanz, Außenhandelsrentabilität und die realen internationalen Austauschverhältnisse, Daten über die Grundfondsreproduktion, das Aufkommen und die Verwendung des Nationaleinkommens sowie über die Kreditverschuldung und die Geldmengenentwicklung. Häufig behelfen wir uns mit internationalen Statistiken oder mit eigenen volkswirtschaftlichen Modellrechnungen. Als Folge dieser Geheimhaltung mussten immer mehr Studien, Dissertationen und Diplomarbeiten zu Vertraulichen Dienstsachen (VD) und Vertraulichen Verschlussachen (VVS) erklärt werden.

Bei der Produktion von Büchern, insbesondere Lehrbüchern, Monographien und selbst Artikeln spielte die Beurteilung, man muss schon sagen: die Zensur, durch zentrale SED- und Staatsorgane eine nicht unwesentliche Rolle. Im Wissen darum wurde von den Autorinnen und Autoren manches »glatter« formuliert, als es der Realität oder den Anforderungen entsprach. »Selbstzensur im Sinne der Parteidisziplin« nannte das einer unserer Kollegen. Man muss aber auch festhalten, dass es an der HfÖ immer ein Potential kritischen wissenschaftlichen Denkens gab und damit die Bedingungen und die Atmosphäre für einen produktiven wissenschaftlichen Meinungsstreit. Das führte zwangsläufig zu Konflikten. So waren selbst empirisch gestützte Studien von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der HfÖ wiederholt Gegenstand massiver Kritik, so z. B. eine Studie über den ökonomischen Widersinn der extrem niedrigen Wohnungsmieten in der DDR. Forschungsergebnisse zu politisch so brisanten Themen konnten zwar nicht publiziert werden, dennoch wurden sie nicht für den Papierkorb produziert. Wir haben sie intern diskutiert und häufig auch in der Lehre, vor allem aber in der Weiterbildung, verwendet.

Die HfÖ war auch Gegenstand zentraler Überlegungen, die ökonomische Forschung in der DDR neu zu organisieren. 1969 sollte sich auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED die HfÖ zu einem Großforschungszentrum und zur Leit-

stelle für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR entwickeln. Das Forschungspotential der Hochschule sollte unmittelbar auf die Wirtschaftspraxis orientiert und insbesondere für das in den 1960er Jahren anvisierte NÖS genutzt werden, dessen Ansatz auch den Meinungen an der Hochschule weitgehend entsprach.

Dennoch musste diese Umprofilierung scheitern, da sie dem Charakter einer Hochschuleinrichtung widersprach, mit der Einheit von Lehre und Forschung nicht zu vereinbaren war und zu einer Vernachlässigung der Lehre und der wirtschaftstheoretischen Grundlagenforschung geführt hätte. 1972 wurde die HfÖ wieder von dieser Aufgabe entbunden, auch deshalb, weil die begonnene Umgestaltung des Systems der Wirtschaftsleitung nicht verwirklicht wurde.

Die HfÖ – eine auch international anerkannte Institution

Ihrem wissenschaftlichen Profil und ihrem Forschungspotential entsprechend, unterhielt die HfÖ ein breites Netz internationaler Kontakte und Arbeitsbeziehungen. Sie waren Ausdruck für die auch internationale Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen. Angehörige der HfÖ waren langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Institute, so z. B. am Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien, am Internationalen Institut für Ökonomische Probleme des Sozialistischen Weltsystems in Moskau, am Institute of National Planning in Kairo, oder sie waren Mitglieder solcher Institute wie z. B. des International Institute of Public Finance, des Internationalen Statistischen Instituts oder der Internationalen Gesellschaft für Forschungen auf dem Gebiet der Vorratswirtschaft.

Es gab Verträge und Arbeitsvereinbarungen über Gastvorlesungen, die gemeinsame Arbeit an Forschungsprojekten oder den Studentenaustausch (z. B. Auslandspraktika) mit mehr als 20 bedeutenden ökonomischen Universitäten, Hochschulen und Instituten der ehemals sozialistischen Länder, aber auch mit der Reichsuniversität Antwerpen, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Joensuu (Finnland) oder mit japanischen Universitäten. Ab Mitte der 1980er Jahre absolvierten Studenten der Fachrichtung Außenwirtschaft ein ein bis zwei Semester umfassendes Teilstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien. In den 1970er und 1980er Jahren wurde am Ghokale Institut für Politik und Wirtschaft in Puna (Indien) über mehrere Jahre eine Vorlesungsreihe über Volkswirtschaftslehre und über die Nutzung von Finanzmodellen für die Wachstumsplanung gehalten.

Nach dem Fall der Hallstein-Doktrin waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hochschule in einer Vielzahl von Spezialorganisationen der

UN (UNCTAD, UNIDO, UNESCO, ILO) sowie Programmen und Projekten der UN tätig.

Nahezu 1.000 ausländische Studentinnen und Studenten aus mehr als 50 Staaten, vorwiegend aus den ehemals sozialistischen Ländern oder aus



UNIDO Trainingskurs

Ländern der sogenannten Dritten Welt, wurden zum

Diplom oder zur Promotion geführt. Schließlich wurden über mehrere Jahrzehnte internationale Sommerkurse, Trainingskurse zur Industrieplanung oder internationale Konferenzen im Auftrag von UNIDO und UNCTAD durchgeführt.

Seit den 1960er, besonders aber den 1970er Jahren, leisteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HfÖ eine teilweise recht umfangreiche Beratungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit u. a. in Angola, Algerien, Mosambik, Äthiopien, Kuba, Simbabwe und Vietnam oder waren in der Entwicklungshilfe tätig, so z. B. in Nicaragua, Tansania und Südjemen.

Ergänzt wurde diese wissenschaftliche Kooperation und Arbeit durch Urlauberaustausch und internationale Workcamps für Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der vielfältigen Auslandsbeziehungen der Gewerkschaft und der Jugendorganisation.

Zur internationalen Reputation der Hochschule trug auch bei, dass der erste Botschafter der DDR in den USA und in Kanada sowie der Botschafter in Ceylon mit Rolf Sieber bzw. Helmut Faulwetter Professoren dieser Hochschule waren.

Kultur und Soziales

Gemessen an den Verhältnissen der Nachkriegszeit bot die Hochschule ihren Studierenden von Anfang an günstige Studienbedingungen und ein hohes Niveau der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung. Dafür gab es verschiedene Einrichtungen. Eine Auswahl der wichtigsten:

- Kostengünstige Internatsplätze (auch für Ehepaare und Studentinnen mit Kind). Seit Fertigstellung der Studentenwohnheime am Aristotelessteig im Jahre 1980 verfügte die HfÖ über eine eigene Wohnheimkapazität von ca. 2.000 Plätzen, und jede Direktstudentin bzw. jeder Direktstudent, die bzw. der den

- Hauptwohnsitz nicht am Hochschulort hatte, konnte einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen,
- Mensen für Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 - Säuglingsheim und Kindergarten,
 - Medizinische Betreuung durch ein Betriebsambulatorium,
 - Nähstube und Kosmetiksalon,
 - Ferienaufenthalte in der hochschuleigenen Bungalowsiedlung und jährliche Kinderferienlager,
 - Hochschulbuchhandlung,
 - Hochschulsportgemeinschaft »Wissenschaft Karlshorst« mit 13 Sektionen.

Das Hochschulkulturensemble, bestehend aus Chor, Orchester, Studentenkabarett und Tanzgruppe, war mehrfacher Sieger nationaler und internationaler Wettbewerbe. Das Kabarett »Die Brechbohnen« (vorher Satko) galt jahrelang als eines der besten Laienkabarett der DDR. Es wurde 1957 Republikssieger und erhielt 1958 den Staatspreis 2. Klasse für künstlerisches Volksschaffen. Auch die Studentenbühne wurde wiederholt ausgezeichnet, besonders für Aufführungen von Stücken der sozialistischen Gegenwartsdramatik. Persönlichkeiten wie die Schauspielerin Steffie Spira, der Schauspieler und Kabarettist Werner Troegner und der Musikwissenschaftler Prof. Fritz Höft hatten großen Anteil an den künstlerischen und kulturellen Leistungen der Studierenden in den 1950er und 1960er Jahren. Scharfe Kritik an der HfÖ wurde im Zusammenhang mit der 1961 erfolgten Uraufführung des Stückes »Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande« von Heiner Müller durch die Studentenbühne geübt, verbunden mit disziplinarischen Maßnahmen. Die Studentenbühne wurde danach aufgelöst.

In den späteren Jahren fand vor allem das Studentenkabarett »Die Ökognome« (unterstützt durch den Schauspieler Peter Tepper) und die FDJ-Singegruppe Anerkennung. Das heutige Kabarett »Charly M« führt seine Geschichte auf das Studentenkabarett »Die Ökognome« zurück. »Die Hochschule trug zwar den Spitznamen »Rotes Kloster«, aber ertrug mit freundlicher Toleranz unsere zwar farbgleichen, aber total unfrohen Gesänge«, schreiben die Kabarettisten in einer Selbstdarstellung.

Der seit 1972 bestehende Studentenclub entwickelte sich zu einem wichtigen kulturellen Zentrum der Hochschule und darüber hinaus. Zum Programm gehörten neben Tanzveranstaltungen, Konzerten und Diskotheken auch aktuelle politische Foren und Gespräche mit Hochschullehrerinnen und -lehrern, Künstlerinnen und Künstlern sowie anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur, Geschichte, Sport und Musik. Im Rahmen der »Gesellschaftswissenschaftlichen Schülergesellschaft Berlin«

hielten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hochschule seit 1981 regelmäßig Vorträge zu ökonomischen, philosophischen und wirtschaftshistorischen Themen vor Schülerinnen und Schülern der 8. bis 12. Klasse.

Zu den Studienbedingungen gehörten auch Stipendien für die Mehrzahl der Studentinnen und Studenten, differenziert nach Studienleistungen. Studiengebühren wurden nicht erhoben. Unter all diesen Bedingungen war ein Studium frei von großen sozialen und finanziellen Belastungen möglich. Die Anfänge einer Gemälde- und Skulpturensammlung wurden mit der Auflösung der Hochschule beendet.

Versuch einer inhaltlichen und strukturellen Neuorientierung

Zur Geschichte der HfÖ gehören auch die in den Jahren 1989/1990 durchgeführten strukturellen und inhaltlichen Veränderungen. Erforderlich wurde u. a. eine stärkere Ausprägung des betriebswirtschaftlichen Profils, nachdem die HfÖ seit ihrer Gründung sehr stark volkswirtschaftlich und zweigökonomisch orientiert war. In Anlehnung an international übliche Hochschulstrukturen traten an die Stelle der Sektionen und Wissenschaftsbereiche Fachbereiche, untergliedert nach Instituten, mit größerer wissenschaftlicher Selbstständigkeit.⁴ Institute bzw. Fachgebiete z. B. für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Innovationsmanagement, Logistik, Umweltökonomie, Sozialpolitik, Internationales Marketing, Geld, Kredit und öffentliche Finanzen oder Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik wurden ausgebaut oder neu aufgebaut. Es sollten damit personelle und organisatorische Voraussetzungen für die notwendige inhaltliche Neuausrichtung von Lehre und Forschung geschaffen werden, nachdem es in einzelnen Lehrgebieten Anfänge dazu schon seit Mitte der 1980er Jahre gegeben hatte. Es waren erste Überlegungen. Sie gingen von bereits Vorhandenem aus und berücksichtigten nationale und internationale Erfahrungen. Neue Vorlesungsreihen wurden ausgearbeitet und teilweise auch gehalten. Dabei wurde versucht, jene Voraussetzungen und positiven Erfahrungen zu erhalten, die auch künftig ein ganzheitlich orientiertes, nicht eng ökonomistisches Studium ermöglichen sollten. Das wissenschaftliche Potential für den Fortbestand der HfÖ war vorhanden. Schließlich war ein nicht geringer Teil der zum 1. Oktober 1991 entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch danach noch in Forschungs- und Bildungseinrichtungen tätig, nun aber über das ganze Land (und darüber hinaus) verstreut.

Aus heutiger Sicht betrachtet, waren die damaligen Strukturvorschläge zumindest gute Ansatzpunkte. Man hätte sie weiter verfolgen und ausbauen können.

4 Prüfungsamt der Hochschule für Ökonomie. Struktur der Fachbereiche. Berlin 1990.

Das zeigen Vergleiche mit ehemaligen Kooperationspartnern der HfÖ, so z. B. der Ökonomischen Hochschule Prag oder der Wirtschaftsuniversität Wien. Für den Fortbestand der Hochschule wären neben den inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen allerdings auch eine Rationalisierung und eine personelle Reduzierung notwendig gewesen. Was die Formen dieses möglichen Fortbestandes betrifft, so gab es verschiedene Überlegungen. Sie reichten von einer Wirtschaftsuniversität mit starkem Bezug zu Osteuropa (unter Berücksichtigung der bestehenden engen und vielfältigen Kooperationsbeziehungen) über die Verbindung mit der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität bis hin zur Erhaltung als Fachhochschule. Man darf wohl davon ausgehen, dass für das Scheitern all dieser Überlegungen nicht wissenschaftliche oder finanzielle, sondern primär politische Gründe maßgebend waren. Die Hochschule erhielt jedenfalls keine Chance, die begonnenen Reformen weiterzuführen.

Die Abwicklung einer »Kaderschmiede«

Ungeachtet ihrer Leistungen, ihrer internationalen Reputation und ihres wissenschaftlichen Potentials wurde die HfÖ nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland als eine nicht zum westdeutschen Wissenschaftssystem passende Einrichtung eingestuft, als politisch nicht systemkonforme Institution abgewickelt und zum 01.10.1991 aufgelöst.

Im Vertrag zur deutschen Einheit Art. 38 (1) ist zwar die Rede von der »notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhalt leistungsfähiger Einrichtungen« auf dem Gebiet der DDR. Es sollte nicht nur um die Angleichung der ostdeutschen Wissenschaftsstruktur an die in der Bundesrepublik vorhandenen Strukturen und Inhalte gehen, sondern um eine Reform des Hochschulwesens als Ganzes. Eine solche Interpretation des Einigungsvertrages wurde bezogen auf die HfÖ wohl nie in Betracht gezogen. Zum Zeitpunkt des Senatsbeschlusses lag weder die in Auftrag gegebene Begutachtung der Wissenschaftseinrichtungen der DDR vor, noch hatte die von der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung berufene Kommission ihre Vorschläge für eine Hochschulstrukturplanung unterbreitet (diese hatte der HfÖ lediglich einen informellen Blitzbesuch abgestattet). Einzige Grundlage des Abwicklungsbeschlusses war ein Gutachten eines Schweizer Hochschulprofessors (ein Professor für Zoologie mit dem Schwerpunkt Entwicklungsbiologie, der sich im Auftrag der Schweizer Regierung auch mit Wissenschaftspolitik beschäftigte). Er wollte »Ideen für eine Neuordnung« vorstellen und »Fehlentwicklungen in beiden Teilen Berlins korrigieren helfen«. Er kam zu dem Schluss, dass es in Westberlin nichts zu korrigieren gäbe (außer

bedenklich ausufernden Demokratisierungstendenzen in der Leitung der Universitäten) und unterbreitete Vorschläge zur Angleichung der ostdeutschen Wissenschaftsstruktur an in Westberlin vorhandene Strukturen und Inhalte. Chancen für neue zukunftsträchtige Strukturen wurden angesichts der »ostdeutschen Wissenschaftswüste« nicht gesehen.⁵ Gegenteilige Auffassungen, selbst von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Bundesrepublik, fanden kein Gehör. Nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Klaus Hüffner vom Institut für Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin, demonstrierte »die pauschale Abwicklung der Hochschule für Ökonomie, wie eine Chance für eine überfällige Reform des Hochschulwesens insgesamt« vertan worden ist.⁶ Eine objektive Bewertung der Leistungen der HfÖ fand nicht statt, es genügte für die Begründung der Abwicklung der Hinweis auf die HfÖ als »Kaderschmiede der DDR«⁷. Ein weiteres Argument, die HfÖ hätte als Spezialhochschule in der Hochschullandschaft der Bundesrepublik keine Überlebenschance gehabt, muss als vorgeschoben betrachtet werden, um die ausschließlich politisch begründete Entscheidung zu verschleiern. »Die Abwicklung der Hochschule, einer international angesehenen Institution mit fester Verankerung in der Gesellschaft, war aus der Sicht der Bundesregierung ein logischer Schritt. Bei der Lösung



Das Hauptgebäude

der nationalen und internationalen Probleme im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich sollte es keine dem Sozialismus verpflichteten Lösungswege geben«, meinte einer unserer Absolventen.

Die juristische Begründung lieferte schließlich das Oberverwaltungsgericht Berlin. Es bezeichnete die Auflösung der Hochschule als rechtmäßig und hat deren Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, mit der das Fortbestehen der Hochschule erreicht werden sollte, in zweiter Instanz zurückgewiesen. Der

5 Klaus Labsch: Statt Hochschulreform »Abwicklung«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 02/1991, S.143-146.

6 Michael Gardner: Rotstift ohne Evaluation angesetzt. In: Deutsche Universitätszeitung vom 4.3.1991.

7 Barbara Riedmüller: Wissenschaftsstadt Berlin. Hochschulen im Vereinigungsprozess. In: Werner Süß (Hrsg.): Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer Metropole. Berlin 1999.

Beschluss der Landesregierung zur Abwicklung sei auch auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zu beanstanden. Danach könne eine Einrichtung aufgelöst werden, wenn ihre Aufgaben wegfallen. Mit dem Untergang der DDR seien die Aufgaben der Hochschule als zentrale Bildungseinrichtung wirtschaftswissenschaftlichen Charakters entfallen.⁸

An Stelle der HfÖ wurde die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (seit 2009 Hochschule für Technik und Wirtschaft) neu gegründet. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HfÖ wurden entlassen, darunter rund 70 Professorinnen und Professoren, nachdem bereits vorher etwa 30 in den vorzeitigen Ruhestand oder in die Arbeitslosigkeit gedrängt worden waren. Eine individuelle Evaluierung der Hochschullehrerinnen und -lehrer hat nicht stattgefunden.

Ein Teil der entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fand neue Tätigkeitsbereiche, so u. a. in Einrichtungen der Kommunen oder der Länder, in Unternehmensberatungen, in Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, durch Berufung an Fachhochschulen, als Gastprofessorinnen und -professoren an (auch ausländischen) Universitäten, oder machte sich selbstständig. Grundlage dafür waren die an der HfÖ erworbene Qualifikation für die wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Arbeit sowie die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftspraxis.

Was ist geblieben?

20 Jahre sind nunmehr vergangen, seitdem die HfÖ abgewickelt wurde. Es ergibt sich die gewichtige Frage: Was ist von ihr geblieben? In erster Linie sind das ihre Absolventinnen und Absolventen.

Ein großer Teil von ihnen hat in der Wirtschaft, in wirtschaftsleitenden Institutionen, in Auslandsvertretungen und in wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR sowie in internationalen Organisationen verantwortungsvolle Tätigkeiten ausgeübt. Entgegen der Prognose der ehemaligen Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller, die den bei uns Diplomierten in der Marktwirtschaft wenig Chancen einräumte, haben sich diese auch unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in der Wirtschaft, bei Banken und Versicherungen, in Unternehmensberatungen und als Unternehmerinnen und Unternehmer, in kommunalen Einrichtungen und sogar in zentralen Institutionen des Bundes und der Europäischen Union bewährt und teilweise auch Führungspositionen eingenommen. Es sei ihm auch ein Anliegen gewesen, dass die DDR-Ausbildungs- und Berufsabschlüsse aner-

⁸ dpa-Dienst für Kulturpolitik 30/91, 22. Juli 1991.

kannt werden, sagte der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, in einem Interview am 15.03.2010. »Ich komme ja nicht mit einem Volk von Analphabeten«, beschreibt er seine Position.⁹

Auch viele ausländische Absolventinnen und Absolventen haben in ihren Heimatländern hochrangige Positionen in Wirtschaft, Politik oder im diplomatischen Dienst inne und bekennen sich öffentlich gern zu ihrer Hochschule. Offensichtlich muss man – trotz aller notwendigen kritischen Einschränkungen – daraus schlussfolgern, dass die Leistungen der HfÖ in Lehre und Forschung zumindest eine sachliche, d. h. vorurteilsfreie und differenzierte Beurteilung verdienen. Aber nicht nur das. Wenn es darum geht, Konsequenzen aus den jüngsten Fehlentwicklungen zu ziehen, kann auch die Geschichte der HfÖ durchaus anregend sein. An die Stelle der heute vorherrschenden volks- und betriebswirtschaftlichen Techniken und Modelle ohne sozialen und politischen Verstand¹⁰ muss ein ganzheitlich orientiertes Studium treten mit gesellschaftlichem Bezug und sozialer Zielsetzung. Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie brauche einen Paradigmenwechsel, schreibt Christa Luft in diesem Zusammenhang in ihrem Beitrag.

Wie sehen nun unsere Absolventinnen und Absolventen selbst ihr Studium an der HfÖ? Harald Nestler, von 1954 bis 1958 Student an der Hochschule für Außenhandel bzw. der Hochschule für Ökonomie, bis 1990 im Bereich Außenhandel der DDR tätig (davon viele Jahre in leitender Position als Generaldirektor eines Außenhandelsbetriebes und als Handelsrat in der Volksrepublik China) und danach noch 13 Jahre für andere Auftraggeber, sieht das heute so: »Zu keiner Zeit habe ich mich im Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge und um internationale Wirtschaftsbeziehungen meinen Geschäftspartnern unterlegen gefühlt. Defizite in kapitalistischer Betriebswirtschaftslehre und im westlichen Vertragsrecht waren nach 1990 schnell aufgeholt. Wir lernten im Studium wirtschaftliche Fakten zu analysieren und übten uns darin, sie dialektisch zu verknüpfen. Die allmähliche Befreiung von Stalinschen Denkvorschriften war eine gute Schule und eine nützliche Erfahrung. Absolventen der Hochschule für Ökonomie waren immer eine gute Wahl beim Einsatz für anspruchsvolle Aufgaben, davon konnte ich mich im Laufe der Jahrzehnte überzeugen.« Ähnlich sieht das Hans Grünhagen, Student der HfÖ von 1956 bis 1960 und viele Jahre ebenfalls im DDR-Außenhandel in leitender Position tätig: »Als ich mich im 54. Lebensjahr nach Abwicklung meines Betriebes, in dem ich 30 Jahre tätig war, beruflich völlig neu orientieren musste, gelang mir das auch dank meiner Aus- und Weiterbildung an der HfÖ ohne größere Schwierigkeiten«, schrieb er mir und sprach dabei für viele. Sein an der HfÖ

9 Jutta Schulz. In: Halberstädter Volksstimme vom 15. 03. 2010.

10 Rudolf Hickel: Der Neoliberalismus ist der größte Irrtum in der Geschichte des ökonomischen Denkens. In: Der Tagesspiegel vom 22.11. 2011.

erworbenes Diplom wurde auf Antrag durch die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung anerkannt, und nicht nur er sieht darin einen Widerspruch zum Beschluss, die HfÖ aufzulösen.

Die Zeitschrift »Capital« veröffentlichte 2009 unter der bezeichnenden Überschrift »Ausgebildet in Ruinen« ein Interview mit fünf unserer Absolventen der 1980er Jahre.¹¹ Was ist aus ihnen geworden, den »McKinseys des Ostens«, wurde gefragt. Sind sie abgestürzt als Gefangene einer Ideologie oder schafften sie den fliegenden Wechsel von VEB auf GmbH? Um es vorweg zu nehmen, geworden ist – wenn auch nicht ohne Brüche – aus allen etwas, als Unternehmerin oder Unternehmer, als Leiter einer 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassenden IT- Entwicklungsabteilung oder als Leiter des Präsidialbüros des Ostdeutschen Sparkassenverbandes. Welchen Anteil ihre Ausbildung an der HfÖ daran hatte, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander. Die Ausbildung war hart und leistungsorientiert, gebracht hat sie uns nach der Wende aber nur wenig, sagen die einen und meinen damit vor allem die Ausbildung in Marxismus-Leninismus. Für andere war sie der Grundstein für die spätere Karriere. Der Zufall will es, dass ein Vorstandsmitglied des Konzerns, zu dem die Zeitschrift »Capital« gehört, auch ein Absolvent der HfÖ ist. Torsten Jörn Klein, Student der Fachrichtung Außenwirtschaft von 1985 bis 1989, anschließend Forschungsstudent mit Wechsel in eine berufsbegleitende Aspirantur und Promotion 1991, war Direktor des Berliner Verlages und ist heute Vorstandsmitglied der Gruner & Jahr AG und verantwortlich für alle Auslandsaktivitäten des Konzerns und einen Umsatz von 2,5 Mrd. €. »Vieles, was wir lernten, ist heute nicht mehr nutzbar«, schrieb er mir. »Wichtiger als Inhalte waren für meine Entwicklung die während des Studiums erlernten Denk- und Arbeitsweisen und in diesem Zusammenhang der Einfluss der mich betreuenden Hochschullehrer, die trotz der in der DDR gegebenen Grenzen bemüht waren, den Horizont der Studenten zu erweitern und meine Persönlichkeitsentwicklung mit geprägt haben. Schade ist nur, dass ich, anders als meine westlichen Vorstandskollegen und sonstigen Geschäftspartner, durch Auflösung der HfÖ meine universitären Wurzeln verloren habe.«

Auch wenn man diese und ähnliche Meinungsäußerungen nicht ohne Weiteres verallgemeinern kann, so sprechen sie doch für viele, vor allem für jene, die gewillt waren, die im Studium gebotenen Chancen zu nutzen.

Das gilt auch für Silke Stapel, von 1982 bis 1986 Studentin der Fachrichtung Volkswirtschaft, danach Assistentin am Lehrstuhl Volkswirtschaftsplanung, ein Jahr an der Universität und am Institut für Volkswirtschaftsplanung in Nowosibirsk, 1989 promoviert und habilitiert und heute Abteilungsleiterin im Statisti-

¹¹ Andreas Halbuer/Stefan Tillmann: Ausgebildet in Ruinen. In: Capital 11/2009, S. 38-44.

schen Amt der Europäischen Union, Eurostat. »Ich gehöre zu den Absolventen der HfÖ, die sich mit Dankbarkeit an die Studenten- und Assistentenzeit erinnern«, schrieb sie mir. »Dank eines nicht zurückzuzahlenden Stipendiums konnte ich ohne ökonomische Zwänge studieren. Ich profitiere immer noch von Erkenntnissen und vom handwerklichen Rüstzeug, das mir die Ausbildung z. B. in Mathematik, Statistik, Informatik, Volkswirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte mitgegeben hat. Die Ausbildung in Fremdsprachen erlaubte es mir später, nahtlos auf der Ebene der Europäischen Union zu arbeiten. Einige ideologisch verbrämte Fächer wurden mit möglichst wenig Aufwand abgearbeitet. Natürlich sind nicht alle Lehrinhalte heute noch anwendbar – ein durchaus allgemeines Phänomen akademischer Ausbildung. Am wichtigsten ist jedoch für mich, dass ich trotz aller politischen Zwänge angehalten wurde, selbstständig zu denken, Fakten zu analysieren, den ›Status quo‹ zu hinterfragen und kurzfristige ökonomische Phänomene in den gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Im Einzelnen waren Qualität und Konformität mit dem politischen System bei den Lehrkräften unterschiedlich ausgeprägt. Ich hatte das Glück, mit kritischen Wissenschaftlern zu arbeiten, deren Denk- und Arbeitsweise mich heute noch beeinflusst.«

Frank Rainer Töpfer studierte an der Martin-Luther-Universität Halle Wirtschaftsrecht und kam 1982 an das Institut für Wirtschaftsrecht der HfÖ. »Dort herrschte eine offene, kritische und kreative Atmosphäre, wie sie auch heute noch unter viel einfacheren Bedingungen ein sehr seltenes Gut ist«, äußert er sich rückblickend. Während seiner Tätigkeit an diesem Institut absolvierte er ein zweijähriges postgraduales Studium »Internationales Wirtschaftsrecht« sowie Auslandsaufenthalte in Moskau und Peking. Die Promotion zum Dr. jur. erfolgte 1985. Sein Fazit: »Mir hat die Weiterbildung und die Tätigkeit an der HfÖ und die Fähigkeit, mich schnell in unbekannte juristische Sachverhalte einzuarbeiten, es ermöglicht, Partner in der weltgrößten internationalen Anwaltskanzlei Baker and McKenzie zu werden.« »Die DDR hat ja nicht die allergrößten Knallköpfe als Eliten herangezogen«, sagte der an der Universität Jena tätige Soziologe Heinrich Best, offenbar mit Blick auf solche Beispiele etwas salopp. »Das waren hochintelligente Leute, die in der Lage waren, rasch neues Wissen aufzunehmen«, wovon sie nach 1990 profitierten.¹²

In einer Zeit, da der ökonomische Mainstream versucht, alternative Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, zwar oft subtil in der Form, aber in der Sache nicht weniger doktrinär, zurückzudrängen, kann die Geschichte der Hochschule auch noch in anderer Hinsicht anregend sein. Die entstandenen und sich ständig

12 Zit. nach Halbuer/Tillmann: Ausgebildet, S. 40.

vertiefenden nationalen und globalen Widersprüche sind nicht ohne Renaissance gesamtvolkswirtschaftlichen Denkens und Handelns und ohne längerfristige Denkansätze zu lösen. Marktlogik ersetzt kein Gesellschaftsdenken. Durch das Primat der Politik müssen ganzheitliche Erfordernisse und Interessen über die von Gruppen gestellt, müssen unterschiedliche Eigentumsformen und Interessenkonstellationen auf ein gesamtvolkswirtschaftliches Ziel orientiert werden. Weder das zentralistisch-planwirtschaftliche noch neoliberale marktradikale Modelle können eine Antwort auf die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen geben. Die wichtigste Erfahrung des gescheiterten Sozialismusmodells ist, dass dies nur in einer demokratischen Gesellschaft und auf demokratische Weise bewältigt werden kann.

Der Lehrkörper der Hochschule war davon überzeugt, einer Idee zu dienen, die sich die Schaffung einer besseren und gerechteren Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Wenn letztlich alle damit verbundenen Anstrengungen scheiterten, hatte das viele Gründe. Erblasten sowie innere Widersprüche und äußere Einflussfaktoren gehören dazu. Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, sie näher darzustellen. Dieses Sozialismusmodell ist zwar gescheitert, nicht aber, und das ist meine Überzeugung und die vieler meiner Kolleginnen und Kollegen, die Idee. Man kann es auch mit den Worten des Germanisten Hans Mayer sagen: »Das Ende der DDR bedeutet nicht das Ende eines Denkens über gesellschaftliche Alternativen.«¹³

13 Hans Mayer: Der Turm von Babel. In: Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik. Frankfurt a. M. 1991, S. 258.

Klaus Peter Kisker

Das Elend bundesdeutscher ökonomischer Lehre und Forschung

Die Welt bewegt sich möglicherweise unaufhaltsam auf einen jener tragischen Wendepunkte zu, der zukünftige Historiker zu der Frage veranlassen wird, warum nicht rechtzeitig etwas unternommen worden ist.

Ethan B. Kapstein

Über das »Elend der Philosophie« lästerte einst Karl Marx.¹ Er meinte die Theorien des französischen Anarchisten Pierre J. Proudhon, der die realen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begriffen habe. Heute würde Marx das Elend der Volkswirtschaftslehre beklagen, und zwar das der Nachkriegszeit in der alten Bundesrepublik und insbesondere das der letzten 20 Jahre im vereinigten Deutschland.

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in weiten Kreisen der Bevölkerung die Auffassung, dass eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft durch Sozialisierung notwendig sei, um eine erneute Entwicklung zu einem Faschismus zu verhindern. Bezeichnend dafür sind die Ausführungen von Erik Nölting auf dem Parteitag der SPD von 1947, wo er angesichts seiner, Kurt Schumachers und Victor Agartz' Einschätzung nach, dass eine umfassende Sozialisierung unmittelbar bevorstehe, sagte, dass »der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten (sei): Verwirklichung und Erfüllung«². Dieser starken Strömung setzten Walter Eucken, Franz Böhm, Alexander Rüstow u. a. den in den 1930er Jahren von ihnen entwickelten »ORDO-Liberalismus«, eine Variante des Neoliberalismus, entgegen, der aufgrund massiver Unterstützung durch die US-amerikanische Militärregierung (u. a. mit der Außerkraftsetzung von Sozialisierungs-Artikeln in den Länderverfassungen) durchgesetzt werden konnte.³

1 Vgl. Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, S. 62 ff.

2 Hans Jochen Brauns/Urs Jaeggi/Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick/Burkhard Zimmermann: SPD in der Krise. Frankfurt a. M. 1976.

3 Der Begriff wurde 1938 von Alexander Rüstow auf einer Pariser Konferenz geprägt, zu der Friedrich von Hayek und Ludwig von Mises eingeladen hatten (vgl. FN. 16). Der ORDO-Liberalismus verstand sich als antisozialistisch und antikeynesianistisch. Dem Sozialismus bzw. dem Kommunismus – beides wurde bezeichnenderweise mit Stalinismus in einen Topf geworfen – und auch dem Keynesianismus warfen sie Kollektivismus vor. (Vgl. auch Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Hamburg 2004; Hans Albert: Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Frankfurt a. M. 1966. Letzterer hebt den nichtwissenschaftlichen Charakter des ORDO-Liberalismus hervor.)

Der Bastard-Keynesianismus

Der ORDO-Liberalismus war in den 1950er Jahren politisch sehr einflussreich, in der Lehre und Forschung an den westdeutschen Universitäten fand er hingegen nur geringes Interesse. An den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in der Bundesrepublik und in Westberlin dominierte seit dem Zweiten Weltkrieg die Lehre von John Maynard Keynes. Vorwiegend allerdings in der vor allem von John Richard Hicks vertretenen Version, der sogenannten neoklassischen Synthese⁴, die von Joan Robinson, der Nachlassverwalterin von Keynes, zu Recht als Bastard-Keynesianismus bezeichnet wurde.⁵ Die Lehrbücher von Paul Samuelson und Erich Schneider, die neben Franco Modigliani und anderen diesen Ansatz vertraten, waren in den 1950er und 1960er Jahren ein »Muss« für die Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaft.⁶

Kernstück dieser Theorie sind die aus der keynesianischen Theorie abgeleiteten IS-LM-Modelle. Sie sollen ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht beschreiben, das aus einer Kombination der Gleichgewichte auf dem realen und dem monetären Sektor entsteht. I steht hier für Investitionen, S für Sparen, L für die Geldnachfrage und M für das von der Zentralbank exogen vorgegebene Geldangebot. Die Investitionen sind in diesem Modell ausschließlich vom Zins abhängig, das heißt niedrige Zinsen führen zu hohen Investitionen und vice versa. Auch die Geldnachfrage ist in diesem Modell durch die Zinshöhe bestimmt. Das Modell, später vielfach modifiziert und erweitert, soll zeigen – so die Behauptung seiner Vertreterinnen und Vertreter –, dass im Normalfall Arbeitslosigkeit mit flexiblen Preisen einschließlich flexibler Löhne nicht vereinbar sei, also die neoklassische Theorie Gültigkeit besitzt.⁷ Nur Rigiditäten können demnach ein stabiles Vollbeschäftigungsgleichgewicht verhindern. Gemäß dieser Theorie muss die Wirtschaftspolitik nur mögliche Blockaden beseitigen, um Vollbeschäftigung zu garantieren. Diese neoklassische Synthese wurde und wird bis heute in nahezu allen Lehrbüchern als Keynesianismus verbreitet, obwohl sie mit dem Keynesianismus faktisch nichts zu tun hat. Sie pervertiert die Keynesschen Ideen wie Axel Lei-

4 Vgl. John Richard Hicks: Mr. Keynes and the »Classics«. A Suggested Interpretation. In: *Econometrica*. Vol. 5 (1937); die Vollendung der neoklassischen Synthese vollzieht dann Don Patinkin 1965 (vgl. Don Patinkin: *Money, Interest and Price. An Integration of Money and Value Theory*. New York 1965).

5 Vgl. Joan Robinson: Review of *Money, Trade and Economic Growth* by H.G. Johnson. In: *Economic Journal* 72. September 1962, S. 691.

6 Vgl. Harald Hagemann: Zur frühen Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler. In: Harald Hagemann/Gustav Horn/Hans Jürgen Krupp (Hrsg.): *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt*. Marburg 2008.

7 Eine detaillierte Darstellung des IS-LM-Modells ist bei Felderer/Homburg zu finden (vgl. Bernhard Felderer/Stefan Homburg: *Makroökonomik und neue Makroökonomik*. Berlin u. a. 1987).

jonhuvud bereits 1969 nachgewiesen hat. Er schreibt, dass dieses Modell völlig ungeeignet ist, die Ideen von Keynes zu interpretieren.⁸

Besonders bemerkenswert ist, dass bei der Keynes-Rezeption in der Nachkriegszeit das 22. und 24. Kapitel der »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« generell unterschlagen wurde.⁹ Hier wendet sich Keynes – seine vorangegangenen Analysen resümierend – scharf gegen die bis dato in der theoretischen Ökonomie herrschenden Harmonievorstellungen: »Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.«¹⁰ Er betont die Bedeutung der Investitionen für den unvermeidlich krisenhaften Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft und zieht als Schlussfolgerung aus seiner Analyse die Erkenntnis, dass neben einer Stärkung des sogenannten Hangs zum Verbrauch und einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen eine sozial geleitete Investitionsrate unumgänglich ist. Daraus folgt für ihn: »Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muss, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.«¹¹ Solche kapitalismuskritischen Töne und solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen passten nicht zu dem Weltbild der Vertreterinnen und Vertreter der herrschenden Lehre.

Dass der insbesondere von Joan Robinson, Victoria Chick, Paul Davidson, Richard Goodwin, Nicholas Kaldor, Michał Kalecki, Hyman Minsky, Luigi Pasinetti und William Vickrey entwickelte postkeynesianische Ansatz in der Lehre kaum Berücksichtigung fand, ist ebenfalls nicht erstaunlich, belegt diese Theorie doch, dass die von Keynes herausgearbeiteten Ursachen für die kurzfristige Instabilität kapitalistisch regulierter Systeme auch für die längerfristige Entwicklung gelten.¹² Dieses Ergebnis durfte nicht wahr sein, schon gar nicht in der Zeit des Kalten Krieges, in der alles darangesetzt wurde, die Überlegenheit der westlichen Wirtschaftsordnung gegenüber der des Ostblocks zu demonstrieren.

8 Vgl. Axel Leijonhuvud: *Keynes and the Classics*. London 1969.

9 Eine bemerkenswerte Parallele zu der Unterschlagung von Schlussfolgerungen war in den Ostblockstaaten zu sehen. Der Band 33 von Lenins »Gesammelten Werken«, in dem die letzten Aufsätze Lenins mit einer scharfen Kritik am Aufbau und der Entwicklung der Sowjetunion abgedruckt sind, war in den Buchläden der DDR nie zu bekommen und bei den Studentinnen und Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin völlig unbekannt.

10 John Maynard Keynes: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Berlin 1955, S. 314.

11 Ebenda, S. 319.

12 Erst in den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik der Ansatz wieder aufgegriffen worden insbesondere von Eckhard Hein, Jürgen Kromphardt, Norbert Reuter und Karl Georg Zinn.

Keynes wurde dementsprechend von der herrschenden Lehre als Steinbruch verwendet, passende Stücke wurden mitgenommen und verwendet. Schwere, unpassende, das heißt vor allem systemkritische Brocken, wurden ignoriert. Das galt in der Nachkriegszeit sowohl für Forschung und Lehre an den Universitäten, für die Politikberatung – zum Beispiel durch den 1963 per Gesetz eingerichteten Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – wie für die praktizierte Wirtschaftspolitik.

Wenn später am Ende der 1970er Jahre vom Scheitern des Keynesianismus gesprochen wurde, ist dem entgegenzuhalten: Scheitern kann nur etwas, was versucht worden ist. Aber weder in der Forschung und Lehre, noch in der praktischen Wirtschaftspolitik ist Keynes jemals umfassend ernst genommen worden. Zwar gab es in den USA – in der kurzen Kennedy-Ära unter dem Einfluss des Kennedy-Beraters John Kenneth Galbraith –, in Großbritannien sowie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1965 Ansätze einer keynesianischen Wirtschaftspolitik. Eine konsequente, auf Keynes' Analyse aufbauende Wirtschaftspolitik hat es jedoch bis heute zu keinem Zeitpunkt in keinem Land gegeben. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital wäre jeder Versuch in dieser Richtung am Widerstand des Kapitals gescheitert. Das zeigen bereits die Diskussion um die Konzepte von Keynes seit den 1930er Jahren in den USA, wo er zwar von den Eliteuniversitäten aufgegriffen wurde, aber in der Wirtschaft auf wütende Ablehnung stieß.

In der Bundesrepublik zeigte sich die Ablehnung vor allem in den Debatten um die sogenannte Deregulierung seit den 1970er Jahren. Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerten Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen: Lohnsteigerungen, da hier sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers wie insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, dass sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können.

Michał Kalecki hat bereits in den 1940er Jahren den Widerstand der Unternehmerinnen und Unternehmer gegenüber jeder aktiven Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert. Er schreibt: »Die ›Führer der Wirtschaft‹ widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich.
2. Das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums).

3. Das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird.«¹³

Die neokonservative Konterrevolution

Die »neokonservative Konterrevolution« (James Tobin), die wesentlich auf den von Milton Friedman und seinen »Chicago-Boys« in den 1960er Jahren weiterentwickelten Ideen der 1930er Jahre beruht (und über den Nobelpreisträger Paul A. Samuelson gehöhnt haben soll: »Zum Lachen!«), war bzw. ist die interessenkonforme Theorie zur ideologischen Legitimation der Kapitalinteressen und der den Kapitalinteressen verpflichteten Regierungen. Der Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, der Stagflation und dann vor allem der strukturellen Überakkumulation mit anhaltender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut auch in den reichen Industrienationen, dauerhaft unbefriedigender Kapazitätsauslastung und neuen Zentralisationsstrategien standen die Vertreterinnen und Vertreter der neoklassischen Synthese hilflos gegenüber – ähnlich wie die Neoklassik Ende der 1920er Jahre der ersten großen Weltwirtschaftskrise, trotz aller Erkenntnisse von Keynes und Co.¹⁴ Das zeigt sich besonders deutlich in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates der damaligen Jahre.¹⁵ Der Mainstream-Bastard-Keynesianismus war unfähig, diese neue Entwicklung zu analysieren, vor allem unfähig, Zusammenhänge zwischen kurzfristig konjunkturellen und längerfristig strukturellen Krisenprozessen zu erkennen. Demgemäß war er nicht in der Lage, Strategien gegen die Krisen zu entwickeln.

Das war die Stunde des Neoliberalismus, der lange ein randständiges Leben geführt hatte, diese Zeit aber nutzte, um ein Netzwerk von Kapitalvertreterinnen bzw. -vertretern und Intellektuellengruppen zu knüpfen, bei der die 1947 von Friedrich von Hayek gegründete neoliberale Mont-Pèlerin-Society eine herausragende Rolle spielte.¹⁶ Seine Chance und seinen Erfolg Ende der 1970er Jahre verdankt der Neoliberalismus aber nicht nur der Hilflosigkeit der Bastard-Keynesianer, son-

13 Michał Kalecki: Politische Aspekte der Vollbeschäftigung. In: Michał Kalecki: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Marburg 1987, S. 235 f.

14 Hier ist vor allem auf Alvin H. Hansen mit seiner Theorie der säkularen Stagnation hinzuweisen (vgl. auch Rudolf Hickel/Klaus Peter Kisker/Harald Mattfeldt/Axel Troost (Hrsg.): Politik des Kapitals heute. Hamburg 2000, darin Klaus Peter Kisker: Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse im Zeitalter der Globalisierung, S. 65 ff.

15 Die Unfähigkeit des Sachverständigenrates die Entwicklung zu analysieren, war dann 1975 der Anlass, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu gründen und als »Gegengutachten« das seit dem jährlich veröffentlichte Memorandum zu publizieren.

16 Die Mont-Pèlerin-Society ist die Nachfolgeorganisation des in den 1930er Jahren gegründeten »Colloque Walter Lippmann«. Ihr gehörten neben den bereits genannten u. a. Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Milton Friedman an. Einzelheiten dazu vgl. Jürgen Nordmann: Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Hamburg 2005 und David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007.

dem vor allem dem Wunsch des Kapitals nach rigoroser Entfesselung der Märkte angesichts der dramatisch verschlechterten Verwertungsbedingungen.¹⁷ Das Ergebnis der neokonservativen Konterrevolution, die sich weltweit an den Hochschulen und in der Wirtschaftspolitik Ende der 1970er Jahre durchsetzte¹⁸ und damit den sogenannten Keynesianismus als herrschende Lehre verdrängte, war, dass die Volkswirtschaftslehre immer stärker zur Rechtfertigungslehre von Kapitalinteressen verkam, ansonsten sich aber von der gesellschaftlichen Realität abkoppelte. Ein zentraler Grund für diese Fehlentwicklung war und ist, dass die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Makroökonomie nicht willens oder in der Lage waren, das kapitalistische System als solches zu hinterfragen und zu sehen, dass sich zuspitzende Widersprüche die Grenzen der zivilisatorischen Entwicklung markieren. Nach dem Motto: »Was nicht sein darf, das kann auch nicht sein!« wurden und werden bis heute endogene bedingte Widersprüche und Fehlentwicklungen des Kapitalismus geleugnet bzw. eskamotiert. Statt kritischer Auseinandersetzung mit der Realität etablierte sich seit den späten 1970er Jahren eine blinde, fast religiöse Marktgläubigkeit. Fehlentwicklungen sind demnach nicht auf endogene Gesetzmäßigkeiten des Regulierungssystems, sondern ausschließlich auf exogene Schocks wie staatliche Interventionen und Gewerkschaftsmacht zurückzuführen. Diese Geisteshaltung führte dazu, dass Makroökonominen und Makroökonominnen in den vergangenen 20 bis 30 Jahren alle möglichen obskuren Themen erforscht haben – und zwar mit großem Aufwand an Mathematik, um dahinter die Banalität ihrer »Erkenntnisse« verstecken zu können. Fragen, warum es immer wieder zu konjunkturellen Krisen kommt und warum die strukturelle Überakkumulationskrise entstehen musste und was deren Folgen sind, wurden und werden dagegen von der Mehrheit der Professorinnen und Professoren ignoriert. Mit dem jedem wissenschaftlichen Anspruch spottendem Argument, dass Analysen, die Instabilitäten zeigen, mit Misstrauen betrachtet werden müssen, »da alles, was wir auf der Welt für lange Zeit vorfinden, gewisse Stabilitätseigenschaften hat«,¹⁹ wird von Wilhelm Krelle, einem der prononciertesten Vertreter der neoklassischer Ideologie behauptet, dass die keynesianischen Modelle die Realität nicht richtig erfassen. Robert Solow schreibt in seinem für diese Theorie grundlegenden Aufsatz von 1956, dass die von der keynesianischen Theorie festgestellte Instabilität auf der Annahme einer realitätsfernen limitationalen Produktionsfunk-

17 Klaus Peter Kisker: Der Neoliberalismus ist die Verschärfung, nicht die Lösung der Krise. In: Joachim Bischof/Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus. Hamburg 1998, S. 81 ff.

18 In Großbritannien erfolgte der Wechsel zur Thatcher-Regierung mit der Wende zu einem rigiden Monetarismus im Jahre 1979, in den USA wurde 1981 der Wechsel zu einer neokonservativen Politik mit Ronald Reagan eingeläutet und 1982 wurde die Abkehr von einer mit vielen Einschränkungen als sozialstaatlich orientierten und mit keynesianischen Elementen versetzten Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik besiegelt.

19 Wilhelm Krelle: Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin-Heidelberg-New York-Toronto 1985, S. 77.

tion beruhe.²⁰ Dass es die neoklassischen Ideologinnen und Ideologen nicht nötig haben, solche Behauptungen wie auch ihre realitätsfernen Modelle argumentativ zu verteidigen, beweist Krelle. Auf die Kritik der Grand Old Lady der Volkswirtschaft, Joan Robinson, an seinen Annahmen schreibt er: »Joan Robinsons Theorie ... ist außerdem weit entfernt von aller Realität ... Man hat also abzuwägen, ob der Joan Robinsonsche Begriffsapparat so viel mehr bringt, dass die Nachteile, die aus einem Verzicht auf die Produktionsfunktion erwachsen, aufgewogen werden. Wir sind – mit der großen Mehrzahl aller Nationalökonominnen – der Ansicht, dass das nicht zutrifft.«²¹ Wissenschaftliche Erkenntnis ist demnach nicht eine Frage der Logik und des Beweises, sondern eine der selbstorganisierten Mehrheit.²²

Ein besonders krasses Beispiel, wie sich neoliberale Volkswirtinnen und Volkswirte von der Realität verabschiedet haben, liefert Robert Lucas, einer der Architekten der heute etablierten Ökonomie und Nobelpreisträger des Jahres 1995 aus Chicago. Rezessionen erklärt er in seinen theoretischen Arbeiten für unbedeutend. Wirtschaftsabschwünge richteten seiner Ansicht nach langfristig so geringe Schäden an, dass sich die Wirtschaftspolitik nicht weiter darum kümmern müsse. 2003 prahlte Lucas gar, die Volkswirtschaftslehre habe das zentrale Problem, wie Depressionen zu verhindern sind, gelöst. Für Makroökonominnen und -ökonominnen gebe es kein langweiligeres Thema als Konjunktur und Krisen.²³

Aus der Sicht der herrschenden Lehre, der neoliberalen Ideologie, ist die Frage nach dem bestmöglichen Regulierungssystem also grundsätzlich gelöst. Für sie ist der Sieg des sogenannten Liberalismus über alle anderen Regulierungssysteme die endgültige Antwort auf diese Herausforderung und stellt, wie Francis Fukuyama behauptete, das alternativlose »Ende der Geschichte« dar.²⁴ Diese apodiktische Feststellung ähnelt Auffassungen, die bis in die 1980er Jahre in den Ostblockstaaten vertreten wurden, dass mit der Durchsetzung des als Sozialismus bezeichneten Systems die Frage nach einem menschlichen Regulierungssystem grundsätzlich beantwortet sei.

Die Behauptungen von Solow, Krelle und Lucas bündeln das Elend der etablierten Volkswirtschaftslehre. Ihre Prämissen, Methoden und Ergebnisse sind losgelöst von der Realität und zudem widersprüchlich. Betroffen ist vor allem die Makroökonomie, ein Forschungszweig, dessen Relevanz für Wohl und Wehe von

20 Robert Solow: A Contribution to the Theory of Economic Growth. In: Quarterly Journal of Economics 70 (1956).

21 Krelle: Theorie, S. 796.

22 Wie solche Mehrheiten erzielt und erhalten werden, zeigte Wilhelm Krelle als Gründungsdekan beim Wiederaufbau des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin 1990. Zu den Anhörungen in den Berufungsverfahren wurden ausschließlich neoliberal orientierte Dozentinnen und Dozenten eingeladen, andere Bewerbungen wurden ignoriert.

23 Olaf Storbeck: Ökonomie. Leben in der Scheinwelt. In: Olaf Storbeck www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/wissenswert/leben-in-der-scheinwelt/3551402.html

24 Francis Fukuyama: The end of history? In: The Natural Interest. No. 16 (1989) S. 3 ff.

Millionen Menschen auf der Welt nicht überschätzt werden kann. Die Mehrheit der Mainstream-Makroökonominnen und -ökonomern igelt sich in einer Scheinwelt ein, die mit der Wirklichkeit nur zufällige Parallelen besitzt. Die Methoden und Modelle, die in ihrer neoklassischen Forschung üblich sind, haben den Blick auf die Probleme, die zu der zweiten Weltwirtschaftskrise 2008 geführt haben, verstellt, wie vorher schon den Blick auf Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Elend.²⁵ Die eklatanten Schwächen der herrschenden Lehre zeigen auch die Wirtschaftsgutachten aus jüngster Zeit und demgemäß die unprofessionellen und widersprüchlichen Versuche der Politikerinnen und Politiker, die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Politische Ökonomie

Im Unterschied zum westlichen Ausland existierte Marx an den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der westdeutschen und Westberliner Universitäten bis 1968 nicht. Marxismus galt in den Zeiten des Kalten Krieges als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft. Geringfügig anders sah es bei den sogenannten weicheren Wissenschaften wie etwa der Soziologie, Politologie sowie Philosophie aus. Hier gab es z.B. die »Frankfurter Schule«, die seit der Rückkehr von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer aus der Emigration an die Frankfurter Goethe-Universität 1950 wieder marxistische Probleme in Forschung und Lehre aufgriff. Um so erstaunlicher ist es, dass Ende der 1960er Jahre an der Freien Universität Berlin, dann wenig später an den Universitäten in Bremen, Oldenburg und Osnabrück sowie Regensburg und Aachen Lehrveranstaltungen zur marxistischen politischen Ökonomie besucht werden konnten.

Drei verschiedene Ursachen sind für diese Entwicklung zu nennen: das Interesse und dann vor allem der Druck kritischer Studentinnen und Studenten, die Unzufriedenheit junger Dozentinnen und Dozenten sowie Assistentinnen und Assistenten mit der mangelhaften Analysefähigkeit der herrschenden Lehre und schließlich die kurzzeitige Verunsicherung der etablierten Kräfte an den Hochschulen.

Die Studentenbewegung der 1960er Jahre war eine vielschichtige politische Bewegung, die die »herrschenden Verhältnisse« in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre radikal kritisierte und bekämpfte. Sie war Teil der von den USA

²⁵ Ein Antrag an einen Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, sich angesichts der Veröffentlichung des von der Weltbank herausgegebenen Weltentwicklungs-Berichtes 2001 »Bekämpfung der Armut« mit dem Thema der Armut zu befassen, wurde mit der Begründung abgelehnt, Armut sei nicht exakt mathematisch zu erfassen und deshalb kein Thema für die Wirtschaftstheorie.

ausgehenden internationalen Studentenbewegung, aber auch von der »Frankfurter Schule« inspiriert. Ihr Selbstverständnis war zunächst emanzipatorisch, größtenteils antiautoritär gegen die »Herrschaft von Menschen über Menschen« gerichtet. Die Mehrheit lehnte das im Ostblock herrschende System mit der gleichen Rigorosität ab wie die westlichen Systeme. Diese Studentenbewegung verlangte von der Wirtschaftswissenschaft Antworten auf die drängenden Probleme. Mit der Gründung von »Roten Zellen«, die in den Lehrbetrieb eingriffen und alternative Lehrangebote organisierten, und in Sit-Ins durchbrachen sie die herkömmlichen akademischen Rituale. Verunsichert sahen sich die konservativen Kräfte an den Hochschulen und auch in der Politik gezwungen, begrenzte Freiräume zu öffnen. Das führte u. a. in Westberlin zu einem neuen, den kritischen Studentinnen und Studenten sowie Assistentinnen und Assistenten ein Stück entgegenkommenden Hochschulgesetz und in dem SPD-regierten Bremen zur Gründung einer betont demokratischen Reformuniversität, die von den etablierten Kräften bald als »Rote Kaderschmiede« verunglimpft wurde. Dieses vorübergehend offene Zeitfenster, das einige systemkritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Einstieg in eine akademische Karriere nutzen konnten, wurde bald wieder geschlossen. Mit der Gründung der »Notgemeinschaft für eine Freie Universität« und dem »Bund Freiheit der Wissenschaft« setzte ein Rollback ein. Linke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden diskreditiert, als Verfassungsfeinde gebrandmarkt, ausgegrenzt, mit Disziplinarverfahren überzogen und bei ihrer Arbeit massiv behindert. Selbstverständlich waren sie weitgehend von allen Drittmittel-Quellen ausgeschlossen. Lediglich die Hans-Böckler-Stiftung und dann nach 1991 die Rosa-Luxemburg-Stiftung förderten im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten politökonomische Projekte. Trotz dieser widrigen Umstände entwickelte sich in der Bundesrepublik und in Westberlin eine fruchtbare, sehr lebendige politökonomische Diskussion mit vielen wichtigen Veröffentlichungen, in denen versucht wurde, Marx' Theorie weiter zu entwickeln. Neben den theoretischen Arbeiten, die als Monographien oder als Zeitschriftenaufsätze u. a. im »Argument«, in der »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft«, in der »Prokla«, in »Sozialismus«, in »Z« und anderen Periodika erschienen, sind die seit 1975 jährlich veröffentlichten Memoranden der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« zu nennen, die sich wie die Gutachten des Sachverständigenrates an Politiker und Vertreter von Verbänden, zusätzlich an Gewerkschaften, NGO-Vertreter und an politisch Interessierte wenden.²⁶ Inzwischen sind diejenigen, die in dem Zeitfenster einen Arbeitsplatz an einer Universität erreichen konnten, emeritiert, pensio-

26 Bezeichnenderweise wurden die Memoranden im Gegensatz zu den Gutachten des Sachverständigenrates in den 1970er und 1980er Jahren von der gesamten Presse totgeschwiegen. Auch in den letzten 20 Jahren ist die Resonanz sehr gering.

niert oder gestorben. Selbstverständlich ist kein politökonomischer Lehrstuhl nach dem Ausscheiden der Inhaberin oder des Inhabers wieder mit einer Politökonomin oder einem Politökonom besetzt worden, so dass heute an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der deutschen Universitäten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine marxistisch orientierte Lehre und Forschung mehr existiert. Etwas besser sieht es an einigen Fachhochschulen aus. Die Behauptung, diese Situation sei von den »68ern« selbst verschuldet, sie hätten sich zu wenig um Nachwuchs gekümmert, ist absurd. Es gab in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren zwar politökonomische Lehrveranstaltungen, politökonomisch interessierte Studentinnen und Studenten konnten mit entsprechenden Arbeiten ihr Diplom erwerben und promovieren, entsprechende Habilitationen sind jedoch fast ausnahmslos unterbunden worden.²⁷ Da in diesen Verfahren der zuständige Fachbereich die Gutachterinnen bzw. Gutachter bestimmt, fand sich immer eine bzw. einer, die bzw. der der Schrift jede Wissenschaftlichkeit absprach. Schlimmer noch, viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben angesichts der Hoffungslosigkeit, mit einem politökonomischen Ansatz zu habilitieren und danach einen Ruf an eine Universität zu bekommen, von einer akademischen Karriere Abstand genommen und ihre Reproduktion lieber in den Gewerkschaften, bei Parteien oder in der Wirtschaft realisiert. Die sehr ambivalente Folge dieser Entwicklung ist, dass aufgrund des hohen Zuspruches, den die politökonomischen Lehrveranstaltungen fanden und bis heute noch finden und aufgrund vieler Diplomarbeiten und Promotionen mit marxistischen Inhalten, der Anteil politökonomisch geschulter Führungskräfte in der Wirtschaft, vor allem aber in den Gewerkschaften recht hoch ist. An den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der deutschen Universitäten ist dagegen die politische Ökonomie so gut wie ausgestorben.

Resümierend ist festzuhalten: Das Elend der ökonomischen Lehre und Forschung zeigt sich beim Bastard-Keynesianismus eindeutig. Er ist gescheitert, weil er trotz des Einbaus vieler neoklassischer Elemente den Kapitalinteressen weniger entgegenkam als der Neoliberalismus und weil er den Strukturbruch hin zu der strukturellen Überakkumulation in den 1970er Jahren nicht erklären und demgemäß auch keine Strategien zur Lösung der damaligen Probleme anbieten konnte. Bei dem Neoliberalismus ist das Urteil von der Interessenlage abhängig. Das Kapital, insbesondere die Finanzkapitalistinnen bzw. -kapitalisten und die Mehrheit der Vermögensbesitzerinnen bzw. -besitzer sehen den Neoliberalismus nach wie vor als unverzichtbare Legitimationsgrundlage für ihre Ansprüche und als erfolgrei-

²⁷ Da an den Fachhochschulen keine Habilitation vorausgesetzt wird, konnten dort politökonomisch orientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – oft nach einer Zeit außerhalb der Universität – eher als an den Universitäten unterkommen.

ches Instrument, diese ihre Interessen durchzusetzen. Wenn sie von Elend sprechen dann nur, wenn sie beklagen, dass Regierungen die neoliberalen Rezepte nicht konsequent anwenden.

Aus der Sicht einer kritischen Gesellschaftsanalyse, der die Anerkennung der Würde aller Menschen ebenso wichtig ist wie die Verantwortung gegenüber der Natur, muss die neoklassische Ideologie als asoziale und ökologische Lehre charakterisiert werden, die jedes Jahr mehr Menschenleben zerstört, als es das Gemetzel in den sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges getan hat, wie der ehemalige Sonderberichterstatler der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, belegt hat. Tag für Tag – so schreibt er – sterben auf unserem Planeten ungefähr 100 000 Menschen an Hunger oder den unmittelbaren Folgen des Hungers. Alle sieben Sekunden verhungert auf der Erde ein Kind unter zehn Jahre, nicht weil es zu wenig Nahrungsmittel gibt, sondern weil die auf den Neoliberalismus aufgebaute Weltordnung verhindert, dass die Reichtümer dieser Erde human verteilt werden können.²⁸ Das Elend -zutreffender der Skandal – der ökonomischen Lehre und Forschung – ist, diese und andere brennenden Probleme der Menschheit nicht zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Im Gegenteil, die Ökonominen und Ökonomen des Mainstreams versuchen alles, um die anhaltenden Krisen nicht als systemische Krisen, sondern als Folge »individueller menschlichen Fehlverhaltens« (Stichworte: »Gier«, »Faulheit« und ähnliches) hinzustellen.

Politische Ökonomie als handlungsrelevantes Wissen wird in naher Zukunft vermutlich nur außeruniversitär durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, durch Gewerkschaftsseminare, die oben genannten Zeitschriften sowie durch von Studentinnen und Studenten organisierte »Kapital«-Lesekreise vermittelt werden können. Diesen Institutionen kommt damit eine eminent wichtige Aufgabe bei der Vermittlung der marxistischen politischen Ökonomie zu.

In den nächsten Jahren ist mit sich verschärfenden Krisenprozessen zu rechnen, die die sozialen Protestbewegungen vermutlich weiter anfachen werden. Diese Protestbewegungen, so heterogen sie zur Zeit noch sind, haben eins gemeinsam – sie sind Versuche, die sozialen Verhältnisse, indem sie politisch begriffen werden, zu verändern. Es bleibt zu hoffen, dass diese emanzipatorischen gesellschaftlichen Protestwellen, ähnlich wie 1968 und basierend auf einem pluralen Theorie- und Methodenverständnis, die wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereiche der deutschen Universitäten dazu zwingt, sich der Realität zu stellen und emanzipatorische, heterodoxe Ökonomieansätze in Lehre und Forschung aufzunehmen.

28 Vgl. Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München 2005, S. 11 ff.

Klaus Müller

Wirtschaftsstudium in der BRD und der DDR – Ähnlichkeiten und Unterschiede

Mit dem Wissen wächst der Zweifel.

Johann Wolfgang v. Goethe

Durch Fichte, Schelling und Wilhelm von Humboldt gelangten die Universitäten zu einem neuen Selbstverständnis. Wissen bedeutete den Gelehrten »etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes«. Zwei Aufgaben ergaben sich daraus für die Universitäten: Wissen zu verbreiten und es ständig zu suchen. Seit Ausgang des 18. Jahrhunderts wird an den höchsten Bildungsstätten gelehrt *und* geforscht, unterbrochen nur von 1815 bis 1848/49: Metternich verwandelte während der Restauration die Universitäten wieder in Ausbildungsanstalten für den Staat.

Die Hochschulen in der BRD und der DDR ähneln und unterscheiden sich, wie auch das wirtschaftswissenschaftliche Studium zeigt.

Bildung und Ausbildung

Einseitige Ziele, verkürzte Inhalte

Erleben wir eine neue Restauration? Kultusminister- und Hochschulrektorenkonferenzen setzen den Universitäten ein Ziel. Es heißt Berufsbefähigung (Employability). Diese einseitige Orientierung des Universitätsstudiums ersetzt Bildung durch Ausbildung. Aus dem Studium wird eine Schulung für den Beruf, aus Universitäten werden Lernfabriken. Der verwertbare Mensch rückt an die Stelle des gebildeten Menschen. Es zählt, was der Wirtschaft und dem Staat nützt. Universitäten sind dazu da, junge Menschen zu befähigen, verantwortungsvolle Aufgaben in der Praxis zu übernehmen. Sie vermitteln Kenntnisse, die direkt verwendbar sind. Diese nennt man »Verfügungswissen«. Auch das Ökonomiestudium in der DDR bereite auf den Beruf vor. Arbeitsplätze, am Anfang meist Sachbearbeiterstellen, waren den Absolventinnen und Absolventen der DDR-Hochschulen sicher. Viele kletterten bald höher. Heute wechseln Universitätsabsolventinnen und -absolventen von einem Kurzzeitjob zum anderen oder werden Praktikantinnen

und Praktikanten und akquirieren Kundschaft per Telefon. Wenn sie Glück haben, verkaufen sie Produkte, nennen sich Vertriebsingenieurin bzw. Vertriebsingenieur oder Regionalleiterin bzw. Regionalleiter und erklimmen weitere Sprossen auf dem Weg nach oben.

Doch es ist der Tradition der höchsten Bildungsstätten unwürdig, sich auf die Vermittlung von Fachwissen zu beschränken. Universitäten sollen nicht nur ausbilden, sondern ihre Studierenden bilden. Bildung zielt auf »Orientierungswissen«¹. Das ist mehr als die Basis für »Verfügungswissen«. Bildung hilft zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält, deklamiert Faust. Dies herauszufinden und weiterzugeben, ist Auftrag der Universitäten. So werden Studentinnen und Studenten befähigt, komplex zu denken, ihr Spezialgebiet einzuordnen in das Ganze und ihre Verantwortung zu erkennen.

Das wirtschaftswissenschaftliche Studium ist in der BRD und war in der DDR eingeeengt, selektiert und in Teilen weltfremd. Heute dominiert der Neoliberalismus die ökonomische Lehre und Forschung, gestützt auf die Modelle der Neoklassik. Die Mehrheit seiner Ökonominen und Ökonomen ignoriert andere Theorien. Für alternative oder theoriengeschichtliche Themen ist kaum Platz. Die Betriebswirtschaftslehre untersucht, um nur ein Beispiel zu nennen, die Wertschöpfung, spricht von Wertschöpfungsketten, -kreisen und -netzwerken. Sie umgeht dabei die Frage, was Wert ist und wie dieser entsteht. Die Frage hatte jahrhundertlang das Denken geprägt. Als es der Bourgeoisie zu dumm wurde, dass die adligen Herren verprassten, was in ihren Werken geschaffen wurde, entdeckten ihre Ökonomen, dass Wert Arbeit ist. Seit Owen und Marx diese Erkenntnis aus der Sicht der Arbeiter interpretierten, sieht sie darin einen Missgriff. Fachzeitschriften lehnen heute die Diskussion darüber ab. Die Betriebswirtschaftslehre urteilt seicht, aber praktikabel: Wertschöpfung = »To make money«.²

Die Hochschulen in der DDR setzten sich Bildungs- und Erziehungsziele. Waren sie deshalb Horte der Bildung? Der Marxismus duldet keine Theorien neben sich. Vielfalt war kein Merkmal der Alma Mater. Neben Vollblutwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wirkten aus der Praxis berufene Kader, von denen einige ihre Abneigung gegenüber der theoretischen Arbeit offen eingestanden. Positiv dagegen: Ökonomiestudentinnen und -studenten lernten nicht nur, wie Preise kalkuliert, Steuern errechnet und Bilanzen erstellt werden. Übergreifendes Wissen sollte ihnen helfen, sich der Verantwortung für sich, Natur und Gesellschaft bewusst zu werden. Studierende der Außenhandelsökonomik an der Hochschule für Ökonomie hörten in den ersten Semestern außer einer Einführungsvorlesung

1 Heiner Müller-Merbach: Bildung und Ausbildung. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium. Zeitschrift für Studium und Forschung. München, Frankfurt a. M., Heft 2/2010, S. 60.

2 Hans-Otto Günther/Horst Tempelmeier: Produktion und Logistik. 3. Aufl. Berlin 1997, S. 2.

keine Spezifika ihres Studienfaches. Sie haben sich darüber gewundert. Später begriffen sie, dass es richtig war, mit Kant, Feuerbach, Hegel und Marx anzufangen, statt gleich das ABC des Außenhandels zu erlernen. Zum Wirtschaftsstudium in der DDR gehörte die »Geschichte der politischen Ökonomie«. Das Fach bot auch nichtmarxistische ökonomische Auffassungen. Das Ziel war, diese zu widerlegen. Die DDR-Studierenden konnten Ricardo, Smith, Quesnay im Original lesen. Die Bücher eines Schumpeter, Keynes oder Hayek nicht. Es bedurfte riesiger Anstrengungen, um die Theoriengeschichte in den zentralen Studienplan zu integrieren. Bürokratische Hemmnisse und ideologische Vorbehalte mussten überwunden werden. Die Ökonomen Günter Fabiunke, Peter Thal und Herbert Meißner haben sich dabei verdient gemacht. Sie haben etwas erreicht, was einmalig ist in der deutschen Hochschullandschaft. Zwar wäre es sinnvoll gewesen, die Installation des Lehrfaches zu verknüpfen mit der Bereitstellung aller Standardwerke der nichtmarxistischen ökonomischen Literatur. Eine solche Forderung, ebenso kühn wie naiv, hätte dem Projekt geschadet, es vielleicht sogar von vornherein scheitern lassen.

Einseitig die Inhalte auch in anderen Fächern: Was ist mit den promovierten Germanistinnen und Germanisten der DDR, die alles über Brecht und Weinert wissen, aber nichts über die Edda, was mit den habilitierten Philologieprofessorinnen und -professoren, die von Aristoteles und der Bibel nur hörten?

Verschulung

Die Verkürzung des Studiums, sechssemestrige Bachelorstudiengänge schaden der Bildung. Das duale Hochschulstudium, eine bemerkenswerte Neuerung der letzten Jahre, setzt die Berufsorientierung am konsequentesten um. Vorreiter sind die Berufsakademien in einigen Bundesländern. Ihr erfolgreiches Konzept wird inzwischen von Fachhochschulen und Universitäten kopiert. Umfangreicher Stoff wird wie in der Schule gepaukt, acht bis zehn Stunden täglich und als selbstverständlich angeeignet. Theorie- und Praxisphasen wechseln ohne Semesterferien. Die bewährte Dreiheit von Vorlesung, Selbststudium, Seminar bzw. Übung ist aufgehoben. Die Zeit fehlt, intensiv zu lesen, zu fragen, zu denken, kritisch zu kombinieren und zu diskutieren. Kommissionen, die Studiengänge akkreditieren, fordern, die Literatur auf 2 bis 3 Titel je Modul zu begrenzen. Sonst wäre das Fach nicht »studierbar«. Studentinnen und Studenten müssen keine Recherchen vornehmen, Vergleiche durchführen und Urteile erarbeiten. Eigene Standpunkte sind nicht gefragt. Wie können sie so ihre Verantwortung erkennen, wie befähigt werden zur kritischen Auseinandersetzung? Sie werden zu Schülern, zu Auszubildenden herabgestuft. Das ist ein hoher Preis, gezahlt für einen betriebswirt-

schaftlichen Vorteil: Der Praxisschock bleibt aus, weil theoretische und praktische Ausbildung eng miteinander verzahnt sind. Studierende lernen schon während des Studiums ihren Betrieb kennen, der Betrieb sie. BA-Absolventinnen und Absolventen sind vom ersten Tag an voll wirksam im Unternehmen. Effektiver kann man die Berufsbefähigung nicht erreichen.

DDR-Studierende erhielten in einigen Fächern mehrere Seiten mit Literaturhinweisen. Niemand erwartete, dass jeder alles las. Die individuelle Wahl der Studienliteratur aber förderte Eigenständigkeit. Manchmal hat sie dazu beigetragen, die Diskussion in den Seminaren zu beleben. In Teilen war auch das Studium in der DDR verschult. Dozentinnen und Dozenten kontrollierten in manchen Fächern die »Hausaufgaben«, überprüften die Passagen, die Studentinnen und Studenten im »Kapital« unterstreichen und farblich hervorheben sollten. Auflagen und Vorschriften konnte man umgehen: Einige haben sich die Bücher ihrer gewissenhaften Kommilitonen geliehen, um daraus die Unterstreichungen in ihre Exemplare zu übertragen.

Als Vorteil des DDR-Studiums erwies sich die Arbeit in kleinen Seminargruppen mit einer durchschnittlichen Stärke von etwa 30 Studierenden. Die Veranstaltungen waren kein autoritärer Frontalunterricht. Seminarthemen und Seminarschwerpunkte wurden rechtzeitig bekanntgegeben. Die Studentinnen und Studenten bereiteten sich anhand der Mitschriften aus den Vorlesungen und der Studienliteratur auf das Seminar vor. Dort diskutierten sie, auch kontrovers. Sie begründeten, korrigierten oder festigten ihren Standpunkt im Streitgespräch.

An den heutigen Berufsakademien ist diese anspruchsvolle Form der Wissensaneignung nicht möglich, weil die Lehrveranstaltungen nahezu ausschließlich Vorlesungscharakter besitzen. Die Hörsäle sind überfüllt. Selbst Seminar- und Übungsgruppen erreichen oft eine Stärke, die einen Gedankenaustausch verhindert. Die Studierenden spielen vor allem im Grundstudium einen weitgehend passiven Part. Assistentinnen bzw. Assistenten und Tutorinnen bzw. Tutoren erläutern ihnen die Lösung, die sie selbst erarbeiten sollten. Das organisierte Chaos ist ein Grund für die sehr hohen Durchfall- und Abbrecherquoten, ein anderer die Gleichgültigkeit vieler Studentinnen und Studenten.

Wirtschaftswissenschaften zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Unterschiede zwischen neoklassischer und marxistischer Wirtschaftstheorie glauben viele zu kennen; wenigen ist bekannt, dass es auch Übereinstimmungen und Analogien zwischen den beiden Lehr- und Forschungsprogrammen gibt. Selbst wenn es einige überraschen und vielen provokant erscheinen mag: Die Ver-

einbarkeit neoklassischer Deutungen und marxistischer Wesenserkenntnis ist folgerichtig. Beide beschäftigen sich mit demselben Gegenstand. Es wäre absurd zu behaupten, sie sähen dabei nur Unterschiedliches. Arbeit, Bedürfnisse, Angebot, Nachfrage, Preise, Kosten, Löhne, Gewinne ..., das terminologische Grundgerüst begründet objektiv Schnitt- und Berührungsstellen zwischen den großen wirtschaftswissenschaftlichen Denkrichtungen, die sich als Gegensatz begreifen, sich als Gegensatz darstellen und auch so wahrgenommen werden. Dabei stimmen sie in den deskriptiven Darstellungen grundsätzlich überein. Ihnen ist auch gemein, dass sie sich jeweils als Inkarnation der Wahrheit sehen. Ausgewählte Beispiele sollen Gemeinsames und sich Ähnendes zeigen.

Modelle und Abstraktionen

Abstraktionen sind unverzichtbar, um komplexe Systeme zu erforschen und darzustellen. Deren Wechselwirkungen können unmöglich auf Anhieb vollständig erfasst werden. Abstraktionen sind legitim, wenn sie Teile der Realität zeitweise ausblenden. Sie sind unzulässig, wenn sie Reales dauerhaft ignorieren. Marxistische und neoklassische Theorien sind Modelle, die auf Annahmen beruhen. Der Begrenztheit so gewonnener Aussagen muss man sich bewusst sein. Die Neoklassik zwingt ökonomische Zusammenhänge in das Korsett der formalen Aussage-logik. Homo oeconomicus-Annahmen bestimmen das Ergebnis. Sie reduzieren den Menschen auf ein lebloses Glied innerhalb eines Gleichungssystems. Das ist dem ehrgeizigen Ziel geschuldet, den »exakten« Wissenschaften auf Augenhöhe zu begegnen. Deshalb wurde die theoretische Ökonomie umgestaltet zu einer Disziplin ähnlich der Mechanik oder Hydrodynamik. Diesen Fehltritt könnte man der herrschenden Lehre verzeihen, begriffen junge Menschen den Homo oeconomicus nicht als Lebensform, sondern als methodischen Trick, um Gleichungen aufstellen zu können. So aberwitzig diese Kunstfigur auch erscheint, so unstrittig ist, dass sie als gewinnmaximierender Unternehmer in das Raster des Marxschen Mehrwertgesetzes passt.

Und hatten die Wirtschaftswissenschaften in der DDR nicht auch ihre Kunstfigur? Den Menschen, der ohne Erbmasse und ohne Seele, allein bestimmt durch das Milieu, in dem er lebt, im Auftrag der Partei ökonomische Gesetze vollstreckt und seine Bedürfnisse immer besser befriedigt? Wie groß ist der Unterschied zwischen ihm und dem Nutzenmaximierer der Neoklassik? Jener ist Teil eines Programms, das nicht verwirklicht werden konnte, dieser Element einer Optimierungsaufgabe, die eine Lösung hat. Die Hälfte der Studierenden scheitert an ihr, weil sie der Differentialrechnung nicht mächtig ist. Die Konstruktionen ähneln sich im Ziel und in ihrer Irrationalität. Die These, Menschen befriedigten ihre

Bedürfnisse immer besser, bedeutet letztlich, die Bedürfnisbefriedigung zu maximieren. Genau das haben die führenden Parteien in den sozialistischen Ländern mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik bezweckt. Was im neoklassischen Modell die Selbstsucht des Menschen, sollten in den sozialistischen Ländern die Weitsicht der staatlichen Plankommissionen und die Identifikation der Menschen mit dem Sozialismus ausrichten: die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen.

Systemfehler

Die Wirklichkeit in kapitalistischen Staaten widerlegt die auf Adam Smith zurückgehende neoklassische Auffassung, dass die Befolgung egoistischer Eigeninteressen zugleich höchstes Gemeinwohl sichert. Sie zeigt im Gegenteil, dass auf dem Gewinnstreben beruhende Einzelinteressen gegen die Gemeininteressen wirken können. Charles Fourier, utopischer Sozialist in Frankreich, hat dies scharfzünftig formuliert: »Der Arzt« (und so müsste man heute hinzufügen – die Pharmakonzerne) »wünscht, dass es so viel Krankheiten wie möglich gebe, denn er (sie) würde(n) zugrunde gerichtet, wenn alle Welt ohne Krankheit stürbe; dasselbe geschähe den Advokaten, wenn jeder Streit schiedsrichterlich auszugleichen wäre. Der Geistliche ist interessiert, dass es viele Tote gibt, und zwar viele reiche Tote, Beerdigungen á 1.000 Franken. Der Richter ersehnt jährlich wenigstens 45.000 Verbrechen und dass möglichst in jeder Familie ein gerichtliches Verfahren durchgeführt wird, damit die Gerichtshöfe stets beschäftigt, also notwendig sind. Der Wucherer wünscht Hungersnot, der Weinhändler und Glaser Hagel, der die Ernte vernichtet und alle Scheiben in den Häusern zertrümmert. Architekten und Baumeister ersehnen Feuersbrünste. So handeln in diesem lächerlichen Mechanismus der Zivilisation die Teile gegen das Ganze und jeder Einzelne gegen alle.«³ Heute hoffen Reparatur- und Servicewerkstätten, dass es »knallt« auf den Straßen und die überschuldeten Kommunen, dass die Verkehrsteilnehmer möglichst viele Ordnungswidrigkeiten begehen. Monteure berechnen den Kunden Schäden, die es nicht gibt. Pharmakonzerne und ihre »Experten« erfinden Seuchen wie die Schweinegrippe, damit der Absatz floriert. Rüstungskonzerne freuen sich über Kriege und dicke Aufträge. Seit Fourier ist das liberalistische Credo widerlegt, dem Gemeinwohl sei am besten gedient, wenn alle nur konsequent eigennützig handelten. Auch Keynes fand es merkwürdig, dass im Kapitalismus »widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden«.

3 Frei zitiert nach Peter Klemm: Die Entdeckung des Landes Nirgendwo. Berlin 1983, S. 121 und Peter Thal (Hrsg.): Adam Smith gestern und heute. 200 Jahre Reichtum der Nationen. Berlin 1976, S. 63.

Die Parteien in den sozialistischen Ländern strebten höchste Wohlfahrt an. Auf Eigennutz gerichtetes individuelles Handeln ihrer Untertanen war ihnen aber suspekt. Sie wollten das Denken und Handeln vereinheitlichen. Doch die Menschen sehnten sich nach Individualität und widersetzten sich der Uniformierung. Die SED forderte die Bürger auf, mit zu planen, mit zu regieren, mit zu arbeiten, beäugte aber mit Argwohn jeglichen Versuch demokratischer Mitwirkung. Sie ließ nur das Arbeiten zu. Sie misstraute den Bürgern und bevormundete sie. So wurde Identifikation mit dem »Volkseigentum« zwar gefordert, aber zugleich verhindert. Christa Luft schreibt: »Die radikale Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln in allen Branchen und bis zur kleinsten Fabrik, oft fälschlich als originäres Merkmal von Sozialismus ausgegeben, ging bekanntlich ohne Gewährleistung der realen Verfügung der Produzenten über dieses Eigentum vor sich, ohne gleichzeitige Mitbestimmung der Belegschaften und ohne Pflege eines Eigentümerbewusstseins. Das verstaatlichte Eigentum erwies sich als anonym, die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln war formal, nicht real.«⁴ Die Hoffnung musste aufgegeben werden, dass, nachdem die kapitalistische Ausbeutung beseitigt worden war, die Menschen ideenreich eine solidarische, humane, eben ihre Gesellschaft erbauten, aus eigenem Antrieb, ohne äußeren Druck. Die Tragik: Zuckerbrot und Peitsche im Westen waren effektiver als Kampfprogramm und Brigadetagebuch im Osten. Falsch war, zu glauben, dass der Mensch ein anderer werde, wenn sich seine Umgebung ändert. Dies zu erkennen, hätte ein Blick ins Waisenhaus genügt.⁵ Das ist nicht imstande, hundert nach der Geburt abgelieferte Waisenkinder durch gründlichen Malunterricht als hundert Picassos zu entlassen.

Der Mensch ist ein Produkt aus Erbmasse und Umwelt, genauer: »des Ererbten, des Erlernten und des Erlebten«. Richtig war, den Menschen als Produkt seiner sozialen Umwelt zu sehen, falsch aber, ihn darauf zu reduzieren. Nach neuestem Erkenntnisstand wird der Mensch zu 75 bis 80 Prozent von seiner Erbmasse geprägt. Studien an eineiigen Zwillingen, die getrennt aufwachsen, zeigen das ziemlich genau.⁶ In der Wirtschaft der sozialistischen Länder führte das einseitige Bild vom Menschen dazu, dass die materielle Interessiertheit sträflichst unterschätzt wurde. Weder wurden außergewöhnliche Leistungen angemessen honoriert, noch Schlendrian gebührend bestraft. Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS, 1963–1966) sollte diese Mängel des zentralis-

4 Christa Luft: Die Behrensche Suche nach einer sozialistischen Reformökonomie geht weiter. In: Fritz Behrens: »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...« Texte von und über Fritz Behrens, herausgegeben von Günter Krause und Dieter Janke. Hamburg 2010, S. 100.

5 Wolf Schneider: Die Sieger. Wodurch Genies, Phantasten und Verbrecher berühmt geworden sind. Hamburg 1992, S. 324.

6 GEOkompakt. Die Grundlagen des Wissens. Hamburg 2011, Nr. 28, S. 62.

tischen Planungssystems beseitigen. Verheißungsvolle Anfänge wurden Ende der 1960er Jahre in der DDR abgebrochen.

Selbstüberschätzung

Eine Wissenschaft überschätzt sich und verbreitet ungewollt Humor, wenn sie die Komplexität ihres Gegenstandes nur näherungsweise wahrnimmt. Sie tut so, als könne man das Wachstum des Bruttoinlandprodukts für ein Jahr in Zehntelprozentpunkten voraussagen. Sie behauptet, die Zentralbank könne eine souveräne Geldpolitik betreiben und mit einer solchen gewollte Wirkungen im güterwirtschaftlichen Bereich herbeiführen (Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung). John K. Galbraith nennt dies eine ungläubliche, inbrünstige Realitätsverleugnung.⁷

Auch die marxistischen Wirtschaftswissenschaften und die sich auf sie berufende Politik kannten keine Minderwertigkeitskomplexe. Erinnerung sei an die Losung »Überholen ohne einzuholen«, mit der die Politik unbeabsichtigt eingestand, dass sie kein alternatives Konzept zum Kapitalismus besaß, und dass sie unfähig war, sich selbst realistisch zu beurteilen. Muss man die Wirtschaftswissenschaften für diese Naivität nicht beinahe schon wieder gern haben?

Gleichgewichtsspiele

Das Gleichgewicht spielt eine zentrale Rolle im ökonomischen Denken. Marx begründet, dass die Marktkräfte zum Ausgleich tendieren. Das Spiel zwischen Angebot, Nachfrage und Preisen sah er ähnlich, wie es von der späteren Neoklassik dargestellt wird. Der Gleichgewichtspreis existiert auch in der marxistischen Theorie. In der Neoklassik wird er als Schnittpunkt zweier Kurven, die es gar nicht gibt, vermeintlich abschließend geklärt. Der Einfluss des Angebotes und der Nachfrage auf den Preis ist für Marx eine Trivialität. Sein Augenmerk galt nicht ihm, sondern dem Preis, der zustande kommt, wenn Angebot und Nachfrage gleich groß sind und sich damit ihre Einflüsse auf den Preis aufheben. Das ist die Frage nach dem Wesen des »Gleichgewichtspreises« und erst hier beginnen die gravierenden Unterschiede zwischen den theoretischen Richtungen. Sie manifestieren sich im Gegensatz zwischen der Nutzen- und der Arbeitswerttheorie. Marx sah aber nicht nur die Kräfte, die zum Gleichgewicht führten. Er sah auch die Gegenkräfte,

7 John K. Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. München 2004, S. 89. Zur Kritik der Geldpolitik vgl. Klaus Müller: Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen monetärer und güterwirtschaftlicher Sphäre. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium. Zeitschrift für Studium und Forschung. München, Frankfurt a. M., Heft 10/2010, S. 497-502; Klaus Müller: Die Komplexität der Geldpolitik. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium. Zeitschrift für Studium und Forschung. München, Frankfurt a. M., Heft 8/2011, S. 413-418.

die das verhindern. Für ihn ist das Gleichgewicht eine Tendenz, die nie erreicht wird, allenfalls episodenhaft, aber als Kräftezentrum die Bewegung der ökonomischen Größen an der Oberfläche steuert. Für die Neoklassik ist das Gleichgewicht eine berechenbare Größe. Die mathematischen Lösungen eines Léon Walras und Gustav Cassel sind eindrucksvoll und unrealistisch zugleich.⁸

Apologetik

Statt Mängel zu kritisieren und die Wahrheit zu suchen, haben ökonomische Schriftsteller zu allen Zeiten die Umstände auch zu rechtfertigen versucht.

Als Alban Phillips im Jahre 1958 empirisch zeigen konnte, dass der Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung so ist, wie ihn Marx theoretisch begründet hatte,⁹ musste das die herrschende Lehre aufs Höchste erregen. Der Mainstream wird bis heute nicht müde, eine Politik der Lohnsenkung und Lohnzurückhaltung zu rechtfertigen. Der Zusammenfall von hohen und steigenden Löhnen mit niedriger und sinkender Arbeitslosigkeit passte nicht in dieses Konzept. Kein intellektueller Aufwand wurde gescheut, um den logisch konsistenten Zusammenhang zu zerreden, den Phillips' Zahlen auch empirisch stützen. Als Erste besannen sich Paul Samuelson und Robert Solow der fragwürdigen Lohn-Preis-Spirale und »entdeckten« die Austauschbeziehung zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote. Sie unterstellten eine starre Beziehung zwischen Löhnen und Preisen. Die Politik und die von ihr Betroffenen könnten wählen zwischen zwei Übeln: Inflation oder Arbeitslosigkeit. Dann kamen Milton Friedman und Edmund Phelps und behaupteten, der »Trade off« trete nur kurzfristig ein, wenn die Bevölkerung glaube, die Inflation falle niedriger aus als in Wirklichkeit. Bemerkten die Arbeiterinnen und Arbeiter den Irrtum später und forderten eine Anpassung der Löhne an die vorausgeeilten Preise, stiege die Erwerbslosigkeit wieder auf ihr Ausgangsniveau.

Die Krone setzten dieser obskuren Argumentation Ökonominnen und Ökonomen auf, die der Logik der rationalen Erwartungen folgen. Sie behaupteten, die Wirtschaftsakteure bezögen alle Informationen in ihre Entscheidungen ein und könnten so die künftige Inflationsrate exakt voraussehen. Mit Erhöhungen der Nominallöhne kämen sie dem Nachteil steigender Preise zuvor. Allerdings wäre dann ein Beschäftigungszuwachs auch kurzfristig ausgeschlossen. Die Erhöhung der

8 Vgl. Werner Hofmann: Wert- und Preislehre. Reihe Sozialökonomische Studientexte. Band 1, Berlin 1971, S. 179, 257 ff., 268 ff.

9 »Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, S. 666; MEGA II/10, Berlin 1991, S. 572).

Geldmenge würde nur Inflation nach sich ziehen.¹⁰ Was für geistige Anstrengungen, nur um zu zeigen, dass Lohnsteigerungen schädlich sind! Alle, die sich an dieser unglaublichen Apologetik beteiligten, bekamen die höchste Auszeichnung, die die Wirtschaftswissenschaften zu vergeben haben, den Nobelpreis: Samuelson, Solow, Friedman, Phelps und 2011 schließlich die »Erwartungstheoretiker« Sargent und Sims, nachdem Lucas ihn schon 1995 erhalten hatte für seine weltfremde Prämisse der rationalen Erwartungen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der DDR hatten den Auftrag, die Parteibeschlüsse der SED zu begrüßen und zu begründen. Eine kritische Diskussion war ihnen untersagt. Sie gab es, aber nur in internen Zirkeln und sie blieb nach außen wirkungslos.

Löhne und Produktivität

Übereinstimmung besteht zwischen den rivalisierenden Theorien in so manchem Detail. Nach Samuelson gelte: Inflationsrate = Lohnsteigerungsrate – Produktivitätszuwachsrate.¹¹ Diese Formel findet sich in jedem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre. Sie ist falsch, weil sie wichtige Determinanten der Inflation ausblendet: Marktmacht, Gewinndruck, Liquidität, Geldmengen, sonstige Kosten. Sie beruht auf fragwürdigen Prämissen: Wenn die Löhne nur im Ausmaß der Produktivität steigen dürften, um Preiskonstanz zu wahren, wird unterstellt, dass die gerade bestehende Einkommensverteilung zwischen Lohn- und Gewinnempfangenden optimal wäre. Das ist willkürlich. Und Samuelsons Formel ist selbst bei Akzeptanz der zweifelhaften Prämisse mathematisch unhaltbar. Da die Lohnkosten nur ein Teil des Preises sind, können sie prozentual stärker steigen als dieser, ohne dass der Gewinn zurückgeht. Betragen die Lohnkosten 20 Prozent (40 Prozent, 80 Prozent) des Preises, kann die Lohnsteigerung das Fünffache (Zweieinhalbfache, Eineinviertelfache) der Preissteigerung betragen. Der Gewinn steigt, wenn bei einem Produktivitätsanstieg von Null die Preissteigerungs- gleich der Lohnsteigerungsrate ist (bei Konstanz der sonstigen Kosten).

Abstrahieren wir von den Preisen (setzen wir die Inflationsrate gleich Null), ergibt sich: Lohnsteigerungsrate = Produktivitätswachstum. Mit dieser Gleichung wird suggeriert, dass die Löhne höchstens im Ausmaß der Produktivitätszunahme steigen könnten.

Die marxistische Wirtschaftstheorie sieht darin eine ökonomische Gesetzmäßigkeit des Sozialismus: Generationen von DDR-Studierenden lernten, dass die

¹⁰ Vgl. Klaus Müller: Inflation oder Arbeitslosigkeit? Das Phillips-Kurven-Theorem. In: das wirtschaftsstudium (wisu). Düsseldorf, Heft 4/2011, S. 561-568.

¹¹ Paul A. Samuelson/William D. Nordhaus: Volkswirtschaftslehre. Band 1. Köln 1987, S. 393.

Arbeitsproduktivität schneller steigen müsse als der Durchschnittslohn.¹² Zwar kann dies selbst für eine längere Zeit angemessen sein, ein ökonomisches Gesetz ist es nicht. Der These liegt die fehlerhafte Annahme zugrunde, dass allein die Lohnempfängerinnen und -empfänger vom Zuwachs profitierten, wenn die Löhne so stark steigen wie die Arbeitsproduktivität. Doch das ist grundfalsch: Wenn in einer wachsenden Wirtschaft die Löhne so stark steigen wie die Produktivität, dann auch die Gewinne oder im Sozialismus die Teile des Nationaleinkommens, die für die Erweiterung der Produktion und der gesellschaftlichen Konsumtion benötigt werden.

Forschung

Wenn einerseits Universitäten zu berufsqualifizierenden Ausbildungsgängen mit knappen Ressourcen herabgestuft werden, so zählt andererseits in der Forschung nur, was Drittmittel bringt. Die Hochschulen geben die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre auf. Wer finanziert, bestimmt auch Forschungsinhalte und Forschungsrichtungen.¹³ »Wenn die Eintreibung von Drittmitteln zum Qualitätskriterium einer Wissenschaft wird, wird der zum Versager, der solche Mittel gar nicht benötigt, weil ein Kopf zum Denken genügt. Den Geisteswissenschaftlern wird zum Verhängnis, dass sie ohne großen materiellen Aufwand betrieben werden können«, schreibt Konrad Paul Liesmann.¹⁴ Es wird der zum Verlierer, dessen Forschungsergebnisse man nicht profitabel verwerten kann.

Die Finanzierung der Forschung bereitete in der DDR keine Probleme. Forschungsrichtungen und Forschungsinhalte mussten mit den Beschlüssen der SED konform gehen. Die Vorstellung ist aber falsch, alles sei »von oben« diktiert worden. Es gab auch Freiräume. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten ihre Vorstellungen und Interessen einbringen, wenn sie gewisse Restriktionen beachteten. Viele Themen waren den SED- und Staatsorganen ein Horror und damit tabu.¹⁵

Die Dominanz der herrschenden Lehre

Manche wundert, wie lange der angeschlagene Neoliberalismus die universitäre Lehre prägt. Ein Grund ist, dass »Theorien in der Ökonomie eine Investition sind, die man nicht freiwillig aufgibt, solange damit Lehrstühle besetzt werden können. Die Claims werden gegen andere Ansätze verteidigt ... Die Lehrstühle sind die

12 Vgl. z. B.: Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Berlin 1974, S. 601.

13 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos. Köln 2011, S. 247.

14 Konrad Paul Liesmann: Platz für Elite! In: Freitag vom 21.4.2006, S. 17.

15 Vgl. die Beiträge von Walter Kupferschmidt und Klaus Steinitz in diesem Buch.

Prämien für die Befolgung der Standards«¹⁶, schreibt Birger P. Priddat, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke. Alle, die der herrschenden Lehre widersprechen, haben massive Probleme, Herausgeberinnen bzw. Herausgeber und Gutachterinnen bzw. Gutachter von ihrer Forschung zu überzeugen. Weil Universitäten bei der Berufung der Professorinnen und Professoren größtes Gewicht auf Publikationen in führenden Fachzeitschriften legen, sind Aufsätze selten, die vom Mainstream abweichen. Erforscht wird, was sich publizieren lässt, und publizieren lässt sich, was dem Mainstream-Standard entspricht.¹⁷

So werden in Deutschland innovative wirtschaftswissenschaftliche Lehrstühle für eine absehbare Zeit rar bleiben. Dieses Beziehungsgefüge reicht bis hoch zum Nobelpreis. Von den 69 Wirtschaftsnobelpreisen gingen 48 in die USA, darunter mit Elinor Ostrom 2009 erstmals an eine Frau. Muss man daraus schließen, dass in den USA die Granden der ökonomischen Wissenschaft leben? Die meisten Ausgezeichneten sind der Neoklassik verpflichtet. Es sind Ökonomen, für die das Monstrum Markt eine Ikone ist, die sie vergöttern. Kein Fachmann zweifelt, dass so manche Intrige gesponnen, dass so mancher Klügere übersehen wird, weil er zugleich der Genauere und Aufrichtigere ist. Nobelpreisträger bringen Anwärter aus dem eigenen Lager auf die Vorschlagsliste, meist ihre Schülerinnen und Schüler. So sichert sich der Mainstream Jahr für Jahr die begehrte Trophäe. Theoretischer Glanz und politischer Nutzen sind nebensächlich.

Ein wahrhaft Großer der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft, John K. Galbraith, hatte keine Chance. Er, der Spielverderber, kritisierte den Markt und forderte Alternativen gegen privaten Reichtum und gesellschaftliche Armut.

Ökonominen und Ökonomen, die vom marxistischen Mainstream abwichen, waren in der DDR chancenlos. Wer nur ein wenig Einblick hatte, weiß, dass dies beschönigend ausgedrückt ist. Erinnerung sei stellvertretend an das Schicksal von Fritz Behrens und Arne Benary.¹⁸

16 das wirtschaftsstudium (wisu). Düsseldorf, Heft 7/2011, S. 902.

17 Arne Heise: When the facts change, I change my mind. Neuere Entwicklungen in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft der Ökonomen und die Situation in Deutschland. In: Günter Krause (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Berlin 2011, S. 133.

18 Vgl. Hans-Georg Draheim/Rolf Emmrich/Dieter Janke (Hrsg.): Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik im Sozialismus, Heft 18. Leipzig 2005; Behrens: »Man kann nicht ...«.

Schlussfolgerungen:

1. Universitäre Bildung darf sich nicht darauf beschränken, Fachwissen zu bieten. Auch eine Höherbewertung von »reinem«, »theoretischem« gegenüber »praktischem« Wissen ist falsch. Notwendig ist ein Gleichgewicht zwischen der Erkenntnisorientierung und der Anwendungsorientierung. Ein berühmter Satz von Immanuel Kant lautet: »Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind.«¹⁹ Abgewandelt kann man sagen: »Bildung ohne Ausbildung ist leer, Ausbildung ohne Bildung blind.«
2. An den Universitäten muss man den kritischen wissenschaftlichen Geist der Bildung spüren. Eine Bildung mit historischem Akzent, mit einem pluralistischen Angebot an Erklärungen kann Toleranz und Solidarität zwischen den Kulturen ermöglichen und ein kritisch-sozialwissenschaftliches Bewusstsein schaffen.²⁰ Es gibt »keine wirkliche Demokratie ohne wahre kritische Gegenmacht«.²¹
3. Die Wirtschaftswissenschaften stehen erst am Anfang, dem komplexen Charakter ihres Gegenstandes²² gerecht zu werden. Sie müssen beginnen, den Menschen zu sehen, wie er ist: als eine biopsychosoziale Einheit. Dazu hat es in der DDR eine bemerkenswerte Forschung gegeben.²³ Auf die Wirtschaftswissenschaften blieben ihre Ergebnisse ohne Einfluss. Reduktionismus muss überwunden, die Wirtschaftswissenschaften mit anderen Sozialwissenschaften vernetzt werden: Wirtschaftssoziologie, Ethnologie, Philosophie, Psychologie, Neurobiologie, System- und Netzwerktheorien u. a. Neue Wege sind möglich. Die marxistische Wirtschaftstheorie kann dazu Bedeutendes leisten. Sie besitzt mit ihrem ganzheitlichen Ansatz einen großen Vorzug gegenüber den preisgekrönten Irrlehren der Neoklassik. Die Ökonomie kann eine interessante Wissenschaft werden.

19 Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft. Berlin 1900, S. 75.

20 Pierre Bourdieu: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur. Hamburg 1997, S. 112.

21 Ebenda, S. 149.

22 Vgl. Klaus Müller: Komplexität und Ganzheit. In: das wirtschaftsstudium (wisu). Düsseldorf, Heft 10/2011, S. 1370-1377.

23 Vgl. Herbert Hörz: Der Mensch als biopsychosoziale Einheit. Wesen, Genese und Determinanten. In: Ehrhard Geißler/Herbert Hörz (Hrsg.): Vom Gen zum Verhalten. Der Mensch als biopsychosoziale Einheit. Berlin 1988

Peter Thal

Reflexionen zu Lehre und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1951–1991

Geschichte wird immer wieder neu geschrieben.
Nicht, weil neue historische Tatsachen bekannt werden,
sondern weil sich der Standpunkt der Betrachter ändert.

Arnold Toynbee

Es gehört zu den historischen Tatsachen der Wissenschaftsentwicklung in Deutschland, dass den Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in der Regel der Aufbau eigenständiger Fakultäten verwehrt blieb. Die Martin-Luther-Universität ist hierfür durchaus typisch. Zwar war in Halle 1727 die erste Professur für Oeconomie-, Polizey- und Cammersachen an einer deutschen Universität eingerichtet und mit Simon Peter Gasser besetzt worden, aber zu einer »richtigen« Fakultätsgründung kam es nie.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts scheiterte Ludwig Heinrich Jacob – unter anderem verdienstvoller Reformator des russischen Finanzwesens – an der Rivalität der alteingesessenen Fakultäten mit seinem Bemühen, ein selbständiges Ökonomisches Institut aufzubauen. Selbst der in Deutschland überaus angesehene Hauptvertreter der Jüngerer Historischen Schule und Mitbegründer des »Vereins für Socialpolitik«, Gustav Schmoller, vermochte nichts an der für die Ökonomen unbefriedigenden Situation zu ändern, innerhalb der Philosophischen Fakultät gewissermaßen ein Schattendasein zu fristen. Anders übrigens die *Landwirtschaftswissenschaften*, der ihr profunder Vertreter und glänzender Organisator, Julius Kühn, schon 1863 in Halle zu einem eigenen Institut verhalf. Die Fachschaft Wirtschaftswissenschaften gehörte seit 1912 bis 1951 in den Verband der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Von 1948 bis 1951 legten auf diesem Gebiet nur 145 Absolventinnen und Absolventen ihr Examen ab.

Wie gesagt, diese Entwicklung der Halleschen Wirtschaftswissenschaften ist keine Ausnahme in der deutschen Universitätslandschaft. Ein Blick in die einschlägigen Statistiken zeigt, dass bis in die Gegenwart hinein das Studium der Rechtswissenschaft quantitativ den Vorrang vor den Wirtschaftswissenschaften

genießt. 1913 gab es in Deutschland ganze 400 Studierende im Hauptfach Commercialia, während sich über 11.000 (etwa ein Drittel aller Studierenden[!]) der Jurisprudenz widmeten. 1930 betrug der Anteil der Ökonomen an der Gesamtzahl der Studierenden zwar schon über sechs Prozent (6.200), aber sie wurden von den Juristen mit einem Anteil von 22 Prozent (22.100) weit in den Schatten gestellt.

In der BRD studierten 1980 an Universitäten und Hochschulen 33.600 Ökonomen bzw. Ökonomen (3,2 Prozent) und 69.800 Juristinnen bzw. Juristen (6,7 Prozent); für das Jahr 2009 (Gesamtdeutschland) betrug die Vergleichszahlen 68.900 (3,3 Prozent) und 89.300 (4,2 Prozent). Die absolute Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften hat sich demnach (bei Konstanz ihres relativen Gewichts) beträchtlich erhöht, aber die Rechtswissenschaften überwiegen immer noch.

Es dürfte geradezu ein Charakteristikum bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse sein, dass juristische Kenntnisse und anwaltliche Fähigkeiten in Wirtschaft und Politik nach wie vor am besten geeignet sind, den vorherrschenden Management-Erfordernissen und (Privateigentums-)Interessen zu entsprechen.¹

Demgegenüber entwickelte sich in der DDR eine grundlegend andere Wissenschafts- und Fachrichtungsstruktur. Bemerkenswerterweise veränderte sich die Relation zwischen den Studierenden der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften ganz erheblich. Um nur eine Zahl herauszugreifen: 1985 hatten 17.643 Studierende das Fach Ökonomie in seinen verschiedenen Untergliederungen (BWL, VWL, Wirtschaftsinformatik usw.) belegt, was einen Anteil von fast 14 Prozent aller Studierenden ausmachte; der Anteil der 3.011 Jurastudentinnen und -studenten betrug hingegen lediglich 2,3 Prozent. Es sei dahingestellt, ob hier eine gewisse Unterschätzung des Rechtswesens in der DDR mitschwingt, ohne damit gleich Wasser auf die Gebetsmühlen vom »Unrechtsstaat« zu leiten.

Jedenfalls ist die Bildung der Hochschule für Ökonomie in Berlin ebenso wie die Gründung Wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten an Universitäten und Technischen Hochschulen, darunter in Halle mit Urkunde des Staatssekretariats für Hochschulwesen der DDR vom 7. Juni 1951, Ausdruck der ureigensten Bedürfnisse der sich allmählich ausprägenden Planwirtschaft. Der absolute und relative Zuwachs an Studierenden der Wirtschaftswissenschaften im DDR-Maßstab spiegelt sich auch in den Immatrikulations- und in Abhängigkeit hiervon in den wachsenden Zahlen von Absolventinnen und Absolventen wider, die an der neu

1 Eine bezeichnende Episode am Rande: Es war meiner Erinnerung nach im Frühjahr 1991, als von der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung in Leipzig ein Symposium von Hochschullehrern und Praktikern zu den Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft unter dem Motto »Die Stunde der Ökonomen« veranstaltet wurde. Einer der westdeutschen Teilnehmer bezweifelte, ob das Diskussionsthema richtig gestellt sei; seiner Meinung nach hätte die Überschrift lauten müssen: »Die Stunde der Juristen«, womit er wohl Recht hatte.

gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität zu verzeichnen waren:

- Im ersten Jahrzehnt nach Gründung von 1951–1960 erwarben rund 500 Studierende den akademischen Grad »Diplom-Wirtschaftler,«
- zwischen 1961 und 1970 waren es etwa 1.000,
- von 1971 bis 1980 stieg die Zahl auf rund 2.700
- und für den Zeitraum von 1981 bis 1990 kommen noch einmal über 3.000 Absolventinnen und Absolventen hinzu.

Alles in allem haben weit über 6.000 Studierende (davon rund ein Drittel im Fernstudium) in der knapp 40-jährigen Existenz der Fakultät bzw. Sektion ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium in Halle abgeschlossen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die rund 300 ausländischen Studierenden, die an der MLU ihr Ökonomie-Diplom erworben haben. Sie legen in etwa 50 Ländern dieser Welt Zeugnis von der Ausbildung ab, die sie in Halle erhalten konnten.

Solche Zahlen sagen manches, aber sicher nicht alles aus, wenn man eine Ausbildungseinrichtung bewerten möchte. Wesentlich ist vor allem die Frage nach Inhalten und Resultaten des Studiums: Wie haben sich die Absolventinnen und Absolventen in der Praxis bewährt?

Die Antwort hierauf fällt gar nicht so leicht, denn sehr zielgerichtet und systematisch waren Rückkopplungen auf diesem Gebiet nicht. Doch ich denke, man kann aus eigener Erfahrung als Hochschullehrer und der seiner Kolleginnen und Kollegen durchaus einige Aspekte nennen, die ein Urteil über die Qualität der Ausbildung und des Studiums der Ökonomie in Halle und anderswo in der DDR zulassen.

An erster Stelle möchte ich auf die Anstrengungen verweisen, die in der Regel unternommen wurden, um

- a. eine solide, an der Marxschen politischen Ökonomie orientierte theoretische Grundlagenbildung zu vermitteln und ökonomisches Denken nicht auf dem Altar abstrakter Modellschreinerei zu opfern, die heute so in Mode ist;
- b. verlässliches, wirtschaftstheoretisches Wissen mit sozusagen praktisch-handwerklichen Befähigungen zu verknüpfen;
- c. schon während des Studiums die Einbeziehung in die Forschung zu trainieren, wie man selbstständig Probleme erkennt und mit geeigneten wissenschaftlichen Methoden bearbeitet.

Vor diesem Hintergrund wehre ich mich dagegen, das Studium der Ökonomie als einer gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtung in der DDR mit solchen Attributen wie »ideologische Indoktrination« oder »kritiklose Parteilichkeit« zu diskriminieren.

Ja, es ist richtig, dass der Bezug auf SED-Beschlüsse wie eine Monstranz bei jeder öffentlichen Rede oder in Publikationen vorangetragen wurde. Ja es ist richtig, dass die DDR-Hochschulgesetze die »kommunistische Erziehung zum proletarischen Klassenstandpunkt« verbindlich vorgeschrieben haben. Es stimmt auch, dass bei der theoretischen, politisch-ökonomischen Durchdringung der sozialistischen Produktionsverhältnisse Vereinfachungen zugelassen wurden, die in der Nähe der Apologetik anzusiedeln sind. Und dennoch: Die meisten Angehörigen des Lehrkörpers haben ihre Ausbildungs- und Erziehungsaufgaben mit großer Einsatzbereitschaft und hohem Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen. Sie waren alles andere als seelenlose Nachbeter vorgestanzter politischer Leerformeln, sondern haben den Erfolg ihrer Arbeit am Maßstab des Erwerbs wissenschaftlicher Kenntnisse und Erkenntnisse ihrer Studierenden gemessen.

Wir haben uns stets dazu bekannt, fachlich hochbefähigte *und* sozial engagierte Absolventinnen und Absolventen auszubilden und für die sozialistische Wirtschaft der DDR zur Verfügung zu stellen. Für welche Wirtschaft denn sonst? Das war schon unser Ehrgeiz, der keine spätere Entschuldigung erfordert.

Jedenfalls haben viele – ich schätze die Mehrheit – der Absolventinnen und Absolventen des Ökonomie-Studiums sehr wohl ein Niveau an Wissen und Führungseigenschaften erworben, das sie zu einer engagierten Leitungstätigkeit in der Praxis befähigte. Es ist für mich deshalb keinesfalls erstaunlich, wenn ich heute ehemaligen Studierenden unserer Fakultät/Sektion begegne oder von ihnen höre, die in kommunalen Institutionen, in Privatunternehmen unterschiedlichster Branchen, in Banken, in wissenschaftlichen Einrichtungen oder sonstwo – oft aus naheliegenden Gründen westlich der ehemaligen DDR-Grenze – ihre Frau oder ihren Mann stehen.

Über das traurige Kapitel des Endes des Ökonomie-Studiums in der DDR möchte ich nur wenige Worte verlieren. Die Bereitschaft, an der sogenannten Wende mitzuwirken, fand auch an der Halleschen Sektion Wirtschaftswissenschaften großen Widerhall.

Die Diskussionen, ja der Streit darüber, wie ein modernes Studium der Wirtschaftswissenschaften auszugestalten wäre, um den dringend notwendigen Veränderungen der Planung und Leitung der Wirtschaft Rechnung zu tragen, waren alles in allem herzerfrischend und produktiv. Doch es kam anders, als wir uns das in unserer Naivität vorgestellt hatten. Die »Wende« mutierte zum »Beitritt«, und die Reformierung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums wurde in die »Abwicklung« der Sektion übergeleitet. Noch nicht einmal die Ehre einer politischen und/oder fachlichen Evaluation ließ man uns zuteil werden.

Das schließliche Resultat fand in der »Mitteldeutschen Zeitung« vom 6.11.1993 unter der Überschrift »Wirtschafts-Fakultät in Halle neu gegründet« wie folgt sei-

nen Niederschlag: »Knapp drei Jahre nach dem Abwicklungsbeschluss der Landesregierung, der die einstige Sektion Wirtschaftswissenschaften praktisch über Nacht als wissenschaftliche Einheit auflöste, wurde sie gestern feierlich neugegründet ... Nur vier der einst 36 Hochschullehrer der aufgelösten Sektion fanden an der neuen Fakultät Arbeit, von den ehemals 76 [wissenschaftlichen] Mitarbeitern 14.«

Aus dem historischen Gedächtnis der Martin-Luther-Universität sind die 40 Jahre Wirtschaftswissenschaften zu DDR-Zeiten de facto getilgt. Die große Landesausstellung anlässlich des 500-jährigen Gründungsjubiläums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (2002) erwähnt beispielsweise die verdienstvollen Rektorate von Rudolf Agricola und Gerhard Bondi mit keinem Wort. Die gleiche historische Ignoranz begegnet uns in den Reden oder dem Internet-Auftritt unter dem Motto »Fortschritt und Tradition. Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät« anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Neugründung. Nach Gustav Schmoller und Johannes Conrad scheint es keine Ökonomen und Ökonomen an der Martin-Luther-Universität gegeben zu haben.

Weder die Tatsache, dass die Nazis viele in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern tätige Hochschullehrer von der Universität vertrieben hatten, noch der antifaschistische Neubeginn mit solchen Männern wie den Finanzwissenschaftlern Werner Liebau und Friedrich Rzesnitzek oder Rudolf Agricola (Politische Ökonomie) und Gerhard Bondi (Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen), die ich bereits genannt habe, finden auch nur die geringste Beachtung, ganz zu schweigen von den Leistungen, die dann in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren von vielen nachfolgenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Lehre und Forschung erbracht worden sind. Ich nenne hier beispielhaft Hans Borchert (einen der Nestoren der DDR-Industrieökonomie), Rolf Messbauer (Mitbegründer der Plankostenrechnung, später maßgeblich an der Entwicklung der Ökonomie an der TH Merseburg beteiligt), Siegfried Richter (verdienstvoller Wirtschafts- und Technikhistoriker), Hannelore Riedel und Paul Danek (Politische Ökonomie des Kapitalismus), Hans Rößler und Helmut Seidl (Politische Ökonomie des Sozialismus), Anton Borgmeiner und Gerhard Reuscher (Volkswirtschaft), Harald-Dietrich Kühne (Außenwirtschaft), Helmut Göhre (Rechnungswesen), Helmut Dietrich (Technologie), Wolfgang Gampe (Begründer der Fachrichtung »Sozialistische Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft«, Georg Zorowka (Wirtschaftsrechtler und langjähriger Präsident des DDR-Schwimmsportverbandes), schließlich Rudhard Stollberg (der die DDR-Soziologie mit aus der Taufe gehoben hat).

Diese Entwicklung der Vergessenheit auszuliefern, ist auch nicht mit dem Vorwurf der »Systemnähe« zu rechtfertigen. Gewiss, der Kritik, wir hätten uns zu oft opportunistisch verhalten, muss man sich stellen. Wir haben es tatsächlich

versäumt, die gerade uns als marxistischen Ökonominnen und Ökonomen nur zu sehr bewussten Diskrepanzen zwischen rationaler, effektiver Planwirtschaft und der Realität der Kommandowirtschaft eines Günter Mittag deutlich zu benennen.

Ich hoffe, dass sich vergleichbare Fehler bei der Ausbildung der gegenwärtig auf über 2.000 angewachsenen Zahl von Studierenden an der Halleschen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät nicht wiederholen. Mögen die heutigen Hochschullehrerinnen und -lehrer sich durch nichts und niemand in die Niederungen politischer Rankünen oder karrieregesteuerter fauler Kompromisse hineinziehen lassen.²

2 Quellen zu den im Text genannten Studierendenzahlen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften: Statistisches Jahrbuch der DDR 1986. Berlin 1986. Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches und der BRD/verschiedene Jahrgänge. In: www.destatis.de/Hochschulen/Tabellen

Norbert Peche

Wirtschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung zwischen Ost und West. Ein persönliches Statement 20 Jahre »danach«

Es ist also die Aufgabe der Geschichte,
nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden ist,
die Wahrheit des Diesseits zu etablieren.

Karl Marx

Jegliche Bewertung hängt von dem Maßstab ab, mit dem gemessen wird. Ich bin kein Historiker, und ich hatte nach der Wende auch nur selten Gelegenheit, mich mit Forschung zu beschäftigen.

Aber der Zufall hat mich die Gesellschaft und die Wirtschaft der BRD in einer unternehmensberatenden Tätigkeit besser kennenlernen lassen, als das vom Elfenbeinturm der Akademieforschung für die DDR möglich war. Zudem habe ich an vier Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik mit zwei Berufungen gearbeitet und kann einigermaßen abschätzen, was dort vorgeht. Aber für die Bewertungen muss festgehalten werden – meine Bemerkungen sind subjektive, sehr persönliche Sichtweisen, die gar nicht erst den Versuch unternehmen, wissenschaftlich begründet für die Allgemeinheit zu urteilen.

Wenn ich mir also zuerst die Frage vorlege, was die studentische Lehre an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) taugte (ich habe dort 1972 mein Diplom gemacht), und was die Hochschulbildung im Vergleich dazu heute leistet, komme ich in aller notwendigen Verknappung zu zwei möglicherweise überraschenden Ergebnissen. Die erste Feststellung: Ich kenne den Lebensweg vieler meiner Mitstudentinnen und Mitstudenten an der HfÖ und niemand, wirklich niemand, ist längere Zeit arbeitslos gewesen – das Schicksal von Millionen DDR-Bürgerinnen und Bürgern nach der Wende.

Nach der gängigen (westdeutschen) Vorstellung müsste sich das für die Planwirtschaft der DDR und ihre herrschende Ideologie angehäufte Wissen doch sofort mit der Übernahme der westdeutschen Marktverhältnisse total entwertet haben, und die Trägerinnen und Träger dieses Wissens hätten auf dem Arbeitsmarkt als »nicht verwendungsfähig« aussortiert werden müssen. Stattdessen reüssierten sie in Verwaltungen und Unternehmen oder als selbstständige Unternehmerinnen und Un-

ternehmer. Wenn auch das Stigma einer DDR-Prägung in den allermeisten Fällen eine wirkliche Spitzenkarriere verhinderte, sind sie doch heute geschätzte Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und anerkannte Führungskräfte.

Von uns damals nicht erkannt, geschweige denn geschätzt, haben wir an der HFÖ beinahe nebenher Fähigkeiten erworben, die sogar systemübergreifend berufliche Erfolgsfaktoren darstellen.

Wer marxistische Philosophie studierte, hat gelernt in Ursache-Folge-Relationen zu denken. Dialektik – ein unschätzbare Vorteil für alle analytischen und konzeptionellen Aufgaben.

Wer durch ein anstrengendes Ökonomiestudium an der HfÖ kommen wollte, musste systematisch arbeiten lernen, er musste auch zu außerordentlichen Anstrengungen bereit sein. Alles heute eher selten anzutreffende Persönlichkeitsmerkmale.

Wer Studierender an der HfÖ war, kam an einer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben nicht vorbei. Soziale Kompetenz und Teamfähigkeit mussten nicht in teuren Seminaren nachgeschult werden, ohne sie wäre man nicht durch das Studium gekommen.

Mein Resümee heute: Wir haben wohl mehr Richtiges erlernt und vor allem auch universell anwendbares Handwerkszeug trainiert, als zunächst selbst geglaubt. Ich behaupte, dass selbst der heute allenthalben kritisierte ideologische Ballast nicht nur die (beklagenswerte) Folge hatte, dass die Weltsicht extrem eingengt wurde und Wissenschaftlichkeit (wie ich sie definiert habe) in Frage gestellt wurde. Nein, diese Ideologie vermittelte auch Sinn. Selbiger hat unsere Dozentinnen und Dozenten damals verantwortlich handeln lassen, er hat ihr Interesse an ihren Vermittlungsergebnissen begründet und dieser »ideologische« Sinn hat uns als Studierende tatsächlich auch Interesse am Wissenserwerb vermittelt.

Meine zweite Feststellung betrifft die Hochschulbildung heute. Nach dem PISA-Schock wird auch die Hochschulbildung allenthalben kritisiert, und eine »teure« Exzellenzinitiative jagt die andere. Schon jahrelang wird alles besser, aber irgendwie wird nichts wirklich gut. Die gesellschaftlichen Großtrends der letzten Jahrzehnte haben einen Typus von Studierenden hervorgebracht, der als hedonistischer Nutzenmaximierer nicht mehr daran glaubt, dass sein studentischer und beruflicher Werdegang etwas mit Leistung zu tun hat, deshalb möchte er mit minimalem Aufwand die Etikette erwerben, die ihm den Eintritt in eine obere Gehaltsklasse ermöglicht. Mehr eigentlich nicht.

Auch die Professorinnen und Professoren sind nicht unbeeinflusst von der gesellschaftlichen Entwicklung geblieben. Der immense Statusverlust des »deutschen Professors« durch die Vermassung von Hochschulbildung und die unerträgliche Verregulierung der deutschen Hochschulen haben einen Typus von Dozen-

tinnen und Dozenten geschaffen, der seinerseits nicht mehr daran glaubt, seine Stellung durch Leistung in der Lehre verbessern zu können und deshalb danach trachtet, ein Minimum an Zeit für die Lehre zu verwenden, um mit einem Maximum an Kraft an einer Statusverbesserung für sich selbst zu arbeiten. Oder er lässt nach seiner Verbeamtung gleich alle Strebungen fahren und erfreut sich an der vielen disponiblen Zeit.

Das System Hochschule entwickelt sich unabhängig von allen Steuerungsversuchen immer wieder so, dass diese gesellschaftlich bedingten Typen (hier der Studierende, dort seine Professorin bzw. sein Professor) darin ihren Hauptneigungen nachkommen können. So bleibt die Universität und die Hochschule vor allem der Ort, an dem sich die Abneigung der Studierenden gegenüber irgendwelchen Anstrengungen auf das Trefflichste mit der Abneigung der Professorinnen und Professoren trifft, für ihre Vermittlungsergebnisse Verantwortung zu übernehmen. Das System ist krank und nicht mit Geld zu heilen.

Wenn in der Bundesrepublik weitgehend auf jede Sinnstiftung außerhalb des Gelderwerbs verzichtet wird, darf man sich nicht wundern, wenn dann eine Generation ernst damit macht, in kürzester Zeit enormen Wohlstand für sich zu erwarten und den Umweg der Eltern und Großeltern – über Anstrengung und Leistung zu Wohlstand zu kommen – nicht mehr akzeptiert.

Wissen und Wissenserwerb müssen wieder in Wert gesetzt werden. Der m. E. einzige Weg zur Gesundung der Hochschulen führt über eine neue Sinngebung für die Gesellschaft. Ob eine kapitalistische Gesellschaft in dem reifen und damit desillusionierten Stadium wie bei uns dazu in der Lage ist, muss fraglich bleiben.

Für eine Sicht auf die Leistungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Ost und West ist die Gemengelage noch komplizierter. Die Art der Schleifung jeglicher eigenständiger Forschungskapazitäten im Osten nach der Wende und die nachhaltige Delegitimierung von Gesellschaftswissenschaften in der DDR haben bei vielen meiner Ostkolleginnen und Ostkollegen zu einer reflexartigen Abwehrreaktion geführt, die nur noch zu zeigen versucht, dass wir ganz normale Forschung betrieben haben. Während meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen, selbst die Gutmeinenden unter ihnen, doch davon ausgehen, dass die ganze Wirtschaftswissenschaft in der DDR eine reine Pseudoangelegenheit lediglich ideologischer Art war. In dieser Situation ist es ganz und gar ausgeschlossen, auf einen einigermaßen konsensfähigen Maßstab für die Leistungsfähigkeit von wirtschaftswissenschaftlicher Forschung zu hoffen.

Als unser Institut – das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR – nach der Wende von Westforscherinnen und -forschern evaluiert wurde, sagte mir der Leiter der Evaluationsgruppe nach

einem zweitägigen Aufenthalt vor Ort, dass er doch überrascht sei, wie viel ernst zu nehmende Forschung hier anzutreffen sei, und er sich für den Erhalt des Instituts einsetzen werde. Das hat ihn nicht gehindert, nur wenige Wochen danach ein Gutachten zu unterschreiben, das die Abwicklung des Instituts empfahl. War der Herr sich seiner Maßstäbe für Forschung nicht sicher, oder musste er sich einer »Parteidisziplin« unterwerfen?

Ich erlaube mir seit langer Zeit zwei einfache Maßstäbe zur Bewertung von wissenschaftlichen Leistungen:

1. Gibt es eine nachprüfbar zutreffende Beschreibung der Wirklichkeit?
2. Gibt es ausreichend wahrscheinliche Beschreibungen der Zukunft, die sich in einer ex post- Betrachtung als zutreffend herausgestellt haben?

Vor diesen Kriterien sieht die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR nicht gut aus. In allen wesentlichen Fragen, die die SED als mit der Machtfrage verbunden glaubte (und welche Fragen haben schon keinen Machtaspekt), war eine vorurteilsfreie Betrachtung der Wirklichkeit nicht möglich. Selbst wenn man gar nicht so selten die Unterbringung von kleinen Wahrheiten in großen Texten feiern konnte, blieb das Gesamtergebnis Apologetik. Schon das Fundament unseres theoretischen Denkens stand auf einer falschen Vorstellung vom Menschen. Wir dachten an eine Art homo comitatus, einen gesellschaftlichen, sozialen Menschen, der sein höchstes Streben in der Befriedigung von vernünftigen Bedürfnissen für alle sah.

Und selbst als schon abzusehen war, dass die DDR ihre weitgehend ignorierten Widersprüche nicht überleben wird, las man in den wirtschaftswissenschaftlichen Periodika der DDR noch immer den pseudotheoretischen Schaum von der »intensiv erweiterten Reproduktion«.

Was hätte nur Max dazu gesagt. Bei der Frage, was für ihn Wissenschaft sei, zitiert Marx aus Dantes »Göttliche Komödie«: »Am Eingang zur Wissenschaft muss man ... jeden Argwohn von sich lassen. Und jede Feigheit muß des Todes sterben.«

Fordert hier Marx unideologische Offenheit und Mut? Natürlich sind hier in Bezug auf uns Forscherinnen und Forschern aus der DDR jede Menge Relativierungen möglich, aber insgesamt bleibt nüchtern festzustellen: Offen waren wir nicht und mutig auch nicht. Es war bequemer, irgendwie im Mainstream mitzumachen, als einem abstrakten Wahrheitskriterium für Wissenschaft zu frönen.

Es ist immer bequemer, im Mainstream mitzumachen. Denn nach der Wende und einer detaillierten Kenntnisnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Leistungen in der Bundesrepublik wurde schnell deutlich, dass auch hier – bei aller Pluralität der

Möglichkeiten – im Wesentlichen der Mainstream zu Worte kommt. Mindestens die letzten 20 Jahre ist die Wirklichkeit von einer neoliberalen Gesellschaftstheorie und ihrer ökonomischen Entsprechung, der Neoklassik, erklärt worden. Ihr wirklichkeitsgestaltender Einfluss ist unübersehbar: Staatseigentum wurde privatisiert, privater Gewinnerwerb und seine Hortung wurden steuerlich begünstigt, der Austausch von Gütern und Dienstleistungen wurde dereguliert, die Beschränkungen des Kapitalmarktes wurden weitgehend aufgegeben. Das geht solange gut, wie die Staaten durch Geldvermehrung und Hinnahme ihrer eigenen Verschuldung bereit sind, die Renditeerwartungen der Kapitaleigner zu befriedigen. Nun aber wendet sich der »Markt« (wer ist das eigentlich, der sich hinter dieser euphemistischen Formel verbirgt, wenn nicht das krude Eigeninteresse von Kapitaleignern) gegen die Kuh, die ihn bisher genährt hat. In Ermanglung besserer Anlageaussichten wird nun mit dem Geld, das die Staaten wenigen Kapitaleignern zu akkumulieren erlaubten, gegen die Staaten spekuliert.

Die Welt steht vor einem finanzpolitischen Desaster, dass in seinen Ausmaßen und in seinen möglichen Folgen für die Stabilität von Gesellschaften seinesgleichen sucht.

Hat die neoliberale Ökonomie diese existentielle Krise kommen sehen? Beschreibt sie heute Ursachen und Bewegungsgesetze der Weltökonomie in der Krise richtig? Hat sie Rezepte gegen die Gefahr? Dreimal nein. Die Mainstream-Ökonomie im Westen hat spätestens jetzt ihr Waterloo-Erlebnis. Auch sie konnte sich zu keiner Zeit aus ihrem ideologischen Rahmen lösen. Auch sie hat ein falsches Menschenbild zur Grundlage, in dem der homo oeconomicus durch seine rationalen, nutzenmaximierenden Handlungen dafür sorgt, dass mit unsichtbarer Hand gleichgewichtsähnliche Marktverhältnisse entstehen, die die allgemeine Wohlfahrt befördern. Auch hier hat der Immobilien- und Bankencrash 2008 die Sachwalterinnen und Sachwalter des Finanzkapitals nur kurz erschrecken können. Heute sind sie schon wieder im alten Fahrwasser. Ganz so, wie man in der DDR noch im krachenden Gebälk nach Intensivierung der Volkswirtschaft rief.

Ich habe neulich gelesen, dass das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Zunft der Ökonominen und Ökonomen noch geringer sei als das in die Politikerinnen und Politiker. Was für eine Karriere für den neoliberalen Mainstream! Nein, die neoliberale Theorie hat versagt. Sie hat keine zutreffende Erklärung der Wirklichkeit, sie kann das Kommende nicht prognostizieren und sie kann nicht Abhilfe schaffen, wenn es brennt. Wenn wir nicht wieder mit in dem Topf säßen, unter dem gerade so mächtig das Feuer entfacht wird, könnte man sich einer gewissen Schadenfreude ob der Situation kaum verschließen. Denn offener oder mutiger als die Forscherinnen und Forscher aus der DDR waren unsere westlichen Kollegin-

nen und Kollegen auch nicht gerade. Auch hier galt, dass nur in der Mainstream-Ökonomie eine ansprechende Karriere zu machen war und deshalb die wenigen Widerstandsnester einer alternativen Ökonomie zusehends austrockneten.

Ist das dann jetzt die Stunde der Gegenentwürfe? Kann nun aus der Pluralität der Modelle nach geeigneteren gesucht werden? Fehlanzeige. Der öffentliche Diskurs wird scheinbar unwandelbar von Ansichten und Personen bestimmt, die gerade ihre Untauglichkeit zur Beurteilung der Situation nachgewiesen haben. Da hilft es wenig, dass in Talkshows auch immer wieder Leute zu Wort kommen, die extreme Gegenmeinungen zum Ausdruck bringen. Das braucht die Show und das dürfen die Gegenstimmen, da sie das System ja nicht in Gänze in Frage stellen. Für wirklich alternative Erklärungen fehlt

- bezahlte Forschung für alternatives Denken (die wenigen Altlinken auf Professorenstellen können das wahrscheinlich nicht leisten),
- ein Zugang zu den Medien für alternatives Denken (so publizieren die Alternativen in kleinen Blättern und für den kleinen Kreis ohnehin so oder ähnlich Denkender),
- das Vertrauen der Öffentlichkeitsarbeiter, aber wohl auch der Öffentlichkeit selbst, dass eine »neue politische Ökonomie« das leisten kann, was der Mainstream der neoliberalen Denkerinnen und Denker doch nicht zu leisten vermochte.

Unter diesen Bedingungen wird es noch lange Zeit brauchen, hoffentlich nicht auch einen zivilisatorischen Crash, bevor das Politische wieder in die Ökonomie einziehen kann. Aber auch dann wird man unserer Generation von in der DDR sozialisierten Forscherinnen und Forschern hier nur bedingt vertrauen, weil man immer argwöhnen wird, dass das ja schon früher gescheiterte System des »realen Sozialismus« rehabilitiert oder gar wieder eingeführt werden soll.

Meine durchaus bittere Erkenntnis: Offensichtlich hat jede Generation, was das Vertrauen anbelangt, nur einen Schuss. Wir haben den unseren vertan. In Ost und West.

Heinz-J. Bontrup

Menschliche Arbeit in der Ökonomik. Nach der klassischen Lehre und Forschung kam fast nur noch Mystifikation

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an.
Und der arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.

Bertolt Brecht

Zur Bedeutung menschlicher Arbeit ...

Schon von Anbeginn der Evolutionsgeschichte hatte menschliche Arbeit den entscheidenden Anteil an der Entwicklung des Homo sapiens und der sich aus dem Zusammenleben der Spezies ergebenden Entwicklung. Erst die Fähigkeit des Menschen, durch Lernprozesse und Arbeitsteilung sein Leben und sein Überleben ständig zu verbessern, hat ihn sukzessive aus der Tierwelt abgesondert¹ und seinen qualitativ neuen gesellschaftlichen Zustand gefestigt. Implizierte Arbeit dabei in der urgemeinschaftlichen Produktionsweise noch eine klassenlose kollektive (ausbeutungsfreie) Tätigkeit, um in der Gruppe zu überleben, so entstand durch die fortwährende Entwicklung der Arbeitsinstrumente und später durch Arbeitsteilung eine zunehmende Produktivität und schließlich ein *Überschussprodukt*, das zum ersten Mal in der Anthropologie eine materielle Voraussetzung für eine Ausbeutung von Menschen durch Menschen möglich machte. Seitdem müssen an Produktionsmitteln eigentumslose Menschen für andere Menschen arbeiten, denen die Produktionsmittel gehören. Ob als Sklaven oder als Unfreie vom Feudalherren Abhängige oder als Lohnarbeiter. Immer eignen sich die Eigentümerinnen und Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel das durch Produktion entstehende Überschussprodukt, den Mehrwert, aus menschlicher Arbeit anderer an. Karl Marx beschreibt diese Aneignung aus einer feudalen Gesellschaftsstruktur zur Herausbildung eines frühkapitalistischen bluttriefenden Systems als sogenannte ursprüngliche Akkumulation. Für Marx ist diese Akkumulation eine »Expropriation der unmittelbaren Produzenten« und damit »Verwandlung der feudalen in

¹ Die Menschheit existiert seit über eine Million Jahre. Der erste affenähnliche Mensch, der grobe Arbeitsinstrumente hergestellt hat, soll bereits vor etwa 1.750.000 Jahren gelebt haben.

kapitalistische Exploitation«.² Somit sind die lohnabhängigen Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus, dies betonte auch schon Adam Smith, nur zu bedauern. Tragen sie mit ihrer Arbeit doch die ganze Last und stehen dennoch auf der untersten Stufe der Gesellschaft und finden keine Anerkennung.

Ohne menschliche Arbeit in Verbindung mit der Natur – die ihr den Stoff liefert – ist eine Wohlfahrt und Entwicklung in einer Gesellschaft unmöglich. Bei jedem wirtschaftlichen Tausch müsste uns das eigentlich bewusst werden. Aber hier setzt schon die tägliche Mystifikation ein. So glauben wir, wir tauschen Geld gegen Ware, obwohl wir in Wirklichkeit in Geld vergegenständlichte Arbeit gegen die in der Ware geronnene Arbeit tauschen. Die Arbeit entfaltet immer zwei wesentliche Dimensionen. Zum einen bedeutet sie Mühsal, Last, Bewältigung des Notwendigen und andererseits die spezifisch menschliche Art des Umgangs mit der Umwelt (Natur), Selbstkonstitution des Menschen und damit auch Selbstverwirklichung. Martin Luther war es, der als erster Arbeit nicht verachtet, sondern als menschliche Bestimmung gewürdigt hat, und sei sie auch reine Qual: »Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen.« Deshalb ist es so wichtig, dass Menschen, auch wenn ihre Arbeit fremdbestimmt ist, Arbeit haben, wodurch sie sich zumindest eine eigene Reproduktionsbasis schaffen können und nicht auf Alimentierungen Dritter angewiesen sind. Dies entwürdigt den Menschen. Arbeitslosigkeit führt bei Arbeitslosen zu Scham und Schmach, wie Viviane Forrester in ihrem Buch »Der Terror der Ökonomie« treffend beschreibt. »Die Scham sollte an der Börse gehandelt werden: Sie ist ein wichtiger Grundstoff des Profits.«³

Keine Arbeit zu haben, macht auch krank.⁴ »Mehr noch als berufliche Belastungen führt der Verlust des Arbeitsplatzes zu psychischen Erkrankungen. Arbeitslose sind drei- bis viermal so häufig psychisch krank wie Erwerbstätige.«⁵ Oskar Negt spricht in diesem Kontext zu Recht von einem »Gewaltakt gegen Menschen«, wenn eine Gesellschaft, ein Wirtschaftssystem, es nicht vermag, allen, die arbeiten wollen, eine gesellschaftlich subsistenzsichernde Arbeit zu geben.⁶

2 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, S. 790, 743

3 Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie. München 1998, S. 15.

4 Vgl. Heinz-J. Bontrup: Krank machende Ursachen in der Ökonomie. In: Sozialpsychiatrische Informationen. Heft 4/2011, S. 13-16.

5 Karin Koch: Viel Arbeit und wenig Einfluss auf Arbeitsprozesse machen krank. In: Psychosoziale Umschau. Heft 3/2010, S. 37.

6 Vgl. Oskar Negt: Arbeit und menschliche Würde. 2. Aufl. Göttingen 2002.

... in der Wirtschaftswissenschaft

Nichts ist in der Wirtschaftswissenschaft nach der klassischen Lehre und Forschung so entstellt, so mystifiziert worden wie die *Bedeutung der menschlichen Arbeit* für die Ökonomie als Ganzes, aber auch für das Wirtschaftssubjekt im Einzelnen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts brach die Neoklassik⁷ mit ihrer subjektiven Wertlehre, in einer immer mehr dem Kapital zugewandten interessenorientierten (politischen) und vielfach normativen Wissenschaft, mit dem bis dahin gültigen Axiom der Arbeitswerttheorie, dass es nur einen einzigen realen Wert in der Wirtschaftswelt gibt, nämlich vergegenständlichte menschliche Arbeit. Als Erklärung für diesen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Nationalökonomie stellen Joan Robinson und John Eatwell fest: »Klassische Lehrmeinungen, sogar in ihrer liberalsten Form, heben die wirtschaftliche Rolle der sozialen Klassen und der Interessenkonflikte zwischen ihnen hervor. Der Brennpunkt des sozialen Konflikts verlagerte sich im späten 19. Jahrhundert vom Antagonismus der Kapitalisten und Grundbesitzer zum Widerspruch zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Furcht und Schrecken, die durch das Werk von Marx entstanden, wurden durch die Einwirkungen der Pariser Kommune von 1870 in ganz Europa verstärkt. Lehrmeinungen, die einen Konflikt anregten, waren nunmehr unerwünscht. Theorien, die die Aufmerksamkeit vom Antagonismus der sozialen Klassen ablenkten, waren hoch willkommen.«⁸ Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Kapitalismus, ideologisch als (soziale) Marktwirtschaft bezeichnet, ist immer noch eine zutiefst antagonistische Veranstaltung. Die Kapitaleigenerinnen und -eigner, die Unternehmerinnen und Unternehmer wollen, um ihre Profite zu maximieren, die Arbeitskosten permanent minimieren und die abhängig Beschäftigten die den Arbeitskosten exakt entsprechenden Arbeitsentgelte maximieren.

Marxistische Theorie, und nach dem Zweiten Weltkrieg selbst ein holistischer und nicht nur auf ein deficit spending reduzierter Keynesianismus,⁹ wurde aus den Curricula, zumindest in Deutschland, so gut wie getilgt. Dafür eine neoklassische Gleichgewichtstheorie präferiert, deren primäres Erklärungsziel nur noch der Nachweis für eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren ist. Der Gipfel des Verfalls war dann ab etwa Mitte der 1970er Jahre die einseitige neoliberale Betonung des Markt- und Wettbewerbsprinzips und die wirtschaftspolitische Zurückdrängung staatlicher Interventionen in die Märkte. Wirtschaftspolitik sollte sich ausschließlich auf das Ziel von Preisniveaustabilität konzentrieren und die

7 Der Begriff »Neoklassik« stammt ursprünglich von Thorstein Bunde Veblen (1857 bis 1929), der diesen zur Charakterisierung der Schriften von Alfred Marshall (1842 bis 1924) verwendet hat.

8 Joan Robinson/John Eatwell: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. München 1974, S. 67 f.

9 Dies gilt auch weitgehend für postkeynesianische nekeynesianische und nekeynesianische Theorien.

Märkte inkl. der Finanzmärkte dereguliert werden. Ralf-Michael Marquardt bringt es auf den Punkt: »Über Jahrzehnte dominierten Modellplatonismus, Überbetonung der mikroökonomischen Fundierung und die Vernachlässigung gesamtwirtschaftlichen Denkens. In blindem Vertrauen auf die Märkte hat der ökonomische Mainstream eine möglichst weit reichende Liberalisierung und den Rückzug des Staates befürwortet. Nun hat die Krise die damit einhergehenden Defizite brutalstmöglich aufgedeckt.«¹⁰ Und selbst in der Mikroökonomik, siehe hier nur das von dem US-amerikanischen Ökonomen Hal R. Varian auf 864 Seiten verfasste Standardlehrbuch,¹¹ kommt Arbeit bzw. deren einziger neuwertschaffender Charakter nicht einmal in Spurenelementen vor. Menschliche Arbeit beschränkt sich hier (auf 7 Seiten) auf eine funktionale Deskription des Arbeitsangebotes und auf die triviale Erkenntnis, dass der Lohnsatz für geleistete Arbeit auch Opportunitätskosten der Freizeit impliziert sowie das bei einem steigenden Lohnsatz das Arbeitsangebot ab einem gewissen Punkt sinkt (»rückwärts geneigte Arbeitsangebotskurve«), weil das zusätzliche Einkommen zum »Kauf« zusätzlicher Freizeit verwendet (substituiert) würde. Das aber von Arbeit, wenn der Lohn immer mehr verfällt, nicht weniger, sondern zur Existenzsicherung mehr angeboten wird (»anormale Arbeitsangebotsfunktion«), und der Lohn in Folge mit katastrophalen Wirkungen auf die Arbeitsmärkte in Richtung einer Prekarisierung noch mehr sinkt, erwähnt Varian dabei nicht einmal.

Werttheoretische Mystifikationen

Entscheidend in der Ökonomie ist immer die Frage, wer erhält wie viel von der jeweils arbeitsteilig produzierten Wertschöpfung, die sich kapitalistisch in *Arbeits- und Besitzeinkommen* (Gewinn, Zins und Grundrente) aufteilt und danach einer staatlichen Besteuerung und Sozialabgabenbelastung unterzogen wird? Brutto in der primären Marktverteilung und Netto nach staatlicher Umverteilung sind deshalb beim Einkommen zu differenzieren. Die *Verteilungsfrage* zieht sich in diesem Kontext wie ein »roter Faden« durch die dogmengeschichtliche Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften.¹² Dabei erkannten schon die Physiokraten im 17. Jahrhundert die Wichtigkeit der menschlichen Arbeit als produktiv und neuwertschaffend an, wenn auch nur in der Agrarproduktion. Basierte dann end-

10 Ralf-M. Marquardt: Volkswirtschaftslehre im Domröschenschlaf. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2010, S. 16.

11 Vgl. Hal R. Varian: Grundzüge der Mikroökonomik. 8. Aufl. München 2011.

12 Vgl. dazu ausführlich die drei Bände von Werner Hofmann: Wert- und Preislehre. Bd. 1, Berlin 1964, Einkommenstheorie. Bd. 2, Berlin 1965 und Theorie der Wirtschaftsentwicklung. Bd. 3, Berlin 1966.

gültig das klassische Lehrgebäude (von Adam Smith, David Ricardo über Karl Marx bis John Stuart Mill) auf einer *objektiven* Arbeitswerttheorie, die den in der Produktion entstehenden Neu- bzw. Mehrwert (Gewinn, Zins und Grundrente) nur aus menschlicher *Arbeitskraft und Naturgebrauch* ableitet und die Ökonomie unter kapitalistischen *Eigentumsverhältnissen* klassen- und verteilungsmäßig analysiert und kritisiert, so rückte mit einer »Todsünde« (Otto Conrad¹³) die Neoklassik gegen Ende des 19. Jahrhunderts hiervon ab. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf der Basis einer subjektiven Wertlehre nur noch auf die Stellung des Wirtschaftssubjektes im Tauschprozess am Markt durch relative Güterpreise und einem von dem deutschen Ökonomen Hermann Heinrich Gossen entwickelten subjektiven (egoistischen) Grenznutzenkonzept gerichtet. Vor allen Dingen aber hebt die Neoklassik in ihrem Lehrgebäude den Mehrwert auf die gleiche Stufe des gesellschaftlich-moralischen Ansehens wie die zur Wertschöpfung zählenden Arbeitseinkommen. Gewinn entsteht hier nicht mehr deshalb, wie es noch Mill¹⁴ formulierte, weil die menschliche Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt an Reproduktionskosten erforderlich ist, oder anders ausgedrückt, weil der »Wert der Arbeit« größer ist als der »Tauschwert der Arbeitskraft« in Form des Lohns, sondern wie es in der von dem US-amerikanischen Ökonomen John Bates Clark entwickelten *Grenzproduktivitätstheorie* beschrieben wird. Demnach fällt jedem Produktionsfaktor (Arbeit, Boden und Kapital) ein *eigener* Wertbeitrag (das sogenannte Wertgrenzprodukt) zu. Der jeweilige »Faktor«, so auch das »Humankapital«, wird dabei gemäß seiner Grenzproduktivität »entlohnt«. Je höher das Grenzwertprodukt eines Faktors relativ zum anderen ist, umso größer fällt bei gleichen eingesetzten Faktormengen sein Anteil an der Wertschöpfung aus, et vice versa. Jeder der Produktionsfaktoren erhält somit, was er »wert« ist, und das soziale Gewissen ist in der Neoklassik befriedigt.

Auch die Verteilung der zuwachsenden Wertschöpfung in der *Tarifpolitik* basiert ausschließlich auf dem Theorem der Grenzproduktivitätstheorie, wonach die Reallöhne mit der Produktivitätsrate steigen sollen. Im Ergebnis entspricht dies aber nur einer *Verteilungsneutralität* zwischen Arbeit und Kapital. Die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Profitquote bleibt konstant. An der Verteilung des bisher akkumulierten Vermögens und den daraus entspringenden Machtverhältnissen ändert sich nichts.

Mit der werttheoretischen Mystifikation in der neoklassischen Theorie ist die *Ausbeutung des »Faktors Arbeit«* aus der Wirtschaftswissenschaft eliminiert worden. Hier kommt Verwunderung auf, als das selbst die Neoklassik in ihrer allge-

13 Vgl. Otto Conrad: Die Todsünde der Nationalökonomie. Leipzig und Wien 1934.

14 Vgl. John Stuart Mill: Principles of Political Economy. London 1848, hier zitiert aus der deutschen Übersetzung: John Stuart Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie. 2. Aufl. Jena 1924, S. 36.

meinen *Produktionsfunktion* beim Einsatz von Arbeit (A) und Kapital (K) unterstellt, dass mit jeweils einem Produktionsfaktor kein Output (Y) zu erzielen ist.

$$Y(A*0) = 0$$

$$Y(0*K) = 0$$

Und wenn gilt, dass Kapital in Form von Maschinen und Produktionsgebäuden u. a. nichts anderes ist als *vergegenständlichte (vorgetane)* lebendige Arbeit, d. h. ohne menschliche Arbeit hätte das zum Einsatz kommende »tote« Kapital originär gar nicht entstehen können, dann wird auch hier ökonomisch die Ausbeutung der Lohnabhängigen im Kapitalismus deutlich, die noch »vor der Landnahme« (Adam Smith) den »Ertrag ihrer Arbeit« weder mit Grundbesitzerinnen und -besitzern noch mit Unternehmerinnen und Unternehmern teilen mussten. In jüngerer Zeit hat Oswald von Nell-Breuning den Zusammenhang noch einmal *gesamtwirtschaftlich* dargelegt. »In unserer Wirtschaft werden sowohl Konsumgüter als auch Kapital- oder Investitionsgüter produziert; die ersteren gehen, wie ihr Name besagt, in den Verbrauch, die letzteren dienen langfristiger Nutzung, für Wohnhäuser und dergleichen, oder dienen selbst wieder der Produktion, für Fabriken, Maschinen usw. An der Erzeugung beider Arten von Gütern wirken die Arbeitnehmer mit; für die Arbeitsleistung in diesen beiden Zweigen der Produktion zahlen die Unternehmer ihnen Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn erscheint in der Erfolgsrechnung der Unternehmer als Kosten. Verwenden die Arbeitnehmer nun den ganzen Arbeitslohn zum Kauf der geschaffenen Verbrauchsgüter, so heißt das: die Unternehmer erhalten die ganze von ihnen als Kosten aufgewendete Lohnsumme zurück und geben dafür nur die produzierten Konsumgüter ab; die neugeschaffenen Kapital- oder Investitionsgüter verbleiben ihnen sozusagen gratis und franko. Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozess denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.«¹⁵ Sie bleiben auch selbst bei einer Erhöhung der Lohnquote ohne eine *Kapitalbeteiligung* auf die Konsumgütersphäre als »Gefangene« mit ihrem Lohn (Tauschwert ihrer Arbeit) beschränkt und damit, ohne den vollen »Wert ihrer Arbeit« zu erhalten, zusätzlich von der *Gewinnverwendung* abhängig, die wiederum einzig und allein durch das »Investitionsmonopol des Kapitals« (Erich Preiser) und der zukünftig *erwarteten Profitrate* bestimmt wird. Auch das »Investitionsmonopol des Kapitals« widerspricht dabei zutiefst selbst der neoklassischen Produktionsfunktion. Wenn nämlich – wie oben aufgezeigt – nur mit dem Einsatz von Kapital kein Produktionsoutput erzielt

15 Oswald von Nell-Breuning: Kapitalismus und gerechter Lohn. Freiburg i. Br. 1960, S. 140 f.

werden kann, wieso bestimmen dann ausschließlich die Kapitaleignerinnen und -eigner ohne eine paritätische Mitbestimmung von Arbeit¹⁶ wie, wann und wo investiert wird?

Wenn auch nicht arbeitswerttheoretisch, so aber doch in Richtung einer arbeitnehmerorientierten Partizipation argumentierten noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Nestoren der Betriebswirtschaftslehre (Schmalenbach, Nicklisch, Dietrich u. a.). Bei dem hier – im Gegensatz zur heutigen BWL – vorliegenden Selbstverständnis über ihre Wissenschaft wurde noch die Auffassung vertreten, dass es nicht die Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre sei, zuzuschauen, »ob und wie irgendjemand sich ein Einkommen oder Vermögen verschafft.

Sinn unserer Lehre ist lediglich zu erforschen, wie und auf welche Weise der Betrieb seine *gemeinwirtschaftliche Produktivität* beweist.«¹⁷ Für Heinrich Nicklisch ist es daher die Aufgabe, von Unternehmen eine wirtschaftliche Bedarfsdeckung sicherzustellen und nicht dafür Sorge zu tragen, möglichst maximale Gewinne für die Kapitaleignerinnen und -eigner zu erzielen. Gewinn könne auf »anständige oder unanständige Weise (z. B. durch Raubbau an Natur und Menschen) entstehen. Wirtschaftlichkeit ist immer anständig.«¹⁸ Die Verteilung von Gewinn wird hier noch aus der Vorstellung vom Unternehmen als Gemeinschaft abgeleitet. Die Unternehmerin bzw. der Unternehmer oder die Managerin bzw. der Manager alleine und »totes« Kapital bilden noch kein Unternehmen. Ohne Beschäftigte sind Unternehmen allenfalls »Ausstellungen« oder »Museen«. So postuliert denn auch Rudolf Dietrich in konsequenter Haltung: Empfänger des Gewinns sei das Unternehmen und nicht, wie allgemein angenommen, dessen Kapitaleignerin oder -eigner. Die Beschäftigten hätten, weil sie ihre Arbeitskraft und ihr geistiges Kapital im Betrieb einsetzten, die gleichen Eigentumsrechte am Ertrag wie der »Betriebsherr«.¹⁹ Deshalb sei dieser auch weder den Beschäftigten noch dem Gewinn gegenüber uneingeschränkter Herrscher.²⁰ Eine ähnliche Argumentation vertritt Nicklisch: Vom Standpunkt der »Betriebsgemeinschaft« aus betrachtet, seien Löhne und Gehälter keine Kosten, sondern vorgeschossene Ertragsanteile.²¹ Lohn- und Gehaltszahlungen bildeten deshalb nur den ersten Akt der Ertragsverteilung, den zweiten Akt »Maßnahmen der Gewinnverteilung« auf die Arbeitnehmer, die Nicklisch als »natürliches Recht« bezeichnet.²²

16 Vgl. dazu ausführlich Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. 4. Aufl. Köln 2011.

17 Eugen Schmalenbach: Dynamische Bilanz. 5. Aufl. Leipzig 1931, S. 94.

18 Heinrich Nicklisch: Die Betriebswirtschaft. 7. Aufl. Stuttgart 1932, S. 6.

19 Vgl. Rudolf Dietrich: Betriebs-Wissenschaft. München/Leipzig 1914, S. 402.

20 Vgl. ebenda, S. 132.

21 Vgl. Heinrich Nicklisch: Die geistige Haltung der Betriebswirtschaftler. In: Der praktische Betriebswirt. Heft 5/1934, S. 489.

22 Vgl. Heinrich Nicklisch: Wirtschaftliche Betriebslehre. 6. Aufl. Stuttgart 1922, S. 114.

Neoliberalismus als umverteilendes Klassenprojekt ...

Die Profitrate als entscheidende Größe in der kapitalistischen Welt war nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund einer – wenn auch nur kurzen – Vollbeschäftigungsphase mit starken Gewerkschaften und einem politisch ausgebauten keynesianischen Wohlfahrtsstaat unter Druck geraten. »Der soziale Wohlfahrtsstaat hatte offenbar erhebliches öffentliches Vermögen schaffen können, das er produktiv wie konsumtiv einsetzte, die Arbeiter hatten die Lohnquoten erhöhen können und waren in den Streikbewegungen 1968 bis 1974 europaweit ausgesprochen frech geworden. Also musste ein Schnitt gemacht werden, eine ideologische, reale und politische ‚Revolution‘ rückwärts. Diese war nach dem Zweiten Weltkrieg für Jahrzehnte ideologisch nicht mehr möglich durch die faschistische Variante, jedenfalls nicht in den führenden kapitalistischen Ländern, die am Weltkrieg beteiligt waren. Aber auch die Keynesianische Sozialstaatsvariante musste abgeschafft werden.«²³ Dabei waren die herrschenden Kapitalkräfte und Plutokraten (Geldmächtigen) schon immer mit Keynes über Kopf. »Schon Joan Robinson und Michał Kalecki hatten darauf hingewiesen, dass ein dauerhaft angewendeter Keynesianismus, selbst in der entschärften Form der mechanischen Makro-Hydraulik (einem »Bastard-Keynesianismus«, d. V.), eine Eigendynamik implizieren würde, die das kapitalistische System gefährden könnte.«²⁴

Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 war es dann soweit. Eine bis dahin nicht gekannte Stagflation (das gleichzeitige Auftreten von Stagnation und Arbeitslosigkeit sowie von Inflation) war mit einem keynesianischen deficit spending nicht mehr wirtschaftspolitisch zu bekämpfen. Der US-amerikanische Ökonom Milton Friedman nutzte dies mit seinem Buch »Kapitalismus und Freiheit« zu einem Generalangriff auf den Keynesianismus. Damit war eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik als Gegenpart zur keynesianischen Nachfragepolitik geboren. Die Botschaft war einfach: Löhne runter, Arbeitszeiten rauf, Steuern auf Unternehmergewinne und Vermögen senken und dabei gleichzeitig den Sozialstaat minimieren. Margaret Thatcher und Ronald Reagan wurden die ersten politischen Protagonisten eines neuen Paradigmas, das heute allgemein als Neoliberalismus bezeichnet wird.²⁵ Dieser wollte und will nach wie vor als ein »Klassenprojekt« (David

23 Wolfram Elsner: Wirtschaftswissenschaften – Realität – Politik. Der Beitrag des ökonomischen Mainstream zum Kasino-, Krisen- und Katastrophen-Kapitalismus – und Perspektiven der heterodoxen Ökonomik. Öffentlicher Vortrag während der Tagung »Die Krise des Kapitalismus und die Zukunft der ökonomischen Wissenschaft. Mainstream – Heterodoxien – Pluralismus?« des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung. Universität Kassel, 28./29.09.2011, S. 5 f.

24 Ebenda, S. 4.

25 Eine ausführliche historische Ableitung und Kritik zum Neoliberalismus findet sich u. a. bei Christoph Butterwege/Bettina Lösch/Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden 2007 sowie bei Werner Goldschmidt/Dieter Klein/Klaus Steinitz (Hrsg.): Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive. Heilbronn 2000.

Harvey) nur eins: die Umverteilung von der Lohn- zur Profitquote ($1 - qL$), um damit bei selbst konstanter Wachstumsrate (w) der Arbeitsproduktivität (Y/A) und steigender Kapitalintensität (K/A) die Profitrate (π) anzuheben.

$$w\pi = w(Y/A) + w(1-qL) - w(K/A)$$

»Dreißig Jahre ‚Neo-Liberalismus‘ haben dementsprechend in rasantem Tempo in jeglicher Hinsicht die ungleichsten globalen Einkommens- und Vermögensverteilungen hervorgebracht, die man aus der Menschheitsgeschichte kennt. Der Weltentwicklungsbericht der UNCTAD hat vor einigen Jahren Verteilungsdaten bis etwa ins Jahr 1800 zurück rekonstruieren können, und für den aktuellen Rand unter fast allen Aspekten die ungleichsten Verteilungen seitdem festgestellt.«²⁶ Seit der deutsch-deutschen Vereinigung wurden allein in Deutschland von 1990 bis 2010 gut 1,1 Billionen Euro von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen umverteilt und die privaten Haushalte in Deutschland erzielten im gleichen Zeitraum einen Vermögenszuwachs von fast 2 Billionen Euro.

Notwendige Voraussetzung für die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben war die sich in den Industrieländern immer mehr aufbauende strukturelle Massenarbeitslosigkeit in Folge von Produktions-Produktivitätslücken. Die realen Wachstumsraten der Wirtschaft fielen aufgrund von Sättigungsgrenzen und des in Folge der zunehmenden Umverteilung zurückgehenden Konsums und der Realinvestitionen²⁷ kleiner aus als die Wachstumsraten der Produktivität, so dass sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen bei gleichzeitig noch demographisch bedingter steigender Arbeitsangebotsfunktion tendenziell verringerte.

Die Gewerkschaften versuchten in den Tarifverhandlungen, die Produktivitätszuwächse zu sehr für Lohnerhöhungen einzusetzen, was bei chronisch gewordener Arbeitslosigkeit immer weniger gelang, anstatt die zuwachsende Produktivität für Arbeitszeitverkürzungen und damit zur Arbeitsverknappung einzusetzen. Dies tun sie übrigens unverständlicherweise bis heute.²⁸ So drückte immer mehr das Arbeitslosenheer die Löhne und aufgrund ausgezehrter Normalarbeitsverhältnissen kommt es im dadurch entstehenden Prekariat – nicht zuletzt auch durch den Strukturwandel in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft – sogar zu anormalen Arbeitsangebotsreaktionen. Hier wird bei fallenden Löhnen nicht weniger an Arbeit angeboten (normale neoklassische Arbeitsangebotsfunktion), sondern zur Aufrechterhaltung des schon eh nur geringen Einkommens kommt es zu einer

26 Elsner: Wirtschaftswissenschaften, S. 14 f.

27 Vgl. Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. 2. Aufl. Marburg 2007.

28 Vgl. dazu kritisch Heinz-J. Bontrup/Lars Niggemeyer/Jörg Melz: Arbeitfairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden. Hamburg 2007; Heinz-J. Bontrup/Mohssen Massarrat: Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Sonderdruck. In: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft. Mai 2011.

Ausweitung des Angebots, so dass im Ergebnis der Lohn noch mehr verfällt – ein Teufelskreis. Im Gegensatz zu dieser ökonomischen Realität unterstellt die heute immer noch herrschende neoliberale Mainstream-Ökonomie einen sogenannten markträumenden Gleichgewichtslohn. Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten würden diesen Lohn bestimmen. Und zwar arbeitsmarktimmun! Der Lohn müsse nur bei einem Überschussangebot an Arbeit fallen. Tut er dies nicht, weil Gewerkschaften dies verhindern, so ist das »Kartell der Beschäftigten« selbst schuld. Die Arbeitslosen seien dann »freiwillig« arbeitslos, es läge eine »Mindestlohnarbeitslosigkeit« vor.

... und seine Shareholder-value-Doktrin

Mit Beginn der 1990er Jahre hat dann durch eine Shareholder-value-Doktrin,²⁹ durch eine letztlich sich daraus ergebende Dominanz von Finanzinvestorinnen und -investoren, der von den Neoliberalen geforderte massive Verfall der Löhne bzw. eine Umverteilung zu den Besitzeinkommen stattgefunden. Dabei kam es sogar zu einer Umkehrung der kapitalistischen Logik. Der Gewinn bzw. die Profitrate ist hier systemisch keine Restgröße mehr, sondern eine vorab (ex ante) vom Kapital bestimmte und eingeforderte Plangröße. Wird diese im Businessplan nicht dargelegt, erfolgt keine realwirtschaftliche Investition oder sogar eine Desinvestition mit negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Daneben forcierten die auf Spekulation ausgerichteten Finanzinvestoren zum einen gigantische nationale und internationale Fusionen und Konzentrationsprozesse (inkl. eines Outsourcings) – dies war auch mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten verbunden –, und es kam zu einer massiven Privatisierung öffentlicher Güter und Unternehmen.

Weltweit betrachtet, ist heute Arbeit immer billiger geworden. In den Unternehmen gibt es zwar noch Beschäftigte, diese werden aber von Neoliberalen auf eine ausschließlich störende und deshalb zu minimierende »Kostengröße« reduziert, was genauso für die Beschäftigten in staatlichen und sonstigen Verwaltungen gilt. Alles dreht sich nur noch um eine maximale Profitbefriedigung der Shareholder bzw. Kapitaleigentümerinnen und -eigentümer, möglichst mit zweistelligen Profitraten und bei den öffentlich Bediensteten um die Reduzierung der Staatsverschuldung. Lohnsenkungen, verlängerte Arbeitszeiten ohne Bezahlung und allgemein verschlechterte Arbeitsbedingungen, Prekarisierung von Arbeit (working poor) und schließlich Entlassungen in die Arbeitslosigkeit sind dabei das Credo einer einseitig an Kapitalinteressen ausgerichteten neoliberalen Wirtschaftswissenschaft

²⁹ Vgl. Alfred Rappaport: A Creating Shareholder Value. New York 1986.

und herrschenden Politik. Das neoliberale Credo geht aber, wie wir sehen, nicht auf. Es verstößt massiv gegen zwei ökonomische Gesetze.

Erstens gegen die *betriebswirtschaftliche Rationalität*. Diese lautet schlicht, dass nur motivierte Beschäftigte mittel- und langfristig bereit sind, eine gute und produktive Arbeit abzuliefern. »Per Arbeitsvertrag kann auf dem Arbeitsmarkt weder die Person noch eine hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität eindeutig bestimmte Arbeitsleistung gekauft werden, sondern nur das Arbeitsvermögen bzw. die Arbeitskraft der durch den Abschluss dieses Vertrages zum ›Personal‹ gewordenen Menschen. Arbeitsvertragliche Regelungen lassen Spielräume, die ganz unterschiedlich ausgefüllt werden können: Seitens des Personals reicht die Spanne vom ›Dienst nach Vorschrift‹ bis zur ›Leistung aus ›Leidenschaft‹«. Anknüpfend an Karl Marx Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozess wird in diesem Zusammenhang vom Problem der Transformation des auf dem Arbeitsmarkt gekauften Arbeitsvermögens in tatsächlich geleistete Arbeit gesprochen. Dieses ›Transformationsproblem‹ ist ein *Kernproblem* der betrieblichen Personalpolitik. Es resultiert aus dem besonderen Charakter der menschlichen Arbeitskraft. Das Arbeitsvermögen ist untrennbar mit der Person der Arbeitskraft verbunden. Man spricht in diesem Zusammenhang vom ›Unbestimmtheitspotential‹ der Arbeitskraft. Wer Arbeitskraft kauft, erwirbt einen Produktionsfaktor bzw. eine Ressource, deren Nutzungsbedingungen grundsätzlich anders sind als die der sachlichen Produktionsfaktoren.«³⁰

Zweitens sägen sich die neoliberal denkenden Kapitalisten auch deshalb einzelwirtschaftlich den Ast selbst ab, weil sie den »Doppelcharakter des Lohns« bei ihrem einseitigen Profitdenken und -handeln außer Acht lassen und so wie Lemminge in ihre selbst aufgestellte Falle laufen und am Ende umkommen. Wenn alle Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Arbeitskosten senken, senken sie gleichzeitig die Einkommen und damit die Kaufkraft der Massen zum Konsum.³¹ Infolge schränken die Unternehmerinnen und Unternehmer, die jetzt zwar kurzfristig mehr Profit machen, ihre arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Produktionskapazitäten ein. Allenfalls erfolgen arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsinvestitionen und zur substituierenden Anlage ihrer Profite entsprechende Finanzinvestitionen. Das Ergebnis ist schließlich eine vernichtende gesamtwirtschaftliche Verteilungspervertierung, deren Wirkungen gerade in der schlimmsten weltweiten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren zu beobachten sind.³² Fast drohte eine

30 Gertraude Krell: *Vergemeinschaftende Personalpolitik*. München und Mering 1994, S. 15 f.

31 Ein Ausweg bietet sich hier auch nicht durch eine entsprechende Auslandsnachfrage an. Dies endet, wie gerade überdeutlich zu beobachten, in einer schweren Krise der mehr importierenden als exportierenden Länder.

32 Vgl. Heinz-J. Bontrup: *Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen*. Expertise für den DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt. Hannover 2011.

»kapitalistische Kernschmelze«. Der neoliberale Mainstream in der Wirtschaftswissenschaft, der über Jahre einer Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzzeinkommen das Wort geredet hat, sollte sich seiner Schuld bewusst sein. Es ist allerdings zu befürchten, dass dies nicht der Fall ist, und dass das verhängnisvolle neoliberale Umverteilen von unten nach oben weitergeht.

Rudolf Hickel

Politische Ökonomie des Kapitalismus als gemeinsames Projekt gegen die Arroganz der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft

Der Neoliberalismus ist der größte Irrtum in der Geschichte des ökonomischen Denkens. Um die Perversionen des Systems zu beheben, muss der Kapitalismus durch Regulierung entmachtet und zivilisiert werden.

Robert J. Shiller

Antwort auf die imperialistische Eroberung: Marxistische Wirtschaftsforschung stärken

Anlass meines Beitrages ist die zum 1. Oktober 1991 erfolgte Abwicklung der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Diese international anerkannte Hochschule war die größte wirtschaftswissenschaftliche Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR. Ihre Abwicklung steht stellvertretend für einen unglaublichen, der alten Bundesrepublik entstammenden Wissenschaftsimperialismus.

Die Leistungen vor allem auch im Bereich der Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus sind über Nacht auf Null abgewertet, ja mit Spott überzogen worden. An ihre Stelle wurde die in Westdeutschland vorherrschende Wirtschaftswissenschaft autoritär gesetzt.

Die jetzt angebotenen Methoden und Modelle eint die Verpflichtung, im Kern die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zur überhistorischen Wahrheit zu deklarieren. Mit dieser Auslöschung der Lehr- und Forschungsaktivitäten in der DDR hat sich die westdeutsche Mehrheits-Wirtschaftswissenschaft blamiert. Was der DDR-Wissenschaft immer wieder vorgeworfen worden ist, kennzeichnet dieses Vorgehen. Durchgesetzt werden sollte jetzt die den Kapitalismus rechtfertigende Herrschaftswissenschaft.

Die Fakultäten an den früheren DDR-Universitäten wurden von ihrer Ausrichtung her im Grunde weitgehend nivelliert. Sie sind durch die westdeutschen Akteure eines Marktfundamentalismus besetzt worden. Diese »mainstream economics« eint die Vorstellung von der Überlegenheit kapitalistischer Marktverhältnisse. Kritiker, die sich etwa seit 1975 in der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspo-

litik zusammengefunden haben, hatten keine ernsthafte Chance, Einfluss in den ostdeutschen Universitäten zu gewinnen. Die neoliberale Dogmatik, oftmals in komplexen mathematischen Modellen verhüllt, dominiert. Diese Besetzung der ostdeutschen Lehrstühle kostete die meisten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der DDR über Nacht ihren Job. Auch diejenigen, die sich schnell anzupassen versuchten und die neue Lehre propagierten, sollten nicht lange geduldet werden.

Festzustellen gilt: Die fundamentale Anforderung an eine Wissenschaft ist der offene Dialog oder, wie es Jürgen Habermas in der 1967er Studentenbewegung bezeichnete, der »herrschaftsfreie Diskurs«. Aus einer Mischung von Arroganz, Ignoranz und durchaus auch mangelnder Substanz ist auf jeglichen Dialog verzichtet worden. Dabei sind die produktiven Ansätze zur »Anatomie des Kapitalismus« aus den in der DDR existenten Lehrplänen und Forschungsprogrammen gestrichen worden. Selbst die Anforderung durch den Wissenschaftstheoretiker Karl Popper, Theorien durch die Suche nach deren Widerlegung zu stärken, ist nicht berücksichtigt worden. Die langweilige Suche nach den massenhaften »weißen Schwänen« leitete die Forschung und Lehre an. Auf die Falsifikation der bisherigen Erkenntnisse durch das Aufspüren von »schwarzen Schwänen« wurde verzichtet. Da sollte eine marxistisch fundierte Gesellschaftstheorie schon gleich gar keine Chance bekommen. Selbst der nach dem Grundgesetz gewollte Pluralismus wurde durch die Vorherrschaft der einen, der marktkonformen Lehre, mit Füßen getreten.

Diese Besetzung der DDR-Universitäten und -Akademien lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Umso wichtiger ist das mit der Konferenz verbundene Anliegen. Es dient der Dechiffrierung der ökonomischen Wissenschaftspraxis der DDR. Dazu gehören ganz sicherlich auch Fehlentwicklungen wegen der Vorgaben von SED-Parteitag und den herrschenden Politikgremien. Die produktiven Diskussionen unterhalb der Ordnungsregeln verdienen umso mehr Anerkennung. Deutlich gemacht werden müssen die vielen produktiven Ansätze einer kritischen politischen Ökonomie. Es mag als Illusion abgetan werden, doch es bleibt die Hoffnung, dass die Akteure von westdeutschen Lehrstühlen und die Verantwortlichen in den Wissenschaftsbehörden aus der in diesem Buch präsentierten Forschungsarbeit mit wichtigen Elementen für eine zukunftsfähige Ökonomie wenigstens im Nachhinein ihre Fehler erkennen. Allemal lohnt es sich, dieses differenziert entwickelte DDR-Erbe wieder künftig im Wissenschaftsbetrieb zu verankern. Schließlich können die auf die Verbetriebswirtschaftlichung ausgerichteten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler von der DDR-Ökonomie lernen, warum dadurch eine selbstzerstörerische Dynamik der kapitalistischen Verwertung ausgelöst wird.

Die marxistisch fundierte Ökonomik, die mit dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zeigt, wie einzelkapitalistische Borniertheit krisenhaft die ökonomische Entwicklung antreibt, gibt heute wichtige Impulse. So war es Karl Marx, der mit seiner »Anatomie des Kapitalismus« die Tendenz zur relativen Entkoppelung der Finanzmärkte von der Produktionswirtschaft erkannte, die ein neues Krisenpotential schafft. Zur Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Kapitalismus gehört aber auch die Überwindung von Mängeln in der DDR-Forschung. Hierzu zählt das ungelöste Problem der Wert-Preis-Transformation. Die Theorie sollte zudem empirisch fundiert und nachprüfbar sein. Die Rolle des Staates im Kapitalismus gilt es, angemessen zu erfassen. Der Staat ist eben nicht nur Erfüllungsgehilfe des Kapitals. Schließlich muss die immanente Verursachung ökologischer Schäden erfasst und die dagegen gerichtete Theorie der Nachhaltigkeit entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Die durch Marx überschätzte zivilisatorische Kraft der Produktivkräfte schlägt oftmals in Destruktivkräfte um. Das hat sich etwa bei der auch in der DDR erfolgten Verdrängung der explosiven Gefahren von Atomkraftwerken gezeigt. Radium zerfällt nun mal unabhängig von Sozialismus oder Kapitalismus nach denselben Naturgesetzen. Die Vorstellung von den Produktivkräften, die erst unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ihre segensreiche Wirkung entfalten können, war gefährlich naiv. Die Idee sei nachträglich erlaubt: Die DDR hätte die Destruktivkräfte der Atomwirtschaft durchschaut und – auch als Zeichen gegenüber dem kapitalistischen Energie-wahn – auf diese verzichtet. Der Verzicht, gerade auf die Vorbildfunktion, hat schwerste Probleme hinterlassen.

An vielen Lehrstühlen der DDR ist die marxistische politische Ökonomie weiterentwickelt worden. Dazu gehört zum einen die Kritik der vorherrschenden neoliberalen, neoklassischen Verhimmlung kapitalistischer Verhältnisse. Zum anderen sind die fundamentalen Veränderungen des Prinzips einzelkapitalistischer Verwertung analysiert worden. Schließlich wurden wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur alternativen Gestaltung eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems entwickelt.

Für kritische, marxistisch orientierte Ökonominen und Ökonomen stellen sich heute drei Aufgaben. Erstens bedarf es einer fundierten, in der Wirklichkeit verankerten Kritik des Neoliberalismus, der in der vorherrschenden Ökonomik als neoklassisch etikettiert wird. Zweitens geht es um die Anatomie der jüngsten Etappe des Kapitalismus. Diese wird zu Recht als finanzmarktgetriebener Kapitalismus bezeichnet. Drittens ist daraus ein Zukunftsmodell, das sozialistische Elemente berücksichtigt, zu entwickeln.

Die jüngste Etappe: Finanzmarktgetriebener Kapitalismus – raus aus dem Casino

Trends zum neuen »Raubtierkapitalismus«

Die DDR-Ökonomik hat viel dazu beigetragen, die Etappen der kapitalistischen Entwicklung zu spezifizieren. In Westdeutschland dominierte in den 1950er Jahren das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Ordnungsmodell mit einer marktwirtschaftlichen und einer sozialstaatlichen Säule wurde durchaus auch als Antwort in der Systemkonkurrenz mit der DDR verstanden. Gefolgt ist eine kurze Phase des Globalsteuerungskapitalismus. 1967 wurde das sogenannte Wachstumsstabilisierungs-Gesetz etabliert. Der Staat verpflichtete sich zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit. Seit 1973 setzte sich zuerst über die Geldpolitik und dann über die Deregulierung der Güter- und Arbeitsmärkte der Neoliberalismus durch.

Die Verwendung des Begriffs Neoliberalismus zur Kennzeichnung dieser neuen Kapitalismusdominanz ruft vor allem bei den Anhängern des ORDO-Liberalismus massive Kritik hervor. Der hier verwendete Begriff umschreibt die Marktentfesselung durch Sozialabbau und Deregulierungen. Dabei wurde ursprünglich der Begriff Neoliberalismus mit dem Ziel geschaffen, den ordnenden Staat gegenüber den Marktkräften zu stärken. Auf dem berühmt gewordenen »Kolloquium Walter Lippmann« 1938 in Paris tauchte erstmalig der Begriff des Neoliberalismus auf.¹ Hierbei ging es im Gegensatz zum Laissez faire-Kapitalismus unter Nutzung des Etiketts »Neoliberalismus« um einen starken, die Zerstörungskräfte eines freigesetzten Marktes verhindernden Staat. Dazu gehörte auch die Sicherung einer Wettbewerbsordnung, die sich gegen monopolistische Marktmachtbildung wendet. Wohl wissend um die Ursprungsbedeutung ist heute die mit dem Neoliberalismus verbundene Botschaft fundamental verändert worden. Es handelt sich um einen politischen Kampfbegriff des sozial und ökologisch entfesselten Kapitalismus unter dem Diktat der Unternehmenswirtschaft.

Der Neoliberalismus, der in der Wirtschaftswissenschaft als Neoklassik eingeordnet wird, setzt auf eine Entfesselung der Marktkräfte. Politik reduziert sich auf die Rolle des Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft. Im diametralen Gegensatz zum Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft steht der Staat nicht mehr zur Kompensation sozialer Risiken zur Verfügung. Vielmehr sollen die sozialen Risiken bei den Betroffenen die Verzichtsbereitschaft auf Einkommen erhöhen. Ein neoliberaler

1 Vgl. Ralf Ptak: Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland. In: Werner Goldschmidt/Dieter Klein/Klaus Steinitz (Hrsg.): Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui. Nördlingen 2000, S. 195.

les Schlagwort, das der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hervorhob, lautete: »Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit.« Wer also selbst unverschuldet arbeitslos ist, der muss bereit sein, einen Preis in Form eines Lohnverzichts für einen neuen Job zu bezahlen. Es geht ausschließlich um Kostenentlastungen für die Unternehmen. Dabei verzichtet der konkrete Neoliberalismus nicht auf den Staat. Im Gegenteil, es geht um dessen Instrumentalisierung für die gewinnwirtschaftlichen Interessen. So erklärt es sich, dass mit dem Credo staatlicher Enthaltbarkeit die öffentlichen Ausgaben für die Rüstung zugenommen haben.

Auf die Spitze getrieben wurde der Neoliberalismus mit der Entfesselung der Finanzmärkte, die heute die Krisenentwicklung bestimmen.² Diese Finanzmärkte wurden mit der sogenannten Effizienz-Hypothese gegen jegliche Kritik des Marktversagens abgeschottet. Nach dieser Effizienz-Unterstellung tendieren die Finanzmärkte vor allem auch im Zuge der Globalisierung zur Selbststabilisierung. Dieser schwerwiegenden Ausblendung der Krisen erzeugenden Wirkungen der Finanzmärkte sind auch einige Kritiker der Marktentfesselung aufgefressen. Gleichsam analytisch wie empirisch, aber auch kapitalismuskritisch unbeobachtet, konnten sich seit Beginn der 1990er Jahre fundamentale Veränderungen des kapitalistischen Gefüges durchsetzen. Die Finanzmärkte expandierten in schnellem Tempo und gewannen die Oberhand über die Produktionswirtschaft (ohne die finanziellen Institutionen wie Banken). Sowohl von den Protagonistinnen und Protagonisten als auch von den Kritikerinnen und Kritikern wurde die seit Anfang der 1990er Jahre eingeleitete Herausbildung des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus lange Zeit weder theoretisch noch politisch zur Kenntnis genommen. In Anlehnung an die Ausführungen von John Maynard Keynes zu den sich ausweitenden, wirtschaftlich schädlichen Spekulationen ist auch vom Casinokapitalismus die Rede: Zuvor erwirtschaftetes Kapital wird nicht der Produktion zur Verfügung gestellt, sondern an den Spieltischen des internationalen Casinokapitalismus eingesetzt. Ökonomie wird durch das System von Wetten dominiert. Folgende Trends kennzeichnen den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus oder besser die neue Form des »Raubtierkapitalismus«:

Die Finanzmärkte sind in den letzten zwanzig Jahren erheblich schneller als die Produktion gewachsen. Während das weltweite finanzielle Anlagevermögen von 1990 bis 2007 um das 4,6-fache gestiegen ist, hat die Weltproduktion nur um das 2,5-fache zugenommen. Wie erklärt sich die Differenz? Die Gewinnerzielung verlagerte sich von der ökonomischen Wertschöpfung zum Handel mit Spekulationsobjekten. Dadurch haben sich die Finanzmärkte relativ von der Werte schöp-

2 Jörg Huffschild hat viele der neuen Prozesse und Zusammenhänge, die mit dem Übergang zum Finanzmarktkapitalismus verbunden sind, frühzeitig in seinem Buch »Politische Ökonomie der Finanzmärkte« (Hamburg 1999) sowie in dessen erweiterten und aktualisierten Neuauflage (Hamburg 2002) analysiert.

fenden Produktionswirtschaft abgekoppelt. Eine der entscheidenden Quellen ist das überschüssige Kapital, das auf den Finanzmärkten in der Erwartung hoher kurzfristiger Renditen angelegt wird. Dieses überschüssige Kapital ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung zu Lasten der von Arbeits- und Sozialeinkommen Abhängigen. Zusammengefasst sind die Ursachen: sinkende Arbeitseinkommen gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen – also Verteilungsverluste der Arbeit zugunsten des Kapitals, die abnehmende Verwendung von Gewinnen für Sachinvestitionen, die Handelsbilanzüberschüsse, die durch kostensenkende Löhne erkaufte werden und zu Kapitalüberschüssen zugunsten der Unternehmen und Vermögenden führen.

Mit einer über das Wachstum der Produktion hinausgehenden Ausweitung der Finanzmärkte geht die Zunahme rein spekulativer Geschäfte einher. Auf den Finanzmärkten war vor Beginn der jüngsten Krise das jährliche Volumen der Finanztransaktionen 75-fach so groß wie die Weltproduktion. Im Vordergrund steht der rein spekulative Handel mit Devisen, Aktien und Anleihen sowie insbesondere mit den abgeleiteten Produkten, den Derivaten. Am Beispiel des Devisenhandels wird diese Fehlentwicklung deutlich: Während Geschäfte zur Absicherung gegen Risiken bei den Wechselkursen im Rahmen der Geschäftstätigkeit mit dem Ausland über sogenannte Devisenswaps sinnvoll sind, nehmen die rein spekulativen Geschäfte mit Devisen zu. Von den täglichen Devisenumsätzen mit mehr als 3,5 Billionen US \$ gehen nur bis zu vier Prozent auf durch den Außenhandel erzeugte Geschäfte zurück. Hinter den Spekulationsgeschäften stehen keine produktionswirtschaftlich begründeten Aktivitäten. Spekuliert wird auf erwartete und dann auch noch beeinflusste, weltweite Kursdifferenzen (Zins- und Preisarbitrage). Da jedoch mit diesen spekulativen Devisenkursen am Markt falsche Signale gesetzt werden, kann es zu Belastungen der Gesamtwirtschaft durch Fehlallokationen kommen. Die bittere Erkenntnis lautet: Spekulationen schaffen keine Werte, sondern bedrohen das ökonomische Wertschöpfungspotential.

Bei der Suche nach schnellen, hochprofitablen Anlagemöglichkeiten reichen die traditionellen Instrumente für das Rendite suchende Geldkapital bei weitem nicht mehr aus. Unter dem Stichwort »Finanzmarktinnovationen« sind neue Instrumente für diese Spekulationsgeschäfte auf der Basis von mathematischen Modellen produziert worden. Im Mittelpunkt stehen sogenannte Derivate. Das sind Spekulationsobjekte, die aus realwirtschaftlich begründeten Anlageprodukten abgeleitet werden. Dazu gehört beispielsweise eine Spekulation nicht auf eine Aktie, sondern einen abstrakten Aktienindex. Diese Anlageprodukte verdienen nicht den Namen Wertpapier, denn mit ökonomischer Wertschöpfung haben diese Produkte kaum etwas zu tun. Die virtuellen Produkte stammen aus der Giftküche der Gold erfindenden Finanz-Alchemisten nach dem Motto: Gold ist, was mit gol-

dener Farbe angestrichen wird. Erst die jüngste Finanzmarktkrise hat deren nicht vorhandene Wertschubstanz offengelegt. Die hochgelobten Finanzmarktprodukte haben sich als toxische Produkte entlarvt. Beispiele für die Produktion dieser hoch spekulativen und risikoanfälligen Kunstprodukte sind: strukturierte Wertpapiere (CDO), Zertifikate (Wetten auf Indexentwicklung), Kreditausfallversicherungen (CDS), Leerverkäufe, beispielsweise mit geliehene Aktien, die verkauft werden, um später die Aktien billiger einzukaufen und an den Verleiher zurückzugeben. Bei den Collateralized Debt Obligation (CDO) wird zweierlei deutlich: Den ökonomischen Kern bilden einerseits mehrfach verpackte Kredite, die vorwiegend an einkommensschwache Käuferinnen und Käufer von Häusern vergeben worden sind. Durch die Mehrfachverpackung ist der Bezug zu dem ursprünglichen Geschäft und die dadurch entstehenden Risiken vernebelt worden. Andererseits lässt es der Verzicht auf Regulierung zu, dass die Hypothekenbanken diese Kredite nicht mit Eigenkapital absichern, sondern zu Wertpapieren verpacken. Das Risiko der Bank ist auf die verpackten Anlageobjekte verlagert worden. Insoweit können die Anlageberaterinnen und Anlagenberater der Banken nicht wissen, welche hoch riskante Grundlage diese CDO haben. Zur Überbrückung der Informationsdefizite traten die Ratingagenturen auf den Plan. Heute ist unbestreitbar, dass die Ratingagenturen diese toxischen Produkte mit Bestnoten ausgestattet und damit die Anlegerinnen und Anleger über das Risiko getäuscht haben. Für diese Fehlleistung sind diese nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Ratingagenturen sind ordnungspolitisch eine Fehlkonstruktion. Sie übernehmen die quasihoheitliche Aufgabe der Informierung mit profitwirtschaftlichen Interessen. Dabei bewegen sie sich noch in der Abhängigkeit von den Finanzinstitutionen, die mit den zu bewertenden Kunstprodukten Geschäfte machen wollen. Den Ratingagenturen müssen diese Geschäftsfelder entzogen werden.

Die Hegemonie der Finanzmärkte, auf denen die kreierte Spekulationsprodukte angeboten werden, ist nicht durch eine Wettbewerbsidylle gekennzeichnet. Hier dominieren machtvolle Megafinanzorganisationen: Hedgefonds, Private Equity Fonds, andere Finanzinvestoren sowie die Investmentbanken mit ihren Spekulationsgeschäften. Wie die Erfahrungen mit der jüngsten Eurokrise zeigen, wird die Politik von den weltweit mächtigsten Fonds getrieben. Grundlegend hat sich durch die Macht der Finanzmarktligopole das ökonomische Verwertungsgefüge im heutigen Kapitalismus verändert. Die Finanzinstitutionen haben sich längst von der dienenden Funktion für die Produktionswirtschaft entkoppelt. Sie verfolgen das Ziel, die in der Unternehmenswirtschaft zu erzielenden Kapitalrenditen hochzuschrauben und zu diktieren. So gibt die Deutsche Bank eine Zielrendite nach Steuern von 25 Prozent vor. Das hat nichts mit dem Ergebnis einer seriösen

Geschäftspolitik zu tun. Auch Unternehmen in der Produktionswirtschaft geraten durch machtvolle Finanzmarktinstitutionen unter den Druck der exogen vorgegebenen und aufoktroierten Erwartungen auf völlig überhöhte Profitraten. Dadurch wird Druck in Richtung Restrukturierung und vor allem zum Abbau der Arbeitskosten ausgeübt. Deshalb dient die Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte auch dem Ziel, die Renditeerwartungen wieder stärker aus der Substanz der Unternehmen unter Berücksichtigung der Ansprüche der Beschäftigten und der anderen Stakeholder zu entwickeln. Das durch gierige Spekulationen vorangetriebene Anspruchsniveau von Profitraten durch die Finanzinvestoren muss gebrochen werden.

Gegen neoliberale Ignoranz: strenge Regulierung der Finanzmärkte

Im neoliberalen Konzept der Entfesselung der Märkte wird, wie dargelegt, von der sich selbststabilisierenden Kraft der Finanzmärkte ausgegangen. Deren Effizienz sei immer gesichert. Mit dieser Vorgabe ist die Vorherrschaft der Finanzmärkte sowie das dadurch herangewachsene Krisenpotential schlichtweg aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden. Dabei hat die Dominanz der Finanzmärkte belastende Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. John Maynard Keynes hat mit seiner Theorie der Märktehierarchie die Zusammenhänge erstmals erfasst. Während die Neoklassik die Ursachen der Arbeitslosigkeit auf den Arbeitsmärkten und am Ende dort ausschließlich im Verhalten der Beschäftigten sucht, dominieren die strategischen Entscheidungen auf den Finanz- und Investitionsmärkten. Die Folgen der dort getroffenen Entscheidungen zur Entstehung und Verteilung von Gewinnen lagern sich gleichsam auf den Arbeitsmärkten ab. Deshalb lässt sich auch mit einer restriktiven Lohnpolitik und einem Schrumpfkurs des Staates die Krise, die auf den Finanzmärkten erzeugt worden ist, nicht erfolgreich bekämpfen. Im Gegenteil, soweit dadurch binnenwirtschaftliche Nachfrage ausfällt, nehmen das Wirtschaftswachstum sowie die Beschäftigung ab.

Ein zentraler Schwerpunkt der Kritik am neoliberalen Dogma ist die Wiederentdeckung des Krisenpotentials deregulierter Finanzmärkte. Ohne eine zielorientierte Ordnung durch Spielregeln für die Spekulationsmärkte wird es keine dauerhafte Eindämmung der verheerenden Wirkungen der Finanzmärkte auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit geben. Denn die jüngste Finanzmarktkrise mit massiven Belastungen der Produktionswirtschaft ist die Folge von politisch gewollten Deregulierungen sowie einer mangelhaften Kontrolle der Finanzmärkte. Begonnen hat die Deregulierung auf den Finanzmärkten mit

dem »Big Bang« von 1986 durch Margaret Thatcher in Großbritannien. Durch den blitzartigen Abbau von Regulierungen explodierten die Spekulationsgeschäfte der Investmentbanken und anderer Finanzinvestoren. London wurde zu einem der größten Finanzmärkte, der deshalb auch in der Krise besonders stark abgestürzt ist. 1994 war es übrigens Bill Clinton, der im prunkvollen Festsaal des Finanzministeriums in den USA für die Banken überflüssige, von der Regierung aufgestellte Hürden aus dem Weg räumte. Durch diese Befreiung von der Regulierung nahm die Vergabe von Krediten vor allem auf den Immobilienmärkten ohne ausreichende Risikoabsicherung massiv zu. Die infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929/1932 nach dem Glas-Steagall-Act eingeführte Trennung zwischen normaler Tätigkeit der Geschäftsbanken einerseits und der Investmentbanken mit dem Eigenhandel ohne Kundenbezug andererseits ist wieder aufgehoben worden. Heute stellt sich die Aufgabe, die Banken wieder auf ihre dienende Funktion für die Wirtschaft per Ordnungspolitik zu reduzieren. Die wichtigsten Maßnahmen zur Regulierung sind:

- Alle Finanzplätze und alle Finanzprodukte müssen reguliert, beaufsichtigt und schließlich kontrolliert und Fehlverhalten sanktioniert werden;
- Abtrennung der Investmentbankenfunktionen von normalen Geschäftsbanken (Wiederbelebung des Glass-Steagall-Act);
- Verbot des Eigenhandels von Banken, also von Spekulationsgeschäften ohne Kundenaufträge (Volcker-Regel³);
- Verbot von ungedeckten Leerverkäufen mit Aktien und Anleihen sowie des Handels mit Kreditausfallversicherungen ohne Bezug zu konkreten Krediten;
- Einschränkung von Verpackungsgeschäften mit Hypothekenkrediten durch die regulatorische Vorgabe einer Unterlegung eines Teils dieser Verbindlichkeiten mit Eigenkapital;
- Einführung eines TÜV für Finanzmarktprodukte;
- Umkehr der Beweislast der Anlageberatung zugunsten der Kunden.

Dabei müssen die Regulierungen auch für die derzeit wachsenden »Schattenbanken« gelten. Das sind vor allem Hedgefonds und andere Investmentfonds, die als Reaktion auf die Regulierung der Banken in die nicht kontrollierte Grauzone abgewandert sind. Wichtige Instrumente sind eine international abgestimmte Aufsicht und Kontrolle durch staatliche Regulierungsbehörden. Schließlich sind die Ratingagenturen zu kontrollieren und für ihre Urteile in die Haftung zu nehmen. Übergreifend dient eine Finanztransaktionssteuer, die auf die Umsätze von allen Finanzmarktgeschäften erhoben wird, zu deren Bändigung.

3 Benannt nach Paul Volcker, Ex-Chairman des US-amerikanischen Federal Reserve System und Chairman des 2009 von US-Präsident B. Obama eingesetzten Economic Recovery Advisory Board.

Absturz des Neoliberalismus

Marxistische Ökonominnen und Ökonomen kann es nicht überraschen: Die 2007 ausgebrochene globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist ein historischer Beleg für das klare Versagen der neoliberalen Doktrin. Die theoretische Variante, der neoklassische Marktfundamentalismus, hat sich als der größte Irrtum der ökonomischen Theorien entpuppt.

Dabei lehren auch in Deutschland die schnelle Befreiung aus dem Absturz mit über fünf Prozent realer Produktionsverluste in 2009 und einer Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 3,4 Prozent in 2010 die Vorteile des keynesianischen Paradigmas. Durch die materielle Gewalt der Krise wurde in dieser Phase auf die zuvor lange praktizierte Verteufelung von Konjunkturprogrammen verzichtet. Weltweit wurde mit einer expansiven Finanz- und Geldpolitik erfolgreich gesteuert.

In Deutschland wirkten die Konjunkturprogramme I und II sowie vor allem die Absprache der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände sowie des Staates über eine Sonderregelung der Kurzarbeit positiv. Der Erfolg dieses sozialen Bündnisses ist, gegenüber den früheren unverbindlichen Gesprächen im Kanzleramt, unübersehbar. Hinzu kamen Stabilisierungsmaßnahmen im Bankensektor sowie ein Wirtschaftsfonds für die kleinen und mittleren Unternehmen. Allerdings hielt die Erkenntnis einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung nicht lange an. Kaum gab es wieder positive Raten des Wirtschaftswachstums, da wurde das Dogma von der Deregulierung der Märkte sowie Steuersenkungen von Unternehmen wieder reanimiert.

Es scheint so, als reiche die materielle Krise als Lehrmeister für eine gestaltende Politik nicht aus. Heute finden vor allem im Bereich der krisenanfälligen Finanzmärkte die früheren, meist sehr einsamen Kapitalismuskritikerinnen und -kritiker eine späte Rechtfertigung. Ob es aber endgültig zu einem Wechsel von der Hegemonie der Finanzmärkte zur Hegemonie der Politik kommt, hängt maßgeblich von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Die Macht der Megafinanzmarktinvestoren ist zusammen mit den Banken und Ratingagenturen offensichtlich ungebrochen.

Die marxistische und vor allem zukunftsweisende Botschaft lautet: Die den Neoliberalismus theoretisch fundierende Neoklassik ist nicht in der Lage, die großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen zu bewältigen. Im Gegenteil, durch die Entfesselung der Märkte werden die ökonomische Krisenanfälligkeit erhöht, die soziale Spaltung mit wachsender Armut forciert und die ökologischen Belastungen für künftige Generationen vertieft. Selbst eingefleischten Neoliberalen bleibt dieses Versagen nicht verborgen.

Die Voraussetzungen und modelltheoretischen Annahmen des neoliberalen Paradigmas sind es, die dessen Scheitern erklären:

- Unterstellt wird die endogene Tendenz zum vollkommenen Wettbewerb. Dabei wachsen, wie Karl Marx früh eindrucksvoll beschrieben hat, die Konzentration und damit die monopolistische Macht, mit der auch Einfluss auf die Politik genommen wird.
- Die Hypothese von der vollständigen Information und der rationalen Erwartungsbildung steht im Widerspruch zur Realität. Asymmetrisch verteilte Informationen – etwa mangelnde Informationen bei Anlegerinnen und Anlegern –, Unsicherheit und Herdenverhalten prägen mikroökonomische Entscheidungen.
- Das mit dem Bild vom Homo oeconomicus beschriebene einzelwirtschaftliche Rationalverhalten steht im Widerspruch zu der sozialen, historischen und institutionellen Einbindung der Wirtschaftssubjekte. Soziale Werte lassen sich auf Dauer nicht wegökonomisieren. Der ökonomische Methodenimperialismus, der alle Lebensverhältnisse und die Politik einzelwirtschaftlich bornierter Rationalität unterordnet, muss überwunden werden.
- Im Zusammenspiel von einzelwirtschaftlich rationalen Entscheidungen kann gesamtwirtschaftlich Irrationalität entstehen. Keynes hat diese Rationalitätsfalle mit Blick auf die große Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre beschrieben. Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht ist zwar möglich. Dabei werden jedoch die Ressourcen nicht optimal ausgenutzt und Arbeitslosigkeit geht damit einher (makroökonomisches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung). Die Rationalitätsfalle zeigt sich an der Lohnpolitik. Einzelwirtschaftlich verlangen die Unternehmen Kostensenkungen. Am Ende verschlechtert sich jedoch ihre Absatzlage dadurch, dass mit sinkenden Löhnen effektive Nachfrage ausfällt. Das gilt auch für Einsparprogramme der öffentlichen Haushalte, die am Ende binnenwirtschaftliche Nachfrage kosten. Die Rationalitätsfalle kann nur durch eine gesamtwirtschaftlich ausgerichtete, eine steuernde Politik überwunden werden. Erforderlich ist ein Deus ex Oeco-Machina, der per staatlicher Politik die Ökonomie aus dem Sumpf der Depression herauszieht. Ohne Staatsinterventionen, die jedoch demokratisch fundiert sein müssen, entfaltet der Kapitalismus sein selbstzerstörerisches Potential. Der Staat auf der Basis demokratischer Politik darf nicht zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft missbraucht werden. Ein gestaltender Staat, der über der konkurrierenden Wirtschaft steht, ist erforderlich. Die Demokratie darf sich jedoch nicht nur auf das parlamentarische System beschränken. Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung und Branchen- sowie Regionalräte ist das Gebot. Ebenso gilt die Forderung: nicht Marktkonformität der Politik, sondern Demokratiekonformität der Märkte.

- Dazu gehört die Sicherung der Produktion öffentlicher Güter (public goods). Beispiele sind Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur, wie das Verkehrssystem und die Bildung sowie für die ökologische Nachhaltigkeit. Eine dauerhafte Finanzierung muss über ein gerechtes Steuersystem, bei dem das Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit im Vordergrund steht, gesichert werden. Ein in dieser Weise handlungsfähiger Staat dient den sozial Schwachen gegenüber den Einkommens- und Vermögensstarken.
- Da die soziale Dimension von Marktwirtschaften und damit ihre Produktion von gerechter Verteilung systemisch zugunsten der Gewinndominanz unterbelichtet ist, bedarf es einer gestaltenden Sozialpolitik des Wirtschaftens. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft muss der Staat soziale Risiken der profitzentrierten Wirtschaft abfedern.
- Einzelwirtschaftlich ausgerichtete Preissysteme sind ökologisch blind. Die Externalisierung von betrieblich erzeugten Umweltschäden gilt paradoxerweise gewinnwirtschaftlich als rational. Ökologisch negativen Verhaltensweisen der Unternehmen müsste hingegen durch Maßnahmen zur Internalisierung ökologischer Folgen und andere Regulierungen entgegengewirkt werden.
- Während im Neoliberalismus der Staat auf die Herrschaftssicherung reduziert wird und Interventionspolitik zu unterlassen ist, wozu dann auch die Staatsquote gesenkt werden soll, muss der zukunftsfähige Staat durch eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen gestärkt werden. Dazu ist eine gerechte Steuerpolitik, die am Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit ansetzt, notwendig. Hierzu gehört eine höhere Vermögenssteuer.

Die Alternative: eine gesellschaftlich eingebettete, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Die Ökonomie muss einem ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielsystem untergeordnet werden.

Die Stichworte zu einem gestalteten Wirtschaftssystem mit der wiederentdeckten Politik sind:

- Von Marx' ökonomischer Theorie lernen, heißt die ökonomische Machtkonzentration zugunsten von auch mehr internationalem Wettbewerb abzubauen.
- Aktive Finanz- und Strukturpolitik mit öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogrammen (Bildung, Ausbildung, Verkehrssysteme und ökologischer Umbau) wird gefordert. Dazu gehört auch eine Rekommunalisierung zuvor privatisierter, kommunaler Güter und Dienstleistungen. Die Privatisierung der Bereiche der Daseinsvorsorge ist auf ganzer Linie gescheitert.

- Die Verarbeitung sozialer Risiken der Wettbewerbswirtschaft und der Abbau der Armut durch soziale Sicherungssysteme sind unverzichtbar. Gerade die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die private Kapitalvorsorge für die zu schützenden Menschen nicht zu bewältigende, neue Risiken schafft – etwa Verluste bei Lebensversicherungen.
- Das Tarifvertragssystem muss als verfassungsrechtlich gewollte Regulierung jenseits der staatlichen Politik ausgebaut werden.
- Die Spaltung der Arbeitsmärkte, auf denen die Billiglohn-Ausbeutung vorherrscht, ist durch Gleichstellung der Leiharbeit mit den Stammbesetzungen sowie die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns abzubauen.
- Wie dargestellt, muss die dienende Funktion der Finanzmärkte hergestellt und damit der Weg vom Casinokapitalismus hin zu einer wertschöpfungsfundierten, mitbestimmten Wirtschaft gewiesen werden.

Die Voraussetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik ist die Zurückdrängung der ökonomischen Macht und eine wirtschaftsdemokratisch fundierte Politik für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Umwelt. Die Felder sind:

1. Gegen ökonomischen Machtmissbrauch: Dazu dient eine ordnende Wettbewerbspolitik. Die demokratische Basis ökonomischer Entscheidungen in den Betrieben und Unternehmen muss gesichert werden. Es geht um die Demokratisierung der Wirtschaft durch den Ausbau der Mitbestimmung.
2. Gegen Politikversagen und mangelnde demokratische Fundierung von Entscheidungen sowie zur Bekämpfung von Lobbyismus sind die parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu stärken. Zur basisorientierten Fundierung vor Ort sind auch verbindliche Bürgerbeteiligungen sicherzustellen.
3. Der kapitalistische Wettbewerb muss in ein demokratisch konsensualisiertes System von Spielregeln eingebettet werden. Damit werden der Spekulationsgier klare Grenzen gesetzt. Die Bekämpfung der Ausbeutung von Mensch und Natur in allen Winkeln der Welt steht auf der Agenda einer zukunftsfähigen Wirtschaftslehre.

Die Chancen für ein soziales und ökologisches Wirtschaften hängen davon ab, inwieweit es gelingt, eine Hegemonie der Politik gegenüber den mächtigen Interessen der Wirtschaft und deren Lobbyismus durchzusetzen. Je weniger hier Erfolge durchsetzbar sein werden, umso mehr dominiert eine sich verdichtende krisenhafte Entwicklung mit wachsender sozialer Ungerechtigkeit und damit eine Bedrohung der politisch-demokratischen Basis. Die marxistische politische Ökonomie hat diese Fehlentwicklung recht gut gesehen. Sie lehrt aber auch, dass Gewerkschaften und politische Bewegungen im Kampf um bessere

Lebensverhältnisse für heutige und künftige Generationen erforderlich sind. Nach der Abwicklung der politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus in der DDR wird zwanzig Jahre später deutlich: Nützliches, aufhebenswertes Wissen aus dieser Zeit muss schleunigst reaktiviert und weiterentwickelt werden.

Christa Luft

Ökonomischer Mainstream zwischen Erschütterung und »weiter so«

Die Theorie des freien Marktes ist tot,
aber sie wird noch durch nichts ersetzt.

Eric Hobsbawm

Nach meiner Abwicklung an der Hochschule für Ökonomie war ich als Dozentin in Weiterbildungsinstituten sowie als Publizistin tätig. Von 1994 bis 2002 hatte ich ein für die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gewonnenes Direktmandat im Deutschen Bundestag inne. Dort vertrat ich meine Fraktion im Haushalts- sowie im Wirtschaftsausschuss, wo die westdeutsch sozialisierten Abgeordneten anderer Fraktionen überwiegend einen vom ökonomischen Mainstream geprägten Ausbildungshintergrund besaßen. Marktgläubigkeit, Vergötterung des freien Wettbewerbs und Staatsabstinenz fielen besonders auf. Die aus Ostdeutschland Stammenden verinnerlichteten rasch, was Michael Krätke treffend so beschreibt: »Politiker, die als ›seriös‹ gelten wollen, haben gefälligst in der Sprache des ökonomischen Mainstream zu argumentieren ... Wie einstmal die Beherrschung des Lateinischen oder später des Französischen ist heute die Beherrschung der ›Sprache der Ökonomie‹ eine der wesentlichen Bedingungen, um Zutritt zu den internationalen Eliten in Politik und Wirtschaft zu erhalten.«¹ Wohl wissend, dass ich mich besonders mit Banken-, Börsen- und Steuerfragen tiefer befassen und von der einen oder anderen ideologischen Position freimachen musste, verweigerte ich mich einer solchen Anpassung. Sobald ich Missstände im Realkapitalismus kritisch unter die Lupe nahm, führte das vor allem bei Unions- sowie FDP-Kolleginnen und Kollegen zu aufgebrachtten Reaktionen. Ich hätte doch den Sozialismus erlebt, ob ich den etwa zurückhaben wolle. Der sei doch wohl zu Recht gescheitert. Gern hieß es weiter: »Planwirtschaft ist passé, die Marktwirtschaft kاپieren Sie nicht, Sie argumentieren dogmatisch.« Dabei hätte es keiner besonderen intellektuellen Leistung, sondern nur der Selbstverleugnung bedurft, mit dem Strom zu schwimmen. Hegel hätte ob des Diskussionsklimas im Hohen Haus die

1 Michael R. Krätke: Neoklassik als Weltreligion? In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (Hrsg.): Realitätsverleugnung durch Wissenschaft. Kritische Interventionen 3. Die Illusion der neuen Freiheit. Hannover 1999, S. 1.

Stirn gerunzelt. Warb er doch dafür, beim Zugehen auf etwas Neues das Vorherige nicht komplett zu entsorgen, sondern Aufhebenswertes zu bewahren. Sind etwa planvolles Wirtschaften (nicht eine administrative Planwirtschaft) und vom Staat regulierte Finanzbeziehungen mit Willkür gleichzusetzen? Die sich selbstgewiss auf der Seite der Sieger in der Systemauseinandersetzung sahen, erwiesen sich als Meister einer vernichtenden Kritik des Sozialismus, aber als Dilettanten, gar Versager bei der Beseitigung der schlimmsten Auswüchse des real existierenden Kapitalismus. Alternativen werden nur akzeptiert, solange sie andere betreffen. Dabei hätten sie vom implodierten Sozialismus lernen können, dass ein unverdrossenes Weiterschreiten auf einem einmal eingeschlagenen Irrweg nicht in die Zukunft führt.²

Zunehmend drängte sich mir die Frage auf, was die Protagonistinnen und Protagonisten des kapitalistischen Systems aus dessen vermeintlichem Sieg machen, wie sie mit den globalen Herausforderungen umgehen würden und ob Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik zu Neuorientierungen fähig wären. Angesichts dramatischer, von ungezügelter Finanzmärkte ausgelöster Entwicklungen in der eigenen Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft müsste man Anzeichen von Nachdenklichkeit und kritischer Selbstbefragung bei den tonangebenden und politikberatenden Marktdoktrinären erwarten. Denn viele von ihnen haben anders als zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter der Memorandum-Gruppe³ die zivilisationszerstörenden Tendenzen des globalen Kapitalismus überhaupt und der entfesselten Finanzmärkte im Besonderen nicht rechtzeitig erkannt oder gar zum Gegensteuern aufgerufen. Sie haben diese interpretiert und hingenommen. Den meisten fällt es schwer, zuzugeben, dass die Welt mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus nicht an Zukunftsfähigkeit gewonnen hat. Der sich global ausbreitende finanzmarktgetriebene Kapitalismus brachte sie gar in die Gefahrenzone des Absturzes. Der Fall der Wall Street im Jahre 2008 sei für den Marktfundamentalismus gewesen, was der Fall der Mauer für den Kommunismus war, so das Urteil von Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. »Er zeigt, dass der Weg dieser Wirtschaftsordnung nicht gangbar ist.«⁴ Die deutschen Kolleginnen und Kollegen seiner Zunft werden das mehrheitlich kaum unterschreiben.

2 Vgl. Evelyn Finger: Lernen von den Versagern. Was ist die Alternative zum Kapitalismus? In: DIE ZEIT vom 10.11.2011, S.27 (Die Autorin ist in der DDR aufgewachsen und heute ZEIT-Redakteurin).

3 Die Memorandum-Gruppe (oder: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik) richtet sich gegen die faktische Monopolstellung der Mainstream-Ökonomie an den Universitäten und befördert den Theorienstreit.

4 Zitiert in Jakob Augstein: Die Sparschweineerei. In: Spiegel online vom 10.11. 2011. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,796932,00.html>.

Wirtschaft und Gesellschaft im Würgegriff der Finanzmärkte

Ein aufgeblähter Finanzsektor hat sich gegenüber der Realökonomie verselbstständigt. Während sich der Umfang letzterer weltweit von 1990 bis 2010 verdreifachte, weist allein der Umsatz an synthetischen Finanzmarktprodukten eine Verdreihundertfachung auf.⁵ Das sich insgesamt täglich um den Erdball bewegende Finanzvolumen wird auf fast drei Billionen US-Dollar geschätzt. Weniger als fünf Prozent davon sind zur finanziellen Abwicklung von Waren- und Dienstleistungsgeschäften nötig. Der Finanzsektor ist nicht mehr Dienstleister für den wertschöpfenden Wirtschaftsbereich, sondern dessen Diktator. Er sei gar zu »einer neuen Form der Kriegsführung«⁶ angetreten, befindet Michael Hudson. Der Ökonomieprofessor von der Universität Missouri hatte im Jahre 2006 die Immobilienkrise genau vorausgesagt.

Die ausufernden monetären Umsätze haben keine realwirtschaftliche Deckung. Computer, denen irgendwelche schlaun Algorithmen einprogrammiert wurden, übernehmen völlig autonom den Handel mit Aktien und »produzieren« durch Ausnutzung winziger Preis- und Kursschwankungen bis zu 250 mal in der Sekunde Gewinne für die einen und Verluste für die anderen. Allein mit der Geschwindigkeit der Transaktionen wird Geld verdient. »Rocket Scientists«, Raketenwissenschaftler, wie sie in der Branche genannt werden, erfinden ununterbrochen »innovative Finanzprodukte«. Die meisten haben mit der realen Wirtschaft nichts zu tun. Es sind Spekulationen auf Spekulationen, fiktives Geld wird aufgetürmt. Ratingagenturen stufen über Nacht die Kreditwürdigkeit ganzer Länder herunter. Diese müssen mit immer mehr Steuergeld hohe Risikoaufschläge bezahlen. Öffentliche und private Schuldenberge eskalieren, in ganzen Bevölkerungsgruppen nimmt die Armut zu, zugleich wächst der Reichtum weniger ins Unermessliche. Finanzmarktakteure treiben gewählte Parlamente und Regierungen vor sich her. Zum Diktat erhobene Sparzwänge verengen demokratische Handlungsspielräume. Die Politik hat sich zur Gefangenen von an den Finanzmärkten gehegten Erwartungen gemacht. Sie agiert hilflos und ist zu deren Reparaturbetrieb geworden. Mit ihrer Aufgabe, ökonomische, soziale und ökologische Verhältnisse im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten, hat das nichts zu tun. Ganze Gesellschaften werden destabilisiert. Fatale Entwicklungen!

5 1990 betrug das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die gesamte Wertschöpfung der realen Wirtschaft, 22 Billionen US-Dollar. Die Umsatzsumme allein der sogenannten Derivate, höchst komplizierter Finanzprodukte, lag bei zwei Billionen. 2010 war das globale BIP auf 63 Billionen angewachsen, die synthetischen Finanzmarktprodukte hingegen auf 600 Billionen US-Dollar.

6 Michael Hudson: Der Krieg der Banken gegen das Volk. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.12.2011.

Die 2008 ausgebrochene Finanzkrise ist keine nur des Bankensektors, sondern eine des kapitalistischen Gesellschaftssystems und seines Wirtschaftsmodells. Erschüttert ist die ihm zugrunde liegende ökonomische Theorie. Die auch in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschende neoklassische Schule sowie der sich darauf stützende Neoliberalismus als dominierende politische Lehre mit Ideologiefunktion haben sich mit ihren orthodoxen Axiomen augenfällig blamiert. Sie versagen bei der Erklärung der globalen Krisenphänomene, und mit ihren Dogmen lässt sich der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems nicht verhindern. Der neoklassischen Wissenschaftszunft kommt also Mitverantwortung an den anhaltenden krisenhaften Zuständen zu. Der im Auftrage des Präsidenten der UN-Vollversammlung von 2009 verfasste Report (2009) der Stiglitz-Kommission brachte das sehr deutlich auf den Punkt.⁷

Krise erschüttert vorherrschende ökonomische Theorie

Delegitimiert ist die Maxime von der »unsichtbaren Hand« des freien Marktes und seiner angeblich effizienz- und wohlfahrtsfördernden Wirkung. Diese auf Adam Smith zurückgehende Metapher meint, dass sich durch den Markt die egoistischen und oft widerstreitenden Interessen der einzelnen wirtschaftlichen Akteure zu einem stabilen und sich selbst regulierenden ökonomischen System zusammenfinden. Jedes Angebot rufe eine gleich große Nachfrage hervor, da die Produktion des offerierten Gutes Nachfrage nach Material und anderen Vorprodukten sowie Einkommen bei den an der Herstellung Beteiligten erzeuge. Krisen gelten unter solchen Gleichgewichtsbedingungen als ausgeschlossen. Sollte es dennoch dazu kommen, werden sie mit »irrationalem« Verhalten der Akteure oder äußeren Schocks erklärt. Hans-Werner Sinn zum Beispiel, einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands, weist ungeachtet des gesellschaftszerstörerischen Effekts der Lehre von den »Selbstheilungskräften« des Marktes den Vorwurf zurück, seine Zunft habe bei der Erklärung und Bekämpfung der Krisen versagt. Der Chef des ifo-Instituts München spricht von einem »anonymen Systemfehler«.⁸

Das Dogma, der Staat solle Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen meiden, wird allerdings über Bord geworfen, wenn es um Kapitalverwertungsinteressen geht. Mitten im großen Finanzmarktdesaster lassen auch Neoliberale den Staat gewähren. Sie werden kleinlaut, wenn es um Regulierungen am Markt geht, wo

7 Report (2009) of the Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Finance System. (Vgl. hierzu auch Günter Krause: Dahinter dürfen Linke nicht zurückfallen! Wider den Marktfundamentalismus. Der Report der Stiglitz-Kommission. rls standpunkte 16/2009.)

8 Hans-Werner Sinn: 1929 traf es die Juden – heute die Manager. In: Der Tagesspiegel vom 27.10.2008.

seit drei Jahrzehnten nur Liberalisierung und Deregulierung vorherrschen. Ohne Konjunkturprogramme, Abwrackprämie, Kurzarbeitergeldregelungen und Bankenrettungspakete wäre es in der Krise zu weit tieferen und längeren Einbrüchen und größeren sozialen Verwerfungen gekommen. Rückgriffe auf den Keynesianismus erwiesen sich als hilfreich.

Auch das Privatisierungsdogma ist im Bankensektor erschüttert. Dafür steht zum Beispiel die verstaatlichte Hypo Real Estate oder die Commerzbank. Letztere wurde zum Dreifachen ihres Marktwerts mit Steuergeldern gerettet und wies noch 2011 eine staatliche Beteiligung von 25 Prozent auf. In neoklassischer Logik sind das ordnungspolitische Sündenfälle. Auch eine Zwangskapitalisierung von Banken wird nicht mehr prinzipiell zurückgewiesen. Forderungen privater Kreditinstitute nach Abschaffung öffentlich-rechtlicher Sparkassen sowie von Genossenschaftsbanken sind (vorerst) verstummt. Selbst zusätzliche Staatsverschuldung ist plötzlich kein Sakrileg mehr, wenn sie der Bankenrettung dient. In der Bundesrepublik kommen seit 2008 in der Summe locker 255 Mrd. Euro zusammen, die die Banken dem Land allein bis 2011 durch ihren Crash als Lasten »bescherten«. Sie haben den Staat zum Träger von Marktrisiken, gewissermaßen zu ihrer Bad Bank gemacht. Die Europäische Zentralbank, deren politische Unabhängigkeit in neoklassischer Logik als das A und O einer stabilen Finanzordnung gilt, kaufte entgegen früherer Praxis und unter Dehnung ihrer Kompetenzen bis Ende 2011 im Umfang von rund 200 Mrd. Euro am Markt nicht mehr platzierbare Staatsanleihen krisengeschüttelter Länder auf, um Kurse zu stützen und Zinsen zu drücken. Für Marktfundamentalisten ein Teufelswerk! Was aber bringt es einer Zentralbank, allein auf Geldwertstabilität zu pochen, wenn das am Ende das Aus für die Währung bedeutet, für die sie mitverantwortlich ist?

Von einer effizienz- und wohlfahrtsfördernden Wirkung des ungezügelteren Marktes kann keine Rede sein. Der auf neoklassischen Dogmen fußende Neoliberalismus hatte in jüngerer Zeit bereits bei der sogenannten marktwirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands und anderer früherer realsozialistischer Länder Unheil angerichtet. Privatisierungswahn und Marktgläubigkeit als Hauptleitlinien der gesellschaftlichen Umgestaltung führten zur größten Entwertung, ja Vernichtung von Volksvermögen in Friedenszeiten, verdrängten Millionen Beschäftigte aus dem Erwerbsleben, ließen ganze Landstriche veröden. Doch dieses Versagen der neoklassischen Schule wird durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte anno 2008, ausgelöst vom Bankrott der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers und der seit dem schwelenden Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise, in seiner Reichweite übertroffen. Die Politik ist hauptsächlich mit Bankenrettung, Rettungsschirmen für Länder, Kredithebeln und Stabilitätsmechanismen beschäftigt.

Ungeachtet unwägbarer Belastungen der Allgemeinheit durch die Zockerpraktiken der Großbanken warnen prominente wortführende Mainstream-Ökonominen und -Ökonomen in der eskalierenden Schuldenkrise weiter wie eh und je vor regulierenden Staatseingriffen in die Finanzsphäre. Das zeigt, dass der Neoliberalismus zwar erschüttert, aber nicht gebrochen ist. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch bietet folgende Erklärung für dieses Phänomen an: »Von zentraler Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass der real existierende Neoliberalismus bei weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft setzt, wie es seine Theorie behauptet. Stattdessen beruht er auf dem politischen Einfluss von Großkonzernen und Banken. Da es in den wirtschaftspolitischen Debatten in vielen Ländern allein um die Opposition von Markt und Staat geht, tritt die Existenz dieser dritten Kraft in den Hintergrund, obwohl sie potenter ist als ihre Kontrahenten – und deren Funktionsweise verändert.«⁹ Crouch sieht im Neoliberalismus nicht nur eine Theorie, sondern ein interessengeleitetes Projekt, das auf einer historischen Kräftekonstellation basiert.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann schwört weiter lautstark auf den Markt als die unsichtbare lenkende Hand. Schon als Wirtschaftsberater der Kanzlerin hatte er in der Euro-Krise auf die disziplinierende Kraft der Märkte gesetzt und den wachsenden Zinsabstand zwischen Bundesanleihen und Anleihen anderer Euro-Staaten als willkommenen Korrekturmechanismus gesehen. Was aber, fragt man mit Bezug auf Crouchs These, ist es für eine Disziplinierung durch den freien Markt, wenn sie für die größten Defizitsünder der Welt nicht gilt? Die Staatsschulden der USA betragen immerhin 100 Prozent der Wirtschaftsleistung, dennoch fallen die Zinsen selbst nach Herabstufung durch eine Ratingagentur. Japans Schulden belaufen sich auf 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und die Zinsen liegen auf Rekordtief. Für Deutschland bleiben die Zinsen niedrig, obwohl sein Schuldenstand gemessen an der Wirtschaftsleistung höher ist als der Spaniens, das mit steigenden Risikoaufschlägen konfrontiert ist. Hier sind offenbar ökonomische Machtinteressen und politische Einflüsse von Großkonzernen und Banken mit im Spiel.

Der Staatssozialismus ist, wie im Beitrag von Klaus Steinitz analysiert, auch an der Geringschätzung der Rolle des Geldes und der Missachtung von Markterfordernissen gescheitert. Im Realkapitalismus hingegen dominieren Geldfetischismus und Marktfundamentalismus. Sie erweisen sich als Zündstoff im System.

9 Colin Crouch: Das lange Leben des Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2011, S. 62.

Neoklassisch inspirierte Verteilungs- und Deregulierungspolitik als Krisenursache

Nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 kollabierten weltweit die Finanzmärkte. Sie rissen die Realwirtschaft mit in den Abwärtsstrudel. Rasch hatten Regierungspolitiker, Vertreter der Neoklassik und der Mainstream-Medien Erklärungen für das Desaster bereit: Schuld sei die US-amerikanische Politik des billigen Geldes sowie das gewohnheitsmäßige Leben der Amerikanerinnen und Amerikaner auf Pump, das sich auf das Privileg des Greenback als globale Reservewährung stützt. Schuld seien ebenfalls die Gier der Investmentbankerinnen und -banker sowie die ungenügende Transparenz und Kontrolle von Finanzgeschäften. Zweifellos haben solche Faktoren mit eine Rolle gespielt, aber den Kern des Problems erklären sie nicht. Der liegt in der enormen Anhäufung von Finanzvermögen, das nach Anlage mit höchstmöglichen, in der Realwirtschaft nicht erzielbaren Renditen strebt, also in der Überakkumulation.¹⁰ Das ist ein von Karl Marx beschriebener Vorgang, wie er in der Geschichte des Kapitalismus periodisch aufgetreten ist und in seinem finanzmarktgetriebenen Stadium mit den vagabundierenden Billionen seinen bisherigen Höhepunkt erfährt. Marx erklärte dieses Phänomen mit der Tendenz des Kapitals zur schrankenlosen Vergrößerung des Angebots bei gleichzeitiger Kostensenkung und damit Lohn- sowie Kaufkraftminimierung, also dem Widerspruch zwischen Produktion und realer Konsumtion. Wörtlich heißt es bei ihm: »Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.«¹¹ An dieser Erkenntnis kommt keine Wirtschaftswissenschaft vorbei, die auf der Höhe der Zeit sein will. Auffällig gestiegene Verkaufszahlen von Marx' »Kapital« zeigen ein erwachendes Interesse an seinen Analysen.

Im Finanzmarktkapitalismus sind Banken, Börsen, Versicherungen, Pensionsfonds, Hedgefonds und andere Investmentgesellschaften sowie private Vermögensbesitzerinnen und -besitzer die Hauptakteure. Sie sind einzig vom Streben nach kurzfristigem Wertzuwachs ihres Portfolios getrieben und terrorisieren die Realwirtschaft mit exorbitanten Erwartungen an die Eigenkapitalrendite. Vor allem für wertschöpfende Unternehmen mit schwächerer Eigenkapitalbasis heißt das, sich höher zu verschulden, denn ohne mehr Fremdkapital sind genannte Renditeziele nicht ansatzweise zu erreichen. Renditen solcher Größenordnung

10 Vgl. dazu auch Jürgen Leibiger: Bankrotteure bitten zur Kasse. Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung. Köln 2011, S. 103-122.

11 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 25, S. 501.

auf Finanzanlagen können aber nicht dauerhaft gezahlt werden, ohne die Substanz aufzuzehren, wenn die realen Wachstumsraten bei zwei bis drei Prozent, oft bei weniger liegen. Zugunsten der Kapitalforderungen werden Löhne gesenkt, Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich verlängert, Unternehmenssteuern reduziert, Beschäftigte entlassen, damit der Börsenkurs steigt, immer größere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und der sozialen Dienste ausgetrocknet. Den Renditehungern der Kapitaleignerinnen und -eigner bezahlen abhängig Beschäftigte und die Allgemeinheit.¹²

Die einseitige Orientierung der Finanzmarktakteure am Shareholder Value ist eine der Hauptursachen für die Fehlallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen. Am schnellsten können sich erfahrungsgemäß Investitionen im Finanzsektor »rentieren«. Das Finanzkapital reagiert heute in Sekundenschnelle, der reale Produktionsprozess in Tagen oder Monaten, die Ausbildung von Arbeitskräften lohnt sich nach Monaten oder Jahren, und die Erschließung neuer Ressourcen dauert mitunter Jahrzehnte. Bei Michael Hudson liest sich das so: »Die Banken wollen, dass der wirtschaftliche Mehrwert in Form von Zinsen ausgezahlt und nicht für die Anhebung des Lebensstandards verwendet wird, nicht für Staatsausgaben oder auch nur für Investitionen. Forschung und Entwicklung – das dauert viel zu lange. Die Finanzwelt denkt in kurzen Zeiträumen. Diese Sichtweise ist kontraproduktiv, wird aber als der Weisheit letzter Schluss ausgegeben.«¹³

Die von Joseph A. Schumpeter gerühmte progressive unternehmenstypische Funktion der Innovation wird demontiert – vor allem dort, wo strategische Entscheidungen auf lange Sicht wie zur Abwendung der Klimakatastrophe, zum Umstieg auf erneuerbare Energien, zur Beherrschung der Folgen des demographischen Wandels oder zum Ausbau humanorientierter Dienstleistungen äußerst dringlich wären. Längst wächst das nach immer lukrativerer Anlage strebende Finanzvermögen schneller als die renditeträchtigen Investitionsgelegenheiten in Forschung und Entwicklung, in Produktion und im Sektorservice. Dafür gibt es ein ganzes Spektrum von Ursachen, die im Kern alle auf das von Marx gefundene »allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation« hinauslaufen. Durch Lohndumping und prekäre Beschäftigung werden große Gruppen der arbeitenden Bevölkerung von dem enteignet, was ihnen rechtmäßig am erzeugten Produkt zusteht. Wachsende Teile des Volkseinkommens landen demgegenüber als Gewinne bei Unternehmen und Vermögenden.¹⁴ Die Neoklassik hält das für unverzichtbare

12 Christa Luft: Verselbständigung der Finanz- gegenüber der Realwirtschaft – Überakkumulation als Krisenquelle. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Band 107. Berlin 2010, S. 39.

13 Hudson: Der Krieg.

14 In der Bundesrepublik Deutschland sank die Lohnquote (netto) nach Abzug von Steuern und Abgaben von 40,9 Prozent anno 2008 auf 39,4 Prozent im ersten Halbjahr 2010. Vor 1990 hatte sie jahrzehntelang noch über 50 Prozent betragen. Die Nettogewinnquote stieg zwischen 2009 und Anfang 2010 von 32,6 auf 34 Prozent. Vgl.

Wege zur Sicherung des Produktionsstandortes. Die Enteignung der Beschäftigten geht einher mit einer weiteren Form von Einkommensumverteilung, der steten Steuer- und Abgabensenkung für Unternehmen, für Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Vermögensbesitzer. Letztere scheffeln so mehr in ihre privaten Taschen, und Unternehmen behalten vom erwirtschafteten Gewinn mehr zur freien, meist spekulativen Verwendung. Diese Entwicklung wird durch die fortschreitende Privatisierung im Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge sowie der sozialen Sicherungssysteme verstärkt. Riesige Summen werden auf die Konten von Versicherungsgesellschaften geleitet, die dafür wiederum renditeträchtige Anlagen suchen. Das alles sind Erscheinungsformen einer neoliberalen »Hofierung des Kapitals«.¹⁵

Im Widerspruch zum klassischen Lehrbuch fließt die Geldvermögensbildung kaum über kreditfinanzierte Unternehmensinvestitionen in den binnenwirtschaftlichen Kreislauf zurück. Der Großteil des Geldes wandert bei der Suche nach hohen Renditen außerhalb der Produktion auf die internationalen Finanzmärkte, die überdies dereguliert und liberalisiert wurden. Die Überakkumulation als Hauptkrisenursache ist nicht im Blick der neoklassischen Ökonomie. Hier liegt also ein Denk- und Betätigungsfeld für linke, alternative Ökonominen und Ökonomen und gerade für diejenigen mit marxistischer Tradition, denn hier haben sie einen geistigen Vorsprung, den sie nutzen können. Folgende Feststellung müssen sie nicht einem konservativen Medienvertreter überlassen: »Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht.«¹⁶

Alternative Therapien zur Kriseneindämmung

Die Maximen »Mehr Markt«, »Weniger Staat«, »Mehr Privatisierung«, »Weniger Steuern für Unternehmen und ‚Leistungsträger‘« haben ursächlich krisenauslösend und -verschärfend gewirkt. Ausmerzen lassen sich Krisen im Kapitalismus nicht. Dazu wäre ein Systemwechsel durch Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie der Profitdominanz notwendig. Konzeptionelle

Claus Schäfer: Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren. WSI-Verteilungsbericht 2010. In: WSI-Mitteilungen Heft 12/2010, S. 636 bis 645.

15 »Deutschland muss das Unternehmerkapital hofieren, weil nur dadurch Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze gewährleistet sind.« So Hans-Werner Sinn in einem Interview in: WSM Nachrichten vom 30.10.2005.

16 Frank Schirmacher: Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.08.2011.

Beiträge dafür von der vorherrschenden neoklassischen Theorie sind ausgeschlossen. Hans-Werner Sinn gibt sich sogar überzeugt, man könne »die großen Krisen heute vermeiden«. ¹⁷ Außer milliardenschweren staatlichen Rettungspaketen fällt ihm dazu aber nichts ein. Das heißt, wieder sollen private Verluste durch öffentliche Gelder ausgeglichen werden. Kein Wort bei ihm zur Überakkumulation. Solange aber deren Springquellen nicht ausgetrocknet und für liquides Kapital neue Investitionsfelder in der Realwirtschaft eröffnet sind, lässt sich bestenfalls die Wucht der nächsten Krise dämpfen und die Last für die Allgemeinheit mildern.

Die Praxis zeigt deutlich: Funktionierende Märkte benötigen Gesetze, Regeln und Sanktionen. Die wertschöpfende Realwirtschaft muss aus der Geiselhaft der spekulierenden Finanzbranche befreit werden. Unternehmerische Aktivitäten gehören steuer- und förderpolitisch besser gestellt als Finanzakrobatik. Der Bankensektor ist als Teil öffentlicher Infrastruktur zu organisieren. Dazu ist ein ganzer Katalog von Maßnahmen denkbar. Unverzüglich stünde eine Zerlegung der »systemrelevanten« Megabanken mit Anlagevolumina von 500 Milliarden Euro und mehr in kleinere Einheiten an. Dazu kann eine Entflechtung der Imperien durch Trennung der benötigten Finanzdienstleistungen (Kreditbereitstellung, Sammlung von Spareinlagen und Abwicklung des Zahlungsverkehrs) von den riskanten Wettgeschäften der Investmentbankerinnen und -banker dienen. Beginnend bei nicht ausreichend kapitalisierten privaten Banken, sollte mit deren Überführung in öffentlich-rechtliches Eigentum begonnen und die Verstaatlichung mit Regulierung und Demokratisierung verbunden werden. Der Spekulation ist der Boden zu entziehen durch Abschöpfung hoher Gewinne aus leistungslosen Einkommen und Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um der Kurzfristorientierung der Kapitalmärkte entgegenzuwirken sowie durch sofortiges Verbot des inhumanen Börsenhandels mit Grundnahrungsmitteln.

Verboten gehören ebenfalls Hedgefonds, Leerverkäufe, Kreditverbriefungen und Credit Default Swaps (CDS). Zu beschränken ist die Macht privater Ratingagenturen. Staaten zu bewerten, darf nicht zu ihrem Geschäftsfeld gehören. Für schuldhaft verursachte Fehlentscheidungen von Bankmanagerinnen und -managern muss die persönliche Haftung gelten. Die Überakkumulation gilt es als Krisenquelle auszutrocknen. Wege dazu sind

- eine solche Beteiligung der abhängig Beschäftigten an den von ihnen geschaffenen Werten, dass die Lohnquote zu Lasten der Gewinnquote wieder steigt,
- Besteuerung von Wohlhabenden und Kapitalgesellschaften nach der Leistungsfähigkeit,
- Beendigung der Privatisierung öffentlichen Vermögens,

¹⁷ Sinn: 1929.

- Rücknahme der kapitalgedeckten Altersvorsorge,
- Abbau dauerhaft hoher, die Verschuldung anderer Länder begünstigender Leistungsbilanzüberschüsse durch Stärkung der Binnenkaufkraft,
- Direktvergabe von Krediten an überschuldete Staaten durch die Europäische Zentralbank. So könnten sich die Euro-Staaten unter Umgehung privater Banken zinsgünstiger mit Krediten versorgen. Der gesamte Finanzmarkt einschließlich der Ratingagenturen würden lahmgelegt,
- Einführung geordneter Insolvenzverfahren für überschuldete Länder mit Schutzmechanismen für die betroffene Bevölkerung,
- Beteiligung hoher privater Geldvermögen (zum Beispiel mehr als eine halbe Million Euro) an der Tilgung öffentlicher Schulden etwa über eine zinslose Zwangsanleihe oder nach Art des deutschen Lastenausgleichs der Nachkriegszeit über eine auf ca. zwei Dekaden befristete jährliche Vermögensabgabe von 1 bis 2 Prozent.

In einer solchen, alle Länder der Euro-Zone umfassenden Vermögensabgabe, nicht in würgenden Sparauflagen oder partiellem Schuldenerlass, liegt letztlich die einzige aussichtsreiche Chance, um die Verschuldung der einzelnen Staaten auf eine Dimension zurückzuführen, die sie mit regulären Steuereinnahmen beherrschen können. Dieser von linken und alternativen Ökonominnen und Ökonomen seit längerem diskutierte Vorschlag¹⁸ findet inzwischen im konservativen Lager Unterstützerinnen und Unterstützer. So jüngst von zwei Direktoren der Boston Consult Group, der größten Unternehmensberatungsfirma der Welt.¹⁹ Die Furcht vor Anwürfen, sie würden der Enteignung, gar einer Revolution das Wort reden, plagt sie nicht.

Insgesamt kommt es darauf an, dass die Politik sich wieder gegenüber der Wirtschaft emanzipiert, dass sie sich das Primat zurückerobert und den Rahmen auch für ein sozial- und umweltgerechtes unternehmerisches Handeln setzt. Solche in ihrer Substanz überwiegend keynesianischen und zum Teil an Marx anknüpfenden Konzepte haben es in Lehre, Forschung und Politikberatung schwer. Sie ändern auch nicht grundsätzlich etwas am Wesen des kapitalistischen Systems, aber sie würden doch zu dessen Zivilisierung beitragen.

18 Vgl. z. B. Sahra Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Frankfurt a. M. 2011, S. 193.

19 Nach ihrer Auffassung bedürfe es einer Summe von etwa sechs Billionen Euro, um die Schulden aller Euro-Staaten zwar nicht zu tilgen, aber auf ein handhabbares Maß zurückschrauben. Voraussetzung wäre, die reichen Länder würden proportional zu ihrer Wirtschaftskraft mehr in einen europäischen Fonds zum Abbau der Schulden beitragen als die Krisenstaaten. Aufzubringen wären die Mittel durch eine einmalige Abgabe auf Geld- und Immobilienvermögen etwa in der Höhe von 30 Prozent, nach Abzug eines Freibetrags. Vgl. dazu: Mathias Greffrath: »Lastenausgleich« statt »Enteignung«. Ein Beitrag der Reichen kann die Schuldenkrise lösen – vor der Katastrophe. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1625514/>, 12.12.2011.

Ursachen neoklassischer Dominanz in der Ökonomie

Seit Jahrzehnten dominiert in ökonomischer Wissenschaft, Politik und Praxis die Überzeugung, dass generell auf Märkten und so auch auf Finanzmärkten Effizienz die Regel und Marktversagen die Ausnahme ist. »Heerscharen von Studierenden wurden auf den Glauben getrimmt, Börsenkurse würden stets alle verfügbaren Informationen rational und richtig widerspiegeln. Zehn Jahre nach dem Entstehen einer Kreditblase als Folge einer New Economy, die ewiges Wachstum versprach und erst eine Immobilien-, dann eine Finanzmarkt- und nun eine Staatsschuldenkrise brachte, und drei Jahre nach Lehman Brothers und den darauf folgenden staatlichen Hilfsmaßnahmen zum Verhindern einer Kernschmelze der Weltwirtschaft ist es an der Zeit, den Effizienzmythos vom Sockel zu holen.«²⁰ So das bemerkenswerte Plädoyer des stark neoklassisch orientierten Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI).

Versagen auf den Finanzmärkten ist keine neue Erscheinung. Doch der Trend zur Gigantonomie im Bankensektor hat wie ein Treibmittel gewirkt. Die Deutsche Bank zum Beispiel hat eine Bilanzsumme, die 80 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung entspricht. Diese Aufblähung hat keine betriebswirtschaftlichen Gründe. Sie wird genährt durch das Streben nach Systemrelevanz, das heißt nach Macht. Sehr große Banken werden – wie geschehen – im Krisenfall mit staatlicher Hilfe, sprich: mit Steuergeld und bei Inkaufnahme des Anstiegs öffentlicher Schulden gerettet, denn sie gelten als systemrelevant, folglich »too big to fail«, zu groß, um sie scheitern zu lassen. Demgegenüber werden kleinere Institute sich selbst überlassen. Seit der 2008 ausgebrochenen globalen Krise kann Marktversagen im großen Stil verfolgt werden. Die Wirtschaft wäre ohne die schon genannten staatlichen Eingriffe kollabiert.

Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Überzeugung von effizienten Finanzmärkten derart unverrückbar in den Volkswirtschaftslehrbüchern und in der Folge in den Köpfen der Wirtschaftseliten festgesetzt hat? Auf diese Frage sind in der Literatur aufschlussreiche Antworten zu finden.²¹ Offensichtlich stößt die Freiheit der Wissenschaft auf die Hürde der Vermarktungschancen theoretischer Positionen. Zuerst geht es darum, wie in ökonomischen Fachkreisen Reputation erlangt und Karriere gemacht werden kann. Man muss zu »angesagten« Themen in jenen akademischen Zeitschriften publizieren, die als Grundlage von Rankings genommen werden, die wiederum ein Maßstab sind für die Zuteilung von Forschungsmitteln. »Wenn der Mainstream der Meinung ist, dass Finanzmärkte ef-

20 Thomas Straubhaar: Der große Irrtum. In: FTD.de vom 05.10.2011.

21 Straubhaar: Der große Irrtum; Leonhard Dobusch/Jakob Kapeller: Wirtschaft, Wissenschaft und Politik: Die sozialwissenschaftliche Bedingtheit linker Reformpolitik. In: PROKLA. Heft 164, 41. Jg. 2011, Nr. 3, S. 389-404.

fizient sind, dann ist es für Abweichler enorm riskant, gegen das Kartell jener zu opponieren, die als Insider über die Vergabe von Professorenstellen, Forschungsaufträgen und Budgets bestimmen. Dann ist es vielleicht aus einer individuellen Sicht in der Tat klüger, mit dem Strom zu schwimmen als dagegen. Nur wenn alte theoretische Konzepte zu offensichtlich der Realität widersprechen, kann sich ein Paradigmenwechsel für die Kartellbrecher lohnen. Möglicherweise ist mit Blick auf den Effizienzmythos der Finanzmärkte diese Zeit jetzt gekommen«, meint Thomas Straubhaar,²² ein Kenner der bundesdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Community.

Ähnlich heißt es bei Leonhard Dobusch und Jakob Kapeller: »Jene Personen, die innerhalb der Ökonomie beruflich vorankommen wollen, (sind) gut beraten, ... sich bereits zur Vorbereitung eingehend mit der neoklassischen Theorie zu befassen und sich nicht von Alternativen zur oder Kritiken an der Neoklassik verwirren oder ablenken zu lassen – ansonsten wird der Karriereweg unter Umständen steinig.«²³ Elmar Altvater, Emeritus der Freien Universität Berlin, fasst eigene Erfahrungen folgendermaßen zusammen: »Ich wurde ›Apo-Opa‹ oder ›Traditionsmarxist‹ genannt. Solche Sprüche haben mich kalt gelassen. Ehrlich getroffen hat mich, dass mir Gelder für Forschungsprojekte vorenthalten wurden. Ich konnte nicht immer so forschen, wie ich wollte.«²⁴

Erwähnt werden muss auch, dass die im Ökonomiestudium hauptsächlich verwendeten Lehrbücher im Wesentlichen oder zur Gänze die neoklassische Theorie abdecken, während alternative Theorieansätze weitestgehend unberücksichtigt bleiben.²⁵ Das trifft gleichermaßen auf das wohl bekannteste internationale Standardwerk der Volkswirtschaftslehre »Economics« von Paul A. Samuelson und William D. Nordhaus zu, das im Laufe von fünf Dekaden millionenfach verkauft wurde und Generationen von Ökonomiestudierenden als Grundlage diente.²⁶

In Interessenverbänden und TV-Talkshows, auch in der Wirtschaftspresse wird ehrfürchtig nahezu alles aufgegriffen, was neoklassische Hohepriester von sich geben. Ob der schon erwähnte Hans-Werner Sinn, Olaf Henkel, ehemals Präsident des BDI, Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, oder andere. Sie alle werden nicht müde, ihre orthodoxen Thesen einem breiten

22 Straubhaar: Der große Irrtum. In: FTD.de vom 05.10.2011.

23 Dobusch/Kapeller: Wirtschaft, S. 393.

24 Elmar Altvater: Man kann sich Kapitalismus abgewöhnen. In: Zeit online vom 25.11.2011, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-11/interview-altvater-kapitalismus>.

25 Institute, die dezidiert nach alternativ geschulten Forscherinnen und Forschern suchen, sind nach Dobusch/Kapeller die große Ausnahme. Im deutschsprachigen Raum sind hier nach dem »Informational Heterodox Directory« die 1971 gegründete Universität Bremen und die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin gelistet. Vgl. Dobusch/Kapeller: Wirtschaft, S. 393.

26 Max Otte: Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2009, S. 15.

Publikum zu offerieren: Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, weitere Anhebung des Renteneintrittsalters, Abschaffung des Kündigungsschutzes und Niedriglohnstrategien als Wege zur »Rettung« des Standortes Deutschland. Wer daran Kritik übt, dem wird entgegengehalten, die Zeichen der Zeit nicht verstanden zu haben. Das habe ich bei Podiumsdiskussionen mit diesen Herren mehrfach erlebt. So wie in der DDR und anderen staatssozialistischen Ländern den Ökonominen und Ökonomen viel zu lange zuvorderst die Aufgabe nachträglichen Begründens »weiser« Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zgedacht, besser zugemutet war, so übernehmen die Vertreterinnen und Vertreter der »reinen« ökonomischen Lehre heute freiwillig die Rolle von Propagandisten neoliberaler Politik.

Eine gängige Metapher in der Zunft der Ökonominen und Ökonomen ist Joseph A. Schumpeters These von der »schöpferischen Zerstörung«. Altes muss Neuem weichen, heißt es. Fragt man nach den Lehren, die die neoliberalen Meinungsführerinnen und -führer in Wissenschaft, Wirtschaft und Medien ihre eigenen Anschauungen betreffend aus den jüngsten Krisen gezogen haben, zeigt sich, dass sie weniger »zerstörungsverliebt« sind.²⁷ Dabei scheitert wirtschaftspolitische Orthodoxie erkennbar an der Realität. Die Wirtschaftswissenschaft wird ihrem Charakter als Sozialwissenschaft nicht gerecht, solange sie sich sklavisch von Dogmen leiten lässt und diese nicht dem Praxistest unterwirft: Die Staatsquote muss unter 40 Prozent gedrückt werden; die jährliche Neuverschuldung darf maximal drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt betragen; eine Steuerentlastung für Unternehmen fördert deren Investitionsbereitschaft; eine einprozentige Senkung der Lohnnebenkosten führt zur Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen; ab zwei Prozent Wirtschaftswachstum wird die Schwelle zum Beschäftigungsaufbau überschritten. Das sind einige der neoklassischen Glaubenssätze. Mit ihnen soll begründet werden, warum jede Form einer nachfrageorientierten Politik falsch ist. Behauptet wird, Wachstum müsse immer zuerst vom Arbeitsmarkt kommen. Deshalb könne es nicht richtig sein, an Nachfrageankurbelung auch nur zu denken, um eine höhere wirtschaftliche Dynamik zu erreichen. Ein Blick auf die Statistik bezeugt allerdings, dass eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weniger auffällig und nicht zwingend vom Arbeitsmarkt ausging. In der Regel sprang zuerst die Nachfrage an, in Deutschland meist die Exportnachfrage. Mit einiger Verzögerung folgte dann der Arbeitsmarkt. Solche empirischen Zusammenhänge leugnen oder ignorieren die Vertreterinnen und Vertreter angebotsorientierter Reformen.

Es gibt keinen anderen Weg, die Dominanz der neoklassischen Autisten zu brechen, als die Realitätsferne, das Versagen ihrer Rezepte empirisch durch öko-

27 Ullrich Heilemann: »Schöpferische Zerstörung« – Krisen-Lehren I. In: WSI-Mitteilungen. Heft 3/2009, S. 118.

nomische Daten sowie durch Fakten aus der Erfahrungswelt der Bürgerinnen und Bürger zu belegen. Dazu gehört auch, diese zu ermutigen, ob als Verbraucherin bzw. Verbraucher, Sparerin bzw. Sparer oder öffentliche Auftraggeberin bzw. Auftraggeber, durch ihr Kauf-, Anlege- bzw. Bestellverhalten auf dem Markt »Macht« auszuüben, statt sich ohnmächtig zu fühlen.

Neuorientierungen im Mainstream?

Deutliche Zeichen von innerer Einkehr, von Nachdenklichkeit, gar Selbstkritik lassen sich angesichts offensichtlicher Versäumnisse und Irrtümer der Neoklassikerinnen und Neoklassiker, Krisen zu erklären und vorherzusagen, bei einigen US-amerikanischen und anderen ausländischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ausmachen. Einer der einflussreichsten Makroökonomien Europas, Berater der EU-Kommission und des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy hofft zum Beispiel, dass die Jahrhundertkrise auch Denkmuster von Ökonomie-Professorinnen und -Professoren verändert. Jean Pisani Ferry bekennt: »Die Krise sollte uns Wirtschaftswissenschaftler demütig machen, uns vor Augen führen, wie viele Fehler wir machen können. Wir haben diese verheerende Krise trotz Erfahrungen, etwa in Asien Ende der 1990er Jahre, nicht vorhergesehen und den Finanzmärkten zu viel zugetraut. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass der freie Kapitalmarkt bei der Einschätzung der Risiken so versagt.«²⁸

Wohl gibt es auch unter deutschen Ökonominen und Ökonomen Überlegungen zu einer notwendigen Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaften. So steht etwa auf einer vom »Handelsblatt« und dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft für den 23./24. Januar 2012 anberaumten, hochrangig besetzten Konferenz das Thema »Ökonomie neu denken« auf der Tagesordnung. Doch die meisten deutschen Ökonominen und Ökonomen gerade neoklassischer Provenienz halten sich diesbezüglich eher bedeckt und sind mit selbstkritischen Eingeständen zurückhaltend. Der Linzer Volkswirt Friedrich Schneider hat sicher Recht, wenn er feststellt, dass es den meisten Nationalökonominnen und Nationalökonomien in der weltweiten Finanzkrise die Sprache verschlagen habe. Auch ihre Zunft befände sich in einer »beträchtlichen Krise«. Schneider war von 2005 bis 2008 Chef des Vereins für Socialpolitik, dem 3.651 Ökonominen und Ökonomen aus dem deutschsprachigen Raum angehören.²⁹ Über 70 Prozent der dort organisierten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler,

28 Zitiert in: Je länger die Staaten warten, desto schlimmer der Abschwung. Berliner Zeitung vom 27./28.12.2008.

29 Wir sind alle sprachlos. Friedrich Schneider im Interview mit der Financial Times Deutschland vom 10.03.2009.

darunter insbesondere die Jüngerer, bekennen sich explizit zur Neoklassik oder verwandten Ansätzen.³⁰ Seit 2004 ist der Linzer Präsident des Verbandes der österreichischen Wirtschaftsakademiker und ab 2006 Forschungsprofessor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Auf viele Fragen hätten die Ökonominnen und Ökonomen unzureichende Antworten, von Lösungsvorschlägen ganz zu schweigen, bekennt er. Schneider sieht die Hauptursache im Fehlen von Modellen, »mit denen eine derartig globale Krise wie die aktuelle mit ihren gigantischen Folgen modelliert werden kann.«³¹

Gebraucht würden neue Modelle für den Finanzsektor, die Ausfälle von Krediten und Bürgschaften von bis zu 40 Prozent verarbeiten können. Notwendig sei eine Antwort auf die Frage, was es für Konsequenzen hätte, wenn eine Großbank Konkurs anmelden würde. »Die Krise der Ökonomie ist entstanden, weil wir viele Verhaltensweisen der Menschen nicht in unsere Modellwelten integriert haben. Den Herdentrieb an den Finanzmärkten zum Beispiel oder die Gier und mangelnde Fairness im Wirtschaftsleben.«³²

Diese Sicht verblüfft. Als wäre diese Krise ein unvorhergesehener Betriebsunfall, ein zufälliges Ereignis, für das leider nur die passenden Modelle fehlten, um den Vorgang zu managen. Tatsächlich gibt es Herdenverhalten, mit dessen Hilfe die Finanzmärkte temporäre Knappheiten schaffen, statt sie – wie auf normalen Märkten – zu beseitigen. Dadurch werden systematisch falsche Preise erzeugt, und es wird ein riesiger Schaden für die Realwirtschaft angerichtet. Aber das erklärt die Krisen nicht.

Diese sind ein wiederkehrendes Phänomen des Kapitalismus,³³ wie Marx in seinem Hauptwerk, dem »Kapital«, nachwies. Auch renommierte US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wie Nouriel Roubini machen sich diese Erkenntnis zu eigen. Sein Urteil: »Der Kapitalismus hat einen Punkt erreicht, an dem er sich selbst zu zerstören droht. Man kann das Einkommen der Arbeitenden nicht ständig verkleinern, um die Gewinne der Kapitalisten zu vergrößern, ohne Überkapazitäten (in der Produktion) zu schaffen und die Nachfrage immer weiter abzusinken. Wir dachten, die Märkte würden das schon richten. Die Märkte haben das

30 Bruno Frey/Silke Humbert/Friedrich Schneider: Was denken deutsche Ökonomen? Eine empirische Auswertung einer Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 8(4)/2007, S. 359-377.

31 Schneider: Wir sind alle sprachlos. Interview in der FTD vom 10.03.2009.

32 Ebenda.

33 In den letzten drei Jahrzehnten gehören dazu die internationale Börsenkrise 1987, die japanische Immobilienblase 1986–1990, die Dotcom Internet-Blase 1996–2000, die asiatische Finanzkrise 1997–1999, die russische Finanzkrise 1998, die argentinische Wirtschaftskrise 1999–2002, die von der US-amerikanischen Immobilienkrise 2007/2008 ausgelöste und anhaltende systemische Krise des Kapitalismus. Nach einer Statistik der Weltbank erlebte der Globus insgesamt seit 1980 über 150 größere und kleinere Finanzkrisen in verschiedenen Ländern, von denen die meisten in ihren Auswirkungen über den Finanzbereich hinausgingen. Vgl. dazu Heinz-Dieter Hausteil: Zeitenwechsel. Der aufhaltsame Aufstieg des Geldkapitals in der Geschichte. Wien 2012.

aber nicht getan. Was individuell vernünftig erscheint ... ist zu einem Prozess der Selbstzerstörung geworden.«³⁴

Während zur Memorandum-Gruppe gehörende Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler das Krisengeschehen schon immer im Blick hatten, nehmen dazu inzwischen auch bei einigen Vertreterinnen und Vertretern des ökonomischen Mainstream Meinungsäußerungen zu. Doch die Erklärungsansätze und die angebotenen Lösungen bleiben, wie das Statement von Schneider zeigt, an der Oberfläche. Am DIW ist zum Beispiel im Auftrage des Bundesfinanzministeriums kürzlich ein Frühwarnsystem entwickelt worden, das von spekulativen Übertreibungen an den Vermögensmärkten ausgehende Immobilienpreisblasen vorhersagen soll. Auslöser des Projekts war die 2007/2008 in den USA geplatze Immobilienblase, die zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise führte.³⁵ Natürlich lassen sich aus solchen Indikatoren wie Bevölkerungs- und Einkommensentwicklung, Bewegung von Rohstoffpreisen und Aktienkursen, Kreditvergabe- und Zinstrends Ableitungen treffen für das Geschehen an den Immobilienmärkten. Auch lassen sich mit politischen Maßnahmen wie Verschärfung der Kreditvergabe, Erhöhung der Transaktionskosten (Steuern und Gebühren) für Kauf und Verkauf einer Immobilie derartige Geschäfte bremsen.

Die Krise kann gewissermaßen besser verwaltet werden. Ausgeblendet aber werden Grundprobleme: die Einkommens- und Vermögenspolarisierung, die die einen für dringliche Anschaffungen permanent kredit- und damit bankenabhängig macht und in die Überschuldung treiben kann und andere, im Überfluss Lebende aus Profitgründen zu immer riskanterem Geldverleih animiert. Ebenso die verfestigte Verselbständigung der Finanz- gegenüber der Realwirtschaft.³⁶

Nehmen wir die Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Private Haushalte hatten 2011 laut Bundesverband Deutscher Banken mehr als zehn Billionen Euro an Geld- und Immobilienvermögen (ohne Autos, Schmuck und Kunstsammlungen) angehäuft. Abzüglich der 1,5 Billionen Euro Kreditschulden bleibt ein Nettovermögen von über acht Billionen Euro. Das ist das Vierfache des Schuldenstandes öffentlicher Haushalte. Das eigentliche Problem aber besteht in der äußerst ungleichen Verteilung des Vermögens. Zwei Drittel der Bevölkerung verfügten über ein sehr geringes bzw. kein Vermögen oder hatten Schulden. Dagegen besaß das reichste Zehntel über 60 Prozent, das superreichste eine Prozent sogar rund ein Viertel des Gesamtvermögens. Wäre die Vermögensverteilung gleichmäßiger,

34 Nouriel Roubini in einem TV-Interview mit dem Wall Street Journal, aufzurufen unter: http://online.wsj.com/video/roubini-warns-of-globalrecession-risk/C036B113-6D5F-4524-A5AF-DF2F3E2F8735.html?mod=WSJ_hpp_mpvidcar_

35 Christian Dreger/Konstantin Kholodilin: Spekulative Preisentwicklung an den Immobilienmärkten: Elemente eines Frühwarnsystems. In: Krisen erkennen, Krisen vermeiden. DIW-Wochenbericht 37+ 38/2011, S. 3 ff.

36 Luft: Verselbständigung, S. 37-54.

würden die Ersparnisse eher nachfragewirksam, und die Realwirtschaft wäre gegenüber dem Casinokapitalismus gestärkt. Gerade in der Vermögenskonzentration bei relativ wenigen liegt eine entscheidende Ursache der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Die Zahl der Euro-Millionäre in Deutschland erreichte 2011, also drei Jahre nach Krisenausbruch, mit 829.900 einen neuen Rekord. Vor der Krise, 2007, hatte sie 799.000 betragen. Das Millionärsvermögen stieg seit 2007 um rund acht Prozent jährlich, das der Milliardäre um rund zehn Prozent per annum.³⁷

Das überschüssige Kapital der Vermögenden suchte sich die renditeträchtigen Anlageziele. Finanzinstitute kreierten immer ausgefallener und riskantere »Finanzprodukte«, um dem Anlagedruck gerecht zu werden. Daraus entstehende Blasen lassen sich nicht mit ausgeklügelten mathematischen Modellen vermeiden, sondern nur durch Stopp der Überakkumulation und Lenkung des überschüssigen Geldes in Bereiche, in denen wie im Bildungs- und Gesundheitswesen oder beim Umweltschutz Kapitalknappheit besteht.

Politische Ökonomie statt Economics

Die verschiedenen Denkschulen und theoretischen Strömungen in den Wirtschaftswissenschaften lassen sich grob gesagt mit zwei Polen beschreiben: Eine scheinbar unpolitische, eine reine Ökonomie, die »Economics« und eine *Politische* Ökonomie, die von einem Gesellschaftsbezug der Wirtschaft ausgeht und sich nicht auf die betriebswirtschaftliche Logik reduziert. Innovative Unternehmer und risikofreudige Kapitalgeber in einem sich zurücknehmenden Staat – so sieht das neoklassische Ideal der »modernen« Ökonomin bzw. des »modernen« Ökonomen aus. Für sie bzw. ihn sind Menschen und Dinge kaum unterscheidenswert. Der Mensch gilt als »Humanressource«, die sich rechnen muss. »Der Zusammenhang von Ökonomie und Gesellschaft ist vielen Volkswirtschaftsstudenten nicht klar«, bemängelte ein Heidelberger Kommilitone während einer Attac-Sommerakademie. Als Anhänger der »postautaristischen Bewegung,« die – ausgelöst von Protesten französischer Studierender – gegen die vorherrschende neoklassische Theorie in den Wirtschaftswissenschaften auftritt, kritisierte er aus seiner studentischen Sicht, was massenhaft auch im betrieblichen Alltag erlebbar ist: »Mit ihrem einseitigen, praxisfernen, dem Leitbild der Mathematik folgenden Wissen, das sich auf die neoklassische Wirtschaftstheorie stützt, rücken Absolventen eines

37 D.A.CH Vermögensreport 2011 – Deutschland, Österreich, Schweiz. Amadeus Consulting Valluga AG,

Volks- oder Betriebswirtschaftsstudiums später auf Entscheidungsposten in der Wirtschaft, entlassen Arbeiter und erhöhen ihre eigenen Gehälter.«³⁸

Solches Gebaren ist mir Anfang der 1990er Jahre wiederholt bei an westdeutschen Universitäten frisch diplomierten Volkswirtinnen und -wirten begegnet. Bereits als Berufseinsteigerinnen und -einsteiger bei der Treuhand mit einem traumhaften Salär ausgestattet, wickelten sie in zu privatisierenden oder zu schließenden Unternehmen langjährig Beschäftigte ab. Ob die trotz hoher Qualifikation wohl eine neue Arbeit fänden und ihre Familien über Wasser halten könnten, war für sie eine abwegige Frage. Sie sprachen sogar stolz darüber, dass der im Osten offenbar übliche »soziale Touch« in ihrer akademischen Bildung keine Rolle gespielt hatte.

Verschulung und »Verbetriebswirtschaftlichung« des Studiums sind typische und besorgniserregende Tendenzen der Mainstream-Ökonomie. Statt des »allseitig gebildeten Menschen« wie es dem Humboldtschen Ideal entspricht, wird der »allseitig verfügbare Mensch« herangezogen. Für die Demokratie erwächst daraus die Gefahr, dass aus Bürgerinnen und Bürgern Mitläuferinnen und Mitläufer ohne eigenes Urteilsvermögen werden. »Ich glaube nicht«, so der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith, »dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat.«³⁹

Ein Paradigmenwechsel ist notwendig

Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie braucht einen Paradigmenwechsel, wenn sie nicht in Realitätsferne erstarren und für Wirtschaftspolitik und -praxis Fehlurteile fällen bzw. Falschorientierungen geben will. Am dringlichsten ist es, die Entbettung der Ökonomie aus ihren politischen, sozialen, ökologischen und demokratischen Fundamenten zu beenden oder anders gesagt, die Ökonomie aus ihrer Allmachtstellung wieder als Teilsystem in die Gesellschaft einzubetten. Ökonomische Daten müssen als soziale Verhältnisse und nicht nur als für die Modellverarbeitung geeignete quantitative Zusammenhänge analysiert werden. Eine wissenschaftliche Schule, die sich nicht selbst genügen, sondern einen praktischen Wert haben will, muss die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens zur Grundlage nehmen. Steht die Wirtschaft im Dienste von Mensch und Natur oder geht es um private Profitmaximierung um jeden Preis? Hat sie eine soziale und ökologische Funktion oder folgt sie nur dem Eigennutz? Verfassungsrechtlich sind in Deutsch-

38 Tunnelblick der Ökonomen. In: Neues Deutschland vom 5.8.2004.

39 Zitiert nach Horst Kurnitzky: Der heilige Markt. Kulturhistorische Anmerkungen. Frankfurt a. M. 1994, S. 7.

land dazu auf Bundes- und Landesebene Gebote festgeschrieben. So heißt es in Artikel 14, Abs. 2 des Grundgesetzes: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Artikel 24 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen schreibt vor: »Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor materiellem Besitz. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.«⁴⁰ Artikel 151 (1) der bayrischen Landesverfassung lautet: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.«⁴¹ Die Saarländische Verfassung gebietet in Artikel 43: »Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohle des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen.«⁴² Fast wortgleich steht es in Artikel 38 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen.⁴³

Aber Generationen von Ökonomiestudentinnen und -studenten, die späteren Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien, sind an bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen geistig von der Lehrmeinung des konservativen US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Milton Friedman geprägt worden. Anfang der 1960er Jahre warnte er: »Es gibt nur wenige Tendenzen, die das Grundgefüge unserer freien Gesellschaftsordnung so nachhaltig unterminieren könnten, wie das Bestreben von Führungskräften der Großbetriebe, andere soziale Verantwortung zu übernehmen als lediglich die Aufgabe, für ihre Aktionäre so viel Geld wie möglich zu verdienen.«⁴⁴

Der Wirtschaftsalltag ist im Realkapitalismus von den Verfassungsgeboten weit entfernt. Deren Befolgung kann nun nicht dem Gusto der einzelnen Unternehmerin bzw. des einzelnen Unternehmers oder der einzelnen Managerin bzw. des einzelnen Managers überlassen bleiben. Freiwillig werden diese sich – von Ausnahmen abgesehen – auf soziale und ökologische Belange nur einlassen, wenn sie darin langfristig eine Chance zur Gewinnsteigerung sehen. Häufig aber ist, was einzelwirtschaftlich als rational und logisch erscheint, gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv, sozial zerstörerisch und die Umwelt belastend. »Entsprechend sollten Politik und Gesellschaft Gesetze und Regeln, Anreize und Sanktionen dergestalt setzen, dass Menschen dazu gebracht werden, sich so zu verhalten und ihr Tun oder Lassen so zu verändern, dass mikro- und makroökonomisches Erfolgs-

40 Verfassungen der deutschen Bundesländer. 7. Auflage 2001. Beck-Texte im dtv. München, S. 361.

41 Ebenda, S. 62.

42 Ebenda, S. 445.

43 Ebenda, S. 181.

44 Milton Friedman: *Capitalism and Freedom*. Chicago 1962, zitiert nach John Kenneth Galbraith: *Die moderne Industriegesellschaft*. München/Zürich 1968, S. 133.

streben möglichst deckungsgleich werden.«⁴⁵ Solchen Überlegungen verschließt sich auch ein Botschafter der wirtschaftsnahen Initiative »Neue soziale Marktwirtschaft« nicht.

Natürlich darf betriebliches Interesse an Gewinnerzielung nicht delegitimiert, nicht von vornherein mit Unmoral gleichgesetzt werden. Wohin das führt, haben wir in der realsozialistischen DDR und anderen Ländern des früheren Ostblocks schmerzlich erlebt. Vielmehr müssen dem nach höchstmöglicher Verwertung strebenden privaten Kapital aus dem Gemeinwohl abgeleitete soziale und ökologische Grenzen gesetzt und darüber hinaus ethische Maßstäbe unternehmerischer Tätigkeit eingefordert werden. Der Gesellschaft sollen nicht Entwicklungstrends aufgezwungen werden, die von einer Profitmaximierungsstrategie vorgegeben sind. Unmoralisch ist nicht unternehmerisches Gewinnstreben schlechthin. Unmoralisch ist verweigerter angemessener Teilhabe derer am Gewinn, die ihn erarbeitet haben, ungezügelter, Risiken auf andere abwälzender Renditejagd und grenzenloser Kommerzialisierung aller Lebensbereiche.

Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik müssen darauf zielen, Eigennutz und Gemeinsinn, einzelwirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft weitestmöglich in Einklang zu bringen. Ganzheitliches Denken und Handeln in der Wirtschaft ist ohne Einschluss moralisch-ethischer Prinzipien ein Torso. Wirtschaftsethik gehört ins Ökonomiestudium, und Personalmanagement muss auf soziale Intelligenz und Kompetenz ebenso viel Wert legen wie auf professionelle Kenntnisse. »Der organisierte Verzicht auf die Diskussion von Wirtschaftsethik und Moral bei der Präsentation von Modellen zur Renditeoptimierung ist ein Skandal, der den Betroffenen sowie der Gesellschaft teuer zu stehen kommt. Der heutigen Generation der Studierenden ... droht die Reduktion auf den seelenlosen und therapieverdächtigen Homo oeconomicus. Wo bleibt der Aufstand für den Bildungsauftrag zum Nutzen der Betroffenen und der Gesellschaft?« Das fragt Rudolf Hickel, einer der wenigen renommierten Ökonomen der Bundesrepublik, die sich mit der neoklassischen Schule kritisch auseinandersetzen.⁴⁶

Der Anspruch, einen ganzheitlichen Ansatz in der Wirtschaftswissenschaft zu verfolgen, schließt auch die Kursnahme auf nachhaltiges Wirtschaften ein. Als dringlich zu bearbeitende Schwerpunkte zeichnen sich ab: Humanisierung, Öko-

45 Straubhaar: Der große Irrtum.

46 Rudolf Hickel: Der Neoliberalismus ist der größte Irrtum der Geschichte des ökonomischen Denkens. Um die Perversionen des Systems zu beheben, muss der Kapitalismus zugunsten der Politik entmachtet werden. In: Der Tagesspiegel vom 22.10.2011. Vgl. auch Karl Georg Zinn: Gesellschaftsethik und politische Ökonomie. Zu den moraltheoretischen Grundlagen eines humanen Wirtschaftssystems. In: Wirtschaft und Moral. Sozialethische Grundlagen einer linken Gesellschaftspolitik. Herausgegeben von Dieter Janke. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2009, S. 42-74.

logisierung, Demokratisierung und Feminisierung⁴⁷. Ihren Grundannahmen geschuldet, hat die Neoklassik auf diesen Gebieten teils erhebliche Defizite, teils weiße Flecken.⁴⁸ Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie muss eine Nachhaltigkeitsökonomie entwickeln helfen. Stichpunktartig sollen hier lediglich Bemerkungen zur Humanisierung gemacht werden. Diese verlangt vor allem, dem wirtschaftlichen Handeln ein anderes als das bislang in der Neoklassik vorherrschende Menschenbild zugrunde zu legen. »Der Homo oeconomicus, der den eigenen Vorteil und das eigene Glück verfolgt, ist das innere Bild, an dem sich das Wirtschaften noch heute allzu oft orientiert«, bekennt zum Beispiel Götz Werner, Gründer der Drogeriemarktkette dm. Doch könne das bloße Für-sich-Leisten nicht das einzige Grundprinzip sein, aus dem künftiges Unternehmertum zu entwickeln ist.⁴⁹ Die Unterstellung der Neoklassik, dass das rationale und egoistische Verhalten aller Individuen in Summe zum bestmöglichen Ergebnis für die Gesellschaft führt, gehört ins Reich der Legenden. Täglich machen Menschen gegenteilige Erfahrungen. Daher ist das Homo oeconomicus-Konstrukt, das Modell eines ausschließlich wirtschaftlich denkenden, den ökonomischen Nutzen maximierenden, emotionslosen Menschen, in jüngerer Zeit in Teilen der ökonomischen Disziplin auch erheblich unter Druck geraten.⁵⁰ Gänzlich überwunden ist dieses Menschenbild jedoch nicht. Am deutlichsten wird das an der Parallelität zwischen Explosion von Konzernprofiten und Exklusion von immer mehr erwerbsfähigen Menschen aus dem Arbeitsprozess.

Für Pluralismus in der Wirtschaftswissenschaft

Viele der genannten Probleme werden in Ökonomenkreisen diskutiert. Doch darf man nicht die Illusion haben, dass sich in Deutschlands akademischer Landschaft kurzfristig etwas prinzipiell ändern wird. Die offensichtliche Blamage der Neoklassik hat auf deren dominante Stellung im akademischen Bereich wie auch in den meisten Beraterstäben politischer Institutionen bislang keinen merklichen Einfluss gehabt. «Die eigentlich universell geltenden Maßstäbe wissenschaftlicher Arbeit scheinen dort nicht zu gelten und partikularen Interessen untergeordnet zu

47 Katharina Mader/Jana Schultheiss: Feministische Ökonomie – Antworten auf die herrschenden Wirtschaftswissenschaften? In: PROKLA. Heft 164, Jg. 2011, Nr. 3, S. 405 – 421.

48 Hans-Peter Büttner: Kritik der herrschenden ökonomischen Lehre. In: PROKLA. Heft 164, Jg. 2011, Nr. 3, S. 366.

49 Götz Werner: Wirtschaft – das Füreinander-Leisten. Karlsruhe 2004.

50 Vgl. Günter Krause: Der homo oeconomicus – Denkfigur und Menschenbild des ökonomischen Mainstream unter Druck. In: Judith Dellheim/Günter Krause (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 77. Berlin 2008, S. 133.

sein.«⁵¹ Ein Paradigmenwandel wäre nach Arne Heise »nur zu erwarten, wenn die älteren Ökonomen einen weitgehenden Identitätsverlust und eine Entwertung ihrer aufwendig erworbenen Qualifikationen akzeptieren und die jüngeren Ökonomen bereit wären, einen fast kompletten Neuanfang zu wagen. Welche Anreize aber bestehen, um sich den damit verbundenen Unwägbarkeiten zu stellen?«⁵²

Not täte die Wiederbelebung einer *politischen* Ökonomie, die in der deutschen akademischen Wissenschaftslandschaft vor dem Exitus steht. Augenscheinlich hat sie auch in absehbarer Zeit kaum Chancen. Die Universitäten werden von den letzten Resten des kritischen Marxismus entsorgt. Das geschieht nicht wie nach der »Wende« in Ostdeutschland durch massenhafte Kündigung von Ordinarien, sondern per Emeritierung mit anschließender Stellenstreichung oder Neuberufung von Mainstream-Anhängerinnen und -Anhängern auf frei werdende Lehrstühle. In die absolute Minderheit gedrängt sind auch die Anhängerinnen und Anhänger alternativer Paradigmen wie des Keynesianismus, des Institutionalismus, der evolutionistischen Ökonomie oder der von Piero Sraffa gegründeten neoricardianischen Schule. Die überwiegende Mehrheit der Ökonominen und Ökonomen des orthodoxen Mainstream »nimmt heterodoxe Ansätze (im Sinne einer Pluralität der Ökonomik) schlicht nicht zur Kenntnis«. ⁵³ Der Ausweg aus dieser Situation liegt nach Meinung von Dobusch und Kapeller nicht in der bloßen Ersetzung des einen Paradigmas durch ein anderes. »Angesichts steigender Komplexität und Dringlichkeit globaler Fragestellungen in Bereichen wie Klima, Verteilung und Menschenrechte kann Politik nicht nur auf ein Pferd setzen. Sie ist auf die befruchtende Auseinandersetzung verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden geradezu angewiesen. Dies gilt für heterodoxe Traditionen in der Ökonomie wie (post)keynesianische, evolutionäre oder marxistische Ansätze ebenso wie für organisations- und wirtschaftssoziologische Perspektiven. Nicht zuletzt gilt dieser grundsätzliche Gedanke auch für die neoklassische Ökonomie, obgleich ihrer offensichtlich tendenziell wirtschaftsliberalen ideologischen Konnotationen.«⁵⁴

In der DDR und den meisten anderen realsozialistischen Ländern war ausschließlich der Marxismus als Grundlage und Orientierung wissenschaftlichen Arbeitens akzeptiert. Ihm kam gewissermaßen die Rolle eines Katechismus zu. Andere Denkansätze wurden weitgehend übergangen bzw. einseitig kritisch bis

51 Hans-Peter Büttner: Kritik der herrschenden ökonomischen Lehre. In: PROKLA. Heft 164, Jg. 2011, Nr. 3, S.366.

52 Arne Heise: When facts change, I change my mind ... – Neuere Entwicklungen in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft der Ökonomen und die Situation in Deutschland. In: Günter Krause (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Bd. 28. Berlin 2011, S. 133.

53 Ebenda.

54 Dobusch/Kapeller: Wirtschaft, S. 391.

abfällig behandelt. Ein Armutszeugnis für Lehre und Forschung! Die Zeit »reiner Lehren«, auch die der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie als »Ismus«, ist vorbei. Aber die Wiederbelebung des Marxschen Vorgehens bei der Analyse ökonomischer Prozesse im Kapitalismus wird zur Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaft gehören müssen, wenn sie aus dem jüngsten Krisengeschehen Schlüsse ziehen will, wenn die Lehre realitätsorientiert und nicht verliert in abstrakt- mathematische Modelle sein soll. Wünschenswert wäre, dass Marx-Anhängerinnen und -Anhänger sowie Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Strömungen des Keynesianismus wissenschaftlich kooperativer miteinander umgehen. Schon vor Jahrzehnten beklagten Joan Robinson und Frank Wilkinson: »Es gibt eine Sorte von einfältigen Marxisten, die großen Groll gegen Keynes hegen, weil er dafür verantwortlich gehalten wird, den Kapitalismus davor zu bewahren, dass er sich in einem weiteren Absturz selbst zerstört. Das dient oft als Entschuldigung, die Theorie der wirksamen Nachfrage nicht zu verstehen, obwohl Michał Kalecki dasselbe analytische System wie Keynes sorgfältig aus Marx' Prämissen hergeleitet hat.«⁵⁵

Wolfram Elsner sieht die potentielle Relevanz der ökonomischen Wissenschaft als problemlösungsorientiertes Instrumentarium in den Heterodoxien angelegt. Wirksamkeitssteigernde, praxis- und politikrelevante Konvergenzen zwischen diesen und großen Teilen des Mainstream seien unverkennbar. Ob diese Tendenzen sich in den nächsten Jahren verfestigen oder zerstört werden können, müsse im Moment offenbleiben. »Fragenden jungen und angehenden Ökonomen kann nur geraten werden: »Be heterodox. Be good with it. Just do it. And be professional.«⁵⁶ Stimmen mehren sich also, die einen gewissen Eklektizismus im Umgang mit ökonomischen Problemen für ratsam halten, weil es keine letztgültige Lösung für das Problem der Organisation des Wirtschaftens gibt.⁵⁷ Die Debatte darüber wird weitergehen müssen. Eine *festgefügte* alternative Theorie scheint jedenfalls nicht in Sicht.

»Wie soll man also heute noch Ökonomie lehren«, fragt Michael Krätke? Seine Antwort: »Die Klassiker gründlich und ernsthaft studieren – auch die Klassiker der Neoklassik, wie Alfred Marshall – und auf den Zeitgeist pfeifen. Wer die Klassiker kennt, ist gegen das meiste gefeit. Er muss allerdings damit leben, dass

55 Joan Robinson/ Frank Wilkinson: What has become of employment policy? Cambridge Journal of Economics, I/1977, S. 11. Zitiert in: Herbert Schui: Keynesianische Wirtschaftspolitik ist möglich. In: Marxistische Blätter Heft 3/2011, S. 86.

56 Wolfram Elsner: Wirtschaftswissenschaften – Realität – Politik. Der Beitrag des ökonomischen Mainstream zum Kasino-, Krisen- und Katastrophen-Kapitalismus – und Perspektiven der heterodoxen Ökonomik. Öffentlicher Vortrag während der Tagung »Die Krise des Kapitalismus und die Zukunft der ökonomischen Wissenschaft. Mainstream – Heterodoxien – Pluralismus?« des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung, Universität Kassel, 28./29.09.2011, S. 27.

57 Joseph Vogl: Bloß keine neue Geldreligion. In: Berliner Zeitung vom 28.09.2011.

die ökonomische Klassik nur viele unfertige, hochkomplexe und in sich wie untereinander widersprüchliche Theorien zu bieten hat, kein scheinbar vollendetes Lehrgebäude wie die Neoklassik. Dafür steht diese Sozialwissenschaft in der Zeit und auf dem Boden, statt in der Luft der reinen Imagination zu schweben. Als Ideologie ist sie nur partiell brauchbar, da sie kein hermetisch gegen die Geschichte und die Empirie abgeschlossenes, der Logik unzugängliches Weltbild bietet.«⁵⁸

Abschied zu nehmen gilt es in jedem Falle vom Ideenabsolutismus, vom Marxismus, wie er im real existierenden Sozialismus vorherrschte und vom neoliberalen Marktfundamentalismus, wie er im Realkapitalismus dominiert. Ein Ende muss die Verkündung ewiger Wahrheiten haben. Es geht um Suchvorgänge, es geht um das Angebot mobilisierender alltagstauglicher Alternativen. »Wir müssen weg von der Ideologie der Unveränderlichkeit der herrschenden Verhältnisse, die uns gefangen hält.«⁵⁹

Angesichts der multiplen Krise des Kapitalismus ist die Systemfrage offener denn zuvor. Mit einem revolutionären Umbruch ist eher nicht zu rechnen, sondern mit einem längeren transformatorischen Prozess, der über eine Mischwirtschaft führen kann. Dabei hat eine Neuordnung der Eigentums- und Machtstrukturen in der Wirtschaft bei deren gleichzeitiger Demokratisierung das Primat. Ohne Basisdemokratie, ohne Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Öffentlichkeit ist eine wirkliche Alternative nicht denkbar. Im Sinne der Hegelschen Philosophie geht es um das Aufheben, das Aufbewahren von zivilisatorischen Errungenschaften vorangegangener gesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere der Grundideen des Liberalismus: Wahrung statt Geringschätzung bürgerlicher Freiheitsrechte und Anerkennung statt Unterbewertung des Marktes als ein Element effizienten Wirtschaftens. Hier hatte der real existierende Sozialismus Defizite und Defekte. Staat und Markt sind keine Gegensätze, sondern gemeinsam die Alternative zur Anarchie. Aber der Staat darf sich die Definitionsmacht darüber, wie Märkte funktionieren sollen, nicht aus der Hand nehmen lassen. Auch sind unter den Bedingungen der Globalisierung internationale Kooperation und Koordinierung ein Imperativ.

58 Krätke: Neoklassik, S. 21.

59 Altvater: Man kann sich Kapitalismus abgewöhnen. In: Zeit online vom 25.11.2011

Personenregister

Ackoff, Russel L.	21	Chick, Victoria	111
Adorno, Theodor W.	116	Churchman, Charles W.	21
Agartz, Victor	109	Clark, John B.	149
Agricola, Rudolf	137	Clement, Wolfgang	161
Albert, Hans	109	Clinton, Bill	165
Altmann, Eva	18, 85 f.	Conrad, Johannes	13, 137, 149
Altwater, Elmar	183, 195	Conrad, Otto	149
Ambree, Kurt	22	Crouch, Colin	176
Aristoteles	122		
Arnoff, Leonard E.	21	D anek, Paul	137
Arsumanjan, Anushavan A.	80	Dante Alighieri	142
Augstein, Jakob	172	Davidson, Paul	111
		Dellheim, Judith	192
B aring, Arnulf	9, 16	Deppe, Frank	114
Bastian, Uwe	21	Detje, Richard	55, 62
Behrens, Fritz	12, 19, 39, 43, 62, 126, 131	Dieterich, Heinz	58
Benary, Arne	19, 39	Dietrich, Helmut	137
Berger, Wolfgang	20	Dietrich, Rudolf	151
Best, Heinrich	107	Dobb, Maurice	76
Bichtler, Karl	22	Dobusch, Leonhard	182 f., 193
Bischoff, Joachim	67, 114	Draheim, Hans-Georg	12, 131
Böhm, Franz	109	Dreger, Christian	187
Bofinger, Peter	53		
Bohr, Kurt	13	E atwell, John	147
Bollinger, Stefan	15	Elm, Ludwig	23
Bondi, Gerhard	137	Elsner, Wolfram	32, 152, 194
Bontrup, Heinz-J.	11, 145, 151, 153, 155, 199	Emmrich, Rolf	12, 131
Borchert, Hans	137	Engels, Friedrich	64
Borgmeier, Anton	137	Ernst, Anna-Sabine	14
Bourdieu, Pierre	11, 132	Eucken, Walter	64, 109, 113
Brauns, Hans Jochen	109		
Brecht, Bertold	12, 122, 145	F abiunke, Günter	122
Brie, Michael	30, 55, 62	Faulwetter, Helmut	99
Bürgenmeier, Beat	32	Felderer, Bernhard	110
Busch, Ulrich	19	Feldman, Grigori A.	21
Büttner, Hans-Peter	192 f.	Ferry, Jean Pisani	185
Butterwege, Christoph	50, 152	Feser, Hans-Dieter	21
		Feuerbach, Ludwig A.	122
C aldwell, Peter C.	12	Fichte, Johann Gottlieb	120
Caspari, Volker	8	Finger, Evelyn	172
Cassel, Gustav	128	Fischer, Wolfram	29

Forrester, Vivianne	146	Hobsbawm, Eric	7 f., 171
Fourier, Charles	125	Höft, Fritz	100
Freund, Erich	87	Hofmann, Werner	128, 148
Frey, Bruno S.	186	Höhm, Hans-Hermann	21
Friedman, Milton	113, 128 f., 152, 190	Homburg, Stefan	110
Friedrich, Horst	24	Honecker, Erich	23, 41, 54
Fukuyama, Francis	115	Horckheimer, Max	116
Galbraith, John K.	69, 84, 112, 127,	Horn, Gustav	110
131, 189, 190		Hörz, Herbert	132
Gampe, Wolfgang	137	Huber, Gerhard	12, 17
Gardner, Michael	103	Hudson, Michael	173, 178
Gasser, Simon Peter	133	Hüffner, Klaus	103
Geilfuss, Jürgen	12	Huffschild, Jörg	161
Geißler, Ehrhard	132	Humbert, Silke	186
Goethe, Johann Wolfgang von	120	Humboldt, Wilhelm von	120, 189
Göhre, Helmut	137	Hüther, Michael	183
Goldschmidt, Werner	152	Ivanov, Dimitar	47
Goodwin, Richard	111	Jacob, Ludwig Heinrich	133
Gossen, Hermann Heinrich	149	Jaeggi, Urs	109
Greffrath, Mathias	181	Janke, Dieter	12, 126, 131, 191
Grünhagen, Hans	105	Jobst, Wolf	9
Günther, Hans-Otto	121	Johnson, Harry G.	110
Gutenberg, Erich	13	Kahn, Siegbert	77
Habermas, Jürgen	110	Kaldor, Nicholas	111
Hagemann, Harald	110	Kalecki, Michał	111 f., 152, 194
Hager, Kurt	24	Kant, Immanuel	122, 132
Hahn, Erich	30	Kapeller, Jakob	182 f., 193
Halbuer, Andreas	106 f.	Kapstein, Ethan B.	109
Hansen, Alvin	113	Keller, Dietmar	23
Harbach, Heinrich	58	Keynes, John M.	7, 67-70, 73, 110-113, 122,
Harvey, David	113	125, 152, 161, 164, 167, 194	
Hauff, Michael von	21	Kennedy, John F.	112
Haustein, Heinz-Dieter	12, 17, 47, 186	Kholodilin, Konstantin A.	187
Hayek, Friedrich von	113, 122	Kinze, Hans Heinrich	47
Hegel, Georg Wilhelm	9, 122, 171, 195	Kisker, Klaus Peter	11, 50, 109, 113, 144, 199
Heilemann, Ullrich	184	Klein, Dieter	74, 152
Hein, Eckhard	111	Klein, Torsten Jörn	106
Heinrichs, Wolfgang	26, 38	Klemm, Peter	125
Heise, Arne	131, 193	Koch, Karin	146
Helmstätter, Ernst	76	Kocka, Jürgen	15
Henke, Klaus-Dietmar	13	Kohl, Helmut	53
Henkel, Hans-Olaf	183	Köhler, Johann	22
Heseler, Heiner	32	Kohlmeier, Gunther	19, 39
Heuer, Uwe-Jens	22	Konfuzius	63
Heuser, Uwe Jean	32	Kornai, Janos	21, 42
Heyden, Ulrich van der	15	Kowalski, Reinhard	11, 33, 73, 199
Hickel, Rudolf	54, 67, 105, 113, 157, 191, 199	Koziolek, Helmut	12, 16, 25
Hicks, John R.	110		

Krause, Arno	13	Meißner, Herbert	122
Krause, Günter	7 f., 11 f., 19, 21 f., 24,	Melz, Jörg	153
43, 60, 174, 192 f., 199		Messbauer, Rolf	137
Krätker, Michael	171, 194	Metternich, Klemenz Wenzel von	120
Krell, Gertraude	155	Meuschel, Sigrid	13
Krelle, Wilhelm	14, 114 f.	Mill, John Stuart	149
Krömke, Claus	12	Minsky, Hyman	111
Kromphardt, Jürgen	110 f.	Mises, Ludwig von	109
Krupp, Hans Jürgen	110	Mittag, Günter	40, 138
Kuczynski, Jürgen	26, 29, 73, 77	Mocek, Reinhard	23, 30
Kühn, Julius	133	Modrow, Hans	47, 58
Kühne, Harald-Dietrich	137	Modigliani, Franco	110
Kunz, Willi	25	Möller, Uwe	8, 17, 27, 44
Kupferschmidt, Walter	84, 130, 300	Mottek, Hans	20, 29
Kurnitzky, Horst	189	Müller, Christian	14
		Müller, Eva	12
L absch, Klaus	103	Müller, Heiner	100
Lafontaine, Oskar	76	Müller, Klaus	48, 120, 127, 129, 132, 200
Land, Rainer	29	Müller-Armack, Alfred	64
Lange, Oskar	21, 42, 66	Müller-Merbach, Heiner	121
Leibiger, Jürgen	177	N egt, Oskar	146
Leijonhuvud, Axel	110 f.	Nehls, Katja	80
Lemnitz, Alfred	87	Nell-Breuning, Oswald	150
Lenin, Wladimir I.	40, 42, 65, 73, 77 f., 82, 111	Nestler, Harald	105
Liberman, Jewsej G.	20, 41,	Neuhaus, Manfred	12
Leuschner, Bruno	65	Nick, Harry	11 f., 22, 25, 30, 44, 46, 63, 200
Liebau, Werner	137	Nicklisch, Heinrich	151
Liesmann, Konrad Paul	130	Niggemeyer, Lars	153
Lippmann, Walter	113	Nölting, Erik	109
Lösch, Bettina	50, 152	Nordhaus, William D.	129, 183
Lucas, Robert	115, 129	Nordmann, Jürgen	113
Luft, Christa	11, 32, 47, 50, 54, 62, 71, 105,		
126, 171, 178, 187, 200		O abama, Barack	165
Luther, Martin	146	Olson, Mancur	76
		Ostrom, Elinor	131
M ader, Katharina	192	Otte, Max	33, 53, 183
Maier, Charles S.	13	Owen, Robert	121
Maier, Harry	22		
Maizière, Lothar de	105	P asinetti, Luigi	111
Mann, Helmut	22	Pasternack, Peer	16
Marquardt, Ralf-Michael	148	Patinkin, Don	110
Marx, Karl	7, 10 f., 16-18, 24-27,	Peche, Norbert	48, 139, 201
31, 36, 42, 63 f., 66-70, 73, 81 f., 90, 109, 116 f.,		Petty, William	64
121 f., 124, 127 f., 135, 139, 142, 145, 147, 149,		Pflicke, Gerhard	22
155, 159, 167 f., 177 f., 181, 186, 194		Phelps, Edmund	128, 129
Marshall, Alfred	147, 149	Phillips, Alban W.	128
Massarrat, Mohsen	153	Picasso, Pablo	126
Mattfeldt, Harald	113	Pirker, Theo	16
Mayer, Hans	108	Pöhl, Karl Otto	54
Mayntz, Renate	15		

Popper, Karl	158	Schneider, Wolf	126
Preiser, Erich	150	Schramm, Edgar	20
Preußner, Bernd	8, 17, 27, 44	Schröder, Gerhard	76
Priddat, Birger P.	131	Schuhmacher, Kurt	109, 179
Proudhon, Pierre J.	109	Schui, Herbert	194
Ptak, Ralf	50, 152, 160	Schultheiss, Jana	192
Quaas, Friedrun	16, 17	Schulz, Gerhard	24
Quesnay, Francois	122	Schulz, Jutta	105
Rappaport, Alfred	154	Schumpeter, Joseph A.	122, 178, 184
Rauh, Hans-Christoph	24	Segert, Dieter	47, 48
Reagan, Ronald	152	Seidenstecher, Gertraud	21
Reinhold, Otto	20, 25	Seidl, Helmut	137
Reißig, Rolf	55, 62	Shiller, Robert J.	157
Reuscher, Gerhard	137	Sieber, Rolf	99
Reuter, Norbert	111, 135	Sik, Ota	21, 42
Ricardo, David	64, 122, 149	Simon, Dieter	14
Richter, Siegfried	137	Sims, Christopher	129
Riedel, Hannelore	137	Sinn, Hans-Werner	10, 174, 179, 180, 183
Riedmüller, Barbara	103, 104	Smith, Adam	64, 122, 125, 146, 149, 174
Riese, Hajo	12, 31	Solow, Robert	114, 128, 129
Robinson, Joan	110 f., 115, 147, 194	Spira, Steffi	100
Roesler, Jörg	12, 20	Sraffa, Piero	21, 25, 193
Roosevelt, Franklin D.	71	Stadermann, Hans-Joachim	19
Röpke, Wilhelm	113	Stalin, Jossif W.	18 f., 23, 40, 78, 105 f.
Rößler, Hans	137	Stapel, Silke	106
Roubini, Nouriel	186 f.	Steiger, Otto	19
Ruben, Peter	17, 24	Steiner, André	12, 20
Rumberg, Dirk	9	Steiner, Helmut	12, 18,
Rüstow, Alexander	64, 109	Steinitz, Klaus	8, 11, 32 f., 55, 58, 62,
Rzesnitzek, Friedrich	137	71, 92, 97, 130, 144, 152, 176, 201	
Sachse, Ekkehard	11	Stiemerling, Karl-Heinz	25
Samuelson, Paul A.	110, 113, 128 f., 183	Stiglitz, Joseph	172, 174
Sarkozy, Nicolas	185	Stollberg, Rudhard	137
Sargent, Thomas	129	Storbeck, Olaf	115
Say, Jean Baptiste	68	Strassmann, Günter	22
Schäfer, Claus	179	Straubhaar, Thomas	182 f., 191
Schefold, Bertram	8	Streibel, Günter	20
Schelling, Friedrich Wilhelm	120	Stütze, Ingo	17
Schirmer, Gregor	30	Süß, Erika	22
Schirmacher, Frank	179	Süß, Werner	103
Schließer, Waldfried	24	Tempelmeier, Horst	121
Schmalenbach, Eugen	151	Tepper, Peter	100
Schmidt, Johann-Lorenz	73	Tesch, Joachim	12
Schmidt-Renner, Gerhard	20	Thal, Peter	64, 122, 125, 133, 201
Schmoller, Gustav	13, 133, 137	Thatcher, Margaret	114, 152, 165
Schneider, Erich	110	Tillmann, Stefan	106 f.
Schneider, Friedrich	185-187	Tobin, James	113
		Töpfer, Frank Rainer	107
		Toynbee, Arnold	133

Troegner, Werner	100	Warnke, Camilla	12, 17
Troost, Axel	113	Weidmann, Jens	176
U lbricht, Walter	41	Weinert, Erich	122
V ajna, Thomas	21	Wenzel, Siegfried	22
Varian, Hal R.	148	Werner, Götz	192
Varga, Eugen	77	Wiards, Mathias	12
Veblen, Thorstein B.	147	Wilkinson, Frank	194
Vickrey, William	111	Winternitz, Josef	73
Vogl, Joseph	194	Wolf, Christa	33
Volcker, Paul	165	Wolf, Herbert	19, 23, 39, 45
W achowitz, Heinz	17, 27	Z eise, Lucas	53
Wagener, Hans-Jürgen	12, 31	Zerdick, Axel	109
Wagenknecht, Sahra	181	Ziegler, Jean	119
Wagner, Hans	17, 24	Zieschang, Kurt	80
Walpen, Bernhard	109	Zimmermann, Burkhard	109
Walras, Leon	128	Zinn, Karl Georg	111, 191
Ward, Benjamin	32	Zschaler, Frank	29
		Zorowka, Georg	137

Zu den Autorinnen und Autoren

Bontrup, Heinz-J. (1953), Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomik an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen-Bocholt-Recklinghausen, von 1990 bis 1995 Arbeitsdirektor bei der Stahlwerke Bochum AG, einer Tochtergesellschaft im Thyssen-Konzern, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO-Gruppe).

Hickel, Rudolf (1942), Prof. (em.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, von 1967 bis 1970 wissenschaftliche Tätigkeit in den Fachbereichen Wirtschaftswissenschaft der Universitäten Tübingen und Konstanz, von 1971 bis 2007 an der Universität Bremen, dort Professuren für Politische Ökonomie und für Finanzwissenschaften, von 2001 bis 2009 Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, seit 2010 Forschungsleiter an diesem Institut. 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO-Gruppe).

Kisker, Klaus Peter (1932), Prof. (em.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler. Diplom 1960, Promotion 1963, anschließend Associate an der Harvard University, Cambridge (USA), Habilitation 1971, von 1971 bis 2000 Professor an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte, Schwerpunkt in Lehre und Forschung: Marxsche Politische Ökonomie, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kowalski, Reinhold (1931), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, von 1957 bis 1989 am Deutschen Wirtschaftsinstitut bzw. am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft tätig, ab 1997 Mitarbeiter am Institut Sozialökonomische Strukturanalyse e. V. (SÖSTRA), Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO-Gruppe).

Krause, Günter (1943), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Schwerpunkt Geschichte der Politischen Ökonomie, von 1968 bis 1993 an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, von 1984 bis 1991 Leiter des Bereiches Politische Ökonomie, von 1994 bis 1996 wissenschaftli-

cher Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Transformationsstudien der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, von 1998 bis 2000 freier Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt a. M., freier Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Kupferschmidt, Walter (1931), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Schwerpunkt Außenwirtschaft/Betriebswirtschaft des Außenhandels, von 1950 bis 1963 Tätigkeit im Außenhandelsbetrieb Chemie Export/Import, von 1956 bis 1959 Stellvertretender Generaldirektor und von 1959 bis 1963 Generaldirektor, von 1963 bis 1965 Studium an der Hochschule für Ökonomie Berlin, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1969 bis 1990 Hochschullehrer, von 1969 bis 1971 Direktor der Sektion Außenwirtschaft, von 1972 bis 1979 Rektor der HfÖ.

Luft, Christa (1938), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftlerin, Diplom 1960, Promotion 1964, Habilitation 1968, 1971 Professur für Außenwirtschaftsökonomik/Osteuropawirtschaft an der Hochschule für Ökonomie Berlin, von 1972 bis 1977 Direktorin der Sektion Außenwirtschaft, von 1978 bis 1981 Stellvertretende Direktorin am Internationalen Ökonomischen Forschungsinstitut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau, von 1988 bis 1990 Rektorin der HfÖ, vom 17. November 1989 bis 18. März 1990 Stellvertretende Ministerpräsidentin der DDR, vom 18. März 1990 bis 2. Oktober 1990 Abgeordnete der Volkskammer der DDR, von 1991 bis 1994 Dozentin am Institut für Internationale Bildung Berlin e. V., von 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Müller, Klaus (1944), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, von 1963 bis 1968 Studium der Finanzökonomik und der Außenwirtschaft an der Hochschule für Ökonomie Berlin, Abschluss als Diplomwirtschaftler, 1973 Promotion an der HfÖ, von 1972 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (heute Technische Universität Chemnitz), 1978 Habilitation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, von 1991 bis 1999 freiberuflicher Dozent für Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, von 2000 bis 2009 Leiter des Studiengangs Mittelständische Wirtschaft an der Staatlichen Studienakademie Glauchau.

Nick, Harry (1932), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Staatsexamen als Diplomwirtschaftler an der Hochschule für Ökonomie Berlin, Promotion und Habilitation, von 1954 bis 1962 Forschungs- und Lehrtätigkeit am Institut für Po-

litische Ökonomie der HfÖ, von 1962 bis 1989 Leiter des Forschungsbereichs Ökonomische und Soziale Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts am Institut Politische Ökonomie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Mitglied der Leibniz-Sozietaät.

Peche, Norbert (1950), Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler. Staatsexamen als Diplom-Außenwirtschaftler an der Hochschule für Ökonomie Berlin, Promotion und Habilitation, seit 1974 am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR mit einer Unterbrechung – von 1978 bis 1982 Mitarbeiter am Internationalen Ökonomischen Forschungsinstitut des RGW in Moskau, 1990 gewählter Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie, von 1992 bis 1996 Arbeit für einen führenden Marketingberatungskonzern in der Schweiz, Geschäftsführer in Deutschland, danach selbstständige Führung von Management-Beratungsgesellschaften, 2000 zweite Berufung zum Professor (internationales Management und Marketing) an einer staatlichen Fachhochschule, heute selbstständiger Wirtschafts- und Politikberater, Professor an einer Berliner Privathochschule.

Steinitz, Klaus (1932), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Staatsexamen als Diplomwirtschaftler an der Hochschule für Ökonomie Berlin, Promotion 1959 und Habilitation 1963, von 1955 bis 1963 Lehr- und Forschungstätigkeit an der HfÖ sowie der Karl-Marx-Universität Leipzig, von 1963 bis 1967 Tätigkeit am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission, von 1967 bis 1979 Abteilungs- und später Hauptabteilungsleiter für langfristige Planung und Strukturpolitik sowie Planung von Wissenschaft und Technik in der Staatlichen Plankommission, von 1980 bis 1989 Tätigkeit am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, 1990 Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1990 bis 1993 Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der PDS, von 1990 bis 2003 Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS, von 2005 bis 2011 Vorsitzender von Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietaät, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO-Gruppe).

Thal, Peter (1933), Prof. (i. R.) Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Promotion 1960, Habilitation 1965, Berufung für das Fachgebiet »Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen« (1967) bzw. der »Politischen Ökonomie« (von 1970 bis 1991) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 1992 bis 2009 selbstständiger freiberuflicher Unternehmensberater.

Im Angesicht der multiplen Krise der kapitalistischen Produktionsweise ist der von der Neoklassik geprägte ökonomische Mainstream erschüttert. Aber ist er auch gebrochen?

Hat nach seinem Versagen ernsthafte Nachdenklichkeit die Leichtgläubigkeit an die lange Zeit angebeteten Heilungskräfte des Marktes ersetzt? Wie steht es um ökonomische Lehre, Forschung und Politikberatung? Welcher Wirtschaftstheorie bedarf es zukünftig?

Es ist unumgänglich geworden, sich einer vorurteilslosen Bewertung von Defiziten, Irrtümern und bleibenden Erkenntnissen zu stellen, die in den vergangenen Jahrzehnten in der ökonomischen Lehre und Forschung hervorgebracht wurden, und zwar in West und Ost. Denn anders ist aus der heutigen Situation nicht herauszukommen.

Letztlich stehen alle Grundannahmen und Leistungen der ökonomischen Zunft auf dem Prüfstand.

